

# DIE FOLGEN DES DEUTSCHEN BAUERNKRIEGS IM HOCHSTIFT BAMBERG

VON JOHANNES HASSELBECK



UNIVERSITY OF  
BAMBERG  
PRESS

Bamberger Historische Studien

Band 7

Veröffentlichungen des Stadtarchivs Bamberg

Band 14

# Bamberger Historische Studien

hrsg. vom Institut für Geschichte  
der Otto-Friedrich-Universität Bamberg

Band 7

## Veröffentlichungen des Stadtarchivs Bamberg

hrsg. im Auftrag der Stadt Bamberg  
vom Stadtarchiv Bamberg

Band 14



University of Bamberg Press  
2012

# Die Folgen des Deutschen Bauernkriegs im Hochstift Bamberg

Johannes Hasselbeck



University of Bamberg Press  
2012



Bibliographische Information der Deutschen Nationalbibliothek  
Die Deutsche Nationalbibliothek verzeichnet diese Publikation in der  
Deutschen Nationalbibliographie; detaillierte bibliographische  
Informationen sind im Internet über <http://dnb.ddb.de/> abrufbar

Dieses Werk ist als freie Onlineversion über den Hochschulschriften-Server  
(OPUS; <http://www.opus-bayern.de/uni-bamberg/>) der Universitätsbibliothek  
Bamberg erreichbar. Kopien und Ausdrücke dürfen nur zum privaten und  
sonstigen eigenen Gebrauch angefertigt werden.

Herstellung und Druck: docupoint, Magdeburg  
Einbandgestaltung: Dezernat Kommunikation und Alumni der  
Otto-Friedrich-Universität Bamberg

© University of Bamberg Press Bamberg 2012  
<http://www.uni-bamberg.de/ubp/>

ISSN 0936-4757 (Stadtarchiv Bamberg)  
ISBN 978-3-929341-35-5 (Stadtarchiv Bamberg)  
ISSN:1866-7554 (University of Bamberg Press)  
ISBN: 978-3-86309-066-1 (Druckausgabe)  
eISBN: 978-3-86309-067-8 (Online-Ausgabe)  
URN: urn:nbn:de:bvb:473-opus-4051

# Inhaltsverzeichnis

Vorwort.....	9
Danksagung.....	11
<b>1. Einleitung.....</b>	<b>13</b>
1.1 Allgemeiner Forschungsstand.....	15
1.2 Forschungsstand zu den Folgen des Bauernkriegs .....	21
1.3 Ungedruckte Quellen .....	27
1.4 Gedruckte Quellen .....	28
<b>2. Der Verlauf des Aufstands im Hochstift Bamberg... 31</b>	
2.1 Erste Phase: Die Stadt Bamberg .....	31
2.2 Zweite Phase: Das Hochstift.....	34
<b>3. Die strafenden Parteien .....</b>	<b>39</b>
3.1 Bischof Weigand von Redwitz .....	40
3.2 Das Domkapitel .....	45
3.3 Der Hofrat.....	53
3.4 Der Adel .....	57
3.5 Der Schwäbische Bund.....	62
<b>4. Rahmenbedingungen .....</b>	<b>71</b>
4.1 Grundlegendes .....	71
4.2 Rechtliche Voraussetzungen .....	74
4.2.1 Die Landfriedensgesetzgebung im Reich .....	74
4.2.2 Die Landfriedensgesetzgebung in den Territorien.....	77

4.2.3 Die Landfriedensgesetzgebung im Hochstift Bamberg .....	79
4.2.4 Die Frage der Strafkompetenz .....	80
4.3 Maßnahmen nach dem Aufstand .....	83
4.3.1 Der Vertrag von Forchheim .....	83
4.3.2 Der Vertrag mit der Geistlichkeit .....	93
4.3.3 Kapitulation und Huldigung .....	96
4.4 Weitere Faktoren .....	101
4.4.1 Plündereien durch Adlige .....	101
4.4.2 Die Bundespatrouillen .....	103
4.4.3 Flüchtige Untertanen .....	107
4.4.4 Unruheneigung .....	115
 5. Die Strafen .....	 127
5.1 Strafuntersuchungen .....	128
5.1.1 Verhöre .....	128
5.1.2 Urfehden .....	134
5.2 Todesurteile .....	136
5.3 Sonstige Leibsstrafen .....	151
5.4 Freiheitsstrafen .....	154
5.4.1 Kerkerhaft .....	154
5.4.2 Verbannung .....	156
5.4.3 Eingrenzung .....	161
5.5 Ehrenstrafen .....	163
5.5.1 Allgemeines .....	164
5.5.2 Die Bamberger Verschreibung .....	166
5.6 Geldstrafen .....	169
5.6.1 Die Brandschatzung des Schwäbischen Bundes .....	169
5.6.2 Strafgeelder .....	175
5.7 Flächendeckende Strafen und Präventionsmaßnahmen .....	180

5.7.1 Niederbrennen .....	180
5.7.2 Waffenverbot .....	181
<b>6. Kompensation .....</b>	<b>189</b>
6.1 Wiederaufbau .....	189
6.2 Der Zwanzigste Pfennig .....	191
6.2.1 Höhe .....	192
6.2.2 Geltungsbereich .....	194
6.2.3 Befreiung .....	198
6.2.4 Vorgehensweise .....	201
6.2.5 Probleme .....	205
6.2.6 Auszahlung .....	207
6.3 Das Herdgeld .....	211
6.4 Der Dreißigste Pfennig .....	217
6.5 Die Auszahlung des Domkapitels .....	222
<b>7. Resümee .....</b>	<b>227</b>
7.1 Strafverhalten .....	227
7.2 Aufruhrprävention .....	229
7.3 Schadensersatz .....	230
7.4 Sonstige Motive .....	233
7.5 Einordnung .....	235
<b>8. Anhang .....</b>	<b>239</b>
8.1 Abkürzungs- und Abbildungsverzeichnis .....	241
8.2 Quellenverzeichnis .....	242
8.3 Literaturverzeichnis .....	245



# Vorwort

Die Thematik der vorliegenden Studie von Johannes Hasselbeck, die im Jahre 2010 als Diplomarbeit im Fach Neuere Geschichte an der Universität Bamberg entstand, ist sowohl aus regionalgeschichtlicher Perspektive als auch vor dem Hintergrund des allgemeinen Stands der Bauernkriegsforschung von besonderem Interesse. Zum einen liegt die letzte eingehende Studie zum Bauernkrieg im Hochstift Bamberg von Rudolf Endres bereits fast 40 Jahre zurück, so dass es an der Zeit war, sich des Themas unter neuen Forschungsperspektiven und Fragestellungen wieder anzunehmen. Zum anderen stellt die Frage nach den Folgen der Erhebung einen vergleichsweise wenig berücksichtigten Aspekt der Bauernkriegsforschung dar.

Im Zentrum dieser detaillierten, auf einer breiten archivalischen Quellengrundlage basierenden Arbeit stehen die Darstellung der obrigkeitlichen Strafmaßnahmen sowie der im Hochstift Bamberg erhobenen Sonderabgaben zur Kompensation der im Bauernkrieg entstandenen Schäden. Eingehend und quellennah stellt Hasselbeck den Gang der strafrechtlichen Untersuchungen sowie den Katalog der angewandten Leibes-, Freiheits-, Ehren- und Geldstrafen dar. Dabei kommt er zu dem Ergebnis, dass Bamberg im Vergleich mit anderen Territorien eine relativ moderate Haltung einnahm: Von einer Rache der Obrigkeit an den rebellierenden Untertanen kann nicht pauschal die Rede sein. Im Einzelfall schloss dies freilich drakonische Sanktionsmaßnahmen nicht aus. Die Sonderabgaben, die den Bamberger Untertanen nach dem Bauernkrieg auferlegt wurden, werden ausführlich vorgestellt, und die Studie arbeitet anhand der Beratungen zwischen Fürstbischof, Hofrat und Domkapitel heraus, dass die obrigkeitlichen Akteure Kompromisse zwischen den Prinzipien der Gleichbehandlung der Untertanen, der Berücksichtigung von deren individueller Leistungsfähigkeit und der Belastung der Schuldigen anstrebten. Mit der Drucklegung dieser Diplomarbeit wird der Relevanz des Themas für die Bamberger Stadt- und Regionalgeschichte ebenso Rechnung getragen wie der umfangreichen Quellenarbeit, die Johannes Hasselbeck geleistet hat, und dem wissenschaftlichen Niveau der Darstellung.

Die Bamberger Geschichtswissenschaft, insbesondere den Lehrstuhl für Neuere Geschichte, verbindet seit mehreren Jahren eine enge Kooperation mit dem Bamberger Stadtarchiv. Gemeinsam wurde das Projekt einer mehrbändigen wissenschaftlichen Stadtgeschichte Bambergs in Angriff genommen, zu der Johannes



Hasselbecks Diplomarbeit einen wichtigen Baustein darstellt. In der Parallelveröffentlichung seiner Arbeit in den „Bamberger Historischen“ Studien und in den Veröffentlichungen des Stadtarchivs Bamberg findet diese fruchtbare Kooperation ihren angemessenen Ausdruck.

Bamberg, im November 2011

Mark Häberlein

# Danksagung

Bei der vorliegenden Studie handelt es sich um die überarbeitete Version meiner Diplomarbeit, die im Wintersemester 2010/2011 am Lehrstuhl für Neuere Geschichte der Otto-Friedrich-Universität Bamberg von Prof. Dr. Mark Häberlein entstand. An dieser Stelle möchte ich allen Personen, die zu deren Entstehung und Veröffentlichung beigetragen haben, meinen Dank aussprechen.

Herr Prof. Dr. Mark Häberlein übernahm die Erstbetreuung der Arbeit und stand sowohl während deren Entstehung als auch während deren Überarbeitung stets geduldig mit Rat und Hilfe zur Seite. Weiterhin ist ihm die Aufnahme dieses Werks in die Institutsreihe „Bamberger Historische Studien“ zu verdanken. Herr Prof. Dr. Andreas Dornheim gab mit einem Hauptseminar zum Deutschen Bauernkrieg im Wintersemester 2007/2008 den ersten Anstoß, sich mit der Thematik näher zu befassen. Zudem übernahm er bereitwillig die Rolle des Zweitkorrektors. Herr Dr. Robert Zink leistete durch die zusätzliche Aufnahme der Studie in die Schriftenreihe des Stadtarchivs einen wichtigen Beitrag zu ihrer Veröffentlichung. Den Mitarbeitern des Staatsarchivs, des Stadtarchivs und der Staatsbibliothek Bamberg danke ich für ihre stete und unkomplizierte Unterstützung, ohne die vor allem das Quellenstudium, das dieser Arbeit zugrunde liegt, nicht möglich gewesen wäre. Herrn Dr. Johannes Staudenmaier möchte ich für seine durchgehende und umfassende Unterstützung, die wesentlich zur Überarbeitung und Erstellung der Druckvorlage beigetragen hat, meinen besonderen Dank aussprechen. Kathrin Hasselbeck sowie Jens Berger halfen durch den langwierigen Prozess der Korrekturlesens. Abschließend möchte ich auch meinen Eltern danken, ohne deren Unterstützung mein Studium und letztlich auch diese Studie nicht hätten zustande kommen können.

Bamberg, im Dezember 2011

Johannes Hasselbeck



# 1. Einleitung

## *Actum Dienstag nach Palmarum*

*Ann diesem Dienstag hat sich die aufrur zu Bamberg angefangen, vnnd am donnerstag darnach ist die Burg gesturmet worden, vnnd wiewoll am osterabend ein verfassung zwischenn meinem gnedigenn herrn von Bamberg, vnnd denn aufrurigen Burgern vnnd Bauern aufgericht, so ist doch dieselbig nit gehalten, Sondern darnach vmb exaudi die schlosser merer theils im Stiefft abgeprennt wordenn, Alß das von diesem tag ann, biß vff montag nach Corporiß Christi, da der Schwebisch Bundt inn Stiefft kommen kein Capitel gehalten worden.<sup>1</sup>*

In den Jahren 1524 bis 1526 kam es im Süden des heutigen Deutschland zu einer Erhebung der Untertanen<sup>2</sup> gegen ihre Herren, die in ihrem Ausmaß die meisten anderen derartigen Unruhen bei weitem übertraf. An vielerlei Orten verweigerte die Bevölkerung ihre Abgaben und protestierte gegen die bestehenden Verhältnisse. Doch blieb es nicht nur dabei: In Scharen plünderten und demolierten sie Klöster und Burgen, Schlösser und Sitze. Am Ende stand schließlich der übergreifende Versuch, die bestehenden Herrschaftsstrukturen grundlegend umzuwandeln und im Zug dessen eine politische, wirtschaftliche und religiöse Erneuerung zu erreichen: eine „Revolution des gemeinen Mannes“,<sup>3</sup> besser bekannt als der „Bauernkrieg“.<sup>4</sup>

1 So lautet der erste Eintrag im Rezessbuch des Bamberger Domkapitels nach dem Ende des Bauernkriegs im Hochstift Bamberg. StAB B 86, Nr. 3, fol. 320.

2 In dieser Arbeit soll die Bezeichnung „Bauern“ vermieden werden, da im Fall Bambergs auch Personen an dem Aufruhr beteiligt waren, die nicht unter diesen Begriff fallen, z. B. die Bewohner der Städte. Stattdessen werden die Termini „Untertanen“, „Auführer“ oder „Empörer“ gebraucht.

3 BLICKLE, Peter: Die Revolution von 1525. München 2004. S. 196–236.

4 Der Terminus „Bauernkrieg“ wurde schon während des Aufstands von Zeitgenossen verwendet, gilt jedoch in der modernen Forschung als unzureichende Definition der tatsächlichen Eigenart der Empörung. Daher wird inzwischen die Umschreibung als „Revolution des gemeinen Mannes“ bevorzugt. Der Einfachheit halber und aufgrund der immer noch weiten Verbreitung der Bezeichnung ist aber an dieser Stelle weiterhin vom „Bauernkrieg“ die Rede. Für eine Diskussion der Begrifflichkeiten vgl. BLICKLE, Revolution, S. 191–195.

Den jeweiligen Obrigkeiten, von der Wucht der Ereignisse zunächst überwältigt, gelang es erst nach längerem Ringen und häufig nur durch den Einsatz von Gewalt, die Aufständischen niederzuwerfen und zu erneutem Gehorsam zu bringen. Nachdem dieses Ziel schließlich erreicht war, sah man sich mit der Frage konfrontiert, wie mit den vergangenen Ereignissen und deren Folgen umgegangen werden sollte. Unter anderem mussten Regelungen für den Umgang mit den zahlreichen Menschen, die sich an der Empörung beteiligt und damit die Treue gegenüber ihren Herren aufgekündigt hatten, gefunden werden. Wie waren sie zu behandeln? Mit Nachsicht und Milde? Oder wollte man sie bestrafen? Wenn ja, wie? Die vielen geplünderten Häuser, Schlösser und Klöster – wer sollte deren Besitzern ihre verlorene Habe entgelten? Und in welcher Weise? Die abgebrochenen Burgen und Sitze – was würde mit ihnen geschehen? Wer sollte sie wiederaufbauen? Über die Art und Weise, in der diese Fragen von den Herrschenden beantwortet wurden, existiert von der „viel bescheideneren Größenordnung“<sup>5</sup> der Folgen bis hin zu „Folter und Tod für Tausende“<sup>6</sup> und der Titulierung als „Stunde der Rache“ und „Zurückschlagen der Fürsten“<sup>7</sup> ein recht breites Spektrum an Einschätzungen. Doch welche davon sind zutreffend? Und in welchem Ausmaß?

Eines der vielen Gebiete, das von den Wogen der Empörung erfasst wurde und sich daher mit deren Folgen konfrontiert sah, war das Hochstift Bamberg. Für dieses soll in der folgenden Arbeit der Versuch unternommen werden, den Umgang mit den oben aufgeführten Problemen nachzuvollziehen und einzuordnen. Gegenstand der Untersuchung sind daher die Maßnahmen, die die Obrigkeit nach dem Bauernkrieg im Land traf, um dessen Folgen zu bewältigen.

Hierfür wird zunächst – nach einer Darstellung des Forschungsstands und der verwendeten Quellen – ein Überblick über die Ereignisse des Aufstands im Hochstift gegeben, da diese ja überhaupt erst die Voraussetzungen für alles, was nach dem Bauernkrieg geschah, schufen. Danach folgt eine Vorstellung der Personen und Gruppierungen, die an der Einführung der angesprochenen Maßnahmen beteiligt waren, sowie Überlegungen dazu, wie sich deren mögliche Positionen und

5 KLEIN, Thomas: Die Folgen des Bauernkrieges von 1525. Thesen und Antithesen zu einem vernachlässigten Thema, in: Hessisches Jahrbuch für Landesgeschichte 25 (1975). S. 65–116. S. 116.

6 MACCULLOCH, Diarmaid: Die Reformation 1490–1700. München 2008. S. 223.

7 MAYER, Wolfgang: Die Stunde der Rache. Die Fürsten schlagen zurück, in: G wie Geschichte 02/2009. S. 42–46. S. 42.

Beweggründe gestalteten. Hierzu tritt im nächsten Schritt eine Untersuchung der verschiedenen Umstände, die die Phase nach der eigentlichen Empörung beeinflussten, wie etwa die gegebenen rechtlichen Voraussetzungen, kurzfristig getroffene Regelungen (Mandate, Verträge) oder Faktoren wie die Flucht der Untertanen vor möglicher Bestrafung. In den darauffolgenden Punkten werden schließlich die konkret getroffenen Maßnahmen selbst betrachtet: Zum einen die Strafen, welche man den Aufrührern auferlegte; zum anderen aber auch die Art und Weise, in welcher die entstandenen Schäden zu kompensieren waren, und durch wen dies geschehen sollte. Am Ende steht ein Resümee, das die im Lauf der Arbeit erlangten Erkenntnisse hinsichtlich der Fragestellung – die Maßnahmen und deren Motive – zusammenfasst.

Nach Möglichkeit soll stets versucht werden, parallele oder vergleichbare Entwicklungen in anderen Territorien mit heranzuziehen, um so eine bessere Einordnung der Vorgehensweise im Hochstift Bamberg selbst zu erreichen. Vorausgesetzt werden muss hierfür allerdings die Existenz entsprechender (regionaler) Arbeiten, die leider nicht immer gegeben ist.<sup>8</sup>

## 1.1 Allgemeiner Forschungsstand

Dass der Bauernkrieg erst spät die Beachtung der Geschichtswissenschaft erfuhr, kann nicht behauptet werden – ganz im Gegenteil: Schon in den ersten Jahrzehnten des 19. Jahrhunderts geriet der Aufstand in den Fokus der öffentlichen Aufmerksamkeit.<sup>9</sup> Im Rahmen der Fragen, die sich aus den damaligen Bestrebungen hinsichtlich nationaler Einheit und im Umfeld des Vormärz und der Revolution von 1848 stellten, wurden bereits ebenso einflussreiche wie verschiedene Grundsteine für seine Betrachtung gelegt.<sup>10</sup>

8      Hierauf wird in Punkt 1.2 genauer eingegangen.

9      Der folgende Abschnitt kann nur einen sehr groben Überblick geben angesichts der zahlreichen Publikationen, die über den Bauernkrieg erschienen sind. Eine aktuellere Bibliographie (Stand 2004) findet sich bei BLICKLE, *Revolution*, S. 340–354.

10     BLICKLE, *Revolution*, S. 279.



Nach ersten Vorarbeiten durch Georg Friedrich SARTORIUS,<sup>11</sup> der sich noch stark auf die negativen Auswirkungen der Zerstörungen durch die revoltierenden Massen konzentrierte, lieferte Ferdinand OECHSLE<sup>12</sup> 1830 eine erste differenzierte Einschätzung. Bereits beeinflusst von zeitgenössischen liberalen, nationalen und demokratischen Strömungen, interpretierte er den Bauernkrieg erstmals positiv als einen Kampf um die Erneuerung des Reiches. Noch stärker in diese Richtung bewegte sich Wilhelm ZIMMERMANN in seinem Werk von 1843 bzw. 1856:<sup>13</sup> Getragen vom „Bindemittel“ der Reformation hätten sich die lokalen Unzufriedenheiten der deutschen Bevölkerung zu einem gewaltigen ersten Versuch der nationalen Einigung gesteigert, der an der Hinwendung Luthers zu den Fürsten scheiterte und Deutschland zu Jahrhunderten der Zersplitterung und politischen Ohnmacht verdammt. ZIMMERMANNs Werk stützte sich erstmals auf umfassende Quellenstudien und lieferte so für die nachfolgenden Arbeiten das empirische Fundament.<sup>14</sup>

Ein Autor, der von dieser Vorarbeit ausgiebigen Gebrauch machte, sie jedoch in völlig anderer Weise interpretierte, war Friedrich ENGELS.<sup>15</sup> In den Folgejahren der gescheiterten Revolution von 1848 erarbeitete er seine These vom Bauernkrieg als Klassenkampf, der als Konsequenz des Wandels vom Feudalismus zur bürgerlich-kapitalistischen Gesellschaft ausbrach und als dessen Ziel eine klassenlose, kommunistische Ordnung fungierte. Das letztliche Scheitern dieser Auseinandersetzung schrieb er der mangelnden lokalen Kooperation (die vielzitierte „Lokalborniertheit“), der politischen Fragmentierung des Reichs und der abweichenden Haltung der Bürger in den Städten zu. Bei ENGELS wurde der Bauernkrieg so zu einem historischen Beweismuster für die von ihm vertretene Ideologie; auf die kapitalistische musste letztlich die kommunistische Gesellschaft folgen, und die Revolution von 1525 stellte den ersten – gescheiterten – Versuch in dieser Richtung auf deutschem Boden dar.<sup>16</sup> Diese Art der teleologischen Geschichtsbetrachtung,

11 SARTORIUS, Georg Friedrich: Versuch einer Geschichte des deutschen Bauernkriegs oder der Empörung in Deutschland zu Anfang des sechzehnten Jahrhunderts. Frankenthal 1795.

12 OECHSLE, Ferdinand Friedrich: Beiträge zur Geschichte des Bauernkrieges in den schwäbisch-fränkischen Grenzlanden. Heilbronn 1830.

13 ZIMMERMANN, Wilhelm: Der große deutsche Bauernkrieg. Volksausgabe. Berlin 1891 (Neudruck 1952, Berlin; Erstveröffentlichung 1841–1843).

14 MÜLLER, Laurenz: Diktatur und Revolution. Reformation und Bauernkrieg in der Geschichtsschreibung des „Dritten Reiches“ und der DDR (= Quellen und Forschungen zur Agrargeschichte, Band 50). Stuttgart 2004. S. 31f.

15 ENGELS, Friedrich: Der deutsche Bauernkrieg. Berlin 1875 (Neudruck 1989, Berlin).

16 MÜLLER, Diktatur, S. 35f.

der Historische Materialismus, bildete die Grundlage für alle späteren marxistisch motivierten Interpretationen des Aufstands.<sup>17</sup>

Einen ebenso einflussreichen Beitrag zur Bauernkriegsforschung, jedoch aus einem politisch deutlich abgegrenzten, preußisch-lutheranisch geprägten nationalkonservativen Lager leistete der Historiker Leopold von RANKE. Dieser veröffentlichte zwischen 1839 und 1847 die mehrbändige „Deutsche Geschichte im Zeitalter der Reformation“.<sup>18</sup> Im Gegensatz zu ENGELS, der sich inhaltlich praktisch ausschließlich auf ZIMMERMANNs Erkenntnisse gestützt hatte,<sup>19</sup> fußte RANKE seine Studie auf eine zusätzlich erweiterte Quellenbasis, was ihr weitreichende Beachtung bescherte. Er legte den Bauernkrieg und die Reformation als den Versuch aus, unter Zurückdrängung des Einflusses der römisch-katholischen Kirche einen deutschen Nationalstaat zu schaffen. Als Hauptakteur sah er dabei Luther, der in seinen Augen durch die Kritik an den Aufständischen zugunsten der Fürsten die spätere Schaffung des Nationalstaats vor den aufgetretenen umstürzlerischen Tendenzen bewahrte. Der Bauernkrieg als solcher wurde zu einem „Naturereignis“ uminterpretiert, einem untypischen Sonderfall auf dem Weg zum preußisch dominierten Deutschland des späteren 19. Jahrhunderts.<sup>20</sup>

Damit waren die beiden Hauptströmungen der Bauernkriegsforschung – ENGELS' Historischer Materialismus sowie RANKES etatistische und lutherfreundliche Perspektive – ausgebildet, wobei zunächst vor allem letztere eine vorherrschende Stellung einnahm.<sup>21</sup> Es gab noch andere Ansätze, etwa aus dem katholischen Lager durch Johannes JANSSEN<sup>22</sup> oder von der evangelischen Seite durch Wilhelm STOLZE.<sup>23</sup> Diese legten bei ihren Abhandlungen vor allem auf die Rolle der Reformation im Aufstand Wert und beurteilten sie je nach ihrem konfessionellen Hintergrund. So sah JANSSEN den Bauernkrieg als eine negative Folge des Abfalls vom „wahren Glau-

17 WINTERHAGER, Friedrich: Der Bauernkrieg von 1525 in der historischen Literatur. Positionen vom Vormärz bis heute. Erlangen 1979. S. 49f; PRESS, Volker: Der Bauernkrieg als Problem der deutschen Geschichte, in: Nassauische Annalen 86 (1975). S. 158–177. S. 162f.

18 von RANKE, Leopold: Deutsche Geschichte im Zeitalter der Reformation. Bände I und II. Lübeck 1957.

19 WINTERHAGER, Historische Literatur, S. 66.

20 BLICKLE, Revolution, S. 279; MÜLLER, Diktatur, S. 38–41.

21 MÜLLER, Diktatur, S. 42.

22 JANSSEN, Johannes: Geschichte des deutschen Volkes seit dem Ausgang des Mittelalters. Zweiter Band. Vom Beginn der politisch-kirchlichen Revolution bis zum Ausgang der socialen Revolution von 1525. Freiburg i. Br. 1879.

23 STOLZE, Wilhelm: Der deutsche Bauernkrieg. Halle 1907.

ben“, während STOLZE ihn als eine Reaktion der Untertanen auf die zögerliche Einführung der Reformation durch die Obrigkeiten betrachtete.<sup>24</sup> Jenseits von dieser rein konfessionsbezogenen Betrachtungsweise orientierte sich Karl LAMPRECHT<sup>25</sup> stärker in eine auf wirtschaftliche, soziale, kulturelle und rechtliche Aspekte fokussierte Richtung. In der ökonomischen Schlechterstellung insbesondere der ländlichen Bevölkerung und der Verdrängung des althergebrachten zugunsten des römischen Rechts sah dieser die Ursachen für den Bauernkrieg. Seine Ansichten wurden aber von der großen Mehrheit der damaligen Geschichtsforscher abgelehnt.<sup>26</sup> Neue Impulse ergaben sich auch aus der sich seit der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts etablierenden Landesgeschichte, insbesondere durch neue Erkenntnisse im Bereich der lokalen Abläufe und die Edition weiteren Quellenmaterials.<sup>27</sup> Als Beispiel sei hier für den Fall Bambergs die Arbeit von Anton CHROUST<sup>28</sup> genannt.

Dieser verbreiterte Wissensstand war es, der in den 1920er Jahren – veranlasst durch das vierhundertjährige Jubiläum des Aufstands 1925 – die umfangreichen Forschungen von Günther FRANZ ermöglichte. Ursprünglich einen Zugang zur Reformation über den Bauernkrieg suchend, führte ihn ein umfangreiches Quellenstudium sowie ein umfassender Vergleich der Empörung mit anderen Volksaufständen des Spätmittelalters in ganz Europa zu neuen Erkenntnissen. Zu diesen gehörten unter anderem die Auflösung der engen Verkettung von Reformation und Bauernkrieg, zudem die Berücksichtigung anderer Faktoren wie der langen Tradition von Widerstand in der Bevölkerung sowie dem Antagonismus zwischen den sich etablierenden Territorialstaaten auf der einen und der genossenschaftlichen Selbstorganisation vor allem im dörflichen Bereich auf der anderen Seite.<sup>29</sup> Am Ende der Arbeit von FRANZ stand seine 1933 veröffentlichte Monographie „Der Deutsche Bauernkrieg“.<sup>30</sup> Diese erlebte aufgrund ihrer fundierten Quellenarbeit, ihrer umfassenden Betrachtung sowie neuer Ansätze und Erkenntnisse einen au-

24 WINTERHAGER, Historische Literatur, S. 81–91.

25 LAMPRECHT, Karl: Deutsche Geschichte. 14 Bände. Berlin 1921.

26 MÜLLER, Diktatur, S. 44f.

27 BLICKLE, Revolution, S. 280.

28 CHROUST, Anton (Hg.): Chroniken der Stadt Bamberg. 2. Hälfte: Chroniken zur Geschichte des Bauernkrieges und der Markgrafenfehde in Bamberg (= Veröffentlichungen der Gesellschaft für fränkische Geschichte, Erste Reihe, Fränkische Chroniken). Leipzig 1910 (Neudruck 2005, Würzburg).

29 BLICKLE, Revolution, S. 280f; MÜLLER, Diktatur, S. 64–68.

30 FRANZ, Günther: Der deutsche Bauernkrieg. Darmstadt 1977.

ßerordentlichen Erfolg und wurde trotz mancher Kritik<sup>31</sup> noch 40 Jahre später als das Standardwerk der Bauernkriegsforschung schlechthin bezeichnet – zumindest in Westdeutschland.<sup>32</sup>

Denn während es im Deutschland des Nationalsozialismus zu keiner einheitlichen Ausprägung eines Bauernkriegsbildes kam,<sup>33</sup> bildeten sich in den beiden Folgestaaten BRD und DDR unterschiedliche Forschungsrichtungen heraus. Für die westdeutsche Geschichtsschreibung blieben die Ansätze und Erkenntnisse FRANZ' grundlegend und wurden in den Jahrzehnten nach dem Zweiten Weltkrieg durch Arbeiten wie etwa von Adolf WAAS nur noch an einzelnen Stellen ergänzt.<sup>34</sup> Das 450jährige Jubiläum im Jahr 1975 sah dann noch einmal eine intensivierete Beschäftigung mit der Thematik Bauernkrieg. Im Vorfeld lieferten Arbeiten von Horst BUSZELLO<sup>35</sup> und Peter BLICKLE<sup>36</sup> wichtige Impulse und insbesondere im Bereich der inzwischen etablierten Wirtschaftsgeschichte kam es zu einigen neuen methodischen Ansätzen. Die regional begrenzte, jedoch sehr detaillierte Arbeit von David SABEAN<sup>37</sup> ermöglichte eine genaue Einschätzung der wirtschaftlichen Lage vor dem Aufstand und deren Beitrag zu dessen Ausbruch.<sup>38</sup>

Indessen etablierte sich im kommunistischen Osten eine strikt an ENGELS' Historischem Materialismus orientierte Sichtweise. Einer ihrer wichtigen Vertreter war Moisej Mendelevic SMIRIN,<sup>39</sup> der in dem Aufstand von 1525 und in der beginnenden Reformation einen Versuch des Bürgertums sah, durch die Beseitigung des

31 Diese konzentrierte sich vor allem auf den Vorwurf, dass FRANZ in der Zeit des Nationalsozialismus mit dessen Ideologie sympathisiert und sich davon vereinnahmen habe lassen. Vgl. hierfür MÜLLER, Diktatur, S. 314–320.

32 So etwa Volker PRESS im Jahr 1975: Das Werk von Günther FRANZ „gilt heute mit Recht als die Standarddarstellung des Bauernkriegs.“ PRESS, Bauernkrieg als Problem, S. 164.

33 MÜLLER, Diktatur, S. 161.

34 WAAS, Adolf: Die Bauern im Kampf um Gerechtigkeit 1300–1525. München 1964.

35 BUSZELLO, Horst: Der deutsche Bauernkrieg als politische Bewegung mit besonderer Berücksichtigung der anonymen Flugschriften: An die Versammlung gemayner Pawerschaftt (= Studien zu europäischen Geschichte, Band 8). Berlin 1969.

36 BLICKLE, Peter: Landschaften im Alten Reich. Die staatliche Funktion des gemeinen Mannes in Oberdeutschland. München 1973.

37 SABEAN, David: Landbesitz und Gesellschaft am Vorabend des Bauernkriegs. Eine Studie der sozialen Verhältnisse im südlichen Oberschwaben in den Jahren vor 1525 (= Quellen und Forschungen zur Agrargeschichte, Band 26). Stuttgart 1972.

38 BLICKLE, Revolution, S. 283.

39 SMIRIN, Moisej Mendelevic: Deutschland vor der Reformation. Abriss der Geschichte des politischen Kampfes in Deutschland vor der Reformation. Berlin 1955.

Feudalsystems und die Bestrebungen zu einer nationalen Einigung Deutschlands eine weitere Entfaltung des der Bourgeoisie dienlichen Frühkapitalismus zu erreichen. Den Bauernkrieg versah man dabei in der DDR-Forschung früh mit dem Terminus der „Frühbürgerlichen Revolution“.<sup>40</sup> Ergänzt wurde diese Interpretation später von Historikern wie Max STEINMETZ,<sup>41</sup> die – durchaus vergleichbar mit der Vorgehensweise von FRANZ – diesen Ansatz in zeitlicher Hinsicht erweiterten und konsolidierten, unter anderem dadurch, dass die Personen Thomas Müntzer (als früher Sozialrevolutionär) und auf der anderen Seite Martin Luther (als Vertreter der „Fürstenreformation“) einander gegenüber gestellt wurden. Trotz späterer, ebenfalls vor allem dem Umfeld des 450jährigen Jubiläums geschuldeter neuer Studien und deren Ansätzen – etwa einer stärkeren gesamteuropäischen Perspektive – blieb die ostdeutsche Forschung insgesamt aber weiterhin der engels'schen Tradition und dem Historischen Materialismus verpflichtet.<sup>42</sup>

Mit dem Ausgang der siebziger Jahre nahm das Interesse der Geschichtswissenschaft am Bauernkrieg wieder ab. Beachtung erfuhr er vor allem noch im Zusammenhang mit Arbeiten, die die Reformation und die Täuferbewegung oder einzelne Protagonisten wie Thomas Müntzer oder Michael Gaismair zum Schwerpunkt hatten. Eine umfassende Behandlung mit neuen Erkenntnissen wie in den siebziger Jahren ist aber insbesondere im überregionalen Bereich ausgeblieben,<sup>43</sup> wobei allerdings weiterhin Gesamtdarstellungen erschienen bzw. neu aufgelegt wurden.<sup>44</sup>

40 BLICKLE, *Revolution*, S. 281f. Erstmals gebraucht wurde diese Bezeichnung von dem Historiker Alfred MEUSEL, dessen Ansichten über den Bauernkrieg später jedoch keinen Einfluss mehr hatten. MEUSEL, Alfred: *Thomas Müntzer und seine Zeit. Mit einer Auswahl der Dokumente des grossen deutschen Bauernkrieges*. Berlin 1952; MÜLLER, Diktatur, S. 282–287.

41 STEINMETZ, Max: *Lehrbuch der deutschen Geschichte. Band 3: Deutschland 1476–1648. Von der frühbürgerlichen Revolution bis zum Westfälischen Frieden*. Berlin 1965.

42 MÜLLER, Diktatur, S. 285f.

43 BLICKLE, *Revolution*, S. 311–320.

44 BLICKLE, *Revolution* (vgl. FN 3); BLICKLE, Peter: *Der Bauernkrieg. Die Revolution des gemeinen Mannes*. München 2006; BUSZELLO, Horst u. a. (Hg.): *Der deutsche Bauernkrieg*. Paderborn 1995.

## 1.2 Forschungsstand zu den Folgen des Bauernkriegs

Wie aufgezeigt wurde, beschäftigte sich die Geschichtswissenschaft schon lange Zeit mit dem Bauernkrieg. Dabei standen aber immer Aspekte wie dessen Vorläufer, unmittelbare Faktoren, sein Verlauf, die Gründe für seinen Ausgang oder die langfristigen Folgen im Mittelpunkt.<sup>45</sup> Seit jeher vernachlässigt wurde im Vergleich dazu hingegen die Frage, wie sich die Situation unmittelbar nach der Empörung gestaltete, das heißt, wie die betroffenen Territorien mit den Rechtsbrüchen, den Schäden und den Aufführern selbst umgingen. Es ist bezeichnend, dass Günther FRANZ' einflussreiches Werk selbst in den neueren Auflagen den Folgen des Aufstands gerade einmal sieben Seiten widmet.<sup>46</sup>

In der marxistischen Forschung war ebenfalls kein großes Interesse an der Phase unmittelbar nach dem Ende des Bauernkriegs gegeben. Dies lag vornehmlich in dem Bemühen begründet, die engels'sche „Gesetzmäßigkeit“ des Historischen Materialismus auf diese Thematik anzuwenden. Daher galt die Aufmerksamkeit – wenn überhaupt – den Gründen des Scheiterns der Empörung, nicht aber den Ereignissen im direkten Anschluss daran. Der Blick wandte sich stattdessen sofort auf die langfristige Perspektive, um den „großen Linien“ des Klassenkampfes Rechnung zu tragen.<sup>47</sup>

Wenn es zu einer Auseinandersetzung mit dem Geschehen unmittelbar nach dem Aufbruch kam, dann lange Zeit ausschließlich im Rahmen landesgeschichtlich orientierter Arbeiten. Solche finden sich im fränkischen Raum etwa für die Hoch-

45 PRESS bezeichnete diese Aspekte 1975 als „traditionelle Knotenpunkte“, aus denen wiederum je nach Betrachtungsschule „hier wie dort gewisse Lieblingsobjekte“ besondere Beachtung erfuhren. PRESS, Bauernkrieg als Problem, S. 166–170.

46 FRANZ, Bauernkrieg, S. 294–300. MÜLLER, Thomas T.: Bauernkrieg nach dem Bauernkrieg. Die Verwüstung der Mühlhäuser Dörfer Dörna, Hollenbach und Lengefeld durch Eichsfelder Adel und Klerus. Duderstadt 2001. S. 150.

47 KLEIN, Folgen, S. 70.



stifte Würzburg<sup>48</sup> oder das Markgraftum Brandenburg-Kulmbach-Bayreuth<sup>49</sup> (im Folgenden nur als „Markgraftum Bayreuth“ bezeichnet). Während sie ereignisgeschichtlich durchaus hilfreich sind, leiden diese Arbeiten aus heutiger Sicht aber oftmals unter einer stark auf die jeweilige Region zugeschnittenen Sichtweise sowie natürlich unter ihrer Einbettung in teilweise überholte Forschungsansichten.

Zu einer ersten tieferen Aufarbeitung der Thematik, die auch umfangreicheres Quellenmaterial erschloss, kam es erst 1957 mit der Veröffentlichung der Dissertation von Eberhard MAYER.<sup>50</sup> Dieser analysierte die Behandlung, die den Aufständischen im Herzogtum Württemberg nach dem Ende der Empörung widerfuhr. Wichtig bei MAYERS Arbeit war dabei insbesondere, dass getroffene Maßnahmen wie Strafen oder Abgaben erstmals eingehender behandelt wurden. Vergleichbare Nachfolgearbeiten blieben jedoch vorerst aus. Erst die siebziger Jahre brachten hier neue Fortschritte, als die verschiedenen in dieser Zeit erschienenen Arbeiten es ermöglichten, auch die Beantwortung der Frage nach den Folgen des Bauernkriegs zu intensivieren.<sup>51</sup>

Zunächst war dies der Beitrag von Thomas S. SEA, der sich genauer mit der Rolle des Schwäbischen Bundes bei der Niederschlagung der Empörung auseinandersetzte und dabei auch dessen Bestrafungs- und Pazifikationsmaßnahmen anhand von Quellenmaterial erarbeitete.<sup>52</sup> Zeitlich in etwa parallel dazu ist der Aufsatz von

48 HOYER, Ernst: Fürstbischof Konrad III. von Thüngen als Richter, in: Würzburger Diözesangeschichtsblätter 14/15 (= Herbipolis Jubilans, 1200 Jahre Bistum Würzburg, Festschrift zur Säkularfeier der Erhebung der Kiliansreliquien). Würzburg 1952. S. 433–477; SCARBATH, Alma: Bischof Konrad III. von Würzburg und der Bauernkrieg in Franken. Lohr am Main 1935; SELLMANN, Werner: Die Marktbibarter Bauernverschwörung 1525 und ihre Auswirkungen auf das Haus des Ritters von Seckendorff in Sugenheim. Unveröff. Diss. Erlangen 1952.

49 THOMAS, Max: Markgraf Kasimir von Brandenburg im Bauernkriege. Gotha 1897.

50 MAYER, Eberhard: Die rechtliche Behandlung der Empörer von 1525 im Herzogtum Württemberg. Ein Beitrag zur Rechtsgeschichte des sogenannten „Deutschen Bauernkriegs“ (= Schriften zur Kirchen- und Rechtsgeschichte, Heft 3). Tübingen 1957.

51 „Es war eines der weiterführenden Ergebnisse der Forschungsdiskussion, die 1975 im Zusammenhang des 450. Gedenkjahres des deutschen Bauernkrieges geführt worden ist, dass sie u. a. gezielt die Frage nach den Folgen dieses Bauernkrieges stellte und damit dieses herausragende Ereignis der deutschen Geschichte des 16. Jahrhunderts in den bislang eher ungewohnten Zusammenhang der bäuerlichen Bewegungen zwischen 1526 und 1789 hineinstellte.“ SCHULZE, Winfried: Aufruhr und Empörung? Neue Studien zum bäuerlichen Widerstand im Alten Reich, in: Zeitschrift für Historische Forschung 9 (1982). S. 63–72. S. 63.

52 SEA, Thomas S.: Schwäbischer Bund und Bauernkrieg: Bestrafung und Pazifikation, in: WEHLER, Hans-Ulrich (Hg.): Der Deutsche Bauernkrieg 1524–1526 (= Geschichte und Gesellschaft, Sonderheft 1). Göttingen 1975. S. 129–167.

Thomas KLEIN anzusiedeln, der (als Ergebnis eines Universitätsseminars) erstmals überhaupt den Versuch unternahm, die unmittelbaren Folgen des Bauernkriegs in allen betroffenen Gebieten zu betrachten und zu vergleichen.<sup>53</sup> Das Resultat war eine relativierende Beurteilung dieser Folgen, die nach Meinung KLEINS insgesamt und längerfristig ohne gewichtigere Auswirkungen blieben.<sup>54</sup> Ebenfalls ein Produkt der Jahre um das Jubiläum von 1975 war schließlich der Aufsatz von Hans-Martin MAURER, der sich zwar – wie zuvor MAYER – vornehmlich auf Württemberg konzentrierte, dabei aber auch die Vorgehensweise in anderen Herrschaften vergleichend einbezog.<sup>55</sup>

Trotz dieser Fortschritte blieb die Forschungslage hinsichtlich der Bauernkriegsfolgen weiterhin vergleichsweise dürftig.<sup>56</sup> Als Grund hierfür wurde bisweilen die in vielen Fällen ungünstige Quellenlage angeführt,<sup>57</sup> während Volker PRESS die Schwierigkeiten beim Vergleich der einzelnen Territorien aufgrund divergierender sozialer, wirtschaftlicher und herrschaftlicher Strukturen hervorhob.<sup>58</sup> Gerhard PFEIFFER folgte später dieser Ansicht in seiner Betrachtung noch offener Fragen der Thematik, in welcher er die Möglichkeit einer „Gesamtbilanz“ des Aufstandes angesichts dessen regionaler Vielfalt grundsätzlich in Zweifel zog.<sup>59</sup> Zu

53 KLEIN, Folgen (vgl. FN 5).

54 „So sind die Folgen des Bauernkriegs, die von ihm ausgehenden längerfristigen Wirkungen, und zwar sowohl die positiven wie die negativen (von den Bauern her gesehen) mit Sicherheit von einer viel bescheideneren Größenordnung, als bei ENGELS und FRANZ beschrieben und als in aller Regel von denen, die sich mit dem Bauernkrieg beschäftigen, vorausgesetzt.“ KLEIN, Folgen, S. 116.

55 MAURER, Hans-Martin: Der Bauernkrieg als Massenerhebung. Dynamik einer revolutionären Bewegung, in: Bausteine zur geschichtlichen Landeskunde von Baden-Württemberg. Herausgegeben von der Kommission für geschichtliche Landeskunde in Baden-Württemberg anlässlich ihres 25jährigen Bestehens. Stuttgart 1979. S. 255–295.

56 KLEIN bezeichnet in seinem Aufsatz die Frage nach den Bauernkriegsfolgen schlichtweg als „nicht sehr populär.“ KLEIN, Folgen, S. 65.

57 „Die Folgen [des Bauernkriegs] erscheinen (...) noch ungenügend erforscht, oftmals fehlen wohl auch die quellenmäßigen Grundlagen für solche Untersuchungen.“ ARNOLD, Klaus: Die Stadt Kitzingen im Bauernkrieg, in: Mainfränkisches Jahrbuch für Geschichte und Kunst 27 (1975) (= Archiv des Historischen Vereins für Unterfranken und Aschaffenburg, Band 98). S. 11–50. S. 12.

58 PRESS, Bauernkrieg als Problem, S. 170.

59 „Überhaupt: Eine Gesamtbilanz des Bauernkrieges wäre eine theoretische Abstraktion, denn das, was ENGELS als Lokalborniertheit und eigensinnigen Provinzialismus bezeichnete, macht gerade das Wesen des Bauernkrieges aus.“ PFEIFFER, Gerhard: Der Bauernkrieg (1525). Offene Fragen – kontroverse Antworten, in: Jahrbuch für fränkische Landesforschung 50 (1990). S. 123–160. S. 156.

diesen spezifischen Faktoren kam schließlich noch die allgemeine Abnahme des Forschungsinteresses am Bauernkrieg seit dem Ende der siebziger Jahre.

Wenn überhaupt, dann beschäftigten sich in der Zeit danach fast ausschließlich regional ausgerichtete Arbeiten mit der Thematik, etwa für die Kurpfalz,<sup>60</sup> Oberschwaben<sup>61</sup> und Thüringen<sup>62</sup> sowie die Hochstifte Eichstätt<sup>63</sup> und Würzburg.<sup>64</sup> Dies waren aber meist Darstellungen der gesamten Empörung vor Ort, deren Folgezeit nur mehr oder weniger vertieft berücksichtigt wurde. Explizite Ausnahmen davon bilden zwei Werke: Zunächst ist die Arbeit von Thomas T. MÜLLER zu nennen, die einen Rechtsstreit über die Behandlung mehrerer thüringischer Dörfer nach dem Aufstand betrachtet.<sup>65</sup> Die aktuellste und bis dato umfangreichste Beschäftigung mit den unmittelbaren Folgen des Bauernkriegs stellt aber die 2004 veröffentlichte Dissertation von Malte HOHN dar.<sup>66</sup> Sie zeichnet sich vor allem durch einen weitreichenden Vergleich der Maßnahmen aus, die von den verschiedenen Obrigkeiten nach der Empörung getroffen wurden, und greift dabei auch auf zuvor noch unbearbeitetes Quellenmaterial zurück. Obwohl sie Schwächen wie etwa die ungenaue Anwendung moderner Rechtskonzepte (z. B. die Trennung von Straf- und Zivilrecht, die zur damaligen Zeit so nicht angewandt wurde)<sup>67</sup> und eine stark positivistische Rezeption der Quellen aufweist,<sup>68</sup> bietet die Arbeit einen umfangreichen

60 ALTER, Willi: Der Aufstand der Bauern und Bürger im Jahre 1525 in der Pfalz. Speyer 1998.

61 KUHN, Elmar L. (Hg.): Der Bauernkrieg in Oberschwaben. Tübingen 2000.

62 VOGLER, Günter (Hg.): Bauernkrieg zwischen Harz und Thüringer Wald. Stuttgart 2008.

63 SEGER, Josef: Der Bauernkrieg im Hochstift Eichstätt (= Eichstätter Studien, Neue Folge, Band 38). Regensburg 1997.

64 LERCH, Andreas: Der Bauernkrieg in Würzburg aus sozialgeschichtlicher Perspektive, in: Mainfränkisches Jahrbuch für Geschichte und Kunst 61 (2009) (= Archiv des historischen Vereins für Unterfranken und Aschaffenburg, Band 132). S. 70–90.

65 MÜLLER, Bauernkrieg (vgl. FN 46).

66 HOHN, Malte: Die rechtlichen Folgen des Bauernkrieges von 1525. Sanktionen, Ersatzleistungen und Normsetzung nach dem Aufstand (= Schriften zur Rechtsgeschichte, Heft 112). Berlin 2004.

67 RUDOLPH, Harriet: Rechtskultur in der Frühen Neuzeit. Perspektiven und Erkenntnispotentiale eines modischen Begriffs, in: Historische Zeitschrift 278 (2004). S. 347–374. S. 374.

68 Dies kritisiert Anselm SCHUBERT in seiner Rezension der Arbeit Hohns; sein abschließendes Urteil lautet: „Auf Grund der Fülle der untersuchten Fälle, der neu erschlossenen Quellenbestände, der Menge der sehr sauber nachgewiesenen und recherchierten Details, die durch ein gründliches Register erschlossen werden, kann das Buch, das sich streckenweise wie ein Moritatenkabinett der deutschen Rechtsgeschichte liest, dennoch als ein zwar methodisch problematischer aber kulturhistorisch reicher Beitrag zur Geschichte ‚der radikalsten Tatsache der deutschen Ge-

Überblick über die Thematik, der bis dahin in dieser Form noch nicht erstellt worden war. HOHNs abschließendes Urteil über die Folgen des Bauernkriegs sieht die Bestrafung der Untertanen im Rahmen des damaligen Rechtsverständnisses nicht als ungewohnt hart oder grausam; auch die finanziellen Belastungen werden von ihm als letztlich tragbar eingeschätzt.<sup>69</sup>

Für das Hochstift Bamberg im Speziellen gestaltet sich die Literaturlandschaft im Bezug auf den Bauernkrieg und insbesondere seine Folgen ebenfalls sehr übersichtlich. Die erste Arbeit, die sich mit der Thematik auseinandersetzte, war die 1825 erschienene „Bamberger Reformationsgeschichte“ von Joseph HELLER,<sup>70</sup> die den Aufstand eher kurz anspricht und gerade seiner Bewältigung kaum nachgeht. Andere Autoren des 19. Jahrhunderts wie Otto ERHARD<sup>71</sup> oder Karl SCHOTTENLOHER<sup>72</sup> behandeln den Bauernkrieg im Hochstift ebenfalls vor dem Hintergrund der neuen Lehre Luthers, geben dabei allerdings jeweils stark konfessionell eingefärbte Positionen wieder; ihre Beiträge zeichnen sich eher durch das verwendete (und teilweise edierte) Quellenmaterial aus. Auch das Werk von Johann LOOSHORN<sup>73</sup> ist unter diesem Aspekt zu betrachten; der umfangreichen Archivarbeit, die darin Niederschlag gefunden hat, stehen eine teils konfessionell (d. h. prokatholisch) tendenziöse Position des Autors sowie der mangelhafte Nachweis der gebrauchten Quellen gegenüber.

Der zweite Band der „Chroniken der Stadt Bamberg“ von Anton CHROUST<sup>74</sup> repräsentierte, obwohl größtenteils „nur“ Quellenedition,<sup>75</sup> schließlich für lange Zeit

schichte‘ (Marx) gelten.“ SCHUBERT, Anselm: Rezension von Malte Hohn: Die rechtlichen Folgen des Bauernkrieges von 1525. <http://www.sehepunkte.de/2007/11/6690.html> (Stand: 1. August 2011).

69 HOHN, Rechtliche Folgen, S. 374f.

70 HELLER, Joseph: Reformations-Geschichte des ehemaligen Bisthums Bamberg. Bamberg 1825.

71 ERHARD, Otto: Die Reformation der Kirche in Bamberg unter Bischof Weigand 1522–1556. Erlangen 1898.

72 SCHOTTENLOHER, Karl: Die Buchdruckertätigkeit Georg Erlingers in Bamberg von 1522 bis 1541. Ein Beitrag zur Geschichte der Reformationszeit (= Sammlung bibliothekswissenschaftlicher Arbeiten, Band 4). Leipzig 1907.

73 LOOSHORN, Johann: Die Geschichte des Bisthums Bamberg. IV. Band: Das Bisthum Bamberg von 1400–1556. Bamberg 1900 (Neudruck 1980, Neustadt a. d. Aisch).

74 CHROUST, Chroniken (vgl. FN 28).

75 Auf die darin enthaltenen Quellen wird an anderer Stelle näher eingegangen. Vgl. Punkt 1.4.

den maßgeblichen Beitrag; darin wurde zwar auch den Jahren nach dem eigentlichen Aufstand gewisse Aufmerksamkeit geschenkt, jedoch keine tiefergehende Betrachtung (vor allem im Vergleich zu der eingehenden Analyse der Ereignisse während der Empörung) versucht. Eine Einschätzung der getroffenen Maßnahmen liefert CHROUST trotzdem: In seinen Augen zeichnete sich die Obrigkeit, insbesondere der Bischof, durch „Menschlichkeit und Milde“ aus, blieb der Aufstand im Hochstift „eine Episode“, von deren Folgen nicht viel zu spüren war.<sup>76</sup>

Mit dem „Bauernkrieg im Obermairtal“ von Bernhard DIETZ<sup>77</sup> erschien 1925 und 1926 eine Studie, die erstmals genauer auf die Ereignisse im Umland des Hochstifts einging und dabei auch die dortigen Folgen des Bauernkriegs berücksichtigte. Danach stellt eine vervollständigte und sehr kurz kommentierte Aufstellung der im Aufstand beschädigten Schlösser durch Otto Freiherr von SCHAUMBERG zu Beginn der fünfziger Jahre den einzigen kleinen Beitrag zur Erforschung der lokalen Aufstandsfolgen dar.<sup>78</sup>

Die wichtigsten Werke zur Geschichte des Bauernkriegs im Hochstift Bamberg brachten die frühen siebziger Jahre: Bis heute ist der Aufsatz von Rudolf ENDRES<sup>79</sup> als die zentrale Arbeit zur Thematik zu sehen, wobei auch dort den unmittelbaren Folgen des Aufstandes nur sehr wenig Aufmerksamkeit geschenkt wird.<sup>80</sup> Die Beurteilung der Bauernkriegsfolgen fällt darin zweiteilig aus: Während ENDRES (wie schon zuvor CHROUST) das Vorgehen des Bischofs als moderat und nachsichtig bewertet, erfahren das Domkapitel und der Adel Kritik: Ersteres für seine harte Haltung in der Frage der Bestrafung, Letzterer für seine unmäßigen Schadensersatzforderungen.<sup>81</sup>

76 CHROUST, Chroniken, S. XXXVf.

77 DIETZ, Bernhard: Der Bauernkrieg im Obermairtal (= Sonderdruck aus den „Heimatblättern“ des Lichtenfelser Tagblattes). Lichtenfels 1925/1926.

78 von SCHAUMBERG, Otto Freiherr: Aufruhr-Schäden im Bauernkrieg 1525, in: Fränkische Blätter für Geschichtsforschung und Heimatpflege Nrr. 12, 15, 16. Bamberg 1951.

79 ENDRES, Rudolf: Probleme des Bauernkriegs im Hochstift Bamberg, in: Jahrbuch für fränkische Landesforschung 31 (1971). S. 91–139.

80 Nur die letzten sieben von insgesamt 47 Seiten des Aufsatzes behandeln die Ereignisse nach dem Ende der Empörung im Hochstift. ENDRES, Probleme, S. 132–139.

81 ENDRES, Probleme, S. 133f.

Ergänzend hierzu treten ENDRES' Abhandlung über den fränkischen Bauernkrieg im Allgemeinen<sup>82</sup> sowie die Dissertation von Werner ZEISSNER,<sup>83</sup> welche insbesondere neue Erkenntnisse über den Gebrauch der Todesstrafe nach dem Aufstand liefert. Weitere Veröffentlichungen, die sich mit dem Aufstand im Hochstift beschäftigen und über das von ENDRES und ZEISSNER Erarbeitete Hinausgehendes liefern, blieben danach jedoch weitgehend aus. Im Bereich der Normgebung und Herrschaftspraxis im frühneuzeitlichen Hochstift Bamberg ist allerdings noch zusätzlich die aktuelle Dissertation von Johannes STAUDENMAIER zu nennen, die sowohl den Bauernkrieg berücksichtigt als auch den gegenwärtigen Forschungsstand hinsichtlich der Geschichte des Hochstifts widert.<sup>84</sup>

### 1.3 Ungedruckte Quellen

Das für diese Arbeit ausgewertete Quellenmaterial stammt zum erheblichen Teil aus dem Bestand „Bamberger Bauernkriegsakten“, der sich im Staatsarchiv Bamberg (im Folgenden mit StAB abgekürzt) befindet.<sup>85</sup> Es handelt sich dabei um eine noch im 19. Jahrhundert nach dem damals angewendeten Pertinenzprinzip<sup>86</sup> zusammengestellte Sammlung von Archivgut verschiedener Provenienz, welches sich durch einen inhaltlichen Bezug zum Bauernkrieg auszeichnet.<sup>87</sup> Gemäß der Natur dieser Art von Ordnung findet sich eine erhebliche Bandbreite an Schriftstücken: Abschriften aus der bischöflichen Kanzlei, Verhandlungs- und Verhörprotokolle, die Korrespondenz fremder Herrschaftsträger, Rechnungen oder im Nachhinein

82 ENDRES, Rudolf: Der Bauernkrieg in Franken, in: Blätter für deutsche Landesgeschichte 109 (1973). S. 31–68.

83 ZEISSNER, Werner: Religio incorrupta? Altkirchliche Kräfte unter Bischof Weigand von Redwitz (1522–1556) (= BHVB, Beiheft 6). Bamberg 1975.

84 STAUDENMAIER, Johannes: *Gute Policy* in Hochstift und Stadt Bamberg. Normgebung, Herrschaftspraxis und Machtbeziehungen vor dem Dreißigjährigen Krieg. Unveröff. Diss. Bamberg 2009. Die Arbeit wurde vom Autor freundlicherweise zur Verfügung gestellt.

85 StAB B 48.

86 Das Pertinenzprinzip versucht eine Ordnung der Archivalien nach bestimmten Kriterien wie etwa ihrem Sachinhalt; dabei wird die Provenienz, also die Herkunft des Archivguts, nicht berücksichtigt. FRANZ, Eckhart G.: Einführung in die Archivkunde. Darmstadt 51999. S. 5.

87 Diese Informationen sind der freundlichen Auskunft von Herrn Dr. Klaus Rupprecht und Herrn Martin Walgenbach vom Staatsarchiv Bamberg zu verdanken.

verfasste Berichte und Rechtfertigungen. Einen wesentlichen Anteil machen auch Petitionen von Personen unterschiedlichster Herkunft aus; Bauern und Bürger treten ebenso als Bittsteller auf wie Adlige und Geistliche. Als eines der damaligen „Kommunikationsmittel schlechthin“ finden sie sich nach dem Aufstand von 1525 in großer Zahl.<sup>88</sup>

Zu den „Bauernkriegsakten“ treten noch weitere Bestände des Staatsarchivs; an erster Stelle ist hier das Rezessbuch des Bamberger Domkapitels<sup>89</sup> aufzuführen. Darin wurden die Beschlüsse der Sitzungen der Korporation zusammengefasst; da diese mindestens zweimal wöchentlich stattfanden,<sup>90</sup> ergibt sich eine durchgehende Aufzeichnung der Probleme und Entscheidungen, mit denen sich die Kanoniker auseinanderzusetzen hatten. Dies wiederum erleichtert es erheblich, kausale Vorgänge nachzuvollziehen, die sich aus den bunt gemischten „Bauernkriegsakten“ meist nur wesentlich umständlicher ableiten lassen. Vor allem aber treten in den Einträgen des Rezessbuchs am deutlichsten die Positionen des Kapitels hervor. Die in dieser Arbeit angestrebte Analyse des obrigkeitlichen Vorgehens im Hochstift Bamberg legt weiterhin das Heranziehen des Schriftguts weiterer Ämter und Einrichtungen nahe, wie etwa der bischöflichen Kanzlei, des Hofgerichts oder des Zahlamts; deren Überlieferung findet ebenfalls Verwendung, sofern sich daraus zusätzliche Erkenntnisse über die Folgezeit des Bauernkriegs in Bamberg erschließen lassen. Insgesamt kommt ihnen aber eine eher ergänzende Rolle zu, da die „Bauernkriegsakten“ aufgrund ihrer Eigenart als Pertinenzbestand bereits viele relevante Dokumente der aufgeführten Einrichtungen beinhalten.

## 1.4 Gedruckte Quellen

Für den Bamberger Bauernkrieg stellt die Arbeit von CHROUST<sup>91</sup> trotz ihres Alters bis heute die maßgebliche Quellenedition dar. Einen großen Teil des Werks ma-

88 BLICKLE, Peter: Bauernaufstände im frühneuzeitlichen Europa, in: Zeitschrift für bayrische Landesgeschichte 71, Heft 2 (2008). S. 357–383. S. 360f.

89 StAB B 86, Nrr. 3, 3a.

90 KIST, Johannes: Das Bamberger Domkapitel von 1399 bis 1556. Ein Beitrag zur Geschichte seiner Verfassung, seines Wirkens und seiner Mitglieder (= Historisch-Diplomatische Forschungen, Band 7). Weimar 1943.

91 CHROUST, Chroniken (vgl. FN 28).

chen die beiden umfangreichsten zeitgenössischen Berichte über den Verlauf der Empörung in der Stadt Bamberg selbst aus: zum einen das Schreiben<sup>92</sup> von Marx Halbritter,<sup>93</sup> einem Mitglied des Bamberger Rats während des Aufstands, welches vor allem die Sicht der Bürgerschaft einnimmt; zum anderen ein *Verzeichnis*<sup>94</sup> über die Ereignisse während der Unruhen, festgehalten von dem bischöflichen Sekretär Martin Müllner,<sup>95</sup> welches eher die Position der herrschaftlichen Seite widerspiegelt. Zusätzlich finden sich mehrere kleinere Berichte, unter anderem die von der Äbtissin sowie einer weiteren, unbekannten Nonne des Bamberger Klarissenklosters verfassten Schriften. Abgerundet wird die Edition durch 25 sogenannte „Akten-Beilagen“:<sup>96</sup> Unter diese fallen mehrere Einzelschriftstücke, vor allem die Verhöre und Aussagen der Aufständischen nach der Empörung.

Abschließend wurde noch ediertes Quellenmaterial, welches nicht direkt aus dem Hochstift Bamberg stammt, verwendet. Hierzu zählen unter anderem die von Günther FRANZ herausgegebenen „Quellen zur Geschichte des Bauernkriegs“,<sup>97</sup> die Editionsarbeiten von Wilhelm VOGT<sup>98</sup> sowie (erneut) Günther FRANZ.<sup>99</sup> Da aus ihnen aber größtenteils nur kurze, ergänzende Aussagen zu den Ereignissen im Hochstift Bamberg – quasi als „Außenansicht“ – verwendet wurden, soll an dieser Stelle auf eine ausführlichere Erläuterung verzichtet werden.

92 Der vollständige Titel lautet *Beschreibung der geschicht, so sich in der paurn aufrur a. 1525 im stift Bamberg zwischen der oberkeit und untertanen daselbst, auch dem schwebischen pund zugetragen hat*. CHROUST, Chroniken, S. 1–93.

93 Für seine Person und die Frage seiner Autorschaft vgl. CHROUST, Chroniken, S. XLIII–XLVI.

94 Der vollständige Titel lautet *Verzeichnis, welicher massen sich die entporung der aufrurigen untertanen zugetragen, was sich darinnen verlossen und wie die entlich gestilt, niemands zu verletzung sonder allein darumb in schriefft verfast, sich in kunftig zeit darnach zu richten und vor dergleichen posem und mutwilligem furnemen dester pass hueten und bewaren mogen*. CHROUST, Chroniken, S. 95–157.

95 Für seine Person vgl. CHROUST, Chroniken, S. LIII–LV.

96 CHROUST, Chroniken, S. 207–324.

97 FRANZ, Günther (Hg.): *Quellen zur Geschichte des Bauernkriegs*. Darmstadt 1963.

98 VOGT, Wilhelm: Die Correspondenz des schwäbischen Bundeshauptmanns Ulrich Artzt von Augsburg aus den Jahren 1524 und 1525. III. Abtheilung, in: *Zeitschrift des Historischen Vereins für Schwaben und Neuburg* 9 (1882). S. 1–62; VOGT, Wilhelm: Die Correspondenz des schwäbischen Bundeshauptmanns Ulrich Artzt von Augsburg aus den Jahren 1524 und 1525. IV. Abtheilung, in: *Zeitschrift des Historischen Vereins für Schwaben und Neuburg* 10 (1883). S. 1–300.

99 FRANZ, Günther (Hg.): *Akten zur Geschichte des Bauernkriegs in Mitteldeutschland*. 3 Bände in 3 Teilen. Band II. Jena 1942 (Neudruck 1964, Aalen).





## 2. Der Verlauf des Aufstands im Hochstift Bamberg

### 2.1 Erste Phase: Die Stadt Bamberg

Die Ursachen, die zum Ausbruch des Aufstandes beitrugen, können seit längerer Zeit als geklärt gelten.<sup>100</sup> Die Unzufriedenheit über den Verlust alter, gewohnheitlicher Rechte, die der Ausbau des frühneuzeitlichen Territorialstaats mit sich brachte, lieferte im Fall Bambergs ebenso wie in den zahlreichen anderen betroffenen Gebieten den grundlegenden Nährboden. Verschärft wurde diese Problematik im Hochstift zusätzlich durch die Existenz einer Mehrzahl von Herrschaftsträgern: neben den Bischof Weigand von Redwitz traten das Domkapitel, geistliche Einrichtungen (z. B. die Klöster Banz und Langheim) und zahlreiche Angehörige der Ritterschaft. Diese obrigkeitliche Zersplitterung, die für Franken als „territorium non clausum“ charakteristisch war, drückte sich durch die Präsenz von verschiedenen Herren in fast jeder Ortschaft aus; das beste Beispiel bot die Residenzstadt Bamberg selbst, wo neben dem Stadtgericht noch mehrere als „Immunitäten“ bezeichnete Bereiche existierten, die in verschiedener Hinsicht (Gerichtsbarkeit, Marktrechte) nicht dem Fürsten, sondern den Kollegiatstiften der Stadt unterstellt waren.<sup>101</sup>

Aus dieser vielschichtigen Herrschaftslandschaft resultierte eine Fülle von Abgaben, die den jeweiligen Obrigkeiten zu leisten waren und die eine erhebliche wirtschaftliche Belastung darstellten. Insbesondere auf dem Land wurde dieser Aspekt durch die in Franken praktizierte Realteilung<sup>102</sup> verschärft: Durch deren

100 Die ausführlichste und bis heute nicht widerlegte Darstellung der Ursachen des Bamberger Bauernkriegs bietet Rudolf ENDRES. Vgl. ENDRES, Probleme, insb. S. 91–109.

101 Für die Immunitäten vgl. REINDL, Alwin: Die vier Immunitäten des Domkapitels zu Bamberg. Ein Beitrag zu ihrer geschichtlichen Entwicklung, Verwaltung und Rechtsprechung, in: BHVB 105 (1969). S. 216–509. Für Frankens politische Zersplitterung vgl. FN 131.

102 Bei der Realteilung wurde der Hof unter allen Erben aufgeteilt, wodurch jeweils kleinere Güter entstanden, deren Lebensfähigkeit nicht immer gewährleistet war. Den Gegensatz hierzu bil-

Anwendung waren vornehmlich Klein- und Kleinsthöfe entstanden, die teilweise kaum genug zum Überleben ihrer Besitzer abwarfen.<sup>103</sup> Die hieraus zwangsläufig folgenden Unterschiede der individuellen materiellen Versorgung der Bevölkerung, verbunden mit einem stetigen Ausbau der finanziellen Belastungen,<sup>104</sup> trugen zu einem angespannten gesellschaftlichen Klima bei. Dies äußerte sich seit 1520 durch vermehrt auftretende Fälle von Abgabenverweigerung seitens der Untertanen, die 1524 im kollektiven Widerstand der Stadt Forchheim gegen die Zahlung des Zehnten einen vorläufigen Höhepunkt fanden.<sup>105</sup>

Neben die Frage der materiellen Versorgung trat die durch das Wirken Martin Luthers aufgekommene neue Lehre, die auch im Bamberger Raum in allen sozialen Schichten Gehör fand.<sup>106</sup> Als einer der populärsten Vertreter der reformatorischen Ansichten trat in Bamberg der Kustor zu St. Gangolf, Johannes Schwanhausen, auf, dessen Predigten großen Zulauf erhielten.<sup>107</sup> Als Bischof Weigand im Herbst 1524 in Absprache mit dem Domkapitel Schwanhausen und mehrere andere gleichgesinnte Geistliche entfernen ließ, verbreitete sich unter den Anhängern Luthers in der Stadt die Furcht, ebenfalls das Opfer von Verfolgung zu werden.<sup>108</sup>

Die Lage blieb dennoch bis in das Frühjahr 1525 ruhig; dann aber trafen vermehrt Berichte von den sich von Südwestdeutschland her ausbreitenden Unruhen auch in Franken ein. Markgraf Kasimir von Brandenburg rief deswegen den Schwäbischen Bund,<sup>109</sup> eine Vereinigung zahlreicher Territorien zur Friedenswahrung, zu Hilfe. Jener ordnete die Aufstellung einer dreihundert Mann starken Reitertruppe durch die fränkischen Mitglieder des Bundes an; das Hochstift Bamberg,

det das (vor allem in Norddeutschland praktizierte) Anerbenrecht, bei dem nur an einen einzigen Nachkommen vererbt wurde. Erbpraxis, ländliche, in: EdN, Band 3, Sp. 408.

103 ENDRES, Probleme, S. 96f.

104 ENDRES, Probleme, S. 98–103.

105 Für die Ereignisse in Forchheim vgl. ENDRES, Rudolf: Forchheim zur Reformationszeit, in: Bauern- und Markgrafenkrieg, in: Forchheim in Geschichte und Gegenwart. Beiträge aus Anlass der 1200-Jahr-Feier. Bamberg 2004. S. 165–172; GÜCKEL, Martin: Beiträge zur Geschichte der Stadt Forchheim im 16. Jahrhundert (= Programm des königlichen neuen Gymnasiums in Bamberg für 1897/98). Bamberg 1898.

106 ZEISSNER, Religio incorrupta, S. 79f. Sogar im Domkapitel gab es lutherfreundlich gestimmte Kanoniker. Vgl. Punkt 3.2.

107 Für Schwanhauser vgl. ERHARD, Reformation, S. 10–12; WEIGELT, Horst: Die frühreformatorische Bewegung in Bamberg und Johann Schwanhauser, in: BHVB 134 (1998). S. 113–130.

108 ENDRES, Probleme, S. 107–109; WEIGELT, Bewegung, S. 121–123.

109 Für diesen vgl. Punkt 3.5.

ebenfalls Angehöriger der Einung, war davon auch betroffen.<sup>110</sup> Aus diesem Grund wies Bischof Weigand die dem Hochstift zugehörige Ritterschaft an, am 11. April 1525 in voller Bewaffnung in Bamberg zu erscheinen; dies geschah mittels eines Ausschreibens, das (vermutlich aufgrund der hohen Stückzahl) gedruckt wurde.<sup>111</sup> Dabei gelangte ein Druckergeselle an das Schriftstück, der es wiederum einem der lutherischen Lehre zugeneigten Personenkreis zuführte. Dessen Mitglieder machten das Schreiben allgemein bekannt und riefen den Rest der Bürgerschaft zusammen. Grund für dieses Handeln war die Befürchtung, dass die Bewaffneten für ein gewaltsames Vorgehen gegen Anhänger der Reformation einberufen worden waren.<sup>112</sup>

Am 11. April – also dem Tag, der eigentlich für die Versammlung der Ritterschaft angesetzt worden war – bildeten sich Menschenansammlungen in der ganzen Stadt. Die Forderung nach einer Rückkehr Johannes Schwanhausens kam auf und es wurde Sturm geschlagen. Dem Bischof überreichten die aufgebrachten Bürger mehrere Artikel,<sup>113</sup> die unter anderem die freie Predigt, die Aufhebung des kleinen Zehnts<sup>114</sup> sowie die Freigabe von Jagd und Fischerei verlangten. Außerdem sollte das Domkapitel seine Herrschaftsrechte verlieren und somit der Bischof der alleinige Herr Bambergs werden. Den weltlichen Adel wollte man aber explizit nicht damit angreifen; dessen Ansprüche wurden anerkannt.<sup>115</sup> Als eine positive Reaktion der Obrigkeit ausblieb, entlud sich die Spannung in einem Angriff auf die Domburg. Die meisten Wohnungen der dort lebenden Domherren wurden verwüstet und geplündert;<sup>116</sup> die Mehrheit der Kanoniker selbst war schon aus Bamberg ge-

110 CHROUST, Chroniken, S. XXVIII; LOOSHORN, Bisthum Bamberg, S. 571.

111 FRANZ, Bauernkrieg, S. 208.

112 CHROUST, Chroniken, S. XXIX.

113 Die Artikel sind abgedruckt bei CHROUST, Chroniken, S. 207f.

114 Dieser wurde auf kleinere Erzeugnisse wie Obst oder Gemüse gelegt, nicht auf Korn oder Holz wie im Fall des großen Zehnts. Zehnt, in: HRG, Band 5, Sp. 1630.

115 *Und war derselben erster artikel und begern: der furst solt ir aller, so vor der gaistlichkeit undertanen gewest weren (mit denen vom adel hetten sie nit sonder zu schaffen), einiger herr sein; dann sie gedächten nit so vil herren zu haben (...).* CHROUST, Chroniken, S. 13f.

116 *(...) haben sie angefangen, sturm zu leuten, und sind in die burge gefallen, darinn grausamblich und erschrockenlich gehandelt mit zuerschlaung in tumbhernhofen öfen fenster, zu plündern und zu nemen mit zerreissung und zerhauung der buecher reigister briefe und anders (...).* CHROUST, Chroniken, S. 106.

flohen, der Rest von ihnen blieb und leistete Bürgerpflicht.<sup>117</sup> Diese Situation konnte erst am 20. April durch den Abschluss eines „friedlichen Anstands“ entspannt werden. Es wurde dabei das Einberufen eines Ausschusses, besetzt mit Untertanen aus der Residenzstadt selbst sowie aus dem umliegenden Land, der mit dem Fürsten über die Beschwerden der Bevölkerung verhandeln sollte, beschlossen.<sup>118</sup>

## 2.2 Zweite Phase: Das Hochstift

Die Lage blieb in den Wochen nach den Unruhen in Bamberg zunächst stabil. Die Verhandlungen zwischen Untertanen und Bischof brachten mehrere neue Erleichterungen, unter anderem die zuvor geforderte Abschaffung des kleinen Zehnts sowie die Freigabe von Wäldern und Gewässern.<sup>119</sup> Doch reichte dies nicht aus, um die Gemüter dauerhaft zu beruhigen; am 14. Mai kam es schließlich zu einer erneuten Eskalation: Seit Anfang des Monats hatten sich immer mehr unzufriedene Untertanen aus dem ganzen Hochstift in einem Lager bei Hallstadt gesammelt. Von dort aus riefen sie nun die Einwohner Bambergs und des restlichen Landes dazu auf, die Burgen und Schlösser des Stifts und des Adels sowie die Klöster einzunehmen und abzubrechen.<sup>120</sup> In den folgenden Tagen wurde dieses Unternehmen auch konsequent durchgeführt und eine Vielzahl der Sitze der Obrigkeit teilweise oder gänzlich zerstört. Zudem plünderte man Vorräte, fischte Teiche leer und schlug Holz in zuvor verbotenen Wäldern.<sup>121</sup> Die Bewohner der Stadt Bamberg selbst al-

117 Die verbliebenen Kanoniker waren Jakob Fuchs von Wallburg, Georg von Bibra sowie Weiprecht von Seckendorff; letzterer konnte schon aus Krankheitsgründen die Stadt nicht verlassen. CHROUST, Chroniken, S. 11.

118 CHROUST, Chroniken, S. XXX.

119 WEISS, Dieter J.: Das exemte Bistum Bamberg. Die Bischofsreihe von 1522 bis 1693 (= Germania Sacra, Historisch-statistische Beschreibung der Kirche des Alten Reiches, Neue Folge 38,1, Die Bistümer der Kirchenprovinz Mainz). Berlin/New York 2000. S. 101.

120 Ein Gesandter des Hallstadter Lagers antwortete auf die Frage der Bamberger, was die Ziele der Auführer seien, *Sie gedechten kein schloss noch closter im land stehn zu lassen*. CHROUST, Chroniken, S. 42.

121 ENDRES, Probleme, S. 113f. Die genaue Anzahl der zerstörten Gebäude lässt sich nur schwer feststellen. ENDRES' Annahme von fast 200 Fällen wird etwa von STAUDENMAIER in Zweifel gezogen. ENDRES, Probleme, S. 115; STAUDENMAIER, Policy, S. 44. Es berichtete zumindest der hessische Rat in einem Brief an seinen Herrn, Landgraf Philipp, die Bauern hätten im Hochstift Bamberg derart viel Häuser abgebrannt, *also das der bischof uf dise stund nit drei oder vier ufrichtiger heuser hat*.

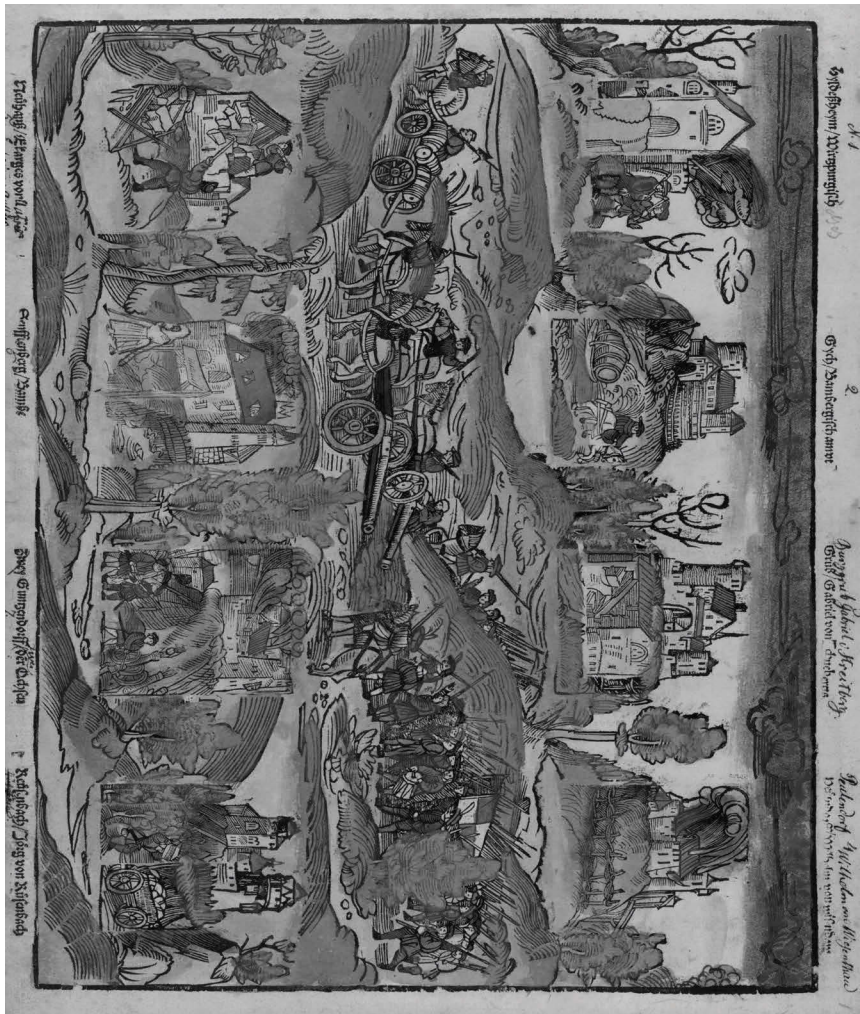


Abb. 1: Die Plünderung und Zerstörung der  
bischöflichen und adligen Sitze durch die Bauern im Mai 1525

MERX, Otto: Beiträge zur Geschichte der religiösen und sozialen Bewegung in den Stiftern Mainz, Würzburg und Bamberg (1524–1526), in: Archiv des Historischen Vereins von Unterfranken und Aschaffenburg 49 (1907). S. 131–164. S. 151.

lerdings distanzierten sich größtenteils von dieser Entwicklung und nahmen eine ablehnende Haltung gegenüber den Aufständischen auf dem Land ein.<sup>122</sup> Ebenso blieben die Orte Herzogenaurach und Forchheim bewusst allen Ausschreitungen fern.<sup>123</sup>

Bischof Weigand unternahm mehrere Versuche, durch das Angebot von weiteren Verhandlungen den Zerstörungen Einhalt zu gebieten und erklärte sich zwischenzeitlich sogar dazu bereit, zurückzutreten, falls er dadurch eine friedliche Beilegung des Konflikts erreichen könne. Dies lehnten die Aufführer aber ausdrücklich ab.<sup>124</sup> Am 26. Mai gelang es letztlich, unter Vermittlung der Reichsstadt Nürnberg einen zweiten „friedlichen Anstand“ zu beschließen, der neue Gespräche zwischen den Empörern und der Obrigkeit vorsah. Diese wurden zwar auch in die Tat umgesetzt, blieben aber ergebnislos. Gleichzeitig näherte sich Anfang Juni von Westen das Heer des Schwäbischen Bundes unter der Führung von Georg Truchsess von Waldburg, welches in diesen Tagen die Aufständischen im Hochstift Würzburg in zwei Schlachten besiegt hatte.<sup>125</sup> Der Bund war zuvor unabhängig voneinander durch Bischof Weigand und Mitglieder des Domkapitels gedrängt worden, baldmöglichst auch nach Bamberg zu ziehen.<sup>126</sup>

Die Gerüchte über das Nahen der Bündischen Söldner und deren Gräueltaten sowie die ausbleibenden Verhandlungserfolge in Bamberg bewegten die meisten Untertanen dazu, das Hallstadter Lager zu verlassen. Am 8. Juni kündigte Bischof Weigand die Gespräche auf, was aber ohne Konsequenzen blieb. Stattdessen begannen seit dem 13. Juni nach und nach alle Ortschaften im Stift sich dem Fürsten bedingungslos zu unterwerfen; sie erklärten sich dabei zur erneuten Huldigung ihm und auch dem Domkapitel gegenüber bereit.<sup>127</sup> Der Aufstand im Hochstift Bamberg war damit ohne direkte Gewalteinwirkung zusammengebrochen.<sup>128</sup> Wei-

122 So heuerte man in der Stadt Landsknechte an, um sich gegen mögliche Einfälle von Außerhalb zu schützen. CHROUST, Chroniken, S. XXXII f.

123 ENDRES, Probleme, S. 134. Einzelpersonen aus diesen Ortschaften nahmen allerdings durchaus an der zweiten Aufstandswelle teil, wie spätere Anklagen zeigen (vgl. FN 707).

124 ERHARD, Reformation, S. 49f; ENDRES, Probleme, S. 129.

125 Am 2. und 4. Juni kam es zu den Schlachten bei Königshofen und Ingolstadt. Würzburg selbst wurde am 7. Juni eingenommen. ENDRES, Rudolf: Franken, in: BUSZELLO, Horst u. a. (Hg.): Der deutsche Bauernkrieg. Paderborn 31995. S. 134–153. S. 150–152.

126 Vgl. die Punkte 3.1 und 3.5.

127 CHROUST, Chroniken, S. 235–240.

128 LOOSHORN, Bisthum Bamberg, S. 636; ENDRES, Probleme, S. 131f.

gand versuchte nun – nicht zuletzt auf inniges Bitten seiner Untertanen hin –, den Schwäbischen Bund von einem Zug in sein Land abzubringen;<sup>129</sup> ein Besuch im bündischen Lager in Hassfurt am 15. Juni brachte jedoch keinen Erfolg, und so zogen die Bundestruppen plündernd nach Bamberg weiter,<sup>130</sup> wo sie am 19. Juni 1525 eintrafen.

129 *Der furst reit aber seinem zusagen nach, wiewol vil zu spat, zum punt; kam zu der pun-  
tischen leger gein Hasfurt. (...) Desshalb pat der furst die puntsrät sampt dem obersten hauptman mit  
zehrenden augen: solt im seiner burger zu Bamberg verschonen; dann sie hetten an ime, dem fursten,  
geton als frome treue untertan, (...). Es half aber nichts (...).* CHROUST, Chroniken, S. 58f.

130 *Aber den wege auferwarts sein die dorfer fast allenthalben angestossen und geprennt und  
grosser schade gescheen und zum teil on der hauptleut willen und bevelhe.* CHROUST, Chroniken, S. 125.





### 3. Die strafenden Parteien

Für ein ausreichendes Verständnis der Ereignisse und Handlungen, die in den Jahren nach dem Ende des Aufstands im Hochstift Bamberg zu Tage traten, ist eine genauere Betrachtung der Obrigkeit, die die Strafen vornahm, vonnöten. Denn während in der Zeit der Bauernunruhen die Initiative bei den Untertanen lag, so erlangten nach dem Zusammenbruch des Aufstands die Herrschenden des fränkischen Territoriums ihre Handlungsfähigkeit wieder. Die Bezeichnung „Herrschende“ weist zugleich auf einen wichtigen Aspekt hin: Im Hochstift Bamberg waren bei der Behandlung der Bauernkriegsfolgen trotz einer nominell gegebenen alleinigen Herrschaft des Bischofs durchgehend mehrere Parteien involviert. Dies ergibt sich, wie gezeigt werden soll, teils aus den verfassungs- und verwaltungsmäßigen Eigenarten des Stifts, teils aus dem schlichten Umstand, dass in einer mit zahlreichen Herrschaftsrechten durchsetzten Region wie dem vormodernen Franken<sup>131</sup> eine flächendeckende Erhebung beinahe zwangsläufig verschiedenste Herrschaftsrechte und -interessen berühren musste.

Bei den in dieser Arbeit berücksichtigten – und somit für relevant erachteten – Parteien handelt es sich um den Bamberger Bischof Weigand von Redwitz (1522–1556), das Bamberger Domkapitel, den weltlichen Rat der Hochstiftsregierung sowie den fränkischen Adel. Zusätzlich muss auch der Schwäbische Bund einbezogen werden, der durch seine unmittelbare Beteiligung bei der Niederwerfung des Aufstands erstmals direkt in Erscheinung getreten war und der (wie noch zu zeigen sein wird) auch weiterhin Einfluss auf die Ereignisse in und um Bamberg nehmen sollte.

Explizit ausgespart bleibt hingegen der fränkische Reichskreis: Dieser hatte sich zwar bereits 1495 im Rahmen der Reichsreform erstmals konstituiert, verfügte aber in den Jahren um 1525 noch lange nicht über die nötigen Mittel, um bei den Problemen der Folgen des Bauernkriegs (insbesondere der Exekution des Land-

131 Franken, in: HRG II, Band 1, Sp. 1654f; Territorium, in: HABERKERN, Eugen/WALLACH, Joseph: *Hilfswörterbuch für Historiker. Mittelalter und Neuzeit*. Band 1. München 1980. S. 615.

friedens) eine wirksame Rolle spielen zu können.<sup>132</sup> Ebenfalls nicht berücksichtigt – zumindest als „Obrigkeitsfaktor“ – wird die Bamberger Stadtgemeinde. Ihr stand nur ein geringer eigener Entscheidungsspielraum zu; sie bildete kaum mehr als ein „Beratungsgremium“<sup>133</sup> und ist daher in der Folgezeit des Bauernkriegs letztlich der unterworfenen Untertanenschaft zuzuordnen, weswegen sie im Rahmen dieser Arbeit keine umfassende Betrachtung erfährt.

### 3.1 Bischof Weigand von Redwitz

Seit seiner Wahl durch das Domkapitel im Sommer 1522<sup>134</sup> war Weigand von Redwitz der 49. Bischof von Bamberg.<sup>135</sup> Dies machte ihn zum Landesherren des Hochstifts, zum Oberhaupt der weltlichen und geistlichen Regierung und verlieh ihm grundsätzlich verschiedene wichtige Regalien wie unter anderem das der Steuer, der Wehr, der Gesetzgebung sowie die Vogtei. Er besaß die hohe Gerichtsbarkeit im Hochstift, dessen oberster Richter er war.<sup>136</sup> Jedoch stand die Ausübung dieser Rechte vielerorts nicht ihm selbst, sondern anderen Herrschaftsträgern zu,<sup>137</sup> und auch der Gebrauch der Regalien war in einigen Fällen an die Zustimmung des Domkapitels gebunden.<sup>138</sup> Insbesondere im Bereich der geistlichen Gerichtsbar-

132 DOTZAUER, Winfried: Die deutschen Reichskreise (1383–1806). Geschichte und Aktenedition. Stuttgart 1998. S. 96. Das Problem der Exekution des Landfriedens konnte erst 1555 endgültig gelöst werden; bis dahin war die Handlungsfähigkeit des Reichskreises in diesem Punkt stark eingeschränkt. MÜHLHOFER, Stefan: Die Politik der fränkischen Reichsstände auf den Reichstagen von 1521–1555 (= Historische Studien, Band 487). Husum 2006. S. 154.

133 ECKERLEIN, Marco: Die bürgerliche politische Führungsgruppe in Bamberg zu Beginn der Frühen Neuzeit, in: HÄBERLEIN, Mark u. a. (Hg.): Bamberg in der Frühen Neuzeit. Neue Beiträge zur Geschichte von Stadt und Hochstift (= Bamberger Historische Studien, Band 1; Veröffentlichungen des Stadtarchivs Bamberg, Band 11). Bamberg 2008. S. 77–112. S. 81.

134 LOOSHORN, Bisthum Bamberg, S. 543f.

135 Für einen ausführlicheren Lebenslauf vgl. WEISS, Germania Sacra II, S. 54–56

136 WEISS, Germania Sacra II, S. 49. Für die Rolle der hohen Gerichtsbarkeit bei den Strafmaßnahmen nach dem Bauernkrieg vgl. Punkt 4.1.4 und 4.2.1.

137 Von Bedeutung hierfür ist die starke Stellung der niederen Gerichtsbarkeit in Franken, die deren Inhabern ein relativ hohes Maß an Eigenständigkeit verlieh. Vgl. hierzu Punkt 3.4.

138 Vgl. Punkt 3.2.

keit hatte der Bischof die meisten Kompetenzen an den Domdekan abgegeben, der als oberster geistlicher Richter fungierte.<sup>139</sup>

Diese Zersplitterung der Herrschaftsrechte, die sich darin äußerte, dass auch in kleinen Dörfern oftmals mehrere Grundherren nebeneinander auftraten, musste dem Bischof jedoch nicht zwangsläufig zum Nachteil gereichen: Gerade in Regionen mit einer hohen Zergliederung an Herrschaftsrechten (wie unter anderem in Franken) war oftmals eine Kooperation der verschiedenen Rechtsträger unerlässlich, wobei vor allem kleine Herrschaften auf ein gutes Verhältnis zu größeren Nachbarn angewiesen waren.<sup>140</sup> In Konfliktsituationen mochte sich dieser Umstand für den Bischof als Herrn des Hochstifts also möglicherweise sogar positiv auswirken.

Anders als im Fall von Domkapitel und Adel war Weigands Herrschaft im Aufstand von 1525 zu keinem Zeitpunkt in Frage gestellt worden; es hatten im Gegenteil die Untertanen gleich zu Beginn den eindeutigen Wunsch geäußert, dass der Bischof ohne das Domkapitel der alleinige Herr sein solle.<sup>141</sup> Auch später, als sich die Landbevölkerung gegen die Ritterschaft wandte, blieb seine Position unangetastet; das Verlangen nach einer Säkularisierung des Stifts und der Einsetzung eines weltlichen Fürsten, wie es etwa im Stift Fulda formuliert worden war,<sup>142</sup> blieb aus. Auf diese Weise geriet er spätestens Mitte Mai in die Situation, der einzig verbliebe-

139 SCHMITT, Hans-Jürgen: Die geistliche und weltliche Verwaltung der Diözese und des Hochstifts Bamberg zur Zeit des Bischofs Weigand von Redwitz (1522–1556), in: BHVB 106 (1970). S. 33–184. S. 74. Für eine vertiefte Behandlung vgl. STRAUB, Heinrich: Die geistliche Gerichtsbarkeit des Domdekans im alten Bistum Bamberg von den Anfängen bis zum Ende des 16. Jahrhunderts. Eine rechtsgeschichtliche Untersuchung (= Münchner theologische Studien, 3. kanonistische Abteilung, Band 9). München 1957.

140 SCHMIDT, Georg: Städtecorpus und Grafenvereine. Möglichkeiten und Grenzen der Zusammenarbeit kleinerer Reichsstände zwischen dem Wormser und dem Speyerer Reichstag 1521 bis 1526, in: Zeitschrift für Historische Forschung 10 (1983). S. 41–72. S. 42f.

141 So laut des ersten Beschwerdeartikels der Bamberger Bürger vom 13. April: *Und war derselben erster artikel und begern: der furst solt ir aller, so vor der gaistlichkeit undertanen gewest werden (...), einiger herr sein; (...) darumb wolten sie auch gegen dem fursten tun alles, das frumen leuten gegen einem frommen fursten zu tun wol anstunde, auch leib, leben, haab und gut ine dabei zu handhaben darstrecken.* CHROUST, Chroniken, S. 13f.

142 MEYER, Manfred: Zur Haltung des Adels im Bauernkrieg. Die Politik Wilhelms von Henneberg gegenüber Bauern, Fürsten, Klerus und Städten, in: Jahrbuch für Regionalgeschichte 4 (1972). 200–224. S. 212; WENDEHORST, Alfred: Coadjutor Johann von Henneberg und der Bauernkrieg im Hochstift Fulda (1525), in: Jahrbuch für fränkische Landesforschung 60 (2000). S. 200–224. S. 129.

ne Verhandlungspartner auf Seiten der Bamberger Obrigkeit zu sein, da zu diesem Zeitpunkt sowohl Domkapitel als auch Adel von den Untertanen abgelehnt worden waren. Im Umkehrschluss sollte man auch Weigands durchgehende Kontakte mit den Aufrührern unter diesem Aspekt betrachten; jene mussten nicht zwangsläufig echte Gesprächsbereitschaft bedeuten, sondern waren zumindest teilweise dem Umstand geschuldet, dass niemand sonst die Beratungen hätte führen können.

Dieser Gedanke führt zu der Frage, wie die Position des Bischofs im Bamberger Bauernkrieg einzuordnen ist – während der Unruhen, aber auch zum Zeitpunkt ihres Zusammenbruchs in Hinblick auf die späteren Entwicklungen. Während der gesamten Aufstandszeit blieb Weigand in Verbindung mit anderen Herrschaften und insbesondere dem Schwäbischen Bund. Gleich am ersten Tag des Aufstands bat er die dem Stift zugehörige Ritterschaft darum, sie solle andere Fürsten von den Ereignissen in der Residenzstadt wissen lassen;<sup>143</sup> ebenso berichtete er zwei Tage später an das Reichsregiment.<sup>144</sup> Auch im Mai hielt er vor allem mit dem Bund Kontakt,<sup>145</sup> was am Ende des Monats in der Bitte gipfelte, der Feldhauptmann des Bundesheeres möge nach einem erfolgreichen Ausgang der Kämpfe im Hochstift Würzburg weiter nach Bamberg ziehen. Dies solle ungeachtet eines Vertrages geschehen, den er mit den Untertanen drei Tage zuvor geschlossen habe<sup>146</sup> – gemeint war damit der „friedliche Anstand“ vom 26. Mai. Anfang Juni äußerte Weigand mehrfach Ähnliches gegenüber Mitgliedern des Domkapitels und Kontaktmännern des Schwäbischen Bunds,<sup>147</sup> und am 11. Juni wurden die Bamberger Gesandten beim Bundesheer erneut angewiesen, dieses zu einem schnellen Zug in das Hochstift zu bewegen.<sup>148</sup> Hieraus ist ersichtlich, dass dem Bischof trotz aller Verhandlungen gleichermaßen an der Hilfe des Schwäbischen Bundes zur Befriedung seines Landes gelegen war. Auch wenn hinter den parallelen Gesprächen wohl

143 StAB B 48, Nr. 15, Prod. 4.

144 CHROUST, Chroniken, S. 15, FN 2.

145 Am 1. Mai entschuldigte sich Weigand beim Bund, er könne in der momentanen Situation die Bundesauflage nicht entrichten. LOOSHORN, Bisthum Bamberg, S. 590. Am 11. Mai folgte die Abmeldung vom Bundestreffen in Esslingen unter Verweis auf die zweite Aufstandswelle. StAB B 48, Nr. 23, fol. 9–10<sup>r</sup>.

146 VOGT, Correspondenz III, S. 45.

147 STOLZE, Bauernkrieg, S. 227.

148 (...) *woe die sache zwischen uns und den unsern nit vertragen wurde, des wir uns nach gelegenheit der sachen nit versehen können, das die vertragen werde, als dan den zuge in unsern stift zu nemen und uns zu retten und zu helfen.* CHROUST, Chroniken, S. 58, FN 1.

keine absichtliche Verzögerungstaktik stand<sup>149</sup> (derer sich der Bund selbst zuvor in ähnlicher Weise bedient hatte),<sup>150</sup> so zeigt sich doch, dass die Option der gewalt-samen Wiederherstellung des Friedens zumindest als ultima ratio im Hochstift für Weigand stets wählbar blieb.

Im ersten Moment verwunderlich erscheint in diesem Zusammenhang der Versuch des Bischofs, durch persönliche Intervention den Einzug des Truchsess in Bamberg mittels eines Besuchs in dessen Feldlager bei Haßfurt am 15. Juni abzuwenden.<sup>151</sup> Dieses letztlich ohnehin aussichtslose Unterfangen wurzelte wohl in zweierlei Ursachen: Der Aufstand in Bamberg war ja zu diesem Zeitpunkt bereits zusammengebrochen; die Untertanen hatten sich angesichts der drohenden Gefahr durch die nahenden Truppen ihrem Landesherrn erneut unterworfen und ihn dabei um Schutz gebeten. Dadurch wurde der Frieden wiederhergestellt, was die Hilfe des Bundes für Weigand weniger attraktiv gemacht haben dürfte. Diese Ablehnung verstärkte sich nun aber noch durch die Allen bewusste Tatsache, dass der Aufenthalt von mehreren tausend Söldnern im Endeffekt dem Hochstift mehr Schaden denn Nutzen bringen würde, wie frühere Ereignisse bereits gezeigt hatten.<sup>152</sup>

Aus diesem Verhalten Bischof Weigands lässt sich zunächst erkennen, dass er einerseits zwar bereit war, zur Bewahrung bzw. Wiederherstellung des Friedens in seinem Land Schritte mit drastischen Konsequenzen einzuleiten (konkret das Eingreifen des Heeres des Schwäbischen Bunds), sich zugleich aber den Bitten der Untertanen nicht verschloss, sondern diese als Anlass für seine Handlungen zu nehmen bereit war. Was aber bedeutet das für die Haltung des Fürsten nach dem Ende des Aufstands?

149 Vor allem in der älteren Forschung herrscht diese Meinung vor wie z. B. bei ERHARD. ENDRES hingegen verneint dies und geht von einer aufrichtigen Verhandlungsbereitschaft Weigands aus. ERHARD, *Reformation*, S. 51f; ENDRES, *Bauernkrieg im Hochstift*, S. 129. Es erscheint insgesamt zweifelhaft, dass dem Bischof überhaupt daran gelegen bzw. es ihm möglich war, gezielt und langfristig geplant auf ein Eintreffen des Bundesheers zu spekulieren, bedenkt man die turbulente, instabile Situation, die sich möglicherweise zudem durch eine eingeschränkte Nachrichtenlage auszeichnete. Die Entwicklung im Hochstift war letztlich wohl mehr der Verkettung einzelner ad-hoc-Entscheidungen geschuldet.

150 CARL, Horst: *Der Schwäbische Bund 1488–1534. Landfrieden und Genossenschaft im Übergang vom Spätmittelalter zur Reformation* (= *Schriften zur südwestdeutschen Landeskunde* 24). Leinfelden-Echterdingen 2000. S. 494f.

151 Vgl. FN 129.

152 Bamberg hatte im Rahmen der Adelsfehden der Jahre 1522 und 1523 schon die negativen Seiten eines bündischen Eingreifens erfahren. Vgl. hierfür Punkt 3.5.

Dass es zu Strafmaßnahmen kommen würde, stand für Weigand definitiv fest, denn bereits am 13. Juni 1525 – noch vor Eintreffen des Bundes – leitete er Erkundigungen darüber ein, wie im benachbarten Hochstift Würzburg bei der Bestrafung der ungehorsamen Bevölkerung vorgegangen würde; in dieser Anfrage wurden auch bereits namentlich konkrete Aspekte wie Brandschatzungen und Geldstrafen sowie die Art ihrer Einbringung angesprochen.<sup>153</sup> Man kann hierzu höchstens die Vermutung anstellen, dass ihm zumindest an keiner allzu harten Bestrafung gelegen war bzw. dass er Zugeständnissen gegenüber seinen Untertanen offen stand.

An dieser Stelle ist es wichtig, noch einmal kurz auf den persönlichen Hintergrund Bischof Weigands von Redwitz einzugehen: Seine Familie gehörte der fränkischen Reichsritterschaft (als Teil des Ritterkantons „Gebürg“) an. Vor seiner Wahl zum Bischof war er bereits seit dreißig Jahren (seit 1492) Mitglied des Bamberger Domkapitels, zusammen mit seinem Bruder Daniel (dieser von 1503 bis 1537).<sup>154</sup> Seine beiden anderen Brüder Christoph und Emmeram<sup>155</sup> gehörten dem Hofrat an. Über seine Schwestern Katharina, Elisabeth und Magdalena war er mit den Ritterfamilien von Würzburg sowie von Wiesenthau verschwägert.<sup>156</sup> Weigand entstammte also selbst dem lokalen Adel und war diesem somit verwandtschaftlich verbunden. Vergleichbares lässt sich für das Domkapitel sagen: Zu jenem stand er ebenfalls als zuvor langjähriges (und sehr aktives)<sup>157</sup> Mitglied in enger Beziehung, zumal über Daniel von Redwitz auch nach seiner Wahl zum Bischof weiterhin familiäre Bindungen existierten. Zudem hatte sich während des Aufstands früh gezeigt, dass Weigand die Stellung der Korporation nicht nur anerkannte, sondern auch zu

153 Weigand schrieb an seinen Bruder Christoph von Redwitz: *Vnns auch wissen lassen, wie es Vnnser besonder liebe Herrn vnnd freunt von wurtzburg mit der straff gegen die statt wurtzburg, vnnd allen andern seiner, lieb, Stieffts Stetten flecken vnnd dorffern gehalten, ob Er die andren Stett flecken vnnd dorffer auch gein wurtzburg gefordertt, oder wie die straff sonsten furgenomen, vnd Einer yder Statt flecken vnd dorff aufgelegt worden sey, Desgeleychen Wollett vnns verstendigen, wie es mit der geltt straff, vnnd dan der prantschatzung gehalten und wie dieselbig gar oder zum teyl volge vnd gereycht werde.* StAB B 48, Nr. 1, Prod. 66.

154 KIST, Johannes: Die Matrikel der Geistlichkeit des Bistums Bamberg 1400–1556 (= Veröffentlichungen der Gesellschaft für fränkische Geschichte, 4. Reihe, Matrikeln fränkischer Schulen und Stände, Band 7). Würzburg 1965. S. 319 (Nr. 4822).

155 Emmeram von Redwitz trug im April 1525 mit mehreren anderen Hofräten den unruhigen Einwohnern Bambergs den Verhandlungsvorschlag Bischof Weigands vor. CHROUST, Chroniken, S. 12. Für die Besetzung des Hofrats vgl. Punkt 3.3.

156 WEISS, Germania Sacra II, S. 55.

157 ZEISSNER, Religio incorrupta, S. 46f.

verteidigen bereit war: Als die Bamberger forderten, er solle ohne das Kapitel ihr einziger Herr sein, lehnte er dies mit deutlichen Worten ab.<sup>158</sup>

Es ist schwer, mögliche Prioritäten oder Handlungsmotive des Bischofs zu erkennen. Als Landesherr war er dem Hochstift und dessen Wohl verbunden und zeigte sich auch bereit für seine Untertanen einzutreten, wenn diesen großer Schaden zu entstehen drohte. Zudem wiesen die Nürnberger Gesandten gegenüber den Bambergern darauf hin, er *wer nit ein blutdurstig man*, weswegen sich diese in Gnade und Ungnade ergeben sollten, bevor der Bund einträfe.<sup>159</sup> Weigand stand also nicht in dem Ruf, zu übergroßer Härte gegenüber seinen Untergebenen zu neigen. Jedoch war es bis dahin noch zu keinem vergleichbaren Vorfall wie dem Aufstand gekommen; der Fürst mochte sich bei dieser Gelegenheit von einer anderen Seite zeigen.

Gleichzeitig lässt sich beim Bischof ein klares Festhalten an der bestehenden Ordnung erkennen, die zu bewahren er gewillt war – und das letztlich auch mit bzw. unter Toleranz von gewaltsamen Maßnahmen. Er zeigte sich auch nicht dazu bereit, den Angriff auf die Verhältnisse im Land, die der Aufstand zweifellos darstellte, unsanktioniert passieren zu lassen. Und letztlich war er sowohl dem Domkapitel als auch der Ritterschaft des Stifts verbunden; dass er möglicherweise deren Anliegen in dieser Sache zumindest berücksichtigen wollte, darf nicht außer Acht gelassen werden.

## 3.2 Das Domkapitel

Neben dem Bischof bildete im Hochstift Bamberg das Domkapitel einen gewichtigen Machtfaktor. Dies war jedoch nicht von Anfang an der Fall gewesen; zunächst sollte die Korporation dem Bischof nur bei der Verwaltung seiner Diözese zur Seite stehen.<sup>160</sup> Seit dem Hochmittelalter erwarb sie jedoch erhebliche neue Machtbe-

158 Auf die Forderung nach der Beseitigung des Domkapitels reagierte Weigand laut Halbritters Bericht wie folgt: *Als aber der furst solichs begern höret, schlug ers mit disen Worten ab: er kunts mit keinen ehren tun, das er andern herrn ir leut einnem und sonderlich seinem capitel. Als seine Räte ihn drängten, um des Friedens willen auf das Verlangte einzugehen, erwiderte er: ,ob man schon mich in einem turn het, gedeckt ichs doch nit zu tun.'* CHROUST, Chroniken, S. 14.

159 CHROUST, Chroniken, S. 56.

160 Kapitel, in: LexMA, Band 5, Sp. 938.



fugnisse; die Schlüsselfunktion kam dabei der kanonischen Wahl zu. Das Wormser Konkordat von 1122 bestimmte, dass Bischöfe nicht mehr vom Kaiser eingesetzt, sondern von der Kirchengemeinde gewählt werden sollten. In Bamberg war aber als Wählerschaft spätestens seit 1245 nur noch das Kapitel vertreten, dem somit das alleinige Wahlrecht zukam.<sup>161</sup> Bei dieser Wahl nun griff man auf das Mittel der Wahlkapitulationen<sup>162</sup> zurück: Jeder neue Kandidat für das Amt des Bischofs musste zuvor eine Reihe von Artikeln schwören, die meist in irgendeiner Form frühere Vorteile für das Kapitel bekräftigten oder neue einführten. Auf diese Weise wurde etwa der Gebrauch verschiedener Regalien (wie Münz- und Marktangelegenheiten) sowie die Besteuerung von Kapitularen und Geistlichen von der Zustimmung der Kanoniker abhängig. Seit 1475 war sogar die Erbhuldigung der Untertanen neben dem Bischof auch dem Domkapitel zu leisten.<sup>163</sup>

Ebenfalls gestärkt wurde die verfassungsrechtliche Position des Kapitels durch den Umstand, dass seit 1398 sämtliche Propsteistellen der Bamberger Niederstifte (St. Gangolf, St. Jakob und St. Stephan) mit Domherren besetzt werden mussten, wodurch das Domkapitel an die Spitze eines umfangreichen, stiftbasierten Macht-komplexes gelangte.<sup>164</sup> Zusätzlich hierzu unterstanden die mit den Stiften verbundenen Immunitäten der Korporation, welche dort die niedere Gerichtsbarkeit innehatte,<sup>165</sup> weiterhin übte es im gesamten Amt Staffelfstein die hohe Gerichtsbarkeit aus.<sup>166</sup> In beiden Herrschaftsbereichen besaß man somit das Recht zu Gebot und Verbot; alle Mandate, die vom Bischof erlassen wurden, hatten ohne Bestätigung der Kanoniker dort keine Wirkung.<sup>167</sup>

An der Spitze des Kapitels standen der Dompropst (in den Jahren um 1525 Marquard von Stein zu Jettingen) sowie der Domdekan (im selben Zeitraum Sebastian

161 von GUTTENBERG, Erich Freiherr: Das Bistum Bamberg. Erster Teil (= *Germania Sacra*, Historisch-statistische Beschreibung der Deutschen Bistümer, Domkapitel, Kollegiat- und Pfarrkirchen, Klöster und sonstigen kirchlichen Institute, Zweite Abteilung, Die Bistümer der Kirchenprovinz Mainz, Erster Band). Berlin 1937. S. 46.

162 Für die Bamberger Wahlkapitulationen vgl. WEIGEL, Georg: Die Wahlkapitulationen der Bamberger Bischöfe 1328–1693. Eine historische Untersuchung. Bamberg 1909.

163 GUTTENBERG, *Germania Sacra* I, S. 61f.

164 KIST, Domkapitel, S. 63.

165 GÖLDEL, Caroline: Zur Entwicklung der Bamberger Stadtverfassung im 15. Jahrhundert im Spannungsfeld Rat – Gemeinde – Klerus, in: BHVB 135 (1999). S. 7–44. S. 8.

166 STAUDENMAIER, Policey, S. 52.

167 REINDL, Immunitäten, S. 284.

Georg von Künsberg).<sup>168</sup> Die Kanoniker waren verhältnismäßig gut gebildet, wobei sich jedoch ihr Interesse und ihre entsprechenden Kompetenzen nur wenig auf Theologie und Seelsorge, aber umso mehr auf Fragen weltlicher Verwaltung und alltäglicher Rechtsgeschäfte konzentrierten.<sup>169</sup>

Der eigenen Machtposition war sich das Bamberger Domkapitel sehr wohl bewusst; dies ging so weit, dass die Kanoniker über sich selbst sagten, ihre Korporation sei *mit regierender herr und des stifts corpus* und nicht, wie die Kapitel anderer Kirchen im Reich, ihrem Bischof *one mittel* unterworfen.<sup>170</sup> Zusätzlich verstärkt wurde diese Einschätzung noch durch die Kontinuität, die es charakterisierte: Während es stets nur einen Bischof gab, dessen Herrschaftszeit zwangsläufig von begrenzter Dauer war, erfuhr das vielköpfige Kapitel keinerlei Phasen der (vollständigen) Vakanz. Dies erzeugte das Selbstverständnis, eine „Erbmutter“ des Stifts zu sein, deren verfassungsrechtliche Sonderstellung zu eigenen Zielen und Positionen berechnete, ja verpflichtete.<sup>171</sup> Somit befand sich das Bamberger Kapitel in einer (auch andernorts bei weniger einflussreichen Kapiteln durchaus gegebenen) „Zwitterstellung“: Einerseits zwar fest in die Leitung von Diözese und Hochstift eingebunden, war es andererseits durch die ihm zur Verfügung stehenden machtpolitischen Mittel zur Vertretung eigener, separater Interessen in der Lage und konnte dabei auch als gewichtiger Gegenpol zur bischöflichen Gewalt fungieren.<sup>172</sup>

Bei all diesen Vorteilen darf nicht vergessen werden, dass das Domkapitel keineswegs immer als eine geschlossene, homogen handelnde Einheit auftrat, die stets einmütig ihre Rechte durchzusetzen suchte. Zunächst einmal besaßen von den insgesamt 34 Kanonikern nur zwanzig die Erlaubnis, mit vollem Stimmrecht an den Sitzungen der Korporation teilzunehmen.<sup>173</sup> Von jenen Vollberechtigten nahmen wiederum nicht alle ihre Rechte auch wahr; einige der Kapitulare zogen es vor, nach dem Ableisten ihrer Präsenzpflcht ihre Zeit vornehmlich an anderen Orten zu

168 KIST, Domkapitel, S. 10–15.

169 KIST, Domkapitel, S. 91–96.

170 WEISS, Germania Sacra II, S. 19.

171 BACHMANN, Siegfried: Die Landstände des Hochstifts Bamberg. Ein Beitrag zur territorialen Verfassungsgeschichte. Bamberg 1962. S. 35; CHRIST, Günter: Selbstverständnis und Rolle der Domkapitel in den geistlichen Territorien des alten Deutschen Reiches in der Frühneuzeit, in: Zeitschrift für Historische Forschung 16 (1989). S. 257–408. S. 278.

172 CHRIST, Selbstverständnis, S. 259.

173 KIST, Domkapitel, S. 7–9; WEISS, Germania Sacra II, S. 20f.

verbringen.<sup>174</sup> Die regelmäßig in Bamberg selbst an den Geschäften des Stifts beteiligten Kapitulare wiederum mussten nicht immer in ihrer Meinung übereinstimmen. Grund für Differenzen mochten dabei häufig kleinere Fragen wie die (nicht selbstverständlich eingehaltene) regelmäßige Teilnahme an Chorgebet und Kapitelssitzung<sup>175</sup> oder das Fehlverhalten des Kanonikernachwuchses<sup>176</sup> sein. Es kam jedoch auch bei schwerwiegenden Anlässen zu Uneinigkeit und Parteibildungen im Domkapitel; in dem Jahrhundert vor dem Bauernkrieg bieten der Bamberger Immunitätenstreit von 1430 bis 1435<sup>177</sup> oder der Bistumsstreit von 1481/82<sup>178</sup> hierfür anschauliche Beispiele. Bei beiden Auseinandersetzungen hatten sich zum Teil tiefe Gräben durch die Reihen der Kanoniker gezogen.<sup>179</sup>

Der Aufstand im Hochstift im Jahr 1525 brachte nun dieses uneinheitliche Verhalten der Kapitelsmitglieder erneut in sehr deutliche Weise zu Tage: Während der Unruhen floh ein Teil der Kanoniker aus der Stadt, um (zumindest teilweise) von außerhalb wiederum aktiv an deren Befriedung zu arbeiten. Zu diesen gehörten dabei sowohl Propst als auch Dekan; sie waren nach Augsburg gereist, einem der

174 KIST, Domkapitel, S. 47–49.

175 Diese Mängel brachten den Dekan im Frühjahr 1527 soweit, mit seinem Rücktritt im Fall ausbleibender Besserung zu drohen. StAB B 86, Nr. 3, fol. 418–419.

176 Hier war oft deren Kleidungsstil, Trinkgehab und Verhalten im Gottesdienst Grund für Beschwerden. Das Kapitel sah sich schließlich genötigt, diese Verstöße mit Pfündensperrung und Haft zu sanktionieren. StAB B 86, Nr. 3, fol. 351.

177 CHROUST, Anton (Hg.): Chroniken der Stadt Bamberg. 1. Hälfte: Chroniken des Bamberger Immunitätenstreites von 1430–1435 (= Veröffentlichungen der Gesellschaft für fränkische Geschichte, Erste Reihe, Fränkische Chroniken). Leipzig 1910 (Neudruck 2005, Würzburg). Für einen allgemeinen Überblick über das Domkapitel in der Zeit vor dem Bauernkrieg vgl. DENGLE-SCHREIBER, Karin: Städtehass und Kunstsinn. Das Bamberger Domkapitel im 15. Jahrhundert und Georg von Löwenstein, in: GÖLLER, Luitgar (Hg.): 1000 Jahre Bistum Bamberg 1007–2007. Unterm Sternenmantel (Katalog). Petersberg 2007. S. 188–197.

178 THUMSER, Matthias: Der Konflikt um die Wahlkapitulation zwischen dem Bamberger Domkapitel und Bischof Philipp von Henneberg. Quellen zum Bamberger Bistumsstreit 1481/82 (= BHVB, 24. Beiheft). Bamberg 1990.

179 „Doch verstand sich dieser Kreis [= das Domkapitel] kaum einmal als ein geschlossener Verband, sondern die Mitglieder der Domgeistlichkeit gruppierten sich immer wieder, ganz nach den jeweiligen Gegebenheiten, zu Parteien, von denen jede ihre eigenen Ziele verfolgte.“ THUMSER, Bistumsstreit, S. 12. Genauere Forschungen zur inneren Dynamik des Bamberger Domkapitels fehlen für den Beginn der Frühen Neuzeit. Für die späte Frühe Neuzeit vgl. MANN, Christoph: Das Bamberger Domkapitel im späten 18. Jahrhundert. Lebensstile, Parteien, Reformfähigkeit, in: HÄBERLEIN, Mark u. a. (Hg.): Bamberg in der Frühen Neuzeit. Neue Beiträge zur Geschichte von Stadt und Hochstift (= Bamberger Historische Studien, Band 1; Veröffentlichungen des Stadtarchivs Bamberg, Band 11). Bamberg 2008. S. 319–345.

beiden „Vororte“ des Schwäbischen Bundes (zusammen mit Ulm). Dort befand sich neben dem Bundesgericht auch der damalige Bundeshauptmann<sup>180</sup> Ulrich Artzt,<sup>181</sup> der auch davon berichtete, von den Kanonikern zu einem Zug in das Hochstift Bamberg gedrängt worden zu sein.<sup>182</sup> Andere Kapitulare hingegen waren in Bamberg geblieben und hatten sich gar den Forderungen der Aufständischen gebeugt – wenn auch vielleicht mehr aus dem Druck der Situation heraus denn aus wirklicher Sympathie für deren Ziele.

Die Haltung der Kapitulare am Ausgangspunkt der Bestrafungs- und Kompensationsphase wurde durch mehrere Faktoren beeinflusst. Vollständig waren sie alle vom Bauernkrieg insofern betroffen, als die Aufständischen die Ausschaltung des Domkapitels gefordert hatten. Gerade dieses aber begriff sich ja weit über seine ursprünglichen Aufgaben hinaus als ein ebenso elementarer Bestandteil der Stifths herrschaft wie der Bischof. Ein so grundlegendes Infragestellen der eigenen Existenz könnte durchaus den Kern für eine geschlossene Rachehaltung gegenüber den Aufständischen bilden: Die Bereitschaft, durch schwere Strafaktionen den ungehorsamen Untertanen auf möglichst nachdrückliche und nachhaltig abschreckende Art und Weise die Konsequenzen ihres Fehlverhaltens deutlich zu machen und so die eigene Position in Zukunft zu stabilisieren, muss zumindest als ein möglicher Beweggrund für das Handeln des Domkapitels nach dem Bauernkrieg erwogen werden.

Bei der Frage nach weiteren solchen Motiven ist es ebenfalls angebracht, auf die Verwandtschaftsverhältnisse der Domkanoniker hinzuweisen: Der Zutritt zum Kapitel wurde im 16. Jahrhundert nur Adligen gewährt;<sup>183</sup> das Neubesetzungsrecht einer Kanonikatsstelle stand dabei meist monatlich wechselnd einem anderen

180 Die Bundeshauptmänner fungierten als eine Art „Schaltstelle“ für die interne Kommunikation und die Entscheidungsabläufe des Schwäbischen Bundes und gewährten dessen Funktionieren, unter anderem durch das Einberufen des Bundesrates. CARL, Schwäbischer Bund, S. 210–216.

181 CARL, Schwäbischer Bund, S. 163f.

182 Am 9. Juni schrieb Artzt an Georg von Waldburg: „Heute sind der Domprobst, Dekan und einer vom Kapitel zu Bamberg erschienen und haben ihre grosse Bedrängnis geschildert mit der Bitte ihnen Hilfe und Rettung zu thun. Jörg möge, wenn die Sache vor Würzburg glücklich ihr Ende erreicht habe, alsdann dem Stift Bamberg zu Hilfe eilen (...).“ VOGT, Correspondenz III, S. 45.

183 Seit 1390 musste vor der Aufnahme ins Bamberger Domkapitel immer ein Nachweis der eigenen adligen Abstammung erbracht werden. SCHMITT, Verwaltung, S. 70. Nach einem Privileg Papst Alexanders VI. war zwar Bürgerlichen, sofern sie den akademischen Grad eines Doktors (z. B. beider Rechte oder der Theologie) innehatten, der Zutritt zu gewähren. In Bamberg blieb eine entsprechende Entwicklung in dieser Richtung jedoch aus. VEIT, Andreas Ludwig: Geschichte und

(persönlich anwesenden) Kapitular zu. Seltener nutzte der Papst sein Recht, einen Nachfolger zu bestimmen;<sup>184</sup> der Kaiser wiederum spielte fast gar keine Rolle.<sup>185</sup> Bei dieser Neubesetzung durch die Bamberger Kapitulare selbst waren nun ganz wesentlich verwandtschaftliche Bindungen, freundschaftliche Beziehungen sowie die lokale Herkunft für eine erfolgreiche Bewerbung um ein Kanonikat ausschlaggebend.<sup>186</sup> Diese Faktoren sowie der Umstand, dass auch die päpstlichen Besetzungen meist Personen in das Kapitel beförderten, die ohnehin den genannten Kriterien entsprachen,<sup>187</sup> sorgten für eine intensive personelle Verflechtung des Bamberger Domkapitels mit dem lokalen fränkischen Niederadel: In der ersten Hälfte des 16. Jahrhunderts entstammten etwa 87 Prozent aller Domherren fränkischen Adelsgeschlechtern,<sup>188</sup> innerhalb derer wiederum lediglich eine Handvoll die personelle Besetzung des Bamberger Domkapitels dominierten (die Familien Redwitz, Schaumberg, Aufseß, Stiebar, Würzburg, Streitberg, Künsberg, Marschalk von Ebnet, Egloffstein und Rabenstein).<sup>189</sup>

Gerade diese verwandtschaftlichen Beziehungen der einzelnen Mitglieder stellten oftmals das elementare Bindeglied zwischen den Domkapiteln und den entsprechenden Familien dar, welches wiederum als primäre Quelle für die Handlungs-

Recht der Stiftsmäßigkeit auf die ehemaligen adeligen Domstifte von Mainz, Würzburg und Bamberg, in: *Historisches Jahrbuch* 33 (1912). S. 323–358. S. 326.

184 Für die päpstlichen Provisionen vgl. FRÖMMING, Götz: Päpstliche Provisionen am Bamberger Domkapitel, in: *BHVB* 133 (1997). S. 261–272.

185 KIST stellt für den von ihm betrachteten Zeitraum zwischen 1399 und 1556 eine päpstliche Besetzung in 19,6% aller Fälle fest. Die Besetzung durch den Kaiser – die sogenannten „preces primariae“ – wiederum machte gerade einmal 2,35% aus. KIST, Domkapitel, S. 25–30.

186 FOUQUET, Gerhard: Das Speyerer Domkapitel im späten Mittelalter (ca. 1350–1540). Adlige Freundschaft, fürstliche Patronage und päpstliche Klientel. 2 Teile. Mainz 1987. S. 204; RUPPRECHT, Klaus: Ritterschaftliche Herrschaftswahrung in Franken. Die Geschichte der von Guttenberg im Spätmittelalter und zu Beginn der Frühen Neuzeit (= Veröffentlichungen der Gesellschaft für fränkische Geschichte, Reihe 9, Band 42). Neustadt a. d. Aisch 1994. S. 49.

187 KIST, Domkapitel, S. 28.

188 Zwischen 1451 und 1500 betrug ihr Anteil an den Kanonikaten 92,8%, um im Zeitraum zwischen 1501 und 1550 leicht auf 87,0% zurückzugehen. Innerhalb der fränkischen Ritterschaft waren vor allem das „Gebürg“ (d. h. der Frankenwald) (35,3%) sowie Mittelfranken (26,7%) vertreten. ULRICH, Cord: Vom Lehnhof zur Reichsritterschaft. Strukturen des fränkischen Niederadels am Übergang vom Späten Mittelalter zur Frühen Neuzeit (= Vierteljahrsschrift für Sozial- und Wirtschaftsgeschichte, Beiheft 134). Stuttgart 1997. S. 111.

189 Laut RUPPRECHT konnte diese Gruppe von Familien „sich als gebürgische Elite im domkapitelischen Personenverband zu Bamberg etablieren.“ RUPPRECHT, Herrschaftswahrung, S. 45f.

motive der Kanoniker fungieren konnte.<sup>190</sup> Im Fall des Bauernkriegs im Hochstift Bamberg, von dem mehrere lokale adlige Geschlechter betroffen worden waren, muss dies als Einflussfaktor berücksichtigt werden. Einerseits bei der Wahl bzw. Bevorzugung bestimmter Strafaktionen, um die Vergehen der Untertanen gegen den eigenen Geburtsstand im Allgemeinen und die eigene Verwandtschaft im Besonderen zu sanktionieren und für die Zukunft zu unterbinden. Andererseits bei Fragen der Kompensation und Entschädigung, nämlich durch den Versuch, unter Anwendung der einem Kapitular (bzw. der gesamten Korporation als solcher) gegebenen Einflussmöglichkeiten einen möglichst schnellen und möglichst hoch ausfallenden Ersatz der erlittenen Schäden in einer möglichst günstigen Form (Geldzahlungen, Arbeitsleistungen, Baumaterial etc.) für das eigene Geschlecht zu erreichen.

Natürlich waren die meisten Domkanoniker auch persönlich wirtschaftlich geschädigt worden: unmittelbar aufgrund der Verwüstung ihrer Höfe in der Bamberger Domburg; zusätzlich aber auch durch die Verweigerung verschiedenster Abgaben in der Zeit des Aufstands. Dieser Aspekt erhält weiteres Gewicht, wenn man bedenkt, dass ein jeder von ihnen auf ein dichtes Geflecht von Pfründenstellen zurückgriff, das sich auf zahlreiche Kanonikatsstellen, Pfarreien und Obleien<sup>191</sup> sowie diverse andere Einnahmen in- und außerhalb des Hochstifts erstreckte.<sup>192</sup> Diese Zersplitterung der Einkünfte ermöglichte es zwar den Mitgliedern des Domkapitels, bisweilen ein erhebliches Vermögen anzusammeln,<sup>193</sup> machte sie aber zugleich sehr anfällig für Zahlungsverweigerungen oder gar die Vernichtung der entsprechenden Rechtsdokumente, die den jeweiligen Anspruch legitimierten. Die Frage der Kompensation war für die Kapitulare somit nicht nur hinsichtlich ihrer Familien, sondern auch für sie selbst gegeben. Grundsätzlich kann man hier also ebenfalls davon ausgehen, dass jedem Kanoniker an einer für ihn vorteilhaften Lösung der Schadensersatzfrage gelegen war.

Einen weiteren Handlungsaspekt stellt schließlich die Haltung des Kapitels gegenüber den Anhängern der Lehren Luthers dar. Schließlich hing der Ausbruch

190 HOLBACH, Rudolf: Stiftsgeistlichkeit im Spannungsfeld von Kirche und Welt. Studien zur Geschichte des Trierer Domkapitels und Domklerus im Spätmittelalter. 2 Bände (= Trierer Historische Forschungen, Band 2). Trier 1982. S. 41–43; THUMSER, Bistumsstreit, S. 25.

191 Geld- und Naturalabgaben, die geistlichen Institutionen zu leisten waren. WLHB, S. 153.

192 Für eine genaue Aufstellung der Verteilung dieser Einnahmen vgl. KIST, Domkapitel, S. 53–77.

193 ENDRES, Bauernkrieg, S. 128; DENGLE-SCHREIBER, Städtehass, S. 189.

des Aufstandes eng mit einem im reformatorischen Sinn predigenden Geistlichen zusammen und eine der Forderungen der Aufrührer war die freie Predigt gewesen, während dem Kapitel selbst zumindest theoretisch als kirchlicher Korporation an einer Verteidigung des althergebrachten Glaubens gelegen sein musste. Es waren aber andererseits gerade die humanistisch wie juristisch gebildeten Kanoniker durch ihren Sitz an „kirchlichen Knotenpunkten“ in hohem Maß reformerischen Fragen und Disputen ausgesetzt, denen sie sich oftmals nicht von vornherein verschlossen.<sup>194</sup> Auch auf das Bamberger Domkapitel trifft dies zu: Zusammen mit dem früheren Domdekan Andreas Fuchs von Wallburg und seinem Bruder Jakob sympathisierten einige Kanoniker mit dem Gedankengut Luthers und anderer Reformatoren.<sup>195</sup> Es kann also nicht ausgeschlossen werden, dass bei den zukünftigen Entschlüssen des Kapitels auch die Frage der Religion einen gewissen Ausschlag gab – und zwar potenziell sowohl in altkirchliche als auch in reformerische Richtung.

Für alle aufgeführten Beweggründe gleichermaßen ist aber abschließend eines zu beachten: So sehr jeder einzelne Kapitular auch von seinen individuellen Interessen geleitet wurde, als alleinige Erklärung allen domkapitelischen Wirkens dürfen diese nicht herangezogen werden. Denn das Bamberger Domkapitel war nun einmal, wie oben erläutert, ein fester Bestandteil der Stiftsverfassung. Gerade aus dieser Bindung aber mochte nicht nur ein Bewusstsein für die eigenen Rechte und Vorteile, sondern ebenso für die Pflichten und Verantwortlichkeiten des Kapitels gegenüber Land und Leuten erwachsen sein. Jede Strafmaßnahme und jede Abgabe, so profitabel sie auch für den einzelnen Kanoniker sein würde, brachte zugleich die Gefahr einer übermäßigen Belastung der Untertanen und somit letztlich eine Schädigung des Stifts als Ganzem mit sich. Dass aus diesem Aspekt vielleicht auch eine „Bremswirkung“ auf die Bereitschaft zu übereifrigem Strafen und Besteuern erwachsen konnte, sollte weder ausgeschlossen noch unterschlagen werden.

194 KIST, Domkapitel, S. 113; SICKEN, Bernhard: Franken, in: BRANDMÜLLER, Walter (Hg.): Handbuch der Bayerischen Kirchengeschichte. Zweiter Band: Von der Glaubensspaltung bis zur Säkularisation. Teil I: Kirche, Staat und Gesellschaft. St. Ottilien 1993. S. 123–292. S. 149.

195 WEISS, Germania Sacra II, S. 111.

### 3.3 Der Hofrat

Als „zentrales administratives, exekutives, judikatives und beratendes weltliches Organ“ stand der Hofrat (auch als „weltlicher Rat“ oder „meines gnädigen Herrn Räte“ bezeichnet) dem Bischof bei der Regierung seines Stiftes zur Seite.<sup>196</sup> Er war maßgeblich an der Behandlung der Bauernkriegsfolgen beteiligt; hierfür sind mehrere Gründe zu nennen:

Im 16. Jahrhundert existierte noch keine schriftlich fixierte Aufgaben- oder Zuständigkeitsbeschreibung für den Rat.<sup>197</sup> Dies schuf ein nicht unerhebliches Handlungspotenzial, denn somit war es grundsätzlich möglich, dass ihm eine enorme Bandbreite an Fällen verschiedener Natur „zugeschoben“ werden konnte – zumindest sofern keine andere Institution diesbezüglich ein Vorrecht anmeldete und dem Hofrat eine entsprechende Kompetenz in der Sache zugetraut wurde. Bedenkt man, dass die Bestrafungs- und Kompensationsmaßnahmen im Hochstift Bamberg einen Präzedenzfall darstellten, so erscheint es zumindest nicht ausgeschlossen, dass gerade in einer solchen Situation die potenzielle Flexibilität des Hofrats hinsichtlich seiner Zuständigkeiten zu dessen Relevanz beitragen konnte. Unterstützt wird diese Überlegung noch dadurch, dass die Bamberger Halsgerichtsordnung den Halsgerichten<sup>198</sup> bei Unklarheiten direkt den Hofrat zur Beratung zuwies,<sup>199</sup> zumindest ein Indiz dafür, dass dieser als höhere Instanz bei solchen Fragen herangezogen wurde.

Ein weiterer Grund für die hervorgehobene Rolle des Hofrats ist in seiner personellen Besetzung im behandelten Zeitraum zu suchen:<sup>200</sup> Neben den Rittern Erasmus Zollner, Jörg von Thunfeld sowie Christoph und Emmeram von Redwitz gehörte ihm der Hofmeister Bernhard von Schaumberg an,<sup>201</sup> der auch für Gesandt-

196 STAUDENMAIER, *Policey*, S. 54.

197 STAUDENMAIER, *Policey*, S. 55.

198 Die Halsgerichte handhabten die Bestrafung an Leib und Leben, waren also der hohen Gerichtsbarkeit verbunden. Halsgericht, in: HRG II, 11. Lieferung, Sp. 678.

199 SCHMITT, *Verwaltung*, S. 94f.

200 Einschränkung ist allerdings zu berücksichtigen, dass der Hofrat keineswegs immer in voller Besetzung auftrat und diese auch nicht benötigte, um wirksame Entscheidungen treffen zu dürfen bzw. können. Deswegen darf nicht davon ausgegangen werden, dass alle genannten Personen sich auch in entsprechendem Maß einbrachten. SCHMITT, *Verwaltung*, S. 91.

201 SCHMITT, *Verwaltung*, S. 93–96



schaften beim Schwäbischen Bund eingesetzt wurde;<sup>202</sup> der Oberschultheiß Franz von Giech<sup>203</sup> war zuständig für relevante Bereiche wie das Geleitwesen sowie die Wahrung des Landfriedens, zudem saß er dem Stadtgericht vor.<sup>204</sup> Drei Kapitelsräte, darunter mit Propst und Dekan dessen höchste Würdenträger, repräsentierten das Domkapitel.<sup>205</sup> Mit Dr. Johann Volck und Dr. Andreas Kebitz (zwischen 1522 und 1529) waren zudem zwei studierte bürgerliche Rechtsgelehrte vertreten,<sup>206</sup> deren vertiefte juristische Kenntnisse bei einer so komplexen Frage wie der Bestrafung von zahlreichen aufrührerischen Untertanen und der Kompensation der weitreichenden Schäden ihnen wohl nicht unerhebliche Bedeutung verliehen. Vielleicht spielte auch die Tatsache, dass der Hofrat sich nicht stets vollständig zu versammeln hatte, um handlungsfähig zu sein, eine Rolle – dies versetzte den Rat in die Lage, auch relativ kurzfristig in Abwesenheit einzelner Mitglieder aktiv zu werden.

Abgesehen von diesen genannten Aspekten trug auch die allgemeine Entwicklung von Recht und Rechtsprechung zu einer gesteigerten Bedeutung des Hofrats bei. Die seit dem Spätmittelalter zunehmende Rezeption des römischen Rechts verlangte nach entsprechend geschultem Personal; an die Stelle von Laien traten vermehrt Diener und Beamte des Landes.<sup>207</sup> Im Rahmen dieser Entwicklung wurden die Bestandteile des Gerichtsverfahrens wie das Verhör oder der eigentliche Prozess zunehmend der Öffentlichkeit entzogen und stattdessen in Abgeschiedenheit vom obrigkeitlichen Personal durchgeführt<sup>208</sup> – eine wesentliche Charakteristik des Wandels vom Akkusations- zum Inquisitionsverfahren.<sup>209</sup> Wie sich zeigen wird, tru-

202 StAB A 85, Nr. 270; StAB B 86, Nr. 3, fol. 405; CHROUST, Chroniken S. 64.

203 Er wurde am 24. Juli 1525, also unmittelbar nach dem Zusammenbruch des Aufstands, verpflichtet. StAB B 86, Nr. 3, fol. 308.

204 SCHMITT, Verwaltung, S. 141–143. Für das Geleitwesen vgl. insb. Punkt 4.3.3.

205 STAUDENMAIER, Policy, S. 55; WEISS, Dieter J.: Reform und Modernisierung: Die Verwaltung des Bistums Bamberg in der Frühen Neuzeit, in: BHVB 134 (1998). S. 165–188. S. 176.

206 SCHMITT, Verwaltung, S. 92f.

207 EVANS, Richard J.: Rituale der Vergeltung. Die Todesstrafe in der deutschen Geschichte 1532–1987. Berlin 2001. S. 68f; RUDOLPH, Rechtskultur, S. 364.

208 RUDOLPH, Rechtskultur, S. 364.

209 IGNOR, Alexander: Geschichte des Strafprozesses in Deutschland 1532–1846. Von der Carolina Karls V. bis zu den Reformen des Vormärz (= Rechts- und Staatswissenschaftliche Veröffentlichungen der Görres-Gesellschaft, Neue Folge, Band 97). Paderborn 2002. S 43f; SPIERENBURG, Pieter: The Spectacle of Suffering. Executions and the evolution of repression: from a preindustrial metropolis to the European experience. Cambridge 1984. S. 8.

gen die Strafuntersuchungen im Hochstift Bamberg nach dem Bauernkrieg dieser Entwicklung durchaus Rechnung.<sup>210</sup>

Ergänzend dazu trat das außergerichtliche Extradizialverfahren, bei dem Supplikanten an Stelle des üblichen Instanzenzugs sich in zivil- und niedergerichtlichen Angelegenheiten direkt mit einem Gnadengesuch an die bischöfliche Herrschaftsgewalt wenden konnten.<sup>211</sup> Diese Handlungsoption wurde auch in der Folgezeit des Bauernkriegs in Bamberg häufig von Untertanen genutzt. Obwohl grundsätzlich diese Supplikationen zunächst von den lokalen Beamten auf ihre Relevanz geprüft werden sollten,<sup>212</sup> gelangten dennoch viele davon in der Zeit nach dem Ende der Unruhen an den Hofrat, der dann eine Entscheidung traf.<sup>213</sup> Da diese Extradizialverfahren aufgrund des Auslassens mehrerer „Zwischenstationen“ sich durch ein höheres Maß an Effizienz (zumindest hinsichtlich des Zeitaufwands) auszeichneten, wäre es angesichts der zahlenstarken Massendelikte und vielen betroffenen Untertanen durchaus nachvollziehbar, wenn auch die bischöfliche Verwaltung selbst diese Art der beschleunigten Urteilsfindung gerne in Anspruch nahm.

Im Bereich der Rechtsprechung wie auch bei außergerichtlichen Fällen kam dem Hofrat also eine bedeutende Stellung zu, und so überrascht es nicht weiter, dass er neben dem Hofgericht das am häufigsten angerufene Organ der Rechtsprechung war.<sup>214</sup> Das Hofgericht aber, vornehmlich als Appellationsinstanz genutzt,<sup>215</sup> trat für Angelegenheiten im Zusammenhang mit dem Bauernkrieg in Bamberg anscheinend weitaus weniger in Erscheinung.<sup>216</sup>

210 Vgl. Punkt 5.1.1.

211 STAUDENMAIER, *Policey*, S. 60; OTT, Hans Friedel: Die weltliche Rechtsprechung des Bischofs im Hochstift Bamberg. Von den Anfängen bis in die erste Hälfte des sechzehnten Jahrhunderts (= BHVB, Beiheft 11). Bamberg 1980. S. 422f.

212 OTT, *Rechtsprechung*, S. 424.

213 Ersichtlich aus zahlreichen vom Hofrat bearbeiteten Supplikationen im Bestand StAB B 48. Vgl. Punkt 1.3.

214 STAUDENMAIER, *Policey*, 60.

215 OTT, *Rechtsprechung*, S. 326–332.

216 Zumindest finden sich in den Hofgerichtsbüchern der Jahre 1525 bis 1528 keinerlei konkret dem Bauernkrieg und seinen Folgen zuzuordnenden Fälle, was aber natürlich eine Aktivität des Hofgerichts in diesem Bereich nicht mit absoluter Gewissheit ausschließen kann. StAB B 52, Nrr. 856, 857, 877, 878, 879. So kam es möglicherweise vor, dass sich das Hofgericht im Rahmen weiterführender Prozesse, etwa bei länger andauernden Streitigkeiten über die Zahlung des Schadensersatzes für die Verluste des Aufstands, zumindest indirekt mit der Materie beschäftigte. Vgl. FN 831.

Auch das Domkapitel, dem in seinen eigenen Herrschaften das Recht zu Strafen selbst zustand,<sup>217</sup> trat an den Hofrat heran, damit dieser zusätzlich dessen Untertanen in die jeweiligen Maßnahmen einbezog. Zum ersten Mal geschah dies bereits unmittelbar nach dem Zusammenbruch der Erhebung; am 25. Juni 1525 gestattete die Korporation den weltlichen Räten, auch gegen *die aufrurigenenn vbeltetter vnnd Mißhenndler, in denn Muntten* [Immunitäten] *vorzugehen*.<sup>218</sup> Am 29. Dezember 1525 erteilte man erneut einen derartigen Auftrag,<sup>219</sup> wobei die Korporation nur wenige Tage später am 2. Januar die Einmaligkeit dieser Kompetenzerweiterung auf domkapitelische Untertanen betonte und sich vom Hofrat dies auch versichern ließ.<sup>220</sup> Dies deutet an, dass auch das Kapitel die Vorzüge der weltlichen Räte bei der Durchführung von Strafmaßnahmen zu schätzen wusste und diesem eine angemessene Vorgehensweise zutraute, wenn es auch derartiges nicht dauerhaft gestatten wollte.

Die hier aufgeführten Punkte weisen darauf hin, dass die weltlichen Räte allein aufgrund ihrer funktionalen Eignung eine bedeutende Rolle während des gesamten Bestrafungsprozesses spielen würden. Schwieriger ist die Frage nach möglichen Handlungsmotiven: Als Dienern des Bischofs kam ihnen grundsätzlich wohl weniger Handlungsspielraum zu als dem fest in der Stiftsverfassung verankerten Domkapitel sowie dem ebenfalls mit eigenen Gerechtsamkeiten ausgestatteten Adel. Es ist daher insbesondere auf Phasen zu achten, in denen den Räten ein größerer Handlungsspielraum gegeben war (beispielsweise in Abwesenheit des Bischofs),<sup>221</sup> um eventuell ein Urteil über eigene, ja eigenmächtige Positionen des Hofrats bilden zu können.

Es kann vielleicht für die adligen Mitglieder des Rates eine ähnliche Aussage hinsichtlich verwandtschaftlicher Bindungen getroffen werden wie für die Mitglieder des Domkapitels und des fränkischen Adels; an dieser Stelle ist es aber noch nicht möglich zu beurteilen, ob diese in irgendeiner Form deutlichen Einfluss zeigte. Für

217 Vgl. Punkt 3.2.

218 StAB B 86, Nr. 3, fol. 304'.

219 Der Hofrat sollte gebeten werden, *die mutwilligen Mundetter auch die zu Stafelstein, vnd ander allenthalbenn so der aufrur verwant gewest zu straffenn* (...). StAB B 86, Nr. 3, fol. 336'.

220 *Doch das hierinn ausserhalb der aufrur mit den von Staffelstain vnnd denn Mundettenn, gehalltenn werde wie vor allters herkommen, darauf sich die Rethen erbetenn hierinn allenn fleis furzuwenden*. StAB B 86, Nr. 3, fol. 337–337'.

221 So etwa in der Zeit, als der Bischof wegen der Verhandlungen über die Aufruhrschäden in Forchheim weilte. Vgl. Punkt 4.3.1.

die bürgerlichen Räte wiederum ist es noch schwieriger, nach möglichen eigenen Handlungsmotiven zu fragen; vielleicht war bei ihnen das Arbeitsethos studierter Fachleute für ein Interesse an juristisch korrekter Arbeitsweise relevant. Dies wird aber, wenn überhaupt, nur sehr schwer nachweisbar sein.

### 3.4 Der Adel

Neben Bischof und Domkapitel trat noch der Adel als dritte lokale Strafpartei hinzu. Im fränkischen Raum waren die ihm angehörenden Geschlechter durch zahlreiche kleinere Herrschaften vertreten, die an vielen Stellen die geschlosseneren Territorien der benachbarten Fürstentümer durchsetzten.<sup>222</sup> Zu Beginn der Unruhen in Bamberg im April 1525 war er noch nicht von den Absichten der Aufständischen betroffen. Die zweite Welle des Bamberger Bauernkriegs aber, die auch das gesamte Umland des Hochstifts einbezog, ging umfassend und an vielen Orten gegen seine Rechte und Besitztümer vor. Somit sah sich auch dieser Stand in die Ereignisse, die auf das Frühjahr 1525 folgten, eingebunden.

Schon seit dem Hochmittelalter hatten sich verschiedene Ministerialgeschlechter<sup>223</sup> – einige im Reichsdienst, die meisten aber als Vasallen benachbarter Fürsten<sup>224</sup> – dauerhaft als eigenständige Herren etablieren können. Die Zugehörigkeit

222 HENGELHAUPT bezeichnet Franken als eine „Adelslandschaft schlechthin“. HENGELHAUPT, Uta: Geistlicher Adel in Franken zwischen 1648 und 1720. Das *Gute Regiment* und die *alte Ordnung* als Metapher kulturellen Handelns, in: DÜSELDER, Heike u. a. (Hg.): Adel und Umwelt. Horizonte adeliger Existenz in der Frühen Neuzeit. Köln/Weimar/Wien 2008. S. 209–238. S. 211.

223 Bei den Ministerialen handelte es sich um ursprünglich nichtadelige Dienstmännern, die mit herausragenden Aufgaben (wie etwa in der Güterverwaltung oder dem Burgenbau) betraut wurden. Die aus dieser gehobenen Position abfärbende Besserstellung bildete die Grundlage zum Aufstieg der Ministerialen in den niederen Adelsstand im Spätmittelalter. Ministerialität, in: LexMA, Band 6, Sp. 636–639.

224 Nur etwa zehn Prozent des gesamten fränkischen Niederadels entstammten der Reichsministerialität. ULRICH, Lehenhof, S. 25f. Rückwirkend versuchten einige Adelsfamilien, diesen Bezug zur Reichsebene durch Sagen aus der eigenen Familiengeschichte zu schaffen, wie etwa das Geschlecht der Seckendorff, das im 16. Jahrhundert eine Belehnung durch Kaiser Heinrich II. vorgab. RECHTER, Gerhard: Schein und Sein niederadeliger Herrschaftsansprüche in Franken. Das Beispiel Seckendorff, in: KAAK, Heinrich/SCHATTKOWSKY, Martina (Hg.): Herrschaft. Machtentfaltung über adligen und fürstlichen Grundbesitz in der Frühen Neuzeit (= Potsdamer Studien zur Geschichte der ländlichen Gesellschaft, Band 4). Köln 2003. S. 103–122. S. 103.

zu dieser Gruppe wurde dabei vor allem über den Nachweis der eigenen Herkunft durch Ahnenproben bzw. den möglichst weit zurückreichenden Nachweis der Teilnahme an Turnieren definiert.<sup>225</sup> Im Folgenden wird für diesen Stand die Bezeichnung „Ritterschaft“ oder „fränkischer“ bzw. „(niederer) Adel“ (in Abgrenzung zum nichtministerialen, „hohen“ Adel, der aber im Bamberger Raum in der Frühen Neuzeit praktisch nicht mehr vertreten war)<sup>226</sup> synonym verwendet.<sup>227</sup>

Ausgangspunkt der Herrschaft jedes niederen Adligen war sein Besitz von Grund und Boden; dieser war ihm entweder vollständig zu eigen (Allod) oder anderweitig als Lehen übertragen. Aus diesem Besitzrecht wiederum resultierte die Gewalt über die auf diesem Boden lebenden Menschen in Form verschiedener Einzelrechte von der niederen Gerichtsbarkeit über das Kirchenpatronat bis hin zur hohen Gerichtsbarkeit. Hervorzuheben ist dabei, dass in Franken – anders als im restlichen Reich – bereits der Besitz der niederen Gerichtsbarkeit über die Befugnis, Steuern zu erheben, entschied. Dieser Faktor trug wiederum wesentlich zur Unabhängigkeit des fränkischen Niederadels gegenüber den benachbarten Herrschaften (allem voran den Fürstentümern Bamberg, Bayreuth und Würzburg) bei, denn daraus resultierte letztlich der Anspruch auf Territorialhoheit bzw. die Loslösung von möglicher fremder Oberherrschaft, nach der alle niederen Adligen strebten:<sup>228</sup> „Man sah sich als ‚Obrigkeit‘ und handelte entsprechend“.<sup>229</sup> Wie aber schon beim Bamberger Domkapitel, so ist noch mehr bei der ebenso zahlenstarken wie geographisch zerstreuten Ritterschaft zu bedenken, dass sie nur bei einem entsprechend geschlossenen Auftreten die nötige Wirkungsmacht erlangen konnte, um sich gegen die größeren, fürstlichen Territorien zu behaupten.<sup>230</sup>

225 So wurden beispielsweise für den Beitritt zu der Rittergesellschaft „mit dem Einhorn“ mindestens vier ritterliche Vorfahren sowie der Nachweis der Teilnahme an Ritterturnieren in den vorangegangenen fünfzig Jahren verlangt. RUPPRECHT, Herrschaftswahrung, S. 38f.

226 Schon im 12. und 13. Jahrhundert hatte der „hohe Blutzoll“ der Zeit (Kreuzzüge, Heerfahrten, Fehden etc.) das Aussterben der meisten hochadligen Geschlechter in der Gegend um Bamberg beschleunigt. Um 1300 spielte dieser „alte Feudaladel“ hier praktisch keine Rolle mehr. BACHMANN, Landstände, S. 42f.

227 Hierbei handelt es sich um Termini der modernen Geschichtswissenschaft, die aber der Einfachheit halber beibehalten bleiben sollen. Für eine Diskussion der Begrifflichkeiten vgl. ULRICH, Lehenhof, S. 23.

228 RUPPRECHT, Herrschaftswahrung, S. 209; ULRICH, Lehenhof, S. 26.

229 RUPPRECHT, Herrschaftswahrung, S. 240.

230 ENDRES, Rudolf: Der Niederadel in Tirol und Süddeutschland zur Zeit des Bauernkrieges, in: DÖRRER, Fridolin (Hg.): Die Bauernkriege und Michael Gaismair (= Veröffentlichungen des Tiro-

Sowohl für die Rolle als auch die Motivation des Adels bei seiner Beteiligung an den Strafmaßnahmen nach dem Aufstand muss zunächst dessen politische Situation betrachtet werden: Trotz aller Bestrebungen nach umfassender Eigenständigkeit fand sich die Ritterschaft im frühen 16. Jahrhundert noch in verschiedenen lehensrechtlichen Formen an das Hochstift gebunden; die endgültige Loslösung daraus, d. h. die Reichsunmittelbarkeit, wurde erst um 1600 erreicht.<sup>231</sup> Die umliegenden größeren Herrschaften wiederum versuchten im Zug des territorialen Landesausbaus langfristig eine Unterordnung des Adels unter ihre Oberherrschaft (Mediatisierung) zu erreichen.<sup>232</sup> Während des Bauernkriegs kann die adlige Stellung im Gefüge der fränkischen Territorien also noch nicht als gefestigt oder gar gesichert gelten.

Nun hatten gerade für die Ritterschaft die Geschehnisse des Bauernkriegs eine erhebliche Schwächung ihrer eigenen Position in diesem anhaltenden Machtkampf gebracht: Während des Aufstands konnte sie den Ereignissen kaum selbstständig Einhalt gebieten; ihre Burgen wurden kampflos erobert, ihre Sitze in den Ortschaften eingenommen. Die Antwort der Betroffenen auf diese Situation fiel geteilt aus; ein Teil des Adels verbrüdete sich mit den Aufständischen<sup>233</sup> – ein Verhalten, das nach dem Ende des Aufstandes vermutlich nicht allzu vorteilhaft auf die übrigen Standesgenossen wirkte und auch den Fürsten und dem Schwäbischen Bund gegenüber keine Stärkung der eigenen Verhandlungsposition bedeutete. Die Einschätzung solcher „Nachgiebigen“, ihre eigene Stellung gegenüber den „Unnach-

ler Landesarchivs, Band 2). Innsbruck 1982. S. 55–66. S. 58.

231 1560 erfolgte die letzte Teilnahme der Ritterschaft an einem allgemeinen Landtag in Bamberg. 1596 versuchte letztmals ein Bamberger Bischof (erfolglos), den Adel des Hochstifts in eine Steuerauflage einzubeziehen. Spätestens danach war die Reichsunmittelbarkeit des zuvor an Bamberg gebundenen Adels auch vom Hochstift de facto anerkannt. BACHMANN, Landstände, S. 104f.

232 Dies geschah beispielsweise, indem die Territorialherren sich bemühten, bestimmte Rechte (Niedergerichtsbarkeit, Steuererhebung) als fest an die Landeshoheit gebunden zu definieren anstatt an den Besitz von grundherrlichen Rechten. RUPPRECHT, Herrschaftswahrung, S. 237.

233 Tatsächlich kam es in keiner anderen Region, die von den Aufständen des Bauernkriegs betroffen war, zu so umfangreicher Kooperation zwischen dem Adel und den Aufrührern wie in Franken. BLICKLE, Revolution, S. 9. Dass diese Zusammenarbeit von Adligen auch durchaus gezielt zur Verbesserung der eigenen Lage genutzt wurde, zeigt anschaulich das Beispiel des Grafen Wilhelm von Henneberg. Dieser suchte während des Aufruhrs bewusst die Nähe der Aufständischen; er hoffte zwischenzeitlich, mit ihrer Hilfe das Hochstift Würzburg säkularisieren und mit einem ihm günstig gesonnenen Fürsten besetzen zu können. Er kehrte jedoch den revoltierenden Untertanen schnell wieder den Rücken, als deren Aussichten auf Erfolg zu schwinden begannen. MEYER, Haltung, S. 201–224.

giebigen“ wieder aufwerten zu müssen, mag sie zu einer bewusst harten Haltung gegenüber den nun befriedeten Untertanen bewogen haben, um so allen Verdacht bezüglich weitergehender Sympathie mit dem „gemeinen Mann“ von sich abzulenkten.<sup>234</sup>

Die Adligen wiederum, die nicht den Weg der Kooperation mit den Aufständischen gewählt hatten, mussten sich für Schutz an ihre Lehens- und Landesherren wenden, da die eigenen Optionen zur Verteidigung nicht als ausreichend wahrgenommen wurden.<sup>235</sup> Dies aber bedeutete einen klaren Nachteil für sie: Der Bischof und das Kapitel als Regierung des Hochstifts mochten zwar gerade gegenüber dem Schwäbischen Bund und seinem Heer die Initiative verloren haben, doch besaßen sie langfristig immer noch mehr Handlungspotenzial als die Ritterschaft, die sich nun vor den fürstlichen Maßnahmen und deren negativen Auswirkungen auf ihre eigene Stellung fürchtete, welche doch eigentlich langfristig ausgebaut werden sollte.<sup>236</sup> Es muss dem Adel also bei der Behandlung der Bauernkriegsfolgen daran gelegen gewesen sein, seine eher nachteilige Position in dieser Frage wieder zu verbessern oder wenigstens eine Durchführung der verschiedenen anstehenden rechtlichen Schritte ohne eine Beeinträchtigung der ihm eigenen Herrschaftsmittel zu erreichen. Wenn schon ein Ausbau der eigenen Herrschaft in diesem Fall nicht möglich war, so musste doch wenigstens deren Bewahrung angestrebt werden.

Ein weiteres zentrales Handlungsmotiv der Ritterschaft ist nicht allzu schwer auszumachen: Neben den politischen müssen die wirtschaftliche Interessen beachtet werden, welche gerade bei Adligen durch bäuerlichen Widerstand immer als erstes und am schwerwiegendsten in Mitleidenschaft gezogen wurden.<sup>237</sup> Die zahl-

234 MEYER, Haltung, S. 223.

235 Als Beispiel sei hier auf den Brief Dorothea von Thurnaus verwiesen: Im Mai 1525 schrieb sie an den Bischof, sie hätte ihn zuvor bereits um Schutz und Schirm vor den Bauern gebeten, aber ohne Erfolg. Bezeichnenderweise kündigte sie deswegen nun an, sich einen neuen Schutzherren zu suchen, da der Bischof sie nicht vor Plünderungen durch die Bauern bewahren konnte. Ob sie dies tatsächlich in die Tat umsetzte, ist nicht festzustellen. StAB B 48, Nr. 1, Prod. 22. MEYER sieht darin ein charakteristisches Verhalten: „Bei tatsächlich drohender oder bei geglaubter Gefahr, die ihnen verbliebenen politischen und ökonomischen Positionen zu verlieren oder sie auch nur eingeschränkt zu sehen, erfolgte die Anlehnung der Grafen und der Ritter an das Fürstentum.“ MEYER, Haltung, S. 217.

236 RUPPRECHT, Herrschaftswahrung, S. 312.

237 SCHULZE, Winfried: „Geben Aufruhr und Aufstand Anlaß zu neuen heilsamen Gesetzen.“ Beobachtungen über die Wirkungen bäuerlichen Widerstands in der Frühen Neuzeit, in: DERS. (Hg.): Aufstände, Revolten, Prozesse. Beiträge zu bäuerlichen Widerstandsbewegungen im früh-

reichen adligen Besitztümer (Burgen, Häuser, Teiche etc.) in und um das Hochstift Bamberg waren in den Wochen des Bauernkriegs ein vornehmliches Ziel der Aufständischen gewesen. Die potenzielle Bandbreite der dabei erlittenen Schäden dürfte beachtlich sein: von völliger Zerstörung (etwa durch Abbrennen oder Einreißen der Häuser und Burgen) über deutliche Beeinträchtigungen (etwa durch das Abdecken von Dächern oder das Ausfischen von Teichen) bis hin zu unzähligen kleineren Verlusten (entwendete Gegenstände, aufgebrauchte Nahrungsvorräte).<sup>238</sup>

Dass sämtlichen hiervon Betroffenen daran gelegen war, für all das möglichst schnell eine vollständige Entschädigung zu erreichen, kann sicherlich angenommen werden. Doch ist damit dieser Aspekt noch nicht ganz abgeklärt: „Vollständige Entschädigung“ ist ein sehr unscharfer Begriff, wenn man bedenkt, dass eine wirklich exakte Bezifferung der teils sehr umfangreichen Schäden schwierig sein konnte – und das bereits bei „nur“ beschädigten (also noch verfügbaren und überprüfbaren) Gegenständen des Alltags. Bei völlig vernichteten (etwa verbrannten) oder nur schwer einzuschätzenden Werten (z. B. Rechtsdokumente, ausgefischte Teiche) waren Unschärfen bei der genauen Beurteilung der anfallenden Schadenssumme gar nicht zu vermeiden. Dies aber eröffnete eine Möglichkeit zur Bereicherung durch Falschangaben über erlittene Schäden, die wohl zumindest in einigen Fällen auch nach dem Bauernkrieg wahrgenommen wurde. Selbst wenn man bereit ist, dem einen oder anderen betroffenen Adligen eine im gegenwärtigen Sinn des Wortes „noble“ Haltung in dieser Sache zuzugestehen – die Bereitschaft, bei entsprechender Gelegenheit mittels Unwahrheiten zur eigenen Bereicherung beizutragen, muss als ein relevanter Faktor angenommen werden (nicht anders als in der heutigen Zeit auch).<sup>239</sup>

neuzeitlichen Europa (= Geschichte und Gesellschaft, Bochumer Historische Studien, Band 27). Stuttgart 1983. S. 261–285. S. 271f.

238 Einen tieferen Einblick in diese Materie könnten z. B. die Schadensanzeigen von 56 Adelsfamilien gegenüber dem Hochstift gewähren. StAB B 48, Nr. 6 (37 Geschlechter, geordnet von B bis R) und Nr. 7 (19 Geschlechter, geordnet von S bis Z). Beschäftigt damit hat sich ENDRES, der daraus u. a. Rückschlüsse über die Lebenssituation dieser Adligen bildet. ENDRES, Rudolf: Adelige Lebensformen in Franken zur Zeit des Bauernkrieges (= Neujahrsblätter der Gesellschaft für fränkische Geschichte 35). Würzburg 1974.

239 Es sei zum Vergleich auf die Versuche, Aussagen über historische Vermögensstrukturen mittels Steuerlisten zu treffen, verwiesen. Dabei muss stets davon ausgegangen werden, dass „nur das versteuert wurde, was beim besten Willen nicht mehr vor den Steuerbehörden versteckt werden konnte.“ Die Existenz einer vergleichbaren Mentalität für den Bereich des Schadensersatzes anzunehmen ist zumindest nicht völlig unplausibel. ECKERLEIN, Führungsgruppe, S. 90.



Ähnlich wie beim Domkapitel sind abschließend auch für den Adel die verwandtschaftlichen Beziehungen als ein weiterer, eher „hintergründiger“ Einflussfaktor zu berücksichtigen; sie bildeten Bande über das bloße Lehnrecht hinaus. Vor allem auf persönlicher Ebene fanden viele Angehörige der Ritterschaft so eine engere Verbindung zum Hochstift: als Herren, wenn sie die geistliche Laufbahn einschlugen und ein besagtes Kanonikat im Domkapitel erlangen konnten; als weltliche Diener des Fürsten, für den sie verschiedene Ämter vom Hofrat bis zum Amtmann ausübten.<sup>240</sup> Diese Einbindung in Regierung und Verwaltung konnte dann Anlass für Spannungen bieten, wenn adlige Herren versuchten, über ihre Verwandtschaftsbeziehungen Einfluss auf die Entscheidungen des Kapitels – über einzelne Kapitulare – oder des Bischofs und seiner weltlichen Regierung – über Angehörige des Hofrats oder über Diener in den verschiedenen Verwaltungsebenen – zu nehmen. Tatsächlich war es beispielsweise den Hofräten freigestellt, für die Dauer von Landschaftsverhandlungen ihr Amt temporär niederzulegen und die „Gegenseite“, die Ritterschaft, zu vertreten.<sup>241</sup> Dass der Adel versuchte, über diese Zugänge zur Obrigkeit des Hochstifts seine eigenen Interessen zu stärken und damit bisweilen auch Erfolg hatte, muss als relevanter Faktor einbezogen werden.

### 3.5 Der Schwäbische Bund

Der Schwäbische Bund komplettiert die heterogene Gruppierung, die in dieser Arbeit unter dem Begriff „Obrigkeit“ zusammengefasst wird. In gewisser Weise steht er jedoch etwas abseits von Bischof, Domkapitel und Ritterschaft, in lokaler wie in temporärer Hinsicht: lokal, weil er als einzige der herrschaftlichen Parteien nicht im Hochstift Bamberg beheimatet war, temporär, weil der Bund nicht durchgehend unmittelbar in Erscheinung treten konnte und nur noch indirekten Einfluss nahm, sobald er nicht mehr durch seine Truppen vor Ort vertreten wurde.

<sup>240</sup> STINGL, Martin: Reichsfreiheit und Fürstendienst. Die Dienstbeziehungen der von Bibra. 1500 bis 1806 (= Veröffentlichungen der Gesellschaft für Fränkische Geschichte, Reihe 9, Darstellungen aus der Fränkischen Geschichte, Band 41). Neustadt a. d. Aisch 1994. S. 39. Seit dem 16. Jahrhundert wurden Ämter wie z. B. die Vogteien vermehrt mit Bürgerlichen besetzt, doch blieben diese weiterhin den – ausnahmslos adligen – Amtsmännern gehorsamspflichtig. SCHMITT, Verwaltung, S. 144.

<sup>241</sup> SCHMITT, Verwaltung, S. 91.

Begründet im Jahr 1487 durch ein Mandat Kaiser Friedrichs III., bestand die Aufgabe der Einung ursprünglich in der Organisation und Sicherung des Landfriedens in den in Schwaben gelegenen reichsunmittelbaren Territorien. Dabei war ihr Bestand von Beginn an stets zeitlich beschränkt, musste also regelmäßige Erneuerung erfahren.<sup>242</sup> In den einzelnen „Existenzperioden“ nach 1487 gereichte dies dem Bund jedoch nicht zum Nachteil: nacheinander schloss sich eine Vielzahl von weiteren Territorien an, darunter geistliche (Mainz, Würzburg, Bamberg, Salzburg) und weltliche Herrschaften (Österreich, Bayern, Bayreuth) sowie einige Reichsstädte (Nürnberg, Straßburg, Rothenburg). Im Jahr 1523, während des letzten, für elf Jahre angesetzten Zusammenschlusses der Einung, beschränkte sich der Schwäbische Bund längst nicht mehr nur auf Schwaben. Er umfasste nun auch alle größeren Gebiete des restlichen Süddeutschlands.<sup>243</sup>

Parallel zu ihrem Anwachsen bildete die Vereinigung eine eigene Verwaltungsstruktur aus: Organe wie die Bundeshauptleute, die Bundesrichter, der Bundesrat und die Bundesversammlung dienten nicht nur dem Interessenausgleich ihrer Mitglieder sowie der Festlegung und dem Beschluss seiner Entscheidungen, sie konnten auch bei Streitigkeiten entscheiden und ihre Urteile dann entsprechend selbst vollziehen.<sup>244</sup> Dies machte den Schwäbischen Bund zu einem machtvollen Zusammenschluss, der bei seinem Vorgehen Ankläger, Richter und Exekutor zugleich war und über einen entsprechenden Handlungsspielraum verfügte.<sup>245</sup>

Im fränkischen Raum im Speziellen trat der Bund in den Jahren 1522 und 1523 erstmals auf. Hier hatte ein Ausufern des Fehdewesens zu einem Aufflammen gewalttätiger Streitigkeiten zwischen lokalen Adelsgeschlechtern geführt, wogegen die Fürsten von Würzburg, Bamberg und Bayreuth (bezeichnenderweise aufgrund ihrer personelle und politischen Verflechtungen mit der Ritterschaft und Konkurrenz untereinander) nicht einschritten. Schließlich ging der Schwäbische Bund gegen den Ritter Hans Thomas von Absberg vor und besetzte seine Schlösser.<sup>246</sup> Im

242 CARL, Schwäbischer Bund, S. 21–32.

243 CARL, Schwäbischer Bund, S. 61–71.

244 CARL, Schwäbischer Bund, S. 181–234.

245 FUCHS, Ralf: Das Einungswesen zur Zeit Karls V.: Der Schwäbische und der Schmalkaldische Bund, in: DILLER, Stephan (Hg.): Kaiser Karl V. und seine Zeit. Katalog zu den Ausstellungen der Bibliothek Otto Schäfer, Schweinfurt, des Stadtarchivs Schweinfurt sowie des Fördervereins und der Forschungstiftung für vergleichende europäische Überseegeschichte, Bamberg. Bamberg 2000. S. 97f.

246 RUPPRECHT, Herrschaftswahrung, S. 308f.

Rahmen dieses Feldzuges gegen den Adligen erfuhren Obrigkeit wie Untertanen im Hochstift zum ersten Mal, was für Belastungen die Präsenz der Bundestruppen mit sich brachte – obwohl sie selbst zu jenem Zeitpunkt gar nicht das Ziel des militärischen Vorgehens waren.<sup>247</sup>

Als 1524 die ersten Unruhen des Bauernkriegs ausbrachen und sich in den folgenden Monaten weiter ausbreiteten, wurde schnell klar, dass der Schwäbische Bund eine zentrale Rolle würde übernehmen müssen: Die meisten vom Aufstand befallenen Territorien (wenn auch nicht diejenigen, in denen die ersten Unruhen ausbrachen) gehörten ihm an, und der von den Aufführern begangene Bruch des Landfriedens forderte nichts weniger als seine Kernkompetenzen heraus. Zu Beginn im Sommer 1524 verhielt er sich jedoch zunächst passiv; Differenzen zwischen den beiden mächtigsten Mitgliedern, dem habsburgischen Österreich und dem wittelsbachischen Bayern, verhinderten ein zügiges Reagieren.<sup>248</sup> Die schon im Oktober 1524 beschlossenen Truppenkontingente wurden zunächst kaum gebildet, nicht nur aus Kostengründen, sondern auch weil das Haus Habsburg viele erprobte Söldner für seine eigenen Konflikte mit Frankreich in Oberitalien abwarb. Daher mangelte es dem Schwäbischen Bund lange Zeit an Schlagkraft, und in den ersten Auseinandersetzungen mit den Aufständischen (in Oberschwaben) mussten oftmals Zugeständnisse gemacht werden.<sup>249</sup> Erst als der besagte Gegensatz zwischen Österreich und Bayern beseitigt war, konnten sich die Kräfte der Einung voll auf die Behandlung des Bauernkriegs konzentrieren. Auch wurden nach dem Sieg Kaiser Karls V. bei Pavia in Oberitalien wieder militärische Kräfte frei, was den Aufbau eines Heeres nördlich der Alpen erleichterte und beschleunigte.<sup>250</sup>

Es lag nun niemals wirklich in der Absicht des Schwäbischen Bundes, auf rechtlich-friedlichem Weg zu einer Beendigung des Konflikts zu kommen, obwohl dies

247 Der Bischof erließ 1523 auf Veranlassung des Domkapitels eine Warnung an alle Bewohner des Stiftes, die Anwesenheit des Schwäbischen Bundes betreffend. Während ihres Aufenthaltes beanspruchten dessen Truppen verschiedenste Abgaben der örtlichen Untertanen für sich und richteten einigen materiellen Schaden an. LOOSHORN, Bisthum Bamberg, S. 561f.

248 CARL, Schwäbischer Bund, S. 492f.

249 GREINER, Christian: Die Politik des Schwäbischen Bundes während des Bauernkrieges 1524/1525 bis zum Vertrag von Weingarten, in: Zeitschrift des Historischen Vereins für Schwaben 68 (1974). S. 7–94. S. 23f.

250 ENDRES, Rudolf: Der deutsche Bauernkrieg, in: DILLER, Stefan (Hg.): Kaiser Karl V. und seine Zeit. Katalog zu den Ausstellungen der Bibliothek Otto Schäfer, Schweinfurt, des Stadtarchivs Schweinfurt sowie des Fördervereins und der Forschungsstiftung für vergleichende europäische Überseegeschichte, Bamberg. Bamberg 2000. S. 42–51. S. 43.

die Landfriedensgesetzgebung durchaus vorsah. Stattdessen wurde früh eine gewaltsame Lösung bevorzugt, da sich mittlerweile beim Bund das Selbstverständnis, eine „Ordnungsmacht“ im ganzen Reich zu sein, durchgesetzt hatte.<sup>251</sup> Aber erst jetzt, im Frühjahr 1525, konnte dieser Ansatz auch mit den entsprechenden Mitteln durchgesetzt werden.<sup>252</sup> Der Feldzug des Bundesheeres gegen die aufrührerischen Untertanen begann im März 1525; an seiner Spitze stand dabei Georg Truchsess von Waldburg,<sup>253</sup> der zuvor im Februar desselben Jahres von Erzherzog Ferdinand von Österreich als Feldhauptmann mit der Niederwerfung des Widerstands in Oberschwaben beauftragt worden war.<sup>254</sup> Es folgte nun ein siegreicher Marsch des Bundesheeres durch Südwestdeutschland in Richtung Nordosten, im Lauf dessen die Aufständischen in mehreren Schlachten entscheidend geschlagen wurden, während man zugleich keinerlei friedliche Verhandlungsversuche mehr akzeptierte.<sup>255</sup> Als vorläufige Endstation nahm man schließlich am 8. Juni 1525 Würzburg ein; von dort aus wandten sich die Truppen nach Westen in Richtung Bamberg.<sup>256</sup>

Für Franken und insbesondere das Hochstift war eine friedliche Lösung auf Verhandlungsbasis nach den zahlreichen militärischen Erfolgen des Schwäbischen Bundes in weite Ferne gerückt, zumal sich erst Anfang Juni auf dem Gebiet des Hochstifts Würzburg bei Königshofen und Ingolstadt in zwei der letzten großen Schlachten das Bundesheer und die Aufrührer blutige Auseinandersetzungen geliefert hatten.<sup>257</sup> In Bamberg kannte man nun die Folgen, die ein Durchzug der Bundestruppen mit sich bringen würde; dafür sorgten die Erfahrungen während der Niederschlagung des Thomas von Absberg ein paar Jahre zuvor. Die Reise Weigands in das Lager des Truchsessens und seine emotional vorgetragene Bitte um Schonung des Hochstifts lassen dementsprechend darauf schließen, dass zumindest diesem nicht daran gelegen war, die Soldaten in sein Land einfallen zu

251 CARL, Schwäbischer Bund, S. 495; GREINER, Politik, S. 69. WAAS hingegen sieht bis Anfang 1525 eine Bevorzugung des friedlichen Verhandlungswegs seitens des Bundes. WAAS, Die Bauern, S. 139.

252 GREINER, Politik, S. 91–94.

253 Für Georg von Waldburg vgl. ZÜRN, Martin: Georg III. von Waldburg, der Bauernjörg, in: KUHN, Elmar L. (Hg.): Der Bauernkrieg in Oberschwaben. Tübingen 2000. S. 295–314.

254 BLICKLE, Revolution, S. 3f.

255 GREINER, Politik, S. 86.

256 WAGNER, Ulrich: Die Stadt Würzburg im Bauernkrieg, in: DERS. (Hg.): Geschichte der Stadt Würzburg. Band II. Vom Bauernkrieg bis zum Übergang an das Königreich Bayern 1814. Stuttgart 2004. S. 40–46. S. 46.

257 WAGNER, Würzburg, S. 44f.

sehen – nicht nach den Ereignissen der vorigen Jahre. Dass das Bundesheer in das Hochstift ziehen würde, war jedoch sicher nicht mehr abzuwenden – auch wenn in Bamberg noch kurz vor dessen Eintreffen die Hoffnung bestand, dass sich die Truppen von Würzburg in Richtung Süden wenden und den Osten Frankens unberührt lassen würden, da es ja im Grunde keinen Anlass mehr für ihre Präsenz dort gab.<sup>258</sup> Dagegen sprach aber mindestens dreierlei:

Zunächst einmal hatte das Heer keine große räumliche Distanz mehr zurückzulegen, da die Residenzstadt Bamberg wie auch das Hauptlager der Bamberger Bauern bei Hallstadt sich im Grenzbereich zum Hochstift Würzburg befanden, aus dem die Bundestruppen sich näherten. Vor allem aber war dessen Anwesenheit ja angefordert worden, und zwar sowohl vom Bischof als auch vom Domkapitel (oder zumindest einem Teil der Kapitulare) – unabhängig voneinander.<sup>259</sup> Dies hielt Georg von Waldburg Bischof Weigand bei dessen Besuch im Heerlager auch entsprechend deutlich vor Augen: *Da er [Weigand] den punt im land nit haben wolt, solt er nit so vil brief im nachgeschrieben und zu kumen gebeten und gemanet haben.*<sup>260</sup> Der Schwäbische Bund und dessen Heerleitung konnten sich also alleine schon darauf berufen, von einem seiner Mitglieder zu Hilfe gerufen worden zu sein – ein gewichtiges und stichhaltiges (da durch die geschriebenen Nachrichten eindeutig beweisbares) Argument, dem nicht leicht zu widersprechen war.

Zweitens wünschte aber wohl noch eine andere Persönlichkeit, dass das Bundesheer in Richtung Bamberg vorrückte: Mit den Soldaten zog bereits seit einiger Zeit Markgraf Kasimir von Brandenburg,<sup>261</sup> der ein ganz eigenes Interesse daran hatte, weiter in den Osten zu marschieren. Die Bamberger Untertanen hatten im Grenzgebiet zum Fürstentum Bayreuth auch einige seiner eigenen Burgen angegriffen,<sup>262</sup> worüber er sich schon am 14. Juni im Feldlager bei Schweinfurt unterrichten ließ.<sup>263</sup> Nun kann es gut sein, dass der Truchsess die individuellen Absichten Kasimirs nicht als ausreichenden Anlass für einen Zug in das Hochstift

258 *Und haben die aufrurigen in dem stieft Bamberg nit glauben wollen, das der swebisch bund vorhanden sei und komme, biss etlich des bundischen heres nit ferren von Bamberg gewest.* CHROUST, Chroniken, S. 125; ENDRES, Bauernkrieg im Hochstift, S. 131f; STOLZE, Bauernkrieg, S. 228.

259 Vgl. die Punkte 3.1 und 3.2.

260 CHROUST, Chroniken, S. 59.

261 Schon im Mai 1525 hatte er sich am Kampf gegen die Aufständischen beteiligt. THOMAS, Kasimir, S. 51f.

262 ENDRES, Bauernkrieg, S. 132.

263 LOOSHORN, Bisthum Bamberg, S. 638.

betrachtete. Letztlich war das aber aus einem anderen, für den Heerführer weitaus gewichtigeren Grund nicht weiter von Belang: der Bund wurde von gravierenden Geldsorgen geplagt.

Das kurzfristige Ausheben eines Heeres in erheblicher Größe (geschätzte 1.500 bis 1.800 Reiter und 6.000 bis 8.000 Mann Fußvolk), welches dann auf einen längeren, ununterbrochenen Marsch und in eine ganze Reihe von Schlachten entsandt wurde, stellte die Finanzen der Einung vor gewaltige Probleme.<sup>264</sup> Zwischen Februar und Juni 1525 waren deswegen Forderungen von insgesamt 175.000 fl. an die Bundesmitglieder eingegangen;<sup>265</sup> jene konnten (und wollten)<sup>266</sup> aber in so kurzer Zeit derartige Summen gar nicht aufbringen, weswegen der Bund sich gezwungen sah, seine eigenen Rücklagen zu verwenden, die aber kaum ausreichten. Folge dieser Engpässe waren massive finanzielle Schwierigkeiten, die im Juni 1525 – der Marsch des Heeres hatte sich bereits eine ganze Weile hingezogen – in Zahlungsunfähigkeit zu resultieren drohten.<sup>267</sup> In einer derartigen Situation erschien ein Aufenthalt in Bamberg deswegen wohl alleine schon in materieller Hinsicht verlockend, ja zwingend notwendig. Auch wenn die Stadt (und gewiss auch nicht das Umland) es in keinerlei Hinsicht mit dem Reichtum des benachbarten Nürnberg aufnehmen konnte, so durfte man doch zumindest mit einigen Einnahmen durch Brandschatzung und Plünderung rechnen – die gängigsten Mittel zur Finanzierung des Feldzuges.<sup>268</sup> Dass die Unruhen im Hochstift Bamberg bereits ihr Ende gefunden hatten, mochte hierbei nur noch einen zusätzlichen Anreiz ausüben angesichts der Tatsache, dass die Erlangung der Gelder möglicherweise ohne jegliche Gegenwehr (und vorige kämpferische „Eigenleistung“) zu erreichen war.

Zuletzt ist zur Frage der Anwesenheit des Schwäbischen Bundes in Bamberg noch Folgendes zu beachten: Die geschilderte Beteiligung an den Straf- und Pazifikationsmaßnahmen kam ihm in den jeweiligen Territorien nur dann zu, wenn er dort auch wirklich in Erscheinung trat. Von Beginn des Bauernkriegs an hatte der Bund nämlich unter Berufung auf seine Bundesakte bereits die alleinige Strafge-

264 Im Mai 1525 fielen für diese Truppen pro Woche 9.000 fl. Sold an. SEA, Thomas S.: The Economic Impact of the German Peasants' War. The Question of Reparations, in: *Sixteenth Century Journal* 8 (1977). S. 75–97. S. 76f.

265 HOHN, *Rechtliche Folgen*, S. 234, FN 1440.

266 FRANZ, *Bauernkrieg*, S. 295.

267 HOHN, *Rechtliche Folgen*, S. 234; SEA, *Economic Impact*, S. 76–80.

268 MAYER, *Behandlung*, S. 28. Für eine vertiefte Behandlung der Brandschatzungen vgl. Punkt 5.6.1.

walt, d. h. die Festlegung der Kapitulationsbedingungen und des Strafmaßes, für sich beansprucht, auch wenn dies gegen die Hoheitsrechte des jeweiligen Landesherren verstieß – wie etwa im Herzogtum Württemberg.<sup>269</sup> Die Voraussetzung hierfür war, dass „die Truppen des Bundes eine ausschlaggebende Rolle bei der Niederwerfung des Aufstandes gespielt hatten“<sup>270</sup> – auch deswegen also war für den Bund wenigstens eine kurze Phase der Anwesenheit in Bamberg relevant: Eine solche „ausschlaggebende Rolle“ nachzuweisen wäre doch sehr schwer gewesen, wenn die bundeseigenen Truppen sich nicht einmal für ein paar Tage in dem betroffenen Gebiet aufgehalten hätten.

Die bis hierher erläuterten Gründe für die Anwesenheit des Schwäbischen Bundes in Bamberg bieten zugleich auch eine Erklärungsgrundlage für die Motive, die dessen Handeln im Hochstift bestimmten. Wichtig ist dabei zunächst zu wissen, dass ihm bei seinem Vorgehen nicht viel Zeit zur Verfügung stand. Schon am 17. Juni 1525 – zwei Tage bevor Bamberg überhaupt eingenommen wurde – erreichte den Truchsess von Waldburg eine Nachricht der Bundesführung: Aus Memmingen hatten sich mehrere Patrizier an den Bund gewandt mit der Bitte, ihnen Hilfe zu senden; die Stadt wurde zu diesem Zeitpunkt nämlich von aufständischen Bauern belagert. Daher befahl man dem Feldhauptmann, er solle „die Angelegenheit im Stift zu Bamberg rasch erledigen und dann schleunig mit seinem Zug auf Ulm ziehen der Memminger wegen und die Allgäuer mit Krieg überziehen.“<sup>271</sup> Das baldige Abrücken der Truppen aus Bamberg am 23. Juni zeigt, dass dieser Anweisung auch Folge geleistet wurde.

Aus dem so gegebenen engen Zeitfenster lässt sich folgern, dass es dem Schwäbischen Bund während seines Aufenthalts in Bamberg darum gehen musste, in nur kurzer Zeit zumindest die allernotwendigsten Maßnahmen zu ergreifen, die wiederum eine möglichst effiziente, d. h. langfristige Befriedung der Stadt und des Stifts bewirken sollten. Diese Maßnahmen hatten dabei wesentlich die Bestrafung der Aufständischen für ihren Bruch des Landfriedens einzuschließen, denn dies war ja letztlich die eigentliche Aufgabe der Einung. Daneben aber spielte trotz allem sicherlich auch die geschilderte Finanzsituation des Bundes und seines Heeres eine Rolle, die die Verantwortlichen angesichts der Dringlichkeit der Situation nicht ignorieren konnten. Selbst wenn kaum Zeit zur Verfügung stand – es darf angenom-

269 MAYER, Behandlung, S. 25.

270 SEA, Bestrafung, S. 129f.

271 VOGT, Correspondenz IV, S. 7.

men werden, dass die Einnahme von möglichst viel Geldern in möglichst kurzer Zeit ein wichtiges Handlungsmotiv bildete.

Als das Heer das Hochstift schließlich nach nur wenigen Tagen verlassen hatte, lag die Handlungsgewalt wahrscheinlich zum größten Teil nur noch bei den lokalen Machthabern. Dennoch muss der Bund auch über die reine Präsenz im Juni 1525 hinaus weiterhin als Einflussfaktor behandelt werden. Er sah sich nämlich dazu berechtigt, sämtliche Maßnahmen in den Territorien seiner Mitglieder auch nach dem Aufstand langfristig zu überwachen.<sup>272</sup> Zudem war Bamberg als Mitglied der Einung ja an die Mandate und sonstigen Anordnungen, die noch erlassen werden sollten, gebunden, ebenso wie es sich weiterhin finanziell beteiligen musste. Und nicht zuletzt wurde gerade das Hochstift noch einmal sehr unmittelbar mit deren Truppen in Form der Bundespatrouillen konfrontiert.<sup>273</sup>

272 SEA, Bestrafung, S. 130.

273 Für die Patrouillen vgl. Punkt 4.4.2.





## 4. Rahmenbedingungen

Die Phase der Bestrafung und Kompensation nach dem Ende des Aufstands erstreckte sich über einen längeren Zeitraum und war dabei von Veränderungen und Einflüssen verschiedener Art gekennzeichnet. Natürlich existierten auch Bereiche, die sich durch eine geringere Fluktuation auszeichneten, etwa das Feld der Gesetzgebung. Doch auch dort gab es, wie gezeigt werden soll, durchaus Platz für Unschärfen, Widersprüchlichkeiten und kurzfristige Korrekturen. Noch weitaus variabler gestalteten sich jene Umstände, die den Ereignissen selbst entsprangen und die bestehenden Handlungsfelder zum Teil weitläufig beeinflussen konnten. Hierzu gehören bestimmte Aspekte obrigkeitlichen Handelns (beispielsweise die Patrouillen des Schwäbischen Bundes), aber auch die veränderten Bedingungen einer gescheiterten Aufstandssituation wie etwa die zahlreichen Flüchtlinge. All diese Faktoren, die den Rahmen für die Folgezeit setzten und diese beeinflussten, sollen an dieser Stelle eingehender analysiert werden.

### 4.1 Grundlegendes

Will man einen Bestrafungsprozess analysieren, so ist unter anderem zu beachten, welche Maßstäbe und Vorgaben für diesen überhaupt existierten. Dabei muss jedoch gleichzeitig berücksichtigt werden, dass sich das Hochstift Bamberg ebenso wie die übrigen Territorialstaaten des Heiligen Römischen Reiches an der Wende vom Spätmittelalter zur Frühen Neuzeit noch im Ausbau befand. Dementsprechend ist in den Anfangsjahrzehnten des 16. Jahrhunderts für die Ausbildung eines exakt reglementierten Gerichtswesens noch von einer Frühphase auszugehen, in der zu diesem Zeitpunkt eine genaue Zuordnung von Straftat und Gesetzesnorm mit daran geknüpftem Urteil nicht die Regel war. Noch existierte oftmals breiter Raum für individuelle Entscheidungen je nach Einzelfall, mit einer entsprechenden Fluktuation zwischen den gegebenen Normen und deren konkreter Anwendung.<sup>274</sup> Weniger der

274 van DÜLMEN, Richard: Theater des Schreckens. Gerichtspraxis und Strafrituale in der frühen Neuzeit. München <sup>2</sup>1988. S. 111; SCHILD, Wolfgang: Alte Gerichtsbarkeit. Vom Gottesurteil

Wortlaut von Gesetzen und dessen strikte Befolgung stand im Vordergrund als die jeweilige singuläre Strafmaßnahme und ihre entsprechende Intention.<sup>275</sup> Dennoch sollten bereits vorhandene rechtliche Grundlagen in jedem Fall berücksichtigt werden, da ihnen trotz aller Fluktuation im damaligen Rechtshandeln mindestens ein gewisser Einfluss auf das obrigkeitliche Handeln zugestanden werden muss. Ganz abgesehen davon kann ein eventuell später beobachtbares Abweichen von eben diesen Normen gleichfalls Erkenntnisse liefern.

Für diese Arbeit ist dabei zunächst kurz festzustellen, dass im Fall Bamberg keine der im Lauf des Aufstandes beschlossenen Maßnahmen – die Artikel der Bauern, die beiden „Anstände“ mit dem Bischof, einzelne Rechtskorrekturen etc. – langfristige Wirkung entfalteten. Dabei hatte der Bauernkrieg in einigen anderen Fällen durchaus dauerhafte Errungenschaften für die jeweiligen Untertanen gebracht, denn Verträge zwischen der Herrschaft und den Untergebenen waren oftmals das elementare Kennzeichen für den Abschluss bäuerlichen Widerstands.<sup>276</sup> Den Bauern vom Seehaufen in Oberschwaben etwa gelang es, das Heer des Bundes zu Verhandlungen und schließlich zum Vertrag von Weingarten zu bewegen, der deutliche Erleichterungen wie eine Milderung von Abgabenlast und Leibeigenschaft einbrachte.<sup>277</sup> Neben diesen wirtschaftlichen Vorteilen garantierten solche Vereinbarungen zudem oftmals ein erhöhtes Maß an Freiheit und Rechtssicherheit: Da Obrigkeit und Untertanen sich als gleichberechtigte Vertragspartner gegenüberstanden, wurde die Position der Letzteren grundsätzlich gestärkt, nicht zuletzt über die Einklagbarkeit der neuen Verhältnisse beim Reichskammergericht.<sup>278</sup> Beispiel-

bis zum Beginn der modernen Rechtsprechung. München <sup>2</sup>1985. S. 197. SCHWERHOFF bezeichnet die Diskrepanz zwischen den Normen und der tatsächlichen Praxis im Bereich der Devianz in der Vormoderne als „so groß, dass sie als ein signifikantes Charakteristikum der Epoche Interesse verdient.“ SCHWERHOFF, Gerd: Devianz in der alteuropäischen Gesellschaft. Umriss einer historischen Kriminalitätsforschung, in: Historische Zeitschrift 19 (1992). S. 385–414. S. 388f.

275 RUDOLPH, Rechtskultur, S. 363.

276 BLICKLE, Peter: Memmingen – ein Zentrum der Reformation, in: BAYER, Hans-Wolfgang u. a. (Hg.): Die Geschichte der Stadt Memmingen. Von den Anfängen bis zum Ende der Reichsstadt. Stuttgart 1997. S. 351–418. S. 404; SCHULZE, Beobachtungen, S. 276.

277 Als Beispiele seien die Aufhebung des Hochzeitsgelds, die Erlaubnis der ungenossamen Ehe sowie Einführung der Freizügigkeit beim Loskauf von Leibeigenschaft genannt. RUDOLF, Hans-Ulrich: Der Weingartener Vertrag und die Folgen, in: KUHN, Elmar L. (Hg.): Der Bauernkrieg in Oberschwaben. Tübingen 2000. S. 199–232. S. 225–231.

278 BLICKLE, Peter: Die politische Entmündigung des Bauern. Kritik und Revision einer These, in: DERS. (Hg.): Revolte und Revolution in Europa. Referate und Protokolle des Internationalen Symposiums zur Erinnerung an den Bauernkrieg 1525 (Memmingen, 24.–27. März 1975) (= Histo-

haft hierfür ist das Stift Kempten, in dem der (unter Mitwirkung des Schwäbischen Bundes geschaffene) „Memminger Vertrag“ von 1526 eine bis zu Mediatisierung und Säkularisation am Ende des Alten Reichs gültige Abmachung mit quasi-verfassungsrechtlicher Bedeutung schuf.<sup>279</sup>

In Bamberg hingegen gaben die Aufständischen schon vor dem Eintreffen des Bundesheeres allen Widerstand auf; am 15. Juni 1525 etwa empfahlen Bürgermeister und Rat von Bamberg der Stadt Staffelstein, sich auf Gnade und Ungnade, also bedingungslos, zu ergeben.<sup>280</sup> Dementsprechend konnten die vorangegangenen Zugeständnisse und Verpflichtungen der Obrigkeit im Hochstift durch selbige konsequent beseitigt werden: Man erneuerte die Einrichtung der Immunitäten und ihre Unterordnung unter das Domkapitel<sup>281</sup> und entließ die Domkanoniker aus dem von ihnen geleisteten Bürgereid;<sup>282</sup> auch die Angehörigen der Klöster in der Stadt wurden losgesprochen.<sup>283</sup> Ergänzend hierzu mussten alle Untertanen im Rahmen der Erbhuldigung des Schwäbischen Bundes schwören, alle *compromiss*, die die Ausschüsse der Bürger und Bauern mit den herrschaftlichen Parteien ausgehandelt hatten, *fur tot* zu erachten, und dass sie auch *zins, zehent, gulten und fron, wie vor dem aufrur gegeben, noch geben wolten*.<sup>284</sup> Später ließen sich Bischof und Domkapitel bei ihrem Huldigungsumritt<sup>285</sup> diese Wiederherstellung der ursprünglichen Rechtslage noch einmal zusätzlich bestätigen – ein Vorgang, der sich so in keinem

rische Zeitschrift, Beiheft 4, Neue Folge). München 1975. S. 298–312. S. 306; SCHULZE, Beobachtungen, S. 276.

279 BLICKLE, Peter: Persönliche Freiheit und politische Macht. Der Herrschaftsvertrag zwischen den Untertanen und dem Abt des Stifts Kempten von 1526 als Verfassung, in: JAHN, Wolfgang u. a. (Hg.): „Bürgerfleiß und Fürstenglanz“. Reichsstadt und Fürstabtei Kempten (= Veröffentlichungen zur Bayerischen Geschichte und Kultur 38/39, Herausgegeben vom Haus der Bayerischen Geschichte). Augsburg 1998. S. 17–30. S. 17.

280 StAB B 48, Nr. 1, Prod. 68; CHROUST, Chroniken, S. 56, FN 3.

281 CHROUST, Chroniken, S. 126.

282 Am 18. Juni 1525 sprach die Bamberger Stadtgemeinde Weiprecht von Seckendorff, Silvester von Rosenau, Jakob Fuchs, Georg von Bibra und alle Diener des Domkapitels von ihren geleisteten Eiden frei. StAB B 86, Nr. 3, fol. 258.

283 Der Bericht der Nonne des Klarissenklosters besagt über die Zeit nach dem Eintreffen des Bundes in Bamberg: *Aber uns und allen clöstern ist kein herlein von den püntischen krümpt worden sunder offenlich ausgeruff und gepoten worden, si in all ir freiheit einzusetzen, irs eids, so si gezwungen sind worden zu schwern, entledigt (...)*. CHROUST, Chroniken, S. 178.

284 CHROUST, Chroniken, S. 61.

285 Vgl. Punkt 4.3.3.

anderen der vom Bauernkrieg betroffenen Territorien findet.<sup>286</sup> Man kann also feststellen, dass die Bamberger Obrigkeit bei ihrem Handeln nicht durch ihre zuvor getroffenen Zugeständnisse gebunden war, und – wie sich zeigen wird – auch in der unmittelbaren Folgezeit hier nichts mit den Untertanen auszuhandeln gedachte.

## 4.2 Rechtliche Voraussetzungen

### 4.2.1 Die Landfriedensgesetzgebung im Reich

In einem größeren Kontext betrachtet, berührt die Frage nach dem Umgang mit den Aufständischen des Bauernkriegs einen ebenso alten wie gewichtigen Aspekt des Rechtsverständnisses, nämlich den der Wahrung des Friedens und der Art des Austragens von Konflikten. Der Zerfall des römischen Reiches und das darauf folgende frühe Mittelalter sahen das Verschwinden eines staatlichen Gewaltmonopols, das sich dieser Problematik einheitlich annehmen konnte. An seine Stelle trat verstärkt die individuelle Rechtsdurchsetzung, durch den Einsatz des Instruments der Fehde von Adligen oftmals mit gewalttätigem Handeln verbunden – das vielziertierte „Recht des Stärkeren“.<sup>287</sup>

Spätere Jahrhunderte brachten erste Versuche, diese oftmals ausufernde und Unschuldige in Gefahr bringende Entwicklung zu beenden: der von der römischen Kirche ausgerufene Gottesfrieden etwa, der durch eidliche Selbstverpflichtung der Herrschaftsträger den Schutz bestimmter Personen, Orte und Sachen (Arme, Kinder, Kirchen etc.) zu erreichen suchte.<sup>288</sup> Auf weltlicher Ebene bildete sich parallel dazu der von den Kaisern des Heiligen Römischen Reichs initiierte Landfrieden. Unter Kaiser Heinrich IV. im Jahr 1103 erstmals von den Fürsten mit Gültigkeit für das gesamte Reich (jedoch nur für die Dauer von vier Jahren) beschworen, kam seit der Mitte des 13. Jahrhunderts vermehrt das Bestreben auf, das Fehdewesen dauerhaft zugunsten von richterlichem Entscheid zurückzudrängen. Dabei traten gerade im deutschsprachigen Raum des Reiches auf territorialer Ebene die Städte

286 HOHN, Rechtliche Folgen, S. 267. Vgl. KLEIN, Folgen, S. 88f.

287 ROTH, Andreas: Kollektive Gewalt und Strafrecht. Die Geschichte der Massendelikte in Deutschland (= Quellen und Forschungen zur Strafrechtsgeschichte, Band 4). Berlin 1989. S. 54.

288 Gottesfrieden, in: LexMA, Band 4, Sp. 1587f.

und Fürsten als relevante Kräfte bei der Durchsetzung dieses Vorhabens hinzu.<sup>289</sup> Mit der Goldenen Bulle von 1356 wurde schließlich erstmals ein reichsweites Verbot der Fehde erreicht.<sup>290</sup>

Das 15. Jahrhundert brachte im Rahmen der Bestrebungen zu einer Reform des Reiches unter anderem 1442 die sogenannte „Reformatio Sigismundi“ Kaiser Friedrichs III., die bestimmte Personen (Kaufleute, Geistliche) unter besonderen Schutz des Landfriedens stellte und bei Strafe den eigenmächtigen Angriff auf andere Personen untersagte.<sup>291</sup> Den Endpunkt des langen Prozesses hin zu einem reichsweiten Friedensgebot stellte schließlich der Ewige Landfrieden von 1495 (auch: Reichslandfrieden) dar; nun waren der Bruch dieses Landfriedens, die Unterstützung von Landfriedensbrechern sowie die Weigerung, sich selbst mittels Eid vom Verdacht des Landfriedensbruchs zu befreien, mit der Reichsacht bedroht.<sup>292</sup>

Diese Acht stellte einen Zustand der Geleit- und Friedlosigkeit dar, der einem Verlust jeglicher Rechtsfähigkeit gleichkam.<sup>293</sup> Ihre Wirksamkeit wurde dabei – wie bei allen anderen Landfriedensgesetzen – nicht von einer förmlichen Erklärung durch ein Gericht abhängig gemacht.<sup>294</sup> Ein spezieller Aspekt der Reichsacht, die sogenannte Säumnisacht, bildete sich aus dieser Entwicklung heraus. Sie hatte sich allmählich fortentwickelt von einer konkret im Einzelfall ausgesprochenen Strafmaßnahme hin zu einem selbstständigen Mittel, um „säumige Beklagte vor Gericht zu zwingen.“<sup>295</sup> Bedeutung gewinnen konnte dies zumindest in den Territorien, in denen der betreffenden Herrschaft ein geeigneter Verfolgungsapparat fehlte, denn auf diese Weise war es möglich, durch die Einschaltung Dritter dennoch erfolgreich gesuchte Straffällige vor den eigenen Gerichtsapparat zu zwingen.<sup>296</sup> Diese Säumnisacht erscheint für den Bauernkrieg bedeutsam: Die zahlreichen nach dem

289 Landfrieden, in: LexMA, Band 5, Sp. 1657f.

290 HOHN, Rechtliche Folgen, S. 21

291 HOHN, Rechtliche Folgen, S. 22.

292 WEBER, Matthias: Zur Bedeutung der Reichsacht in der Frühen Neuzeit, in: KUNISCH, Johannes (Hg.): Neue Studien zur frühneuzeitlichen Reichsgeschichte (= Zeitschrift für Historische Forschung, Beiheft 19). Berlin 1997. S. 55–90. S. 61.

293 MAYER, Behandlung, S. 32; ROTH, Kollektive Gewalt, S. 106.

294 MAYER, Behandlung, S. 22. Diese Tatsache war noch zu Beginn des 16. Jahrhunderts nicht unumstritten, da sich die Frage stellte, ob die Verhängung der Reichsacht „ipso facto“ ohne den Beschluss einer befugten Institution – Kaiser, Reichskammergericht, Reichshofrat – überhaupt rechtens war. WEBER, Reichsacht, S. 60.

295 Acht, in: HRG II, Band 1, Sp. 60.

296 Acht, in: HRG II, Band 1, Sp. 60ff; WEBER, Reichsacht, S. 60.

Aufstand Geflohenen hatten sich in die verschiedenen umgebenden Herrschaften begeben und blieben so zunächst einmal außerhalb der Reichweite der Verfolgung durch das Hochstift. Angesichts der zersplitterten Herrschaftslage Frankens wäre eine solche Anwendung der Acht aus der Sicht der Bamberger Obrigkeit für hilfreich zu erachten und entsprechend in Erwägung zu ziehen.

Nicht überraschend ist, dass die Beschäftigung mit der Frage des Landfriedens auf der Ebene der Territorien<sup>297</sup> wiederum Einfluss auf die Reichsgesetzgebung nahm. Als Nachhall auf diese Entwicklungen trat die Frage nach der Vorbeugung und Behandlung von Unruhe und Aufruhr in bis dahin nicht gewesenem Maß in den Vordergrund. 1519 war sie erstmals ein Bestandteil einer kaiserlichen Wahlkapitulation (Kaiser Karls V.).<sup>298</sup> Doch sollte erst unmittelbar nach dem Bauernkrieg selbst, nämlich auf den Reichstagen zu Augsburg (August 1525) und Speyer (Mai bis August 1526) das Tun des gemeinen Mannes der Vorjahre eine exakte Definition erfahren, nämlich als Bruch des Ewigen Reichslandfriedens von 1495.<sup>299</sup>

In Speyer wurden jedoch noch weiterführende Überlegungen angestellt, wie man nun konkret mit den inzwischen fast überall niedergeworfenen Aufständischen verfahren sollte. Das Resultat orientierte sich wesentlich an der Art und Weise, in der der Schwäbische Bund schon zuvor während seines Kriegszuges 1525 vorgegangen war.<sup>300</sup> Dabei ging an die Territorien die Empfehlung, die zahlreichen Mitläufer, die nicht in größerem Ausmaß gegen ihre Herren agiert hatten, gnädig zu behandeln. Sie sollten wieder in Gnade und Ungnade aufgenommen werden und ihre früheren Rechte wie etwa das Ausüben von Ämtern oder die Zeugenaussage vor Gericht zurückerhalten. An Stelle einer harten Bestrafung wegen Landfriedensbruchs war mit ihnen vielmehr auf einen Ausgleich der entstandenen Schäden hinarbeiten.<sup>301</sup> Die Aufwiegler, die die Empörung verursacht hatten, mochten jedoch

297 Diese wird separat behandelt. Vgl. Punkt 4.2.2.

298 BLICKLE, Peter: The Criminalization of Peasant Resistance in the Holy Roman Empire: Toward a History of the Emergence of High Treason in Germany, in: *Journal of Modern History* 85, Supplement: Politics and Society in the Holy Roman Empire 1500–1806 (Dezember 1986). S. 88–97. S. 92.

299 BLICKLE, Criminalization, S. 93.

300 VOGLER, Günter: Der deutsche Bauernkrieg und der Reichstag zu Speyer, in: *Zeitschrift für Geschichtswissenschaft* 11 (1975). S. 1396–1410. S. 1401.

301 VOGLER, Speyer, S. 1407.

gemäß ihres Vergehens die volle Strafe erfahren, sofern die jeweiligen Obrigkeiten nicht auch hier das Gewähren von Gnade vorzogen.<sup>302</sup>

#### 4.2.2 Die Landfriedensgesetzgebung in den Territorien

Nicht nur auf der Ebene des Reichs wurde die Frage des Landfriedens behandelt. Schon 1323 übertrug Kaiser Ludwig IV. in seiner Erneuerung des Landfriedens dessen Durchsetzung zusätzlich auf die Landesherren des Reiches.<sup>303</sup> Die Notwendigkeit hierfür war wohl auch gegeben, da gerade jene sich immer wieder direkt mit lokalen Unruhen auseinandersetzen mussten. Aus den Erfahrungen mit diesen bzw. deren Behandlung erwachsen entsprechend in diversen Herrschaften gesetzliche Maßnahmen, die nicht selten sehr spezifisch auf die sie veranlassenden Fälle zugeschnitten waren.<sup>304</sup> Verstärkt wurde dies durch die allgemein stark reaktive Natur (früher) vormoderner Gesetzgebung, die mehr als Antwort auf konkrete Problemsituationen und damit verbundene gesellschaftliche Umwälzungen fungierte denn als prophylaktisch-erzieherisch angelegte Lenkung und Planung der gegenwärtigen Umwelt.<sup>305</sup>

Was die Situation im deutschsprachigen Raum im ausgehenden Mittelalter betrifft, so wurde der Aufruhrbegriff auf der Ebene unterhalb des Reiches lange Zeit nur sehr vage umschrieben; weniger verstand man darunter die konkrete Wendung der Untertanen gegen die jeweilige Herrschaft, als vielmehr die Störung des allgemeinen Friedens an und für sich.<sup>306</sup> Erst seit dem 15. Jahrhundert kam es zu genaueren Definitionen: Der „Klagspiegel“, ein Rechtsbuch des Jahres 1425, verarbeitete erstmals selbstständig römisches Recht in deutscher Sprache; er übernahm dabei aus der römischen Tradition das Verständnis des Begriffs „Aufruhr“ als ein Majestätsverbrechen („*crimen laesae maiestatis*“), also eine Wendung gegen die jeweilige Herrschaft. Eine Rechtsfolge war auch bereits vorgesehen: die Todesstrafe, allerdings ohne eine exakte Festlegung der Hinrichtungsart.<sup>307</sup> Diese durch den Klagspiegel eingeleitete Entwicklung mündete wiederum 1498 in der unter anderem von jenem beeinflussten „Wormser Reformation“. Hier wurde nun unter

302 HOHN, Rechtliche Folgen, S. 340.

303 IGNOR, Strafprozess, S. 59.

304 HOHN, Rechtliche Folgen, S. 29.

305 RUDOLPH, Rechtskultur, S. 355.

306 ROTH, Kollektive Gewalt, S. 95.

307 IGNOR, Strafprozess, S. 46; ROTH, Kollektive Gewalt, S. 96.



Aufbruch konkret die Verursachung einer gegen die Obrigkeit gerichteten Unruhe verstanden, der eine entsprechend konkrete Strafe zu folgen hatte: der Tod durch das Schwert.<sup>308</sup>

Die nächste bedeutende Station der territorialen Aufbruchgesetzgebung stellt das Herzogtum Württemberg dar. Als Reaktion auf die Revolte eines bäuerlichen Zusammenschlusses, der sich selbst als „Armer Konrad“<sup>309</sup> titulierte, kam es nach dessen Niederschlagung 1514 zum Abschluss des „Tübinger Vertrags“. Dieser befasste sich sehr ausführlich (etwa zu einem Drittel) mit Aufbruch und dessen Bestrafung und legte fest, dass Empörer als Landfriedensbrecher mit dem Verlust von Gütern und Leben zu strafen seien.<sup>310</sup> Weitergeführt wurde diese Entwicklung in zwei Landesordnungen der Jahre 1515 und 1521, die den Umgang mit dieser Materie weiter ausarbeiteten.<sup>311</sup> Auch in anderen Gegenden Südwestdeutschlands nahmen sich einzelne gesetzliche Maßnahmen nun der Thematik an. So legten die Stadtrechte von Freiburg im Breisgau und Überlingen (beide im Jahr 1520 erlassen) den Begriff des Aufbruchs als Widerstand gegen die städtische Obrigkeit aus, der mit der Todesstrafe des Enthauptens zu sanktionieren war.<sup>312</sup>

Diese hier dargestellten landesrechtlichen Aufbruchmaßnahmen sind deswegen von großer Bedeutung, weil sie meist der Landfriedensgesetzgebung des Reiches vorgezogen wurden; letztere kam nur dort zur Anwendung, wo das Landesrecht erhebliche Lücken aufwies.<sup>313</sup> Im Umkehrschluss waren also vor allem jene Territorien, deren Gesetzgebung sich noch nicht oder nur wenig dem Problembereich des Aufbruchs zugewandt hatte, darauf angewiesen, kurzfristig andere landesherrliche Maßnahmen zu „importieren“ oder aber auf das Reichsrecht zurückzugreifen.

308 ROTH, Kollektive Gewalt, S. 96.

309 Für den „Armen Konrad“ vgl. ÖHLER, Heinrich: Der Aufstand des Armen Konrad im Jahr 1514, in: Württembergische Vierteljahrshefte für Landesgeschichte 38 (1932). S. 401–486.

310 BLICKLE, Criminalization, S. 92 ; WAAS, Die Bauern, S. 238.

311 MAYER, Behandlung, S. 23.

312 ROTH, Kollektive Gewalt, S. 136.

313 MAYER, Behandlung, S. 20.

### 4.2.3 Die Landfriedensgesetzgebung im Hochstift Bamberg

An der Wende vom 15. zum 16. Jahrhundert kam es im Hochstift Bamberg mit dem Erlass einer Hofgerichtsordnung (1497) und einer Landgerichtsordnung (1503) zu ersten Ansätzen einer Modernisierung des Gerichtswesens.<sup>314</sup> Vorläufig abgeschlossen wurde diese Entwicklung schließlich im Jahr 1507 durch den Beschluss der „Constitutio Criminalis Bambergensis“, der Bamberger Halsgerichtsordnung (im Folgenden mit HGO abgekürzt).<sup>315</sup> Geschaffen oder zumindest federführend gestaltet wurde sie vom damaligen Bamberger Hofmeister Johann Freiherr von Schwarzenberg.<sup>316</sup> Durch ihren umfangreichen Rückgriff auf die aktuellsten Entwicklungen im deutschen wie auch römischen Recht stellte sie zum Zeitpunkt ihres Erlasses einen wesentlichen Fortschritt für die Rechtsprechung des Heiligen Römischen Reichs dar. Nicht nur wurde sie bereits 1516 vom benachbarten Markgratium Bayreuth übernommen,<sup>317</sup> sie sollte auch einen grundlegenden Einfluss auf die Gestalt der Peinlichen Gerichtsordnung Kaiser Karls V. („Constitutio Criminalis Carolina“) von 1532 haben.<sup>318</sup>

Bei aller Aktualität wies die HGO aber ausgerechnet bei der Definition von Aufruhr und Unruhe einen gewissen Rückstand auf: Anstatt die neueren Entwicklungen aus Klagspiegel und Wormser Reformation zu übernehmen, fußte hier der Ansatz des Verfassers von Schwarzenberg noch in unklaren, eher dem mittelalterlichen Ursprung verbundenen Umschreibungen und definierte daher „Aufruhr“

314 STAUDENMAIER, *Policey*, S. 61.

315 Für die Bamberger Halsgerichtsordnung vgl. KOHLER, Jürgen/SHEEL, Willy: Die Bambergische Halsgerichtsordnung. Unter Heranziehung der revidierten Fassung von 1580 und der brandenburgischen Halsgerichtsordnung zusammen mit dem sogenannten *Correctorium*, einer romanistischen Glosse und einer Probe der niederdeutschen Übersetzung (= Die Carolina und ihre Vorgängerinnen, Band 2). Aalen 1968.

316 Das tatsächliche Ausmaß des Schwarzenbergschen Beitrags zur HGO ist bis heute nicht eindeutig geklärt. Eine alleinige Urheberschaft ist „nicht grundsätzlich ausgeschlossen“, auch wenn einzelne Tatsachen – beispielsweise die fehlenden Lateinkenntnisse Schwarzenbergs – zumindest auf die Notwendigkeit einer Beteiligung juristischer Mitarbeiter deuten. IGNOR, *Strafprozess*, S. 45.

317 VON ANDRIAN-WERBURG, Klaus Freiherr: Recht und Gerichte in Franken, in: „Gerechtigkeit erhöht ein Volk“. Recht und Rechtspflege in Bayern im Wandel der Geschichte (= Ausstellungskataloge der Staatlichen Archive Bayerns, hg. von der Generaldirektion der Staatlichen Archive Bayerns, Nr. 28). München 1990. S. 82–107. S. 83.

318 „Die Carolina ist im wesentlichen eine Nachbildung der wenige Jahre zuvor geschaffenen *Constitutio Criminalis Bambergensis* (...).“ IGNOR, *Strafprozess*, S. 44f.

nicht als konkrete Wendung von Untertanen gegen ihre Herrschaft.<sup>319</sup> In diesem Punkt tritt in Bamberg also eine gewisse definitorische Unschärfe zutage, deren Einfluss auf das spätere tatsächliche Rechtshandeln nach dem Bauernkrieg aber kaum festgestellt werden kann. Vielleicht wurde diese Lücke bereits durch den Einfluss der oben genannten Ordnungen von Freiburg und Überlingen geschlossen. In jedem Fall war auch in der HGO und somit im Hochstift Bamberg bei der Bestrafung von Aufruhr eine klar definierte Rechtsfolge gegeben: Enthauptung oder Ausstreichen (Auspeitschen)<sup>320</sup> mit Ruten sowie Landesverweis.<sup>321</sup>

#### 4.2.4 Die Frage der Strafkompetenz

Konkret beriefen sich nach dem Aufstand sowohl Bischof<sup>322</sup> als auch Domkapitel<sup>323</sup> auf die hohe Gerichtsbarkeit<sup>324</sup> (auch als Blutgerichtsbarkeit, peinliche Gerichtsbarkeit, Halsgericht, Fraisch oder Zent bezeichnet),<sup>325</sup> wenn es darum ging festzulegen, wer bei der Bestrafung welcher Untertanen die rechtliche Kompetenz dazu besaß. Dies deckt sich mit der Entwicklung in mehreren anderen Territorien: Zwar machten kleinere Delikte, die üblicherweise Gegenstand der niederen Gerichtsbarkeit (auch als Vogtei bezeichnet)<sup>326</sup> waren, im Bauernkrieg die große Mehrzahl

319 ROTH, Kollektive Gewalt, S. 96f.

320 WLHB, S. 25.

321 Artikel 152 der HGO: *Straff derjhenen, so auffrur des volcks machen. Item so einer in vnsern obrigkeyten oder gebieten auffrur des gemeynen volcks machet, vnd der ein vrsacher erfunden wirdt, der sol, nach gestalt seiner misshandlung, ye zu zeytten mit abschlahung seines haubts gestrafft oder mit ruten gestrichen vnd auss der stat oder flecken, darinnen er die auffrur erweckt, verweyst werden, nach radt vnser Rete.* KOHLER/SHEEL, Halsgerichtsordnung, S. 61. Es wird also nur ein Aufruhr unter der Bamberger Obrigkeit, nicht aber gegen sie angesprochen. ROTH, Kollektive Gewalt, S. 97.

322 So wies der Bischof am 20. Juni 1525 darauf hin, zwei Dörfer, die in seiner Pflege Giech lägen, seien nicht zu bestrafen oder zu plündern, da *dieselben nit zennntbar sein sollen* (also nicht der bischöflichen hohen Gerichtsbarkeit unterlagen). StAB B 48, Nr. 2, Prod. 25. Ähnliche Verweise: StAB B 48, Nr. 2, Prod. 99; StAB B 48 Nr. 8, Prod. 91, 125, 210, 217.

323 Das Domkapitel teilte mehreren Untertanen zu Staffelstein auf deren Bitte hin mit, es würde nicht auf die Bestrafung gegen sie verzichten, *diueill wolermelte meine herren alle Fraischrecht obrigkeit doselbstenn habenn.* StAB B 86, Nr. 3, fol. 382'. Ähnliche Verweise in StAB B 86, Nr. 3, fol. 381, 399'.

324 Die Ausübung der hohen Gerichtsbarkeit und das damit verbundene Vergießen von Blut durch die Geistlichkeit (mit den entsprechenden weltlichen Herrschaftsrechten) war zu Beginn des 16. Jahrhunderts bereits allgemein üblich und wurde auch im kanonischen Recht nicht mehr verurteilt. HOYER, Konrad III., S. 448–453.

325 Hochgerichtsbarkeit, in: HRG, Band 2, Sp. 172f; WLHB, S. 94.

326 Niedergerichtsbarkeit, in: HRG, Band 3, Sp. 983–987; WLHB, S. 150.

aus.<sup>327</sup> Doch spielten die Strafen bei der Erwägung der anzuwendenden Gerichtsbarkeit eine geringere Rolle als die von den Aufständischen begangene Tat<sup>328</sup> – und mindestens einer Tat hatten diese sich allesamt schuldig gemacht: des Aufruhrs gegen die Obrigkeit und somit – letztlich – des Landfriedensbruchs.<sup>329</sup> Angesichts dessen traten die der Niedergerichtsbarkeit zugeordneten „kleineren“ Vergehen in den Hintergrund, wohl nicht zuletzt, weil bei dieser bisweilen – neben dem lokalen Adel oder den Städten – noch Bürger und Bauern selbst als Richter auftraten. Unter Umständen wären – überspitzt gesagt – Täter ihre eigenen Richter geworden; zumindest aber hätten hier gewisse Sympathien mit dem „gemeinen Mann“ eine Rolle im Urteilsprozess spielen können.<sup>330</sup>

Durch diese frühzeitige und anscheinend ohne vorausgehende Auseinandersetzungen erreichte Festlegung auf die hohe Gerichtsbarkeit wurde auch – zumindest was Kapitel und Bischof betrifft – die Voraussetzung für eine klare Kompetenzverteilung bei der grundlegenden Frage nach dem Recht zur Bestrafung geschaffen. Das ist gerade im Fall Bamberg, dessen Obrigkeit sich ja durch das Vorhandensein mehrerer Parteien auszeichnete, nicht zu unterschätzen. Denn dass es in ähnlich gelagerten Fällen auch anders ausgehen konnte, zeigt ein Blick auf das Hochstift Eichstätt: Dort kam es zu keiner bindenden Einigung zwischen Bischof und Domkapitel darüber, ob nun der Besitz der niederen oder der hohen Gerichtsbarkeit zur Strafverfolgung berechnete. Dies hatte ausufernde Kompetenzstreitigkeiten noch Monate nach dem Ende des Bauernkriegs zur Folge, die eine konsequente Durchführung der Strafmaßnahmen behinderten.<sup>331</sup>

Für den Adel ließe sich zunächst annehmen, dass man ihn ebenfalls in diese Regelung einband; wurden ihm also Strafmaßnahmen gegenüber seinen Untertanen dann gestattet, wenn er das Recht zur Ausübung der hohen Gerichtsbarkeit über diese nachweisen konnte?<sup>332</sup> Zumindest ein Punkt lässt diese Annahme eher abwe-

327 MAURER, Massenerhebung, S. 291f.

328 HOHN, Rechtliche Folgen, S. 93.

329 MAURER, Massenerhebung, S. 290; MAYER, Behandlung, S. 20.

330 HOHN, Rechtliche Folgen, S. 95.

331 SEGER, Eichstätt, S. 278.

332 So wies etwa das Domkapitel im Juli 1526 den Kastner zu Staffelstein an, er solle *der Zolner vnnd Lofelholtz leuth* bei der Bestrafung nicht ausnehmen, *dieweil meine hn. die freißlich ob- rigkeit doselbst habenn* und eben diese Leute Häuser zu Staffelstein besäßen. Hier begründete das Domkapitel sein Recht zu Strafen mit dem Besitz der *freiß* (Fraisch), der hohen Gerichtsbarkeit. StAB B 86, Nr. 3, fol. 381.

gig erscheinen: die Hochgerichtsbarkeit war zwischen dem Hochstift Bamberg und dem Adel schon seit dem frühen 15. Jahrhundert heftig umstritten. Es kam deswegen bisweilen sogar zu gewalttätigen Attacken der Gerichtsdienr beider Seiten, und auch das Reichskammergericht beschäftigte sich bereits seit seiner Einrichtung 1495 mit dieser Angelegenheit. Der Grund dafür lag wesentlich im Anspruch des Bischofs, auch Landesherr der Ritterschaft zu sein; diesen wiederum stützte er eben vornehmlich auf die Ausübung der hohen Gerichtsbarkeit. Gleichzeitig gab es aber ohnehin nur relativ wenige fränkische Adlige, die zum Zeitpunkt des Bauernkriegs überhaupt noch im Besitz der Hochgerichtsbarkeit waren.<sup>333</sup> Dies jedoch würde bedeuten, dass die Ritterschaft bereitwillig bei der Bestrafung zahlreicher Untertanen, die zumindest niedergerichtlich auch ihnen zugewiesen waren, das Heft aus der Hand gegeben hatte. Noch gravierender als das: man akzeptierte als das grundlegende Recht bei dieser umfangreichen Bestrafung ausgerechnet jenes, das der Bischof für seinen Anspruch auf Oberhoheit über sie verwendete – ein nur schwer nachvollziehbarer Umstand, wenn man das Streben der Ritter nach umfassender Unabhängigkeit vom Hochstift bedenkt!

Die Antwort auf diesen Widerspruch ist vermutlich in dem bereits angesprochenen, flexiblen Rechtsverständnis am Beginn der Frühen Neuzeit zu suchen. Das bedeutet, dass die Ausrichtung des Strafanspruchs von Bischof und Domkapitel auf die hohe Gerichtsbarkeit nicht die gleiche, zwingende Wirkung auf den Adel hatte, der sein Herrschaftsverständnis vor allem über die niedere Gerichtsbarkeit definierte. Es herrschte also seitens der Ritterschaft nicht die Furcht vor, dass durch eine derartige Regelung der eigene Hoheitsanspruch geschwächt würde. Dazu passt auch, dass gerade der fränkische Adel die niedere Gerichtsbarkeit stets als gleichberechtigt zur hohen, niemals aber als untergeordnet betrachtete.<sup>334</sup> Ein solcher Ansatz würde dem Nebeneinander der zahlreichen Herrschaften und ihrer Rechte, durch den das vormoderne Franken sich nun einmal vornehmlich auszeichnete, besser Rechnung tragen.<sup>335</sup> Mit besonderem Bezug auf den Bauernkrieg

333 RUPPRECHT, Herrschaftswahrung, S. 255f.

334 RUPPRECHT, Herrschaftswahrung, S. 256.

335 „In einer Landschaft, wo verschiedene gleichwertige Rechte nebeneinander standen und mangels einer unbestrittenen höchsten Instanz nur die Rechtspraxis über eine Durchsetzung entscheiden konnte – was der Spruch verdeutlicht ‚in Franconia non est jus sed observantia‘ –, konnte Landeshoheit nicht zum allgemein akzeptierten rechtstheoretischen Konstrukt wachsen, sondern musste auf der Ebene der Bündelung von Einzelrechten stehen bleiben.“ Dies zeigte sich unter anderem an den Versuchen der größeren Territorien, die hohe Gerichtsbarkeit als Grundlage der

ist jedoch an dieser Stelle noch ergänzend festzustellen, dass der Adel nicht versuchte, im Bereich der hohen Gerichtsbarkeit Ansprüche anzumelden, wenn es die Bestrafung der Empörer des Aufstands betraf. In diesem speziellen Fall verzichtete er für sich auf einen Gebrauch damit verbundener Strafmaßnahmen, akzeptierte also zumindest eine gewisse Einschränkung seiner Rechte.

Kurz sei noch darauf hingewiesen, dass wohl auch in benachbarten Herrschaften wie der Reichsstadt Nürnberg oder dem Markgraftum Bayreuth versucht wurde, nach diesen Maßstäben vorzugehen.<sup>336</sup> Dass es hier aber ebenfalls in der Praxis keineswegs so reibungslos ablief, dürfte kaum überraschen.<sup>337</sup> Jedoch muss dieser Aspekt im Folgenden ausgenommen bleiben, da eine ausführlichere Analyse der Beziehungen der umliegenden Herrschaften zueinander den Rahmen dieser Arbeit sprengen würde.

## 4.3 Maßnahmen nach dem Aufstand

### 4.3.1 Der Vertrag von Forchheim

Mit dem Abrücken des Heeres des Schwäbischen Bundes am 23. Juni 1525 waren die lokalen Herrschaftsträger des Hochstifts wieder zu alleinigem Agieren befähigt. Bedarf zum Handeln gab es auch reichlich, denn eine ganze Reihe gewichtiger Probleme standen im Raum, zu deren Lösung der Bund während seines kurzen Aufenthalts nichts beigetragen hatte: Wer von den Untertanen sollte bestraft werden? Und wie? Was war bezüglich der vielen geschädigten Sitze und Güter zu unternehmen? Wem kam das Recht zu welchen Maßnahmen zu, und gegenüber wem? All diese Fragen hatten noch keine ausreichende Beantwortung erfahren. Vor dem Hinter-

Landeshoheit durchzusetzen, wogegen sich die kleineren Herrschaften zur Wehr setzten. RECHTER, Schein und Sein, S. 111.

336 Im Oktober 1525 berichtete Paris von Brandenstein, Amtmann zu Weismain, er sei vom Bischof angewiesen worden, in Strafmaßnahmen *auch die Ro anderer Herschafft verwannt, vnnd sonst Inn E. Fl. Gn. obrigkeytt gehorig, zuziehenn*. Die hohe Gerichtsbarkeit wurde als Berechtigung auch gegenüber anderen Herrschaften betrachtet. STAB B 48, Nr. 2, Prod. 99.

337 Es sei nur auf die Streitigkeiten um den Kitzinger Zimmermann Christoph Eber zwischen Markgraf Kasimir von Brandenburg und Bischof Weigand von Redwitz verwiesen. Vgl. hierzu Punkt 5.2, insb. FN 631, 632, 633.

grund eigenmächtiger Plünderungen der Bevölkerung durch einzelne Ritter, der zahlreichen Geflohenen und daher leerstehenden Güter sowie einer Bevölkerung, deren zukünftige Akzeptanz der Obrigkeit kaum abschätzbar war, konnte sich die Bamberger Obrigkeit keine Untätigkeit leisten.

In dieser unsicheren Lage kam es zu einer bemerkenswert schnellen Antwort zumindest auf eine der drängendsten der genannten Fragen, nämlich die der Behebung der Schäden. Bischof Weigand ließ in dieser Hinsicht keinerlei Verzögerung aufkommen: Schon während der Aufstand in seinem Land endete, beabsichtigte er, *dass zwischenn denn vom adel, vnnd der Bauerschafft vfein vertrag mit wissenn gehandelt, oder woe der nit gutlich funden, das es zu enntlicher messigung des Punts bracht werde*, was das Domkapitel ihm am 19. Juni auch gestattete.<sup>338</sup> Es blieb nicht bei einer bloßen Absichtserklärung; als der Schwäbische Bund abmarschierte, machte der Bischof sich – wahrscheinlich zusammen mit den Truppen des Truchsess – auf den Weg nach Forchheim. Er traf dort spätestens am 26. Juni ein und forderte nun die dem Stift zugehörigen Adligen auf, ebenfalls in die Stadt zu ziehen und mit ihm über ihre Schäden zu verhandeln.<sup>339</sup> Das Angebot des Fürsten wurde zumindest von einem Teil der Ritterschaft akzeptiert; zusätzlich nahm vermutlich ein Amtmann des Markgrafen Kasimir teil, den man ebenfalls eingeladen hatte.<sup>340</sup> In den Tagen um den 1. Juli wurden die angeregten Gespräche geführt,<sup>341</sup> an denen auch einige weltliche Räte sowie mehrere Mitglieder des Domkapitels teilnahmen.<sup>342</sup> Nur knapp eine Woche später, schon am 3. Juli, konnte man zu einem Resultat gelangen: dem Vertrag von Forchheim.<sup>343</sup> Er war, was die Teilnahme an ihm

338 StAB B 86, Nr. 3, fol. 302'. Einem unbekannten, aber wohl adligen Adressaten antwortete der Bischof entsprechend am 21. Juni, er sei *auch geneygt allen gnedigen vleys furzuwenden ob wir bemelts schadens halb, zurichten Euch vnnd den vntterthanen zimlich vertrag mochten finden*. StAB B 48, Nr. 8, Prod. 8.

339 CHROUST, Chroniken, S. 66, FN 2.

340 Der Markgraf meldete an, dass er den Amtmann zu *Tierstein* senden werde. StAB B 48, Nr. 9, Prod. 31.

341 Weder der genaue Beginn noch das Ende der Besprechungen lassen sich erschließen; am 30. Juni jedenfalls schrieb der Bischof bereits an die weltlichen Räte in Bamberg, er sei gerade mit den Verhandlungen beschäftigt. StAB B 48, Nr. 2, Prod. 28.

342 *Aber nach viel und manicherlei gepflogner handlung hat der bischof mit rate seins capitels und anderer seiner rete mit der gedachten seiner ritterschaft in einen vertrage begeben (...)*. CHROUST, Chroniken, S. 129.

343 Abgedruckt bei CHROUST, Chroniken, S. 130–137. Die Originalurkunde findet sich im Staatsarchiv Bamberg: StAB A 105, Nr. 5. Eine Abschrift existiert zudem im bischöflichen Kopialbuch: StAB B 21, Nr. 16, fol. 110–117.

betrif, allerdings mit dieser Einigung nicht abgeschlossen; noch erheblich später konnte man ihm (anscheinend ohne größere Komplikationen) noch beitreten.<sup>344</sup> Ebenso gab es aber auch Adlige, die ausdrücklich auf eine Einbeziehung verzichteten und entsprechend ihre eigenen Untertanen von allen damit verbundenen Maßnahmen freigestellt sehen wollten.<sup>345</sup>

Den inhaltliche Gegenstand dieses Vertrags bildete zunächst die Art und Weise, in der die Erstattung der Schäden des Adels vorgenommen werden sollte. Es war vorgesehen, dass zwei Verordnete jeweils von Bischof und Ritterschaft zusammen mit zwei Steinmetzen und zwei Zimmerleuten im Beisein des jeweils Geschädigten alle vom Aufstand betroffenen Adelssitze besichtigten. Zudem rief man die zu entschädigenden Personen dazu auf, *bei edelmans trauen und glauben* selbst ihre Verluste an Mobilien (Dokumente, Nahrungsmittel etc.) aufzuzeichnen. Mit Hilfe all dieser Informationen errechneten dann die Verordneten ein dem Betreffenden zustehendes „Schadengeld“. Bei Uneinigkeit über diese Summe stand dem Beschädigten die Wahl eines Schlichters zu, der allerdings selbst nicht Empfänger des festzusetzenden Schadensersatzes sowie nicht mit einer solchen Person verwandt oder verschwägert sein durfte. Als Fristen für die Auszahlung dieser Gelder legte der Vertrag den 11. November 1525 (für die erste Hälfte) sowie den 11. November 1526 (für die Restsumme) fest.<sup>346</sup>

Trotz dieser recht genauen Regelung wurden die teilnehmenden Parteien nicht dazu verpflichtet, bisher eigenmächtig vorgenommene Maßnahmen zum Ausgleich der erlittenen Verluste rückgängig zu machen. Einnahmen aus Brandschatzungen oder Plünderungen durfte man einbehalten, sie waren nur offenzulegen, damit sie bei der Schätzung des zustehenden Schadensersatzes einberechnet werden konnten. War durch dieses selbständige Vorgehen dem Betreffenden gar ein Überschuss entstanden, so sollte dieser dem Bischof zukommen, damit jener ihn wiederum für die Entschädigung anderer Teilnehmer am Vertrag verwenden konnte.

Um an die finanziellen Mittel zur Auszahlung der besagten Schadengelder zu gelangen, sollte eine (zum Zeitpunkt des Vertragsabschlusses noch nicht genau

344 So sind auf dem Vertrag einige Unterschriften nachgetragen, beispielsweise am 28. November 1525 durch Franz von Giech. StAB B 21, Nr. 16, fol. 113. Simon von Zedwitz, markgräflicher Amtmann zu Windsbach, wurde noch im Juni 1526 aufgenommen. StAB B 21, Nr. 51, fol. 43–43'.

345 So etwa Hans von Egloffstein. StAB B 48, Nr. 8, Prod. 78.

346 CHROUST, Chroniken, S. 130f.



definierte) Auflage<sup>347</sup> beschlossen werden; in diese waren nicht nur die Untertanen des Hochstifts, sondern auch die *hintersessen* des Adels einzubeziehen, sofern sie *der vom adel verprannten zerrissen abgeprochen und verderbten sloss sietz plunders und name halben verwant* waren, unabhängig davon, ob ihr eigener Herr überhaupt Schäden erlitten hatte. Auf andere Art und Weise Gelder einzubringen war unzulässig und wurde allen Vertragsschließenden untersagt.<sup>348</sup>

Zudem wurde die Frage der Strafkompetenz geregelt: sie kam dem Inhaber der jeweiligen Gerechtigkeit (d. h. Hoch- oder Niedergerichtsbarkeit) zu; alle *peinliche straf*, die gegenüber den Empörern durchgeführt werden sollte, machte der Vertrag ausdrücklich vom Besitz der hohen Gerichtsbarkeit abhängig.<sup>349</sup> Diese wurde unabhängig von dem gemeinsamen Vorgehen in der Kompensationsfrage weiterhin bei Bischof und Domkapitel verortet, welche beide ja als Hauptmerkmal ihrer Landeshoheit für sich beanspruchten.<sup>350</sup> Damit aber akzeptierte der Adel, der selbst meist nur die Niedergerichtsbarkeit innehatte, die Nichtbeteiligung an einem ganz erheblichen Teil von möglichen Strafen.<sup>351</sup>

Der Forchheimer Vertrag ist in mehrerlei Hinsicht interessant. Zunächst einmal war es nicht selbstverständlich, dass die Ritterschaft eine derartige Bereitschaft zeigte, eine vertragliche Lösung für ihre Anliegen zu wählen. Gerade bei der Wiedereinbringung von Verlusten nach bürgerlichen Unruhen wies nämlich der dadurch eingeschlagene Rechtsweg gegenüber der adeligen Eigeninitiative Nachteile auf: er setzte den zur Verfügung stehenden Maßnahmen einen einengenden und damit langwierigeren Handlungsrahmen. Dementsprechend war diese geregelte Art des Konfliktaustrags („Verrechtlichung“) zwischen Untertanen und Obrigkeit am Beginn der Frühen Neuzeit auch noch nicht üblich; erst gewaltsame Eskalationen wie der Bauernkrieg förderten in den folgenden Jahrhunderten eine Entwicklung in diese Richtung.<sup>352</sup> Zwar wurde der Umgang mit den Untertanen zu-

347 Dies war beispielsweise der „Zwanzigste Pfennig“, eine Vermögenssteuer in Höhe von 5%. Sie wurde aber erst Ende Juli 1525 beschlossen. Für diese und nachfolgende Auflagen vgl. die Punkte 6.2, 6.3, 6.4.

348 Dies verkündete beispielsweise das Domkapitel am 26. September 1525 explizit dem Amt Staffelstein. StAB B 48, Nr. 2, Prod. 82.

349 RUPPRECHT, Herrschaftswahrung, S. 313.

350 Vgl. Punkt 4.2.4.

351 Für diese Strafen vgl. die Punkte 5.2, 5.3.

352 HÄBERLEIN, Mark: Einleitung, in: DERS. (Hg.): Devianz, Widerstand und Herrschaftspraxis in der Vormoderne. Studien zu Konflikten im südwestdeutschen Raum (15. – 18. Jahrhundert) (=

mindest nicht risikoreicher, da diese nicht Vertragspartner waren und ihnen keine Möglichkeit zum gerichtlichen Widerspruch zustand.<sup>353</sup> Trotzdem bleibt aber die Frage, wieso diese Einigung zustande kommen konnte, und das in so kurzer Zeit.

Für Bischof Weigand stellte ein schnelles Angehen der Schadensproblematik wohl schon deswegen etwas Erstrebenswertes dar, weil ihm sonst Einbußen seines Handlungsspielraums gedroht hätten. Hier ist zunächst die Einmischung durch den Schwäbischen Bund zu nennen, die ein weitreichendes Ausmaß hätte erreichen können. Für den Fall, dass es Bischof, Domkapitel und Adel nicht gelingen sollte, selbstständig zu einer Einigung in der Schadensfrage zu gelangen, behielt dieser sich nämlich vor, notfalls zu intervenieren; dies hatten die Untertanen im Rahmen der Kapitulation der Einung schwören müssen.<sup>354</sup> Wenn auch nicht auszuschließen ist, dass der Bund (vielleicht gerade als nicht direkt vor Ort involvierte Partei) ebenfalls zu einer funktionierenden Lösung hätte kommen können, so hätte dies dennoch eine weitere Einmischung in die inneren Angelegenheiten des Hochstifts bedeutet.<sup>355</sup> Dazu kam noch, dass die Schadensersatzfrage das Aufbringen größerer Geldsummen behandelte, und dass hier möglicherweise gerade der finanziell so gebeutelte Schwäbische Bund gezielt nach Optionen gesucht hätte, zuvorderst seine ureigenen Bedürfnisse zu befriedigen.

Doch nicht nur der Schwäbische Bund, auch und gerade der Adel wurde mittels des Forchheimer Vertrags gezwungen, in der Kompensationsfrage sein Vorgehen in geordnetere und koordiniertere Bahnen zu lenken. Nun hatten sich bereits kurz nach dem Ende des Aufstands im Hochstift erste Fälle von eigenmächtigen Plünderungsversuchen aufgetan, die die davon betroffenen Untertanen entsprechend beschwerten und zu Klagen veranlassten.<sup>356</sup> Eine längerfristige, unkontrollierte Fortsetzung dieses Vorgehens mochte zu Streit zwischen den einzelnen strafenden

Konflikte und Kultur – Historische Perspektiven, Band 2). Konstanz 1999. S. 9–32. S. 17; PRESS, Bauernkrieg als Problem, S. 177.

353 SCHULZE, Beobachtungen, S. 271f.

354 Der siebte Artikel der Erbhuldigung lautete: *So auch der furst kain austrag finden möcht mit den beschedigten, das sich die untertanen den punt zu entschid drin leiden wolten (...)*. CHROUST, Chroniken, S. 61. Weigand selbst hatte aber die Möglichkeit einer Regelung durch den Bund zumindest zu Beginn nicht negiert, wie sein entsprechendes Schreiben zeigt (vgl. FN 338). Für die Kapitulation vgl. Punkt 4.3.3.

355 Der Bund wurde nach dem Bauernkrieg mehrfach als Schlichter in Entschädigungsfragen tätig, etwa in Erfurt. HOHN, Rechtliche Folgen, S. 209f. Ein weiteres Beispiel hierfür bietet der Kemptener Vertrag (vgl. FN 279).

356 Vgl. Punkt 4.4.1.

Parteien führen – gerade das durch so viele verwobene und sich überlagernde Rechte gekennzeichnete Franken bot hierzu einen günstigen Nährboden. Eine solche Entwicklung aber wäre letztenendes für alle von Nachteil gewesen – für die Untertanen ebenso wie für die Herren, für den Bischof und das Domkapitel wie aber auch für jeden einzelnen Adligen.<sup>357</sup>

Eine homogene, abgestimmte Vorgehensweise trotz der vielgestaltigen Herrschafts- und Rechtslage war auch im Hinblick auf die betroffene Bevölkerung opportun. Bei einer hohen Zahl von Herrschaftsträgern und Strafparteien bestand die Gefahr einer stark unterschiedlichen Behandlung. Darin lag aber wiederum ein erhebliches Potenzial für neue Unruhen.<sup>358</sup> Vor allem Geld- und sonstige Abgabenstrafen konnten sich hier höchst ungünstig auswirken: zu erleben, dass der eigene Nachbar von dessen Grundherren weitaus weniger materielle Belastungen auferlegt bekam, und das möglicherweise trotz eines gewichtigeren Vergehens, konnte sehr schnell ein Gefühl der Benachteiligung und ungerechten Behandlung erzeugen. Auch in dieser Hinsicht bot die zersplitterte Herrschaftssituation Frankens, wo sich teilweise innerhalb eines einzelnen Ortes die Untertanen verschiedener Obrigkeiten fanden, Potenzial zu einer weiteren Verschärfung dieser Problematik – Flucht oder Widerstand bezüglich der Strafmaßnahmen oder gar ein neuer Aufstand wären mögliche Folgen einer solchen Entwicklung. Dieser Aspekt berührte also nicht nur die Interessen des Bischofs, sondern gleichzeitig die der Ritterschaft selbst. Auch jener konnte ja durchaus klar gewesen sein, dass ein übermäßiger Gebrauch des eigenen Rechts keineswegs bessere Resultate bringen musste, wenn zugleich auch eine ganze Reihe von anderen Parteien in ähnlicher Weise vorgehen würde.

Hinsichtlich dieses Aspekts ist noch ein weiterer Vorteil einer vertraglichen Lösung als Beweggrund speziell des Adels denkbar. Wie bereits gesagt, war nicht garantiert, dass das Bemühen eines einzelnen dazu Berechtigten, seine Schäden zu kompensieren, auch die gewünschten Ergebnisse liefern würde. Um an die notwendigen Gelder heranzukommen, mussten die Untertanen aufgesucht, ihre Schuld

357 Zu einer solchen Einschätzung kam auch Martin Müllner in seiner Erzählung von den angehenden Plünderungen durch den Adel: *Und woe nit mit der zeit einsehen gescheen, wer ein solich jemerlich und beschwerlich leben mit erwurgen prennen und nemen im stieft Bamberg worden, das zu besorgen gewest, das des stiefts stette dorfer und untertanen in grund verderbt.* CHROUST, Chroniken, S. 129.

358 SEA, Bestrafung, S. 129.

und ihre finanzielle Leistungsfähigkeit ermittelt werden – ein zeitraubender Vorgang, mit dem stets zwei negative Folgen einherzugehen drohten: zum einen eine Überbelastung der eigenen Bevölkerung, die langfristig deren wirtschaftliche Gesundheit – und damit auch die des Herren! – bedrohen konnte;<sup>359</sup> zum anderen die Gefahr, dass selbst bei einer umfassenden Belegung mit Abgaben die im Aufstand erlittenen Schäden nicht auszugleichen waren – etwa wenn ein Adliger sich gezwungen sah, mittels der Abgaben nur weniger, verarmter Untertanen zahlreiche verlorene Güter von entsprechend hohem Gesamtwert zu ersetzen.

Zuletzt lässt sich aus der eindeutigen Zuordnung der Leibesstrafen zur hohen Gerichtsbarkeit des Bischofs erkennen, dass der Adel, der seine Herrschaft ja wie geschildert vornehmlich über die niedere Gerichtsbarkeit definierte, für sich keine Gefahr in dieser Lösung sah. Dies könnte damit erklärt werden, dass die der Blutgerichtsbarkeit laut Abkommen vorbehaltenen Leibsstrafen von geringem Belang für die Ritterschaft waren, man also entweder ohnehin nicht vor hatte, derartig gegen die eigenen Untertanen vorzugehen. In jedem Fall aber muss das Vertrauen in den Bischof ausreichend gewesen sein; andernfalls hätte man nicht derartig schnell eine Klärung dieser Frage gefunden.

Nachdem nun die Handlungsmotive von Bischof und Ritterschaft angesprochen wurden, sei noch auf die parallele Entwicklung im Hochstift Würzburg hingewiesen. Auch dieses hatte erhebliche Schäden im Bauernkrieg erlitten,<sup>360</sup> und man ergriff als Konsequenz vergleichbare vertragliche Maßnahmen die Kompensation betreffend, jedoch mit einigen bemerkenswerten Unterschieden.

Obwohl auch der Würzburger Bischof Konrad III. von Thüngen schon Ende Juni 1525 von mehreren Adligen ersucht wurde, die Untertanen vertraglich zur Leistung von Entschädigungen anzuhalten und es auch hier zu eigenmächtigen Plünderungen durch geschädigte Herren kam, blieb eine ähnlich schnelle Reaktion wie in Bamberg aus.<sup>361</sup> Stattdessen hielt man es genau umgekehrt, der Regelung der Schadensersatzfrage ging im Fall Würzburgs der Huldigungsritt voraus. Erst

359 „Hätte man [die Obrigkeit] (...) sie [die Untertanen] körperlich oder wirtschaftlich ruiniert, so hätte man sich den Ast abgesägt, auf dem man saß.“ MAYER, Behandlung, S. 37.

360 WENDEHORST, Alfred: Das Bistum Würzburg. Teil 3. Die Bischofsreihe von 1455 bis 1617 (= Germania Sacra, Historisch-Statistische Beschreibung der Kirche des Alten Reiches, Neue Folge 13, Die Bistümer der Kirchenprovinz Mainz). Berlin 1978. S. 84f.

361 SELLMANN, Marktbibart, S. 73; SCARBATH, Bischof Konrad, S. 53.

nach dessen Ende erfolgte am 23. Juli ein Ausschreiben an den Adel des Stifts.<sup>362</sup> Dieser wurde aber nicht für die kommenden Tage, sondern erst für den 28. August einberufen; bei dieser Gelegenheit sollte zudem die Frage der Kompensation der adligen Schäden nicht der einzige zu verhandelnde Punkt sein, sondern auch sonstige „Gebrechen“ des Adels.<sup>363</sup>

Der Landtag Ende August brachte zunächst den mehrheitlichen Wunsch zu Tage, eine vertragliche Lösung nach dem Vorbild des Hochstifts Bamberg vorzunehmen. Hierzu trug ein Beauftragter den Anwesenden ein Gutachten über den Vertrag von Forchheim vor, den zu übernehmen er dabei auch empfahl. Bedenken des Bischofs, dass das Verfahren der Schadenseinschätzung unter Beteiligung der Geschädigten zu überhöhten Forderungen führen könnte, wurden durch den Gutachter abgewiesen.<sup>364</sup> Neben dem Fürsten meldeten auch mehrere mächtigere Adlige schwerwiegende Einwände gegenüber einer vertraglichen Lösung an, da sie darin die Gefahr sahen, vom Bischof in die Landsässigkeit gezwungen zu werden.<sup>365</sup>

Letztlich kam es zwar am 8. November 1525<sup>366</sup> zu einem Beschluss des Vertrags<sup>367</sup> nach Bamberger Vorbild.<sup>368</sup> Doch sollten sich die Befürchtungen des Adels

362 Am selben Tag ging ein Schreiben des Würzburger Bischofs an den Bamberger Hofrat Erasmus Zollner heraus, in dem er von dem geplanten Landtag berichtete. Dabei wies er die ihm lehensverwandten Ritter in Bamberg darauf hin, sie sollten nichts Eigenmächtiges gegen ihre Untertanen im Hochstift Würzburg unternehmen. StAB B 48, Nr. 2, Prod. 42.

363 SCARBATH, Bischof Konrad, S. 54. Diese „Gebrechen“ waren in den Augen des Adels die Aufnahme von Nichtadeligen in die Klöster des Stifts sowie Mängel bei Bildung und Lebenswandel der dortigen Geistlichen. Diese wiederum wehrten sich während des Landtags gegen die Vorwürfe. WIELAND, Michael (Hg.): ‚Die Stadt Würzburg im Bauernkriege‘ von Martin Cronthal, Stadtschreiber zu Würzburg. Würzburg 1887. S. 101–103.

364 FRANZ, Mitteldeutschland, S. 629.

365 SCARBATH, Bischof Konrad, S. 55.

366 WENDEHORST, Bistum Würzburg, S. 85.

367 Für die im Würzburger Vertrag bestimmten Kompensationsmaßnahmen vgl. Punkt 6.2.

368 Es ist durchaus möglich, dass ähnliche Motive wie in Bamberg (Angst vor Eskalation der Strafmaßnahmen, mangelnde eigene Mittel zur Einbringung der materiellen Verluste etc.) ausschlaggebend waren, denn es war auch im Hochstift Würzburg zu ersten eigenmächtigen Plünderungen durch den Adel gekommen. Der Stadtschreiber Martin Cronthal berichtete hierzu: *Und nachdem sich derselben clag und supplicirens viel zutrug von den beschedigten und andern, so derhalb zu erstattung derselben scheden geschetzt wurden, hat mein gn. herr, (um) unrath und eigene noth, so gemeine ritterschaft gegen den armen mit brand, mord, gefengnus, blunderung und anderm furnehmen machten, wie dann albereit in viel weg beschach, zuvor(zu)kommen, einen gemeinen landtag seiner gn. geistlicher, ritterschaft und landschaft halb zu vertrag ausgeschriben.* WIELAND, Cronthal, S. 100. Vgl. SCARBATH, Bischof Konrad, S. 53.

hinsichtlich möglicher Mediatisierungsversuche schnell bewahrheiten. Bischof Konrad nutzte die zunächst vorgenommene Einzahlung der Schadengelder in eine einzelne Kasse, um deren Ausgabe an eine gravierende Bedingung zu knüpfen, die es in Bamberg nicht gegeben hatte: Nur Adlige, die zuvor die Landeshoheit des Hochstifts Würzburg anerkannten, sollten ihren Schadensersatz erhalten – und zwar auch jene, die nicht landsässig waren.<sup>369</sup> Dies bedeutete nichts anderes, als dass der Fürst von Würzburg die Kompensationsfrage des Bauernkriegs dazu nutzte, seine eigene Machtposition auszubauen; um diesem Vorhaben weiteres Gewicht zu verleihen, ließ er sich den Entschädigungsvertrag zusätzlich noch von Kaiser Karl V. konfirmieren.<sup>370</sup> Der dadurch drohende Machtzuwachs forderte nicht nur den Widerstand der betroffenen Adligen, sondern auch des benachbarten Markgrafen Kasimir heraus, dem an einer derartigen Stärkung des Hochstifts Würzburg nicht gelegen war. Die Folge waren erbitterte Streitigkeiten zwischen den drei Parteien, die unter anderem erneut den Kaiser und das Reichskammergericht beschäftigten. Der endgültige Ausgang dieses Konflikts gilt allerdings als unbekannt.<sup>371</sup>

Auch zwischen den dem Hochstift Würzburg zugehörigen Adligen lieferte die Frage der Kompensation der Bauernkriegsschäden den Anlass für Rechtsstreitigkeiten. So verpflichtete etwa der Herr von Eberstein die Bewohner eines Dorfes im Rahmen der Entschädigung durch einen separaten Vertrag dazu, anders als bisher nur noch ihn als Gerichtsherren anzuerkennen. Dadurch drohten die beiden anderen Gerichtsherren im Dorf, die Geschlechter von Bastheim und von der Neuenburg, verdrängt zu werden, wogegen diese sich natürlich entsprechend zur Wehr setzten. Der Bischof von Würzburg wurde eingeschaltet und es folgten auch hier langfristige Streitigkeiten, die erst 1579 beigelegt werden konnten.<sup>372</sup>

Die hier dargelegten Entwicklungen in Würzburg sind für Bamberg deshalb so interessant, weil sie aufzeigen, welche Richtung im Fall von Letzterem eben nicht eingeschlagen wurde: die gezielte Instrumentalisierung eines Entschädigungsvertrags durch einen der Vertragspartner, um die eigene Herrschaft auszudehnen. Dass nämlich auch in Bamberg grundsätzlich die Möglichkeit dazu gegeben war,

369 FRANZ, Bauernkrieg, S. 297; SELLMANN, Marktbibart, S. 89.

370 Die Bestätigung erfolgte am 18. Juni 1526. SELLMANN, Marktbibart, S. 99; WENDEHORST, Bistum Würzburg, S. 86.

371 SELLMANN, Marktbibart, S. 104–111.

372 BIRR, Christiane: Wer spricht dem Bauern Recht? Organe der Rechtspflege in fränkischen Dörfern der frühen Neuzeit, in: Zeitschrift für bayerische Landesgeschichte 64, 2, Heft 3 (2001). S. 727–744. S. 736–738.

zeigt dabei der Umstand, dass man in Würzburg von denselben Regelungen ausging, die jedoch später in der genannten Art und Weise modifiziert wurden. Dazu kam es aber im Hochstift Bamberg gerade eben nicht – nicht zuletzt ein Zeichen dafür, dass zu Recht keine der dortigen obrigkeitlichen Parteien befürchtete, in derartiger Weise rechtliche Einbußen zu erleiden; andernfalls hätte man den Vertrag von Forchheim wohl auch nicht in nur etwa einer Woche aushandeln können!

Dass die Bamberger Ritterschaft sich dabei solcher Gefahren durchaus bewusst war, kann angenommen werden, ließ sie sich doch im Vertrag von Forchheim ausdrücklich bestätigen, dass die darin getroffenen Regelungen einmalig und ohne Konsequenz für die bisherige Rechtssituation sein sollten.<sup>373</sup> Dies war andererseits allerdings keine neue Entwicklung; schon in den Jahrzehnten zuvor hatte man sich bei jeder Bewilligung von Steuer- und Kriegsleistungen auf den Landtagen versichern lassen, dass dies ohne dauerhafte Schädigung der eigenen Rechte geschehe.<sup>374</sup> Möglicherweise war es diese lang vollzogene Praxis der gegenseitigen Rechtsbestätigung und -berücksichtigung, die zu einer verhältnismäßig konfliktarmen Entwicklung des Kompensationsprozesses führte. Natürlich kann auch entscheidend gewirkt haben, inwiefern Bischof Weigand Ambitionen zu einer Verbesserung seiner eigenen Stellung besaß; diese scheint es aber nicht gegeben zu haben. Vielleicht bremsten die vielfältigen Bindungen zwischen Ritterschaft, Domkapitel und dem Fürsten selbst die Bereitschaft zu offensivem und konflikträchtigem Vorgehen gegeneinander; dies lässt sich aber nicht konkret nachweisen.

Ob Bamberg auch bei Versuchen von Adligen, einander unter Rückgriff auf die Entschädigungsvorgänge des Bauernkriegs Gerechtsamkeiten abspenstig zu machen, weniger hervortrat, kann mangels entsprechender Forschungen nicht mit Sicherheit angenommen werden. Eine Beantwortung dieser Frage wäre aber eine interessante Ergänzung gerade hinsichtlich möglicher Aussagen zur Wirkmächtigkeit des Forchheimer Vertrags.

373 *Und soll diese der beschedigten vom adel hinteressen geltanlagen meinem gnedigen herrn von Bamberg und seiner gnaden nachkomen in ander wege kein gerechtigkeit geben, auch damit die beschedigten vom adel und die iren in kein neu mitleiden beswerd oder anlagen gezogen werden.* CHROUST, Chroniken, S. 132.

374 BACHMANN, Landstände, S. 104.

### 4.3.2 Der Vertrag mit der Geistlichkeit

Mit dem Vertrag von Forchheim war nun geregelt, wie die Ritterschaft für ihre erlittenen Verluste entschädigt werden sollte. Ungeklärt blieb aber noch die Frage, auf welche Weise die Geistlichen und von diesen wiederum allen voran das Domkapitel Schadensersatz erhalten würden. Die Domkanoniker hielten sich in der Frage relativ lange zurück, was vielleicht auch dem Aufenthalt des Bischofs und eines Teils des Hofrats in Forchheim sowie dem Huldigungsritt bis in den September hinein geschuldet war. Dazu passt, das zwar bereits Ende Juli mehrere Domkanoniker bestimmt wurden, die über die Schadensersatzfrage mit dem Bischof verhandeln sollten;<sup>375</sup> der Beginn dieser Verhandlungen verzögerte sich aber wohl bis in den September hinein (was sich mit dem zeitlichen Ende der Huldigung deckt). Es wurde dem Bischof zu dieser Zeit auch gestattet, sich bei allen Geistlichen für die Verzögerung zu entschuldigen mit der Berufung auf die drängenden Schäden des Adels, solange er ihrer weiterhin eingedenk sei.<sup>376</sup> Hier offenbarte sich eine bemerkenswerte Zurückhaltung der Kanoniker im Bezug auf ihre eigenen Ansprüche und zugunsten der Ritterschaft, denn ein Interesse an der eigenen Entschädigung darf wohl dennoch angenommen werden. Umso mehr verwundert es, dass man sich ohne große Komplikationen dazu bereit erklärte, mit den Zahlungen bis in das kommende Jahr hinein zu warten, vor allem wenn man bedenkt, dass die Aushandlung und Einigung mit dem Adel gerade einmal eine Woche beanspruchte.

Als es schließlich zu den Verhandlungen kam, schienen Bischof und Kapitel zunächst schnell zu einer vertraglichen Vereinbarung zu gelangen; bereits am 22. September 1525 – die Gespräche konnten also noch nicht lange gedauert haben – genehmigte Letzteres deren groben Inhalt.<sup>377</sup> Es gab jedoch noch einen gewichtigen Streitpunkt: Bischof Weigand hatte vorgeschlagen, dass auch Untertanen des Kapitels – so sie sich des Aufruhrs strafbar gemacht hatten – gemeinsam mit denen des Stadtgerichts an allen Kompensationsauflagen zur Entschädigung der Korpora-

375 Neben Dompropst und -dekan waren dies Daniel von Redwitz und Paul von Schwarzenberg. StAB B 86, Nr. 3, fol. 308–308'.

376 *Meine herrn vom Capitel sehen fur gut an, das mein gn. herr vonn Bamberg, denn Prelaten vnnd Prelatin im Stift irer erlittennnen schadenn halbenn, aufschlegige gemeine anntwortt gebe, mit anzaigung das sein furstlich gnadt, dits jars mit der Bezallung der vonn der Ritterschafft schadenn zuthun habenn, werdenn, mit dem gnedigenn erbittenn, das vf kunnfftige zeit, ihrer erlittenenn schadenn halben auch handtlung furgenomen werdenn soll.* StAB B 86, Nr. 3, fol. 314'.

377 StAB B 86, Nr. 3, fol. 315'–316.



tion beteiligt werden sollten. Gegen dieses wehrten sich die Kanoniker und verwiesen als Begründung darauf, dass es nicht die Bewohner der Immunitäten gewesen waren, die die Empörung begonnen hatten. Deshalb sollte das Stadtgericht ganz alleine für die Schäden aufkommen.<sup>378</sup>

Weigand konnte sich hier aber anscheinend recht bald durchsetzen, denn am 19. Oktober wurde genau dieser Vorschlag doch durch das Kapitel gebilligt.<sup>379</sup> Bevor jedoch der Vertrag endgültig in Kraft treten konnte, sicherte sich die Korporation – ganz ähnlich wie die Ritterschaft – rechtlich ab: Alle für die Kompensationsauflagen getroffenen Regelungen, insbesondere die gemeinsame Belegung von Immunitäten und Stadtgericht, wurden vom Bischof ausdrücklich als einmaliger Vorgang ohne dauerhaft rechtsverändernde Wirkung bekräftigt.<sup>380</sup> Nun endlich konnte man zur Tat schreiten; am 22. November schlossen Bischof und Domkapitel den Vertrag über die Entschädigung der Geistlichkeit.<sup>381</sup> Davon ausgenommen wurde allerdings explizit der Dompropst Marquard von Stein, dessen Entschädigung über den Forchheimer Vertrag ablaufen sollte. Begründet wurde dies damit, dass er als Einziger auch umfassend in seinen persönlichen Besitztümern auf dem Land geschädigt worden war.<sup>382</sup>

In ihren Grundzügen ähnelte die festgelegte Vorgehensweise der des Abkommens mit der Ritterschaft, zeigte jedoch auch gewisse Differenzen: Jeder Geistliche, der Verlust an Getreide erlitten hatte, sollte diesen durch zwei Verordnete des Bischofs schätzen lassen; die anderweitig an fahrender Habe entstandenen Verluste waren durch einen jeden selbst zu beurteilen und zu melden.<sup>383</sup> Schäden an den Ge-

378 (...) *die weill meiner herrn vom Capittell leutt, solche aufrur vnnd emporung nit angefangen, sonnder die vonn Bamberg, welche billig Meinen herrnn vom Capittell iren schadenn ablegenn, sollenn, vnd sehenn darauff meine herrn vom Capitel fur gut an, das mein gnediger herr die vonn Bamberg auch Belege, vnnd dauonn meiner herrn vom Capitel schaden Bezall (...).* StAB B 86, Nr. 3, fol. 315'.

379 StAB B 86, Nr. 3, fol. 323'.

380 *Reuers Bischoff Weyganden Vber die Bewilligung das der Thumpropstei vnd Capittel On schaden sein soll.* StAB B 86, Nr. 219, fol. 236–236'.

381 Abschrift im Kopialbuch des Domkapitels: StAB B 86, Nr. 219, fol. 251–254'; Abschrift im bischöflichen Kopialbuch: StAB B 21, Nr. 16, fol. 119'–122'.

382 StAB B 86, Nr. 219, fol. 253. Dies ist ein Indiz dafür, dass die Schäden der anderen Geistlichen vornehmlich innerhalb des Stadtgebiets von Bamberg entstanden waren. Vgl. auch die Beschwerde des Kapitels über die Stadtgemeinde (FN 378).

383 Anders als beim Adel wurde hierbei nicht an eine „Edelmannstreue“ appelliert, sondern auf die *pflichten*, damit ein jeder dem *Stiefft Bamberg verwandt*, verwiesen. StAB B 86, Nr. 219, fol. 252.

bäuden wiederum wurden von zwei bischöflichen und zwei kapitelischen Männern im Verbund mit einem Zimmermann und einem Steinmetz beurteilt, wobei man für den Fall einer Uneinigkeit die Herbeiziehung eines Schlichters vorsah.<sup>384</sup> Das eigenmächtige Vorgehen der Vertragsteilnehmer kannte man ebenfalls; Maßnahmen wie Plünderung und Brandschatzung wurden wie selbstverständlich auch seitens der Geistlichkeit akzeptiert – solange die auf diese Weise errungenen Gewinne mit dem Schadensersatzanspruch verrechnet wurden.<sup>385</sup>

Das Geld zur Entschädigung sollte für die Geistlichkeit gleichfalls eine Auflage bringen, deren Eigenart aber bereits genauer definiert wurde: Es war auch von allen geistlichen Untertanen die erste Kompensationsabgabe des Forchheimer Vertrags zu entrichten, sofern sie des Aufruhrs schuldig befunden worden waren.<sup>386</sup> Zusätzlich mussten diese Personen eine Kopfsteuer in nicht genauer bestimmter Höhe bezahlen; ausgenommen davon waren Amt und Stadt Staffelstein.<sup>387</sup> Diese Kopfsteuer sollte jeder Kapitular von seinen Untertanen selbst einbringen, jedoch in eine gemeinsame Kasse, die sich beim Bischof befand, weiterleiten. Die so erlangten Gelder standen dann zu einem Drittel direkt den Domherren zu, wobei die Höhe der Anteile nach den Beiträgen der einzelnen Kanoniker zu der Gesamtmenge bestimmt sein sollte. Die übrigen zwei Drittel verblieben beim Bischof, der damit die restliche Geistlichkeit auszuzahlen hatte.<sup>388</sup> Auszahlungsfrist waren zu jeweils

384 Der Vertrag mit der Geistlichkeit sah – anders als der mit dem Adel – nicht die Wahl dieses Schlichters vor, sondern benannte bereits die hierfür in Frage kommenden Personen. Es waren dies: der Abt von Kloster Langheim; die Domherren Daniel von Redwitz, Reimar von Streitberg und Kaspar von Berg; der Dekan von St. Stephan Stefan Schneidewind; die Hofräte Georg von Thunfeld, Erasmus Zollner und Dr. Johann Volck; der Oberschultheiß Franz von Giech; der Amtmann zu Neideck Georg Groß; die Landschreiber Hans Braun und Johann Scharpff; der Kanzleiverweser Hieronimus Kammermeister. StAB B 86, Nr. 219, fol. 253<sup>v</sup>; Kist, Matrikel, S. 365 (Nr. 5551).

385 *Hetten dan einer oder mer, der beschedigtenn obgemelter dreyer Stiefft, vnnd ander geistlichen, von wegen ired zugefügten schadens, des Stieffts Bambergs, vnderthane, vnnd verwante, geprantschatz, geplundert, ir vihe, oder anders genomen, derselb, plunder vihe vnnd Name, solle inen pleiben Aber die brantschatzung, souill der geben vnnd bezalt ist, solle den gemessigtenn schaden, auch abgezogen werden, vnnd das, so nit geben, vnnd versprochen ist, abesein.* StAB B 86, Nr. 219, fol. 252<sup>v</sup>–253.

386 Der Forchheimer Vertrag selbst hatte den Zwanzigsten Pfennig noch nicht eingeführt, dies geschah erst ein paar Wochen später; deswegen wird er an späterer Stelle behandelt. Vgl. Punkt 6.2.

387 Auch dies könnte ein Hinweis darauf sein, dass die Domherren die Verursacher ihrer Schäden vornehmlich unmittelbar in Bamberg verorteten.

388 Dieses Verfahren sollte später für Unstimmigkeiten sorgen. Vgl. Punkt 6.2.6.

einem Teil der 22. Februar und der 11. November 1526. Abschließend hielt der Vertrag die Option auf weitere Auflagen offen, sollten die beschlossenen Maßnahmen nicht ausreichen, alle Schäden zu vergelten.<sup>389</sup>

#### 4.3.3 Kapitulation und Huldigung

Am Beginn der Wiederherstellung der rechtlichen und herrschaftlichen Zustände, die vor dem Bauernkrieg geherrscht hatten, stand zuallererst die Kapitulation, deren Schwur der Schwäbische Bund von der Bevölkerung des Hochstifts verlangte. Von diesem zwar als „Huldigung“ bezeichnet, war sie aber nicht von derselben Qualität wie die eigentlichen Erbhuldigungen, die Untertanen ihrer Obrigkeit zur (Wieder-)Herstellung eines Herrschaftsverhältnisses zu leisten hatten. Es wurde vielmehr der militärische Konfliktzustand, in dem sich der Bund gegenüber den Aufständischen befand, beendet.<sup>390</sup> In der Kapitulation erklärten sich die Unterworfenen nun unter anderem dazu bereit, alle Waffen abzugeben, ihren Herrschaften erneut Treue zu schwören und sich nicht mehr untereinander zu verbrüdern, alle geraubte Habe zurückzugeben und sich wegen der verursachten Schäden mit den Betroffenen zu vertragen sowie geflohene Aufrührer nicht mehr zu unterstützen, sondern gegebenenfalls gefangenzunehmen.<sup>391</sup> Insbesondere in Bamberg kam noch die Verpflichtung hinzu, alle Abgaben wie bisher zu leisten und alle während des Aufstands geschlossenen Verträge als nichtig anzuerkennen.<sup>392</sup> Hierdurch war eine allererste konkrete Grundlage für spätere Straf- und Kompensationsmaßnahmen geschaffen: Mit der Kapitulation gegenüber dem Bund und dem Schwur von dessen Artikeln hatten sich die Untertanen formell ergeben, der vorangegangene Kriegszustand war somit beendet.

Dadurch wurde die unmittelbare Konfliktsituation zwar in gewissem Maß entschärft, doch betrachtete dies vor allem die lokale Herrschaft noch bei weitem nicht als ausreichend. Der Aufstand im Hochstift Bamberg hatte im Rahmen des Bauernkriegs eine eigene, tiefergehende Dimension nicht zuletzt insofern erlangt, als dass

389 StAB B 86, Nr. 219, fol. 253–253'.

390 HOHN, *Rechtliche Folgen*, S. 267, insb. FN 1658.

391 HOHN, *Rechtliche Folgen*, S. 264–266.

392 CHROUST, *Chroniken*, S. 61. Vgl. Punkt 4.1.

bestehende Herrschaftsverhältnisse seitens der Untertanen aufgekündigt worden waren. An die Stelle des geschworenen Gehorsams der Bevölkerung gegenüber Bischof, Domkapitel oder Adel traten die damit konkurrierenden, bruderschaftlich-genossenschaftlich orientierten Rechtsbeziehungen der Bauernhaufen.<sup>393</sup> Ja, es war teilweise sogar zu einer regelrechten Umkehrung des noch im mittelalterlichen Verständnis wurzelnden Treueverhältnisses zwischen Herrschenden und Beherrschten gekommen.<sup>394</sup> Die Untertanen, vor allem diejenigen, die sich in den Bauernhaufen versammelt hatten, gewährten der Obrigkeit Schutz und Geleit, anstatt dieses wie sonst üblich von jenen zu empfangen. Darüber hinaus saßen sie selbst über ihresgleichen zu Gericht, nicht mehr ihre bisherigen Herren,<sup>395</sup> sie erwählten sich „Bischöfe“ und „Herzöge“.<sup>396</sup>

Dieser Zustand der „Herrschaftslosigkeit“ aber musste in der Folgezeit zwangsläufig wieder korrigiert werden, sollten die vorigen Zustände wiederhergestellt werden. Erst durch eine erneute Huldigung konnte nämlich der „Übergang von der offenen, unregelmäßigen Konfliktsituation zur befriedeten, normalisierten, rechtmäßigen Beziehung zwischen Herrschaft und Untertanen“ erreicht werden: „Die Huldigung restituierte die Verfassungsordnung.“<sup>397</sup> Sowohl für Bischof Weigand als auch das Domkapitel stand von Beginn an fest, dass diese Huldigung erneut vorgenommen werden sollte.<sup>398</sup> Bis diese jedoch konkret angegangen wurde, verstrich noch einige Zeit. Erst nach dem Abzug des Schwäbischen Bundes und der

393 HOLENSTEIN, André: Die Huldigung der Untertanen. Rechtskultur und Herrschaftsordnung (800–1800) (= Quellen und Forschungen zur Agrargeschichte, Band 36). Stuttgart 1991. S. 401–409.

394 MAURER, Massenerhebung, S. 283.

395 Etwa die Verurteilung des Michel Schellen, der am 26. Mai 1525 wegen Diebstahl und dem Versuch, mit zwei *Junckfrauen* das *fleischliche werck* zu treiben, zu *gefencknus* *angenomen vnn* *gefennglich bey Bamberg Inn dem leger etlich tag ennthalten* und letztlich auf Urfehde entlassen wurde. StAB B 48, Nr. 4, fol. 97.

396 So berichtet die Äbtissin des Klarissenklosters über den Bauernhaufen zu Hallstadt: *Sie hetten ir eigen herschaft im her: einen pader erwelten si zu einem pischof und einen sattler und einen rimenschneder zu zweien herzogen. Die hiltten si als ire fursten; man genad in, kredenz in und pliss in zu disch; sie hetten auch ir eigen kanzlei, ire eigen notarien und alle herligkeit. Wer wider und fur wolt wanteln, must geleit von inen nemen, sust galt kein geleit.* CHROUST, Chroniken, S. 186.

397 HOLENSTEIN, Huldigung, S. 410f.

398 Am 19. Juni 1525, in der ersten Kapitelssitzung nach dem Aufstand, wurde dies beschlossen: *Das mein gnediger herre vonn Bamberg, allenenthalben vonn denn vnnthertanen, im Stiefft, deß gleichenn meine herrnn vom Capittel, vonn denn inn der Stat vnd Ambt Staffeltstainn, wieder erbhultung nemen, inmassenn gehört, Ist zugelassenn (...).* StAB B 86, Nr. 3, fol. 302'.

Einigung mit dem Adel über die Modalitäten von dessen Entschädigung wurde am 29. Juli 1525 ein Umritt durch das Hochstift in Angriff genommen. Von Forchheim, wo der Bischof sich seit dem Beginn der Verhandlungen mit der Ritterschaft Ende Juni aufgehalten hatte, zog er in Begleitung von sechs Domherren und fünfzig Adligen aus.<sup>399</sup>

Die Route des Umritts im Hochstift Bamberg lässt sich ungefähr anhand der bei den einzelnen Stationen ausgestellten Huldigungsurkunden rekonstruieren: die Stadt Scheßlitz und die Pflege Giech am 31. Juli; Stadt und Amt Staffelstein, Stadt und Amt Lichtenfels, Amt Döringstadt am 2. August; Stadt und Hauptmannschaft Kronach, Amt Wallenfels am 5. August; Stadt und Amt Teuschnitz, Amt Furtemberg am 7. August; Kupferberg, Stadt Steinach, Ämter Markt- und Ludwigschorgast am 19. August; Stadt und Ämter Weismain und Burgkunstadt am 22. August; Stadt und Pflege Pottenstein, Amt Gössweinstein und Leyenfels am 26. August; Ebermannstadt und Amt Neydeck am 4. September; Stadt Neunkirchen und Amt Schellenberg am 13. September; Markt Baunach und Amt Stufenberg am 18. September; die bischöflichen Kammerdörfer Hallstadt, Breitengüßbach, Geisfeld und Strullendorf am 18. September; Dorf, Amt und Zent Memmelsdorf am 19. September.<sup>400</sup>

Die an den genannten Orten versammelte Bevölkerung musste Bischof und Domkapitel erneut die Erbhuldigung schwören; dabei griff man nicht auf eine spezielle, der vorangegangenen Aufstandssituation Rechnung tragende Formulierung zurück, sondern gebrauchte eine bereits 1435 benutzte Variante.<sup>401</sup> Genauerer über den Verlauf dieser Huldigung, d. h. eventuelle Ritualisierungen und sonstige formelle Handlungen, ist leider nicht bekannt. Es wäre durchaus interessant zu wissen, ob der „außerordentliche“ Charakter dieser erneuten Unterwerfung der Untertanen – im Gegensatz zur „regulären“ Huldigung, die der Bischof beim Antritt seiner Herrschaft erfuhr<sup>402</sup> – sich in speziellen Änderungen in diesem Bereich geäußert hatte.

399 CHROUST, Chroniken, S. 137, FN 2.

400 CHROUST, Chroniken, S. 137, FN 3.

401 Der Huldigungstext ist abgedruckt bei CHROUST, Chroniken, S. 90f. Vgl. HOHN, Rechtliche Folgen, S. 271.

402 Für den Herrschaftsantritt im Hochstift Bamberg, insbesondere unter rituellen Gesichtspunkten, vgl. SCHMIDT, Andreas: Ritual, Schrift und Herrschaft – Die Überlieferungen zu den Einritten der Bamberger Fürstbischöfe im Spätmittelalter, in: BHVB 145 (2009). S. 131–153.

Abgesehen vom Zweck der Herrschaftsrekonstitution diente der Umritt noch einem anderen, eindeutig belegbaren Zweck: der Fahndung und Bestrafung.<sup>403</sup> Vor Ort führte man unter der versammelten Bevölkerung Verhöre durch, wobei zumindest teilweise auch peinliche Befragungen von einem Nachrichten des Hochstifts vorgenommen wurden.<sup>404</sup> Dementsprechend kam es dort, außerhalb Bambergs, noch zum Vollzug vereinzelter Hinrichtungen.<sup>405</sup>

Doch nicht nur singuläre Urteile wurden gefällt, auch gesamten Gemeinden legte man bei dieser Gelegenheit ihre Strafen auf. Den Ausgangspunkt für diese kollektiven Maßnahmen bildeten die sogenannten „Verschreibungen“,<sup>406</sup> die die verschiedenen Gemeinden besiegeln mussten. Diese wurden, getrennt von der eigentlichen Huldigung, als (Neu-)Definierung der Untertanenpflichten verstanden, insbesondere hinsichtlich derjenigen, die ihnen nun aus ihrem Treuebruch im Aufstand erwachsen.<sup>407</sup> Im Hochstift waren sie an allen Orten, ausgenommen Bamberg, inhaltsgleich;<sup>408</sup> zudem stimmten sie praktisch unverändert mit der Erbhuldigung, die der Schwäbische Bund im Juni 1525 hatte schwören lassen, überein.<sup>409</sup> In ihnen bekannten die besiegelnden Untertanen ihre Verantwortung für die im Aufstand begangenen Taten und zeigten die Bereitschaft, die entsprechenden rechtlichen Konsequenzen zu tragen, was wiederum die Grundlage für alle folgenden Straf-, Pazifikations- und Kompensationsmaßnahmen bildete, wie etwa die Erklärung, den Frieden zu wahren, Waffen und Wehr abzugeben und eine Abgabe zur Entschädigung der Adligen und Geistlichen, die Verluste erlitten hatten, zu ent-

403 Das Vorgehen während des Umritts ist in einem eigenen Verzeichnis aller Strafen und Untersuchungen anlässlich der Erbhuldigung von 1525 vermerkt. StAB B 48, Nr. 5, fol. 390–403’.

404 Die Rechnung des Zahlamts verzeichnet am 26. Mai 1526 die Zahlung von 8 fl. an den Nachrichten des Stifts und seinen Gehilfen als Lohn dafür, dass sie während der erneuten Einnahme der Herrschaft *allenthalben* peinliche Befragungen durchgeführt hatten. StAB A 231/I, Nr. 1748<sup>l</sup>, fol. 115’.

405 Vgl. Punkt 5.2.

406 In etwa: „Verpflichtung“, „Vertrag“. WLHB, S. 220.

407 HOHN, Rechtliche Folgen, S. 270f.

408 CHROUST, Chroniken, S. 126, FN 3. Nur im Fall Bambergs kam es zu einer Korrektur der Verschreibung; darauf wird in Punkt 5.5.2 näher eingegangen.

409 CHROUST, Chroniken, S. 61, FN 2. Noch 1526 war bei zurückkehrenden Entlaufenen die Aufnahme in Gnade und Ungnade mit dem Schwur der „bündischen Artikel“ verbunden. StAB B 21, Nr. 49, fol. 4’–5.

richten.<sup>410</sup> Was dies exakt zur Folge hatte, soll dabei an späterer Stelle noch genauer betrachtet werden.<sup>411</sup>

Blickt man auf andere vom Bauernkrieg betroffene Territorien, so lässt sich schnell erkennen, dass dort nach dem Ende der Unruhen in ähnlicher Art und Weise vorgegangen wurde.<sup>412</sup> Zu Huldigungs- und Unterwerfungsumritten mit einhergehenden Untersuchungen und Bestrafungen kam es beispielsweise in der Pfalz,<sup>413</sup> im Erzbistum Mainz<sup>414</sup> und im Hochstift Würzburg.<sup>415</sup> Die Unterschiede zwischen den jeweiligen Herrschaften lagen mehr in der Art der Strafen (bzw. im Fall von monetären Maßnahmen in deren Höhe), die auferlegt wurden.

Die Huldigung der Bevölkerung war mit dem Umritt allerdings keineswegs endgültig abgeschlossen. Es gab noch viele Untertanen, die bei jener Gelegenheit noch nicht ihre Unterwerfung hatten schwören können. Wer zu diesem Zeitpunkt etwa noch auf der Flucht oder bereits bzw. noch verbannt war, hatte spätestens dann ebenfalls Huldigung zu leisten, wenn er schließlich ins Hochstift zurückkehrte.<sup>416</sup> Dadurch wurden diese Personen zum einen in die flächendeckenden Abgaben zur Kompensation der Schäden einbezogen; zum anderen legte man in Einzelfällen noch zusätzliche Geldstrafen auf.<sup>417</sup>

410 Die Huldigungen variierten hinsichtlich der aufgelegten Geldstrafen, nicht aber im Bezug auf die Kompensationsauflage (den „Zwanzigsten Pfennig“); diese wurde ausnahmslos in jedem Fall verlangt, was sich aus der Aufzeichnung der Strafen, die im Rahmen des Huldigungsritts verhängt wurden, ergibt. StAB B 48, Nr. 5, fol. 390–403'. Vgl. auch die Punkte 6.2.3 und 6.2.4.

411 Vgl. Punkt 6 und dessen Unterpunkte.

412 HOHN, Rechtliche Folgen, S. 270.

413 Nach der Schlacht bei Pfeddersheim wurde vom Heerlager aus der Zug durch mehrere Fürsten, etwa Kurfürst Ludwig V. oder Herzog Ludwig II. von Pfalz-Zweibrücken, vorgenommen. ALTER, Aufstand, S. 417.

414 HÖBELHEINRICH, Norbert: Die „9 Städte“ des Mainzer Oberstifts, ihre verfassungsmäßige Entwicklung und ihre Beteiligung am Bauernkrieg. 1346–1527 (= Heimatblätter des Bezirksmuseums Buchen, Heft 18). Frankfurt a. M./Wiesbaden 1939. S. 130f.

415 WENDEHORST, Bistum Würzburg, S. 84f.

416 Spätere Huldigungen sind teilweise verzeichnet in den Erhuldigungsakten für die Jahre 1522 und 1525. Diese sind zu finden in StAB B 22d, Nr. 6.

417 Vgl. Punkt 5.6.2.

## 4.4 Weitere Faktoren

### 4.4.1 Plünderungen durch Adlige

Nachdem während des Aufstands im Hochstift die revoltierenden Untertanen vielerorts gegen die Ritterschaft vorgegangen waren und diese zu Flucht oder Kooperation hatten zwingen können, kehrten sich nach dessen Ende die Machtverhältnisse wieder vollständig um. Nun war es erneut die Obrigkeit, die aktiv ihre Ziele verfolgen konnte. Dabei überrascht es nicht, dass diese vor allem für den durch die Unruhen geschädigten Adel darin bestanden, sich umgehend für begangenes (oder auch nur vermeintliches) Unrecht zu revanchieren und auf eigene Faust die erlittenen Verluste wieder einzuholen.<sup>418</sup> Dabei handelten sie selten geplant oder rücksichtsvoll. Konkret äußerte sich dies beispielsweise im hochstiftisch-markgräflichen Grenzbereich: Dort begannen schon am 24. Juni 1525 geschädigte Adlige, sich durch die Wegnahme von Vieh an der Bevölkerung schadlos zu halten, wobei sie nicht darauf achteten, ob die so Herangezogenen ihnen überhaupt Schaden zugefügt hatten.<sup>419</sup> Die betroffenen Untertanen boten wiederum an, über Schadensersatzzahlungen zu verhandeln, wenn nur die Plünderungen eingestellt würden; dabei verwiesen sie auch gezielt auf die negativen materiellen Auswirkungen des adligen Vorgehens, welches sie sowohl an der Entrichtung einer Kompensationssumme als auch langfristig an der Erfüllung ihrer Abgabepflichten dem Hochstift gegenüber hindern würde.<sup>420</sup>

418 So heißt es im Bericht des bischöflichen Sekretärs Martin Müllner: (...) *dann dieselbigen [die Adligen] hoch und fast beschwerlich empfunden, umb das inen ire schlosser und heusser verprent, ir varnus genomen, ire vischwasser erfischt und anders, so inen begegnet, also das einer dits, der ander jens furnemen wollen, wie sie dann zum teil angefangen zu plundern und zu nemen, zu prantschatzen und in ander wege gegen des stiefts untetanen furzunemen.* CHROUST, Chroniken, S. 129.

419 Bischof Weigand wurde hierüber durch die betroffenen Untertanen informiert, woraufhin er deren Anklagen an die betreffenden Adligen weiterleitete mit der Bitte, das entwendete Vieh zurückzugeben. StAB B 48, Nr. 1, Prod. 76.

420 Landschaft, Bürgermeister und Rat der Gemeinden Kupferberg und Steinach schrieben am 27. Juni 1525 an den Bischof: *Geben wir E. fl. gn. warhaftig zuerkennen, das die maist blunderung schaffe vnd viehe nemen durch wolffen von Kotzau Ambtman zu Monchperg, Wolffen von Wirsperg zu Selbitz, Achatzen, Hectoren vnd Jorgen von Guttenberg, Sebastian von Sparneck, Heintzen von Luchau, Sigmunden von Mochlitz vnd Wolffen von Willenstein bescheen, Welche doch das merertail vnd sonderlich Wolff von Kotzau vnd Jorg von Guttenberg zu Blassenberg gelegen, auch doselbst zum angrieff ausgeritten darvmb wir E. fl. gn. nochmals gantz untertheniglichst vmb gots willen bittend E. fl. gn. wollen*



Andernorts kam es zu vergleichbaren Vorfällen; so baten Bürgermeister und Gemeinde zu Zeil am 30. Juni den Bischof, er solle Gabriel von Streitberg, den bischöflichen Amtmann zu Schmachtenberg, von seinem Tun gegen sie abbringen, da er ihnen Vergehen vorwerfe, die sie nie begangen hätten.<sup>421</sup> Die Lage beruhigte sich aber nicht, ganz im Gegenteil: im Juli mussten sich die Bewohner von Zeil erneut an ihren Herrn wenden. Diesmal hatte der besagte Amtmann einem von ihnen mitgeteilt, dass sie alle ihm *sein behawsung, stadel, vnd kamern vffs fürderlichst wider pawen, auffrichten vnd machen lassen sollen, vnd wie das nit In kurtze geschee, vnd er ehe kom, sollen wir sehen wie es vns gehe, Darzu sein güt das Im zu halstat durch dieselben genomen, bezalen, etc.*<sup>422</sup> Auch in Pödeldorf kam es zu entsprechenden Vorwürfen gegen den Adligen,<sup>423</sup> der auch nicht davor zurückschreckte Geiseln zu nehmen, um seinen Forderungen Nachdruck zu verleihen.<sup>424</sup> Wenn jedoch seitens des Bischofs in diesen Fällen versucht wurde einzuschreiten, so blieb dies wohl fruchtlos, da noch Ende des Monats die weltlichen Räte ihrem Herrn von täglich eingehenden Klagen über Gabriel von Streitberg und die Folgen seines Verhaltens für die wirtschaftliche Leistungsfähigkeit der betroffenen Bevölkerung berichten mussten.<sup>425</sup>

Die aufgeführten Beispiele illustrieren recht gut, worin (teils auch bereits in den Augen der Zeitgenossen) das Problem bei dem Vorgehen der Ritterschaft nach dem Aufstand lag: es wurde ohne Unterscheidung gegen die Untertanen vorgegangen, Unschuldige wie Schuldige waren betroffen. Die Plünderungen, die sich oftmals auf das Vieh konzentrierten, gefährdeten den Wohlstand, vielleicht die gesamte wirtschaftliche Existenz, was entsprechende Folgen für das längerfristige Erbringen von Abgaben und Leistungen zu zeitigen drohte. Nicht nur den Bischof

*vns gnediglich bedencken damit dergleichen handlung vnd sonderlich verletzung vnsers leibs vnd lebens, gegen vns zu vben, bei den vom adell vnd reutteren, die vns teglich nach reitten vnd Jagen, abgeschafft werde (...) vff das wir E fl. gn. derselben Jerlichen zinst dinstbarkeit vnd nutzung, auch dester statlicher raichen, vnd den beschedigten vom adell Ire zugefugten scheden, von vnser armut dester ehe auch wider stattung thun mochten (...).* StAB B 48, Nr. 1, Prod. 77.

421 StAB B 48, Nr. 1, Prod. 88. Vgl. CHROUST, Chroniken, S. 129, FN 1.

422 StAB B 48, Nr. 2, Prod. 32.

423 StAB B 48, Nr. 1, Prod. 88.

424 Margarethe Schwarz beklagte sich Ende Juni 1525 beim Bischof, dass Gabriel von Streitberg ihren Mann Jörg gefangen genommen habe und für dessen Freilassung 29 fl. sowie die Stellung zweier Bürgen verlange, was sie aber ruinieren würde. Sie bat den Bischof daher, den Amtmann von seinem Vorhaben abzubringen. StAB B 48, Nr. 1, Prod. 90.

425 StAB B 48, Nr. 2, Prod. 41.

betrifft das; dem Domkapitel blieben derartige Entwicklungen ebenfalls nicht unbekannt, und es drängte bereits Ende Juni Weigand dazu, er solle baldmöglichst eine Lösung bezüglich der Schadensersatzfrage finden. Dahinter steckte nicht zuletzt ein Eigeninteresse der Kanoniker, denn es waren auch ihre eigenen Untertanen, die unter den Angriffen zu leiden hatten.<sup>426</sup>

Diese vom Kapitel angesprochene, koordinierte Regelung der Kompensation des Adels wurde schließlich recht schnell gefunden, nämlich in Form des Vertrags von Forchheim. Jener Lösungsansatz konnte jedoch dem individuellen Vorgehen einzelner Ritter nicht immer einen Riegel vorschieben, selbst wenn diese dem Vertrag beigetreten waren. Darauf soll jedoch in einem späteren Punkt näher eingegangen werden.<sup>427</sup>

#### 4.4.2 Die Bundespatrouillen

Mit dem Eintreffen des Schwäbischen Bundes waren im Großen und Ganzen die aufständischen Aktivitäten im Hochstift zum Erliegen gekommen. So effektiv das Bundesheer aber auch gewirkt haben mochte, es konnte dauerhaft diesen unmittelbaren Einfluss nicht aufrecht erhalten, musste doch der Feldzug nach nur wenigen Tagen bereits in Richtung Süden fortgesetzt werden. Dies galt natürlich nicht nur im Fall Bambergs, sondern auch für alle anderen Gebiete, die der Bund durchzogen hatte: Ohne die abschreckende Präsenz der Truppen drohte die Einschüchterung der revoltierenden Untertanen schnell abzuklingen, was in einem erneuten Aufflammen von Unruhen resultieren konnte. Um dem entgegenzuwirken und langfristig den Frieden zu erhalten, wurde ab Ende Juli 1525 seitens des Bundes die Schaffung einer neuen Einrichtung vorangetrieben: die Bundespatrouillen.<sup>428</sup>

Ein Teil des sich auflösenden Bundesheeres sollte erhalten bleiben, sich zu Patrouillen umformen und die befriedeten Gebiete des Reichs durchkämmen, um weitere Zusammenschlüsse der Untertanen zu unterbinden. Man wollte diese insgesamt achthundert Reiter umfassenden Einheiten in „Viertel“ aufgeteilt jeweils

426 *Etliche meiner Hernn des Capitels hindersessen vnd verwandte vff dem land, werden von etlichen betrohet, sich mit Inen der verprandten Slosser halb zuuertragen wo nit, wollen sie mit der that gegen denselben handeln, das Meinen gn. hernn zwischen Sollichs gnediglich zuuerkomen, oder derselben Herschafften armenleuten zuzulassen, ander verspruch Hern anzunemen.* StAB B 48, Nr. 1, Prod. 91, fol. 6'–7.

427 Vgl. Punkt 6.2.5.

428 SEA, Bestrafung, S. 132f.

zu zweihundert Mann in Kempten, Ulm, Heilbronn und Bamberg stationieren. Ab dem 1. September 1525 sollten alle Mitglieder des Bundes entsprechende Truppen anheuern und patrouillieren lassen.<sup>429</sup> Anfang August teilte man dem Bamberger Hofmeister Bernhard von Schaumberg während seines Aufenthalts bei den Bundesräten in Ulm diese Entscheidung mit.<sup>430</sup>

Das Vorgehen dieser Bundespatrouillen bei ihrem Auftrag, zukünftige Aufstände zu verhindern, bestand „vornehmlich in rücksichtslosem Terror“:<sup>431</sup> durch Gewalt gegenüber aufgegriffenen Untertanen, Konfiszierung von Eigentum sowie Hinrichtungen von vermeintlichen Anführern des Aufstands rein auf der Basis von Gerüchten. Neben dieser vom Bundesrat selbst erwünschten abschreckenden Wirkung der eigenen Truppen beförderten zusätzlich deren adlige Mitglieder dieses Verhalten. Viele von ihnen hatten im Bauernkrieg unter den Ausschreitungen gelitten, nun sahen sie eine Gelegenheit zur Rache an den (vermeintlichen) Übeltätern.<sup>432</sup> Trotz dieser negativen Auswirkungen wurden die Patrouillen bis Mitte März 1526 fortgesetzt; erst dann stellte man sie nach den Protesten verschiedener Bundesmitglieder über die ihnen entstandenen Schäden ein. Doch schon Anfang 1527 trieb die Furcht vor neuen Unruhen, bedingt durch das Auftreten der Wiedertäufer, den Schwäbischen Bund dazu, zum zweiten Mal Soldaten auszusenden.<sup>433</sup> Als aber am Ende desselben Jahres eine Fortsetzung für 1528 beschlossen wurde, gab es erneut „entschiedenen Widerspruch“, unter anderem auch durch den Bamberger Bischof.<sup>434</sup> Die Patrouillen des Jahres 1528 wandten sich jedoch kaum mehr

429 SEA, Bestrafung, S. 133.

430 (...) *als viii<sup>c</sup> pferd Im punt verordent vnd derselbig zu stat solt In wie cost oder quarttir gewysen werden, vnnd derselbig quarttir wer das lannt zu franckhen Eins vnd E. gn. Stat bamberg der platz do die Reutter so also In denselbig frenckischen quarttir von den punts standen geordent zusein komen vnd sich daselbstn versehen wie vnd an welichen ortten sie Im landt zu francken hin vnd wider straffen solten, damit ferrer Empörung vnuerkomen* (...). StAB B 48, Nr. 15, fol. 15'.

431 SEA, Bestrafung, S. 133. CARL ist der Ansicht, dass „repressive Instrumente“ wie eben die der Patrouillen (Brandschatzung, Folter) dazu dienten, dem Bund die Kontrolle der jeweiligen Strafmaßnahmen gegenüber der entsprechenden Obrigkeit vorzubehalten. CARL, Schwäbischer Bund, S. 496f.

432 SEA, Bestrafung, S. 133f.

433 Vielleicht hatte auch die Unruheneigung im Hochstift Bamberg eine Rolle gespielt. Vgl. Punkt 4.4.4.

434 SEA, Bestrafung, S. 136.

gegen die aufrührerischen Untertanen des Bauernkriegs, sondern praktisch nur noch die Wiedertäufer, in denen man mittlerweile die größte Unruhegefahr sah.<sup>435</sup>

Das Auftreten der Bundespatrouillen im Hochstift Bamberg scheint sich nicht sehr von denen in den anderen „Vierteln“ unterschieden zu haben, wie einige Quellen zeigen: So verzeichnet die Rechnung des Zahlamts nicht nur die Besoldung der Reiter der Patrouillen, sondern weist bei der Gelegenheit auch auf die Schäden hin, die der Bund im ganzen Stift verursache.<sup>436</sup> Eine Witwe berichtete in einem Bittschreiben vom Tod ihres Mannes, den Soldaten des Bundes erstochen hätten, als dieser nicht das Haus habe verlassen wollen.<sup>437</sup> Die Einwohner von Kremmeldorf meldeten im September 1525 dem Dompropst, sie seien von den Truppen des Bundes geplündert worden – und zwar schon zum vierten Mal.<sup>438</sup> Auch Adlige waren, zumindest indirekt, betroffen: Karl von Schaumberg klagte dem Bischof im Oktober 1525, der Bund habe seine Untertanen überfallen, ihre Häuser abgebrannt und ihre Habe fortgenommen – und das, obwohl sie im Aufstand nichts verbrochen hätten.<sup>439</sup>

Es stellt sich die Frage, wie die Bamberger Obrigkeit zu den Bundespatrouillen und deren Auswirkungen stand. Insbesondere bei weitreichenden Schäden wären alle ihre Parteien in irgendeiner Weise betroffen gewesen; doch ist hier zu überlegen, ob solche Bedenken ausreichend waren, um aktiven (und hartnäckigen) Widerstand gegen diese Maßnahme hervorzurufen. Denn zunächst war ein Ausstieg

435 SEA, Bestrafung, S. 134–137. Trotz des Widerspruchs beteiligte sich Bamberg mit vierzehn Reitern an den neuen Patrouillen. Diese sollten dabei nicht untätig in Bamberg verweilen, sondern sich aufteilen und die Umgebung hinsichtlich neuer Aufstände überwachen. StAB A 85, Nr. 270.

436 (...) *Vnnd dann fur pfferscheden Anno etc. xxv vnd A° 26 So in dem Bundischen herzugen verdorbenn vnnd umbkomen sind (...).* StAB A 231/I, Nr. 1747<sup>1</sup>, fol. 57.

437 StAB B 48, Nr. 9, Prod. 94.

438 *Erwirdiger genediger herr verschyner zeit seyen wir neun hie vntten benant hintter E. gn. zu Kremeldorff sitzende, neben andern vnnsern nachpawern, so nit Thumbrobtisch sind, von den bundischenn zum viertten mall geplundert vnnd verderbt, (...) wordenn (...).* StAB B 48, Nr. 9, Prod. 93. Die Datierung auf den September ergibt sich aus einem Schreiben, das auf dieses Bezug nimmt. StAB B 48, Nr. 8, Prod. 19.

439 (...) *Ich zeige E. fl. gn. vndertheniger gehorsam an, das meine arme lewtt zu gerach, Sint von den pündischen geplundert, Ire pfert küe vnd alle ir vieh Sampt allem haußgerett vnd farencz genomen, dar zu Ire hewser vnd stadel abvorprant, mir auch meinen Sicz zu gerach Sampt viehheuser stadel vnd was dar pey ist, In gront vorprant Sindtt meine arme lewtt nit auff rürisch auch In Keiner emporung gewesen, noch zu der pawerschafft nit gelobt, dar vmb sy zu solgem schaden, vnd prant kein vrsach geben, (...).* StAB B 48, Nr. 4, fol. 149

ohne weiteres gar nicht möglich: Ob ein Mitglied sich dieser Politik widersetzen konnte, hing nicht zuletzt von seiner eigenen Machposition ab; insbesondere die zahlreichen adligen Herren unternahmen keine derartigen Versuche, da sie in der Bundesversammlung ohnehin nur schwach vertreten waren. An Stelle eines kostspieligen Machtkampfs mit unsicherem Ausgang war man eher bereit, sich mit den Patrouillen und allen ihren Nachteilen zu arrangieren.<sup>440</sup>

Nun mochte das für die fränkische Ritterschaft gelten, nicht aber zwangsläufig für das Hochstift. Es gab durchaus Bundesstände, die sich erfolgreich vollständig allen Bundespatrouillen verweigerten, etwa Landgraf Philipp von Hessen.<sup>441</sup> Solches lässt sich aber für das Hochstift nicht erkennen; es war zwar häufig säumig bei der Entsendung von eigenen Truppen – sehr zum Ärger des Bundes.<sup>442</sup> Versuche, die Beteiligung an den Patrouillen auszusetzen, lassen sich aber nicht nachweisen, und auch eigene Reiterverbände wurden letztlich trotz aller Verzögerung entsandt.

Ein möglicher Grund hierfür ist darin zu sehen, dass die unmittelbare Präsenz bündischer Reiter in Bamberg selbst dem Bund im Hochstift wieder etwas von jener Initiative zurückgab, die er schon während seiner Präsenz mit dem gesamten Heer besessen hatte. Wenn auch nicht davon auszugehen ist, dass sich die Truppen gegen Bischof und Domkapitel wenden würden, um die Interessen ihrer Befehlshaber durchzusetzen, so führten sie diesen doch wieder sehr unmittelbar vor Augen, wem die militärische Macht und damit zugleich die letztendliche Befehlsgewalt zukam. Einschließen in diese Überlegung kann man ebenfalls die anderen Territorien, die von Bamberg aus durch die Bundespatrouillen kontrolliert werden sollten. Diesen konnte ja durchaus an deren Präsenz gelegen sein, eine Position, die sie bei einer Bamberger Verweigerung womöglich nachdrücklich vertreten hätten.<sup>443</sup>

Bei allen Nachteilen sprach jedoch aus Sicht der Bamberger Obrigkeit eines für die Präsenz der Bundestruppen: sie stellten ein, wenn nicht das Mittel schlechthin gegen alle erneuten Erhebungen dar. Dies war nicht zuletzt attraktiv, da sowohl mit

440 GREINER, Politik, S. 87.

441 SEA, Bestrafung, S. 135.

442 Dies wird deutlich im Bericht Bernhards von Schaumberg von dessen Treffen mit den Bundesständen: *Sie hetten mein anbringen vnnd anfecklich E. gn. anzal der gereyssigten halb, vnd das die freytags nechst zu vlm weren ankomen gehortt, Vnnd zeigen des verzugs berurtter schickung E. gn. auch andrer fursten als nemlich Meyntz vnnd wurtzburg halb, das so lang damit verzogen nit wenig beschwerd vnnd befremden (...).* StAB B 48, Nr. 15, fol. 14.

443 Der Markgraf von Brandenburg beschwerte sich beispielsweise 1527, dass die Truppen des Bundes sich viel zu selten in seinem Land aufgehalten hätten. SEA, Bestrafung, S. 135.

den anstehenden Bestrafungen als auch mit im Kompensationsprozess anfallenden, materiellen Auflagen hier ein beständiges Potenzial für neue Unruhen bestand. Weitergeführt heißt das, dass die Verfügbarkeit von militärischer Macht – die ja noch dazu in ihrer Eigenart als Reiterei mit einer gewissen Flexibilität einsetzbar war – die Bereitschaft der Untertanen, sich (zahlungs-)willig in alle beschlossenen Maßnahmen zu ergeben, steigern konnte; bei einem sich über Monate und Jahre ziehenden Prozess eine Überlegung von einigem Gewicht – vorausgesetzt, dieser zusätzliche finanzielle Nutzen (sofern es ihn denn gab) konnte die durch die Plünderungen und Konfiszierungen entstandenen Kosten ausgleichen.

#### **4.4.3 Flüchtige Untertanen**

Die Umstände, die das Ende des Aufstandes im Hochstift Bamberg begleiteten, brachten viele Bewohner dazu, dessen Territorium kurzfristig zu verlassen. Sei es aus Furcht vor den drohenden Strafverfahren, vor willkürlichen Racheakten geschädigter Adliger oder vor den plündernden und brandschatzenden Truppen des Schwäbischen Bundesheeres: allenthalben flohen zahlreiche Untertanen von ihren Heimatorten in benachbarte Territorien, Städte oder aber auch in umliegende, unbewohnte Landstriche.<sup>444</sup> Im Folgenden soll der Umgang der Bamberger Obrigkeit mit diesen flüchtigen Untertanen betrachtet werden. Wichtig ist es dabei, jene von den verbannten Personen zu unterscheiden. Letzteren wurde auf gezielte Anordnung als Strafmaßnahme der Aufenthalt im Land untersagt; sie werden separat behandelt.<sup>445</sup>

Die exakte Zahl der „Entlaufenen“ für das Hochstift zu bestimmen, ist mangels entsprechender Aufzeichnungen schlichtweg nicht möglich. Jedoch kursieren zumindest für die Stadt Bamberg ein paar Aussagen über die Menge der von dort geflohenen Einwohner. Mehrere Berichte über den Bamberger Bauernkrieg sprechen

444 SEA, Bestrafung, S. 139.

445 Vgl. Punkt 5.4.2.

von vierhundert<sup>446</sup> bzw. fünfhundert<sup>447</sup> bis hin zu achthundert<sup>448</sup> Personen. Nimmt man für Bamberg im frühen 16. Jahrhundert eine Gesamtzahl von ca. achttausend Einwohnern an,<sup>449</sup> so entspräche das etwa fünf Prozent der Einwohnerschaft. Ein Wert dieser Höhe in einem „offenen Fleck“ wie Bamberg,<sup>450</sup> der über keine geschlossene Befestigung verfügte, ist grundsätzlich nicht überraschend. Schließlich waren es (vollständig geschlossene) Stadtmauern, die in der Vormoderne eine effiziente Kontrolle der ein- und ausgehenden Menschenströme überhaupt erst ermöglichten.<sup>451</sup> Doch selbst wenn der tatsächliche Anteil um einiges niedriger lag, auf das gesamte Hochstift bezogen kann man wohl trotzdem von mehreren hundert flüchtigen Personen ausgehen.<sup>452</sup>

Entscheidend für alle diese Flüchtlinge war natürlich die Frage ihrer Rückkehr. Schon am 19. Juni 1525, während also noch das Heer des Schwäbischen Bundes bei Bamberg lagerte und der Aufstand erst ein paar Tage zuvor geendet hatte, gingen erste schriftliche Bitten von Flüchtlingen um Wiederaufnahme ein. Die von der Bam-

446 Johannes Cochläus schrieb in einem Brief an Luther, es *seind wol 4 hundert burger entlossen gen Nurnberg*. LAUBE, Adolf/SEIFFERT, Hans Werner (Hg.): Flugschriften der Bauernkriegszeit. Berlin <sup>2</sup>1978. S. 402. Ambrosius Geyer, der Hauptmann eines Würzburger Trupps im Heer des Bundes berichtete, es *war dazumal die sag, daß über die 400 burger zu Bamberg gewichen sein solten*. BAUMANN, Franz Ludwig (Hg.): Quellen zur Geschichte des Bauernkrieges aus Rotenburg an der Tauber (= Bibliothek des Litterarischen Vereins in Stuttgart, Band 139). Tübingen 1878. S. 744f.

447 Michel Groß von Trockau schreibt dies in seinen Aufzeichnungen über den Bauernkrieg. JÄCKEL, Günter (Hg.): Kaiser, Gott und Bauer. Reformation und Deutscher Bauernkrieg im Spiegel der Literatur. Berlin <sup>2</sup>1983. S. 456.

448 So berichtete es eine Nonne aus dem Bamberger Klarissenkloster nach dem Aufstand in einem Brief an das Nürnberger Schwesterkloster: *Es wart ein grosser jamer unter dem statfolk, es fluhen über achthundert man aus der stat und liesen weib und kint, wan si besorgten, die püntischen würden mit in handeln als zu Würtzburg. Da ist mort und jamer geschehen, das kleglich ist zu hörn*. CHROUST, Chroniken, S. 178.

449 Davon 4200 im Stadtgericht, 2200 in den Immunitäten sowie 850 Geistliche. GREVING, Anne-Marie: Bamberg im 16. Jahrhundert. Untersuchungen zur Sozialtopographie einer fränkischen Bischofsstadt (= BHVB, Beiheft 25). Bamberg 1990. S. 26–30.

450 Vgl. hierzu auch die Bedenken der Bamberger Bürgerschaft bezüglich der Frage des Waffenverbots gegenüber dem Bischof, Punkt 5.7.2., insb. FN 816.

451 EVANS, Rituale, S. 67.

452 Für die Einwohnerzahl des ganzen Hochstifts existieren für das 16. Jahrhundert keinerlei fundierte Schätzungen. Geht man beispielsweise von etwa 50.000 Einwohnern aus (im Vergleich zu etwa 90.000 am Ende des 18. Jahrhunderts) und einem Anteil von 3% Geflohenen, so käme man immerhin auf 1.500 Flüchtige. Die Einwohnerzahlen vom Ende des 18. Jahrhunderts sind übernommen von STAUDENMAIER, Policey, S. 39.

berger Obrigkeit<sup>453</sup> an diesem Punkt erstmalig gestellte Bedingung für eine Gewährung dieser Rückkehr sollte auch später durchgehend gleich bleiben: der Geflohene musste sich auf „Gnade und Ungnade“ ergeben.<sup>454</sup> Dies geschah durch den Schwur auf die Artikel des Schwäbischen Bundes bzw. die (identische) Verschreibung, was wiederum bedeutete, dass er sich dazu bereit erklärte, bedingungs- und widerstandslos alle Strafen, die man ihm auferlegen würde, zu akzeptieren.<sup>455</sup> Im Gegenzug wurde ihm die Heimkehr erlaubt, wobei er jedoch oft noch damit zu rechnen hatte, zum Verhör (beispielsweise vor den Hofrat) bestellt zu werden.<sup>456</sup> Wesentlicher Bestandteil der Rückkehr der Entlaufenen war dabei meist die Gewährung des sogenannten „Geleits“, welches auch in der HGO vorgesehen war.<sup>457</sup> Dieses sollte den straffällig und gemäß der Landfriedensgesetzgebung friedlos gewordenen Personen in Anbetracht der Gefahr, die ihnen durch Selbstjustiz oder Rache drohte, einen sicheren Weg zurück zu ihrem Heimatort gewähren.<sup>458</sup> Dass derlei Bedrohungen nach dem Bauernkrieg gegeben waren, kann dabei angesichts der plündernden Adligen sowie der Truppen des Bundes mit einiger Gewissheit angenommen werden.

Es scheint so, dass das Geleit die meiste Zeit ohne weitere Zusatzbedingungen erteilt wurde;<sup>459</sup> jedoch finden sich ein paar auffällige Ausnahmen. So wurde etwa dem Bauern Hans Hapel durch Bischof Weigand persönlich eine Vergeleitung verweigert, obwohl dieser bereit war, sich in Gnade und Ungnade zu ergeben. Als Grund für seine Weigerung nannte Weigand die Schändung des Grabes Ottos von

453 Für den Bischof wurde bei der Frage der Rückkehr meist der Hofrat aktiv; das Domkapitel entschied bei seinen eigenen Untertanen unter anderem in der Kapitelssitzung über eine derartige Erlaubnis. StAB B 86, Nr. 3, fol. 315.

454 Der Schneider Blasius Plöcklein bat in seinem Schreiben vom 19. Juni 1525 darum, wieder nach Bamberg zurückkehren zu dürfen. Er habe sich *Wartlich auß keiner andern vrsach, dann als sich der pundt Jungst here zw thun woltt vnnd das gemeyn geschrey, wie man die armen on alle genad vnd on alle verhöre zu grausamlicher straff furneme, forcht halben hin auß gethan*. Auf dem Schreiben ist vermerkt: *Blasius schneider so er sich wol geben in gnad vnd vngnad soll er herein geen*. StAB B 48, Nr. 1, Prod. 72, 73.

455 SEA, Bestrafung, S. 131.

456 Für die Verhöre vgl. Punkt 5.1.1.

457 Artikel 242 der HGO: *Von vergleyttung des beclagten. Item wurde dann der angezogen Tetter begern, jne zum rechten zu vergleyten, So sol jne vnser Amptman oder Castner desselbigen endes zu vnd vom rechten fur gewalt, aber nit fur recht, vergleyten an den enden, da wir zu gleyten haben, wie wir dann sunst pflegen zu gleyten*. KOHLER/SHEEL, Halsgerichtsordnung, S. 101f.

458 Geleit, in: HRG II, 9. Lieferung, Sp. 41f.

459 Genauere Erkenntnisse könnte eine Auswertung der Geleitbücher jener Jahre bringen.



Redwitz durch Hapel während des Aufstands. Er solle erst die Zustimmung derer von Redwitz (also von Weigands eigenem Geschlecht) erlangen, zurückzukehren – dann würde er ihm Geleit zusprechen. Daraufhin traten diverse Adlige (darunter der Abt von Langheim, in dessen Kloster das geschändete Grab lag, sowie der Urheber der HGO, Johann von Schwarzenberg) für Hans Hapel ein mit der Begründung, ihm drohe Gefahr durch die Söhne des besagten Otto von Redwitz, welche sich an dem Bauern rächen wollten. Weigand aber beharrte darauf, dass eine Geleitgewährung von der Genehmigung durch sein Geschlecht abhängig sei.<sup>460</sup> Hier also kamen individuelle Interessen ins Spiel, die das Geleit schnell zu einem persönlichen Druckmittel gegenüber einzelnen Untertanen werden ließen. Zu diesem Aspekt findet sich ein weiteres Beispiel: Erasmus Zollner, seines Zeichens adliges Mitglied des Hofrats, bat den Bischof, eine bereits mehreren Untertanen versicherte Vergeleitung vorerst zurückzunehmen. Der Grund: sie hätten Zollner während des Aufruhrs Wein gestohlen; erst wenn sie für diesen bezahlten, sollten sie wieder zurückkehren dürfen.<sup>461</sup>

Die Bamberger Obrigkeit war indes auch bei jenen, die längere Zeit nicht zurückkehrten bzw. nicht wegen ihrer Rückkehr anfragten, aktiv tätig. Schon am 4. Juli 1525 bat die Stadtgemeinde zu Bamberg den Bischof, die verlassenen Güter der Geflohenen inventarisieren und absichern zu lassen, um mögliche Verluste und Schäden daran zu vermeiden.<sup>462</sup> Dieser ordnete daraufhin am 6. Juli an, zwei der weltlichen Räte sollten zusammen mit zwei Schöffen des Stadtgerichts im Bereich desselbigen eine solche Inventur der verlassenen Besitztümer vornehmen; dem Domkapitel empfahl er ein ähnliches Vorgehen in den Immunitäten,<sup>463</sup> was dieses am 7. Juli auch entsprechend beschloss.<sup>464</sup> Abschließend erfolgte am selben Tag ein Mandat des Hofrats im Namen des Bischofs sowie des Kapitels, das das Fortbewegen von Gütern geflohenener Untertanen untersagte. Personen, die von Flüchtigen Besitztümer zur Verwahrung erhalten hatten, sollten diese bei der jeweiligen

460 StAB B 48, Nr. 2, Prod. 266, 270, 275.

461 StAB B 48, Nr. 2, Prod. 89.

462 StAB B 48, Nr. 2, Prod. 30.

463 StAB B 48, Nr. 25, Prod. 7.

464 *Das auch die gutter im Statgericht, vnnd Mundeten inuentirt, vnd zwenn Rethen, auch zwenn Schopffenn dabey sindt, vnnd sindt inn Mundeten verordnet zu solcher inuentirung inn iglicher Mundet, vnnd vnnterrichter, schreiber vnd zwen schöffen, vnnd vonn Capitels wegenn herr Reymer von Streytberg vnd herr Jacob von Biebera, vnnd das alle verordenten durch auß im Statgericht vnnd Mundeten inuentirtenn.* StAB B 86, Nr. 3, fol. 306.

Obrigkeit anzeigen, sie aber nicht weiter anrühren.<sup>465</sup> Diese Inventarisierungen wurden zumindest im Stadtgericht definitiv durchgeführt.<sup>466</sup> Kindern, die nach der Flucht ihrer Eltern alleine in den Häusern lebten, sollte auf eine Empfehlung der weltlichen Räte vom 13. August 1525 hin nur eine Versorgung mit dem Lebensnotwendigen, nicht aber eine volle Verfügung über allen Besitz zustehen, solange der Tod der Eltern nicht gewiss war.<sup>467</sup> Knechte, deren Arbeitgeber entlaufen waren, durften mit Genehmigung der Obrigkeit zwischenzeitlich für andere Personen arbeiten, um ihren Lebensunterhalt weiterhin verdienen zu können.<sup>468</sup>

Es ist nicht ersichtlich, inwieweit und wie lange diese inventarisierten Güter unberührt blieben; eine Neuverteilung an andere Untertanen war jedenfalls im Bauernkrieg allgemein nicht unüblich.<sup>469</sup> Zumindest in Einzelfällen kam es auch im Hochstift Bamberg vor: Die Witwe des Aufständischen Hans Schwarz, „Mainmüller“ genannt,<sup>470</sup> erwähnte etwa in einer Supplikation, dass die Mühle ihres geflohenen Mannes in der Zwischenzeit einem neuen Besitzer zugewiesen wurde.<sup>471</sup> Die Mühle mochte aufgrund ihrer wirtschaftlichen Bedeutung neu besetzt worden sein; jedoch blieben in anderen Fällen vergleichbare Einrichtungen nach der Flucht

465 Mandat des weltlichen Rates: StAB B 48, Nr. 25, Prod. 8, abgedruckt bei SCHOTTENLOHER, Buchdruckertätigkeit, S. 141f. Beschluss eines identischen Mandats für die Immunitäten und das Amt Staffelstein durch das Kapitel: StAB B 86, Nr. 3, fol. 306 (vgl. FN 464).

466 Die Stadtrechnung verzeichnet, dass einem Johann Körner 2 fl. gezahlt wurden *vmb sein gehabte muhe, so er nach ergangner entporung aus beuelhe eins erkorns Rats mit dem Inventirn der entwichen hab vnd gütter, so sie verlassen, auch daruber ein Inventarium gemacht, dan er einem erbarn rat behendigt hab*. ASB D 1004, XVII M, fol. 139/S. 31.

467 StAB B 48, Nr. 4, fol. 121.

468 So beschloss etwa das Domkapitel am 12. September 1525: *Dem Brudermüller ist zugelassen, des Entwichen schleuffers knecht, biß vf Martini [11. November] arbeitenn zulassen*. StAB B 86, Nr. 3, fol. 314.

469 HOHN, Rechtliche Folgen, S. 63. Dies wäre auch von Interesse im Zusammenhang mit der Entwicklung der Haushaltszahlen in Bamberg selbst: Diese nahmen zwischen 1525 und 1527 ab, was laut GREVING durchaus dem Bauernkrieg und seinen Folgen geschuldet sein kann. Hier stellt sich die Frage, inwiefern die Obrigkeit durch Inventarisierung bzw. Sperrung von verlassenen Gütern sowie deren eventuelle Neuverteilung einer solchen Tendenz entgegenwirken wollte bzw. konnte. GREVING, Sozialtopographie, S. 30, FN 13.

470 Schwarz war einer der Anführer im Aufstand. ENDRES, Bauernkrieg, S. 59f.

471 *Nachdem mein eewirt hanns schwartz meynmullner zu hallstatt der vergangen emperung halben inn sorgenn vnnd vnsicherheit als er sich besorgt komenn, ist, er ein zeitlangk entwichen derwegenn auch die gedacht mule einem anderen ist verlassenn wordenn, dieweyl dann solch meins hawßwirts abwesenn mir vnnd meinen kleynnen kindlein zu verdrublichenn schadenn reicht (...)*. StAB B 48, Nr. 17, fol. 63.

des Eigners unbesetzt.<sup>472</sup> Vielleicht spielte die Angst vor einem Zugriff des Schwäbischen Bundes eine Rolle, da dieser gemäß eines von ihm erlassenen Mandats die Hälfte der eingezogenen Güter von Geflohenen für sich beanspruchte.<sup>473</sup> Besonders willkommen konnte ein solcher Abfluss von materiellen Werten aber keiner obrigkeitlichen Partei sein. Für diese war dies vielleicht ein guter Grund, sich bei der Konfiszierung verlassener Besitztümer nicht übereifrig zu zeigen.

Auch wenn die Rückkehr der Flüchtigen ins Hochstift von Anfang an möglich war und sie durchaus gewährt wurde, blieb die Zahl der Flüchtlinge anscheinend weiterhin recht hoch. Ein beliebte Wahl für das Exil stellte dabei das nahegelegene Nürnberg dar.<sup>474</sup> Neben der geographisch günstigen Lage machte wohl alleine die Größe des Ortes – zur Zeit des Bauernkriegs zählte er etwa 50.000 Einwohner<sup>475</sup> – ein Untertauchen wesentlich einfacher als in kleineren Gemeinden. Zudem war es der Reichsstadt gelungen, die aktive Einmischung des Schwäbischen Bundes von sich fernzuhalten.<sup>476</sup> Unter anderem hatten sich mehrere herausragende Persönlichkeiten des ersten Aufstands in der Stadt Bamberg sowie in Hallstadt dorthin begeben.<sup>477</sup> Diese erwähnten gegenüber einem Bamberger Gassenhauptmann bei dessen Aufenthalt in Nürnberg, dass sie ohne Versicherung von Geleit nicht zurückkehren wollten – aus Angst vor der Willkür bischöflicher Beamter. Dies war wohl nicht zuletzt auch auf den Hofrat gemünzt, da die Flüchtlinge ankündigten,

472 In einem undatierten Schreiben an den Bischof berichtete eine Ehefrau, dass die Mühle ihres Mannes seit dessen Flucht unbenutzt und in Verfall geraten sei. Dabei verwies sie explizit auf den Schaden, den auch der Bischof davon habe, da die Mühle jährlich 10 fl. Zins abgebe. Sie bat daher, dass man ihren Mann wieder einlassen solle; dies wurde wie üblich unter dem Verweis auf das Ergeben in Gnade und Ungnade genehmigt. StAB B 48, Nr. 9, Prod. 97.

473 KINTNER, Philip L.: Memmingens „Ausgetretene“. Eine vergessene Nachwirkung des Bauernkriegs 1525–1527, in: Memminger Geschichtsblätter, Jahreshft 1969 (1971). S. 5–40. S. 29.

474 Vgl. Cochläus' Aussage (FN 446); CHROUST, Chroniken, S. 57, FN 2. Auch im Fall des Nürnberg ebenso recht nahe gelegenen Hochstifts Eichstätt sowie des entfernteren Hochstifts Würzburg war die Reichsstadt der vornehmliche Anzugspunkt für geflohene Aufständische. SCARBATH, Bischof Konrad, S. 52; SEGER, Eichstätt, S. 262f.

475 ENDRES, Rudolf: Sozialstruktur Nürnbergs, in: PFEIFFER, Gerhard (Hg.): Nürnberg – Geschichte einer europäischen Stadt. München 1971. S. 194–199. S. 195.

476 PFEIFFER, Gerhard: Sozialrevolutionäre, spiritualistische und schulreformerische Bestrebungen, in: DERS., Gerhard (Hg.): Nürnberg – Geschichte einer europäischen Stadt. München 1971. S. 154–158. S. 156.

477 Für deren Namen sowie die Vergehen, die man ihnen im Einzelnen vorwarf, vgl. CHROUST, Chroniken, S. 261–265.

mindestens bis zur Rückkehr des Bischofs nach Bamberg zu warten und diesen um einen Monat Geleit zum Verhör in der Residenzstadt zu bitten.<sup>478</sup>

Darauf, dass der Obrigkeit selbst durchaus daran gelegen war, derartige Zustände nach Möglichkeit zu beenden, deuten verschiedene Maßnahmen: Im Juni 1525 erließ der Schwäbische Bund ein Mandat, das die gezielte Suche und sofortige Identifikation von flüchtigen Personen anordnete.<sup>479</sup> Zu einem vergleichbaren Vorgehen kam es auch im Bereich des Hochstifts: Etwa einen Monat nach dem Erlass des Bundes, am 20. Juli, teilte Bischof Weigand dem Amtmann zu Gößwein-stein mit, dass in Anbetracht zahlreicher Entlaufener in den Wäldern ein aktives Vorgehen vonnöten sei. Es solle daher überall im Amt ein Tag ausgerufen werden, zu dem alle noch nicht Zurückgekehrten sich spätestens in Gnade und Ungnade ergeben müssten; im Gegenzug dürften sie wieder das Hochstift betreten und erneut ihre Häuser beziehen. Hingegen war denjenigen Personen, die sich danach immer noch der Rückkehr verweigerten, mit gezielter Fahndung und Gefangennahme durch Diener des Bischofs bzw. der jeweiligen adligen Herren zu drohen.<sup>480</sup>

Ein ähnliches, jedoch undatiertes Schreiben existiert an alle Amtsmänner; aufgrund eines größtenteils identischen Inhalts kann eine zeitliche Nähe (Juli oder August 1525) angenommen, aber nicht mit Sicherheit festgelegt werden. Bemerkenswert bei dieser zweiten Anweisung ist dabei ein kurzer Zusatz im Vergleich zur vorangegangenen: man solle nach fernbleibenden Geflohenen suchen und sie

478 *Vnd haben sich etlich vntter solchen ausfluchtigen horen lassen, sie wolttten noch viertzeihen tag harn, biss mein gnediger herre wider anheimbs kome, wo dan sein gnade Inen zuuerantwortung der sachen nit wol frid vnd gleit geben, müssen ein Ider seiner herren warten, mit vil andern spitzigen seltsamen wortten, die sich vntter einander zu Nurmberg getrieben, Darumb gnedige, gunstige herrn bieth Ich e. gn. vnd gunst dieselb wollen solchs meinem gnedigen hern von Bamberg In schriefftten berichten, vnd anzeigen lassen ob sein furstliche gnade gnediglich zulassen vnd vergonstigen wolten das solliche ausfluchtige personnen ein monat lang zuuerhore vergeleit wurden, kont sich dan einer solcher sachen wol verantworten vnd wolt darnach uff gnade vnd vngnade bleiben mocht er thun (...).* StAB B 48, Nr. 4, fol. 126. Das Schreiben ging am 14. August von den weltlichen Räten an den Bischof. CHROUST, Chroniken, S. 293, FN 1.

479 SEA, Bestrafung, S. 139.

480 Denjenigen, die sich weigerten, sich zu ergeben, sollte gesagt werden, (...) *das man nach Inen stellen vnnd gegen Inen als strefflichenn vnnd fluchtigen der pilligkeit nach hanndeln lassenn wurde, vnnd die so sich also ausfluchtig machen, mit Iren Tauff vnd zunamen auffschreyben vnnd denen vom Adel so Inn deinem Ampt sytzenn, dieselbenn schriftlich anzeigen, dergestalt wo Ir einer, solcher vnngheorsamer vnderthanen, Einen oder mere ergreyff oder nyderwerff die zu gefenncknus vnnd verhofft annemen, vnnd Inn das gericht darin die betretten werden, vnnd Inn das gericht darin die betretten werden, fure (...).* StAB B 48, Nr. 2, Prod. 36.

gefangennehmen; deren Leib und Leben seien aber unbeeinträchtigt zu lassen.<sup>481</sup> Interessant ist, dass das Hochstift damit zwischen einer eigenen Behandlung der Entlaufenen und den Vorgaben des Bundes lavierte. Dessen Mandat gebot nämlich, dass Maßnahmen zur Identifizierung erfolgen sollten, und zwar mittels Gefangennahme und Verhör unter Folter.<sup>482</sup> In Bamberg ergriff man nun zwar solche Schritte, versuchte aber zunächst eine freiwillige Rückkehr anzuregen; die Festsetzung durch Diener des Fürsten stellte somit nur eine Verschärfung dieses Vorgehens dar. Inwieweit sofort zur Folter gegriffen wurde, lässt sich nicht beurteilen, doch die Anweisung, die Unversehrtheit der Ergriffenen nicht anzugehen, lässt keine Bereitschaft zu derartigem Handeln erkennen. Allerdings ist natürlich nicht gesagt, dass es nicht trotzdem zu Übergriffen gegen gestellte Flüchtlinge kam; derartige Vorfälle mochten überhaupt erst den Hinweis auf eine bessere Behandlung verursacht haben.

Auch diese aktive Suche nach den Geflohenen hatte vermutlich keinen allzu großen Erfolg. Im August 1525 mussten die weltlichen Räte dem Bischof mitteilen, dass der Amtmann zu Burgebrach von vielerlei Personen berichte, die sich tagsüber versteckten, nur um des Nachts ungehindert den Ort zu betreten.<sup>483</sup> Ende September des Jahres ordnete der Bischof an, man solle sich bei den Hofmeistern zu Würzburg und Bayreuth erkundigen, wie diese es mit ihren flüchtigen Untertanen hielten – vielleicht ein Hinweis auf eine gewisse Ratlosigkeit in Bamberg hinsichtlich der Frage, auf welche andere Weise dem Problem der Entwichenen beizukommen war.<sup>484</sup>

Anscheinend kam es erst im Winter 1525/1526 zu einer gewissen Entspannung der Lage.<sup>485</sup> Die verschlechterte Witterung war vielleicht für den einen oder anderen Geflohenen ausschlaggebend, die Rückkehr zu versuchen. Im Amt Veldenstein

481 (...) *so soll man denn [Flüchtigen] zu gefengknus annemen, vnnd In das gericht, darinn er betreten wirdet, fure, doch nit todstechen oder sonnst an Irem leben beschedig.* StAB B 48, Nr. 4, fol. 308.

482 SEA, Bestrafung, S. 139.

483 StAB B 48, Nr. 4, fol. 121.

484 StAB B 48, Nr. 8, Prod. 31.

485 So findet sich etwa im Rezessbuch des Domkapitels nach 1525 keinerlei Bezugnahme auf flüchtige Untertanen des Aufstands mehr. Die Zahl der von der Obrigkeit geordneten gedruckten Geleitbriefe nahm nach einem verstärkten Gebrauch 1525 im Folgejahr ebenfalls ab. Wurden am 30. Juli 1525 noch 500 Exemplare gekauft, verlangte man schon im November 1525 1.500. Danach bestellte man erst am 18. Juli 1526 1.000 Stück nach, und 1527 schließlich nur noch 500. ERHARD, Reformation, S. 131.

etwa verzeichnete der dortige Amtmann in einem Schreiben aus dem Februar 1526 keine flüchtigen Personen mehr<sup>486</sup> – allerdings lag Veldenstein relativ abseits der Bamberger Unruheherde in der Nähe des Herzogtums Bayern, welches vom Bauernkrieg und dessen Verwerfungen weitaus weniger betroffen war als das Hochstift.<sup>487</sup>

Betrachtet man das Vorgehen der Obrigkeit gegenüber den Flüchtlingen, so ergibt sich der Eindruck, dass man Priorität darauf legte, diese wieder zu einer Rückkehr ins Stift zu bewegen. Darauf deutet natürlich zunächst die gezielte Suche nach den Entlaufenen hin, die mit dem Angebot, sich wieder nach Hause begeben zu können und zumindest keinen unmittelbaren Bedrohungen ausgesetzt zu werden, verbunden war. Zudem wurde allem Anschein nach nicht, oder wenn (was nicht nachweisbar ist) nur selten mit dauerhafter Verbannung gedroht. Dies ergibt auch durchaus Sinn, denn die Anweisungen des Bischofs sahen ja schließlich vor, dass diejenigen, die die Option zur Heimkehr nicht nutzten, aktiv gesucht werden sollten. Stattdessen wäre eine bloße Verbannung dieser Personen möglich gewesen, verbunden mit der Konfiszierung ihrer Güter, wie dies bisweilen in anderen Gebieten praktiziert wurde.<sup>488</sup> Die Sicherung und Inventarisierung der verlassenen Häuser schon seit Anfang Juli 1525 deutet hier aber eher in die entgegengesetzte Richtung; man rechnete wohl mit der Rückkehr der Geflohenen oder versuchte zumindest, diese zu erreichen.

#### 4.4.4 Unruheneigung

Wie die Einrichtung der Patrouillen durch den Schwäbischen Bund seit dem August 1525 zeigt, waren sich die verschiedenen Herrschaften keineswegs sicher, dass mit dem Heereszug des Bundes auch tatsächlich eine dauerhafte Befriedung der aufständischen Untertanen erreicht worden war. Im folgenden Punkt soll nun betrachtet werden, inwieweit sich im Hochstift Bamberg fortlaufende Neigungen zu Aufruhr erkennen lassen und welche Reaktion dadurch bei der Obrigkeit hervorgerufen wurde.

Der Bischof traute dem neuen Frieden in seinem Land zunächst wohl nicht; dies lässt sich gut an Zweierlei erkennen: Am 22. Juni wandte er sich (auch im Namen

486 StAB B 48, Nr. 2, Prod. 139.

487 RIEPERTINGER, Rainhard: Typologie der Unruhen im Herzogtum Bayern 1525, in: Zeitschrift für bayerische Landesgeschichte 51, Heft 2 (1988). S. 329–386. S. 372.

488 MAYER, Rechtliche Behandlung, S. 46.

des Markgrafen von Bayreuth und der Bischöfe von Eichstätt und Würzburg) an den Schwäbischen Bund mit der Bitte, einen Teil der Bundestruppen (achthundert Reiter und zweitausend Mann Fussvolk) in Franken verweilen zu lassen.<sup>489</sup> Zudem blieb Weigand selbst nicht in Bamberg, sondern zog zunächst mit dem Heer des Bundes in das befestigte Forchheim, das ihm besseren Schutz vor Angriffen bot als die offene Residenzstadt.<sup>490</sup> In Bamberg selbst ließ er einen Teil des Hofrats zurück; zudem wurden dort mehrere Reiter, die Herzog Georg von Sachsen und Markgraf Kasimir von Brandenburg geschickt hatten, auf Anregung des Domkapitels<sup>491</sup> stationiert.<sup>492</sup> Von Forchheim aus schrieb Weigand zusätzlich am 26. Juni 1525 an alle Amtmänner, Vögte und Kastner, sie sollten in der kommenden Zeit gut achtgeben auf mögliche neue Zusammenrottungen im Volk und ihn in Forchheim oder den Hofrat in Bamberg informieren, falls sich solche zutrügen, und alle Aufrührer sofort gefangen nehmen.<sup>493</sup>

Tatsächlich war die Lage zu diesem Zeitpunkt recht fragil, denn der bloße Aufenthalt Weigands in Forchheim sorgte bereits für neue Befürchtungen und Spekulationen: Da dort die Regelung der Schadenskompensation mit den Adligen beschlossen werden sollte,<sup>494</sup> zogen viele Mitglieder der Ritterschaft in die Stadt. Genau so eine Ansammlung von potenziell Bewaffneten – von welchen noch dazu einige in diesen Tagen eigenmächtig gegen die einfache Bevölkerung vorgingen<sup>495</sup> – war es

489 CHROUST, Chroniken, S. 66, FN 2. Vielleicht trug eben diese Anfrage dazu bei, dem Bund Bamberg als einen geeigneten Standort für die Bundespatrouillen (vgl. Punkt 4.4.2) erscheinen zu lassen.

490 CHROUST, Chroniken, S. 66.

491 Das Domkapitel hatte in diesen Tagen dem Bischof geraten, *Das auch an das (obgleich meins gn. hernn Reuter Im Stiefft plieben), von noten were, das mein gn. her biss vff ankunfft des pundischen zusatz, seiner gn. anstossende nachtpaurn, als Sachssen Pfaltz, Bayern, vnd andre ein zeit lang, vmb zuschickung etlicher Raisigen ersucht hete, Damit New auffruren vnd emporung der pauer-schafften, auch andre angrieff vnd beschedigung dester stadlicher mochten furkomen werden (...)*. StAB B 48, Nr. 1, Prod. 91, S. 4.

492 CHROUST, Chroniken, S. 128.

493 (...) *vnnd wo Ir horet oder erfaret das sich ymantt mit wortten oder wercken emporen oder sich wider Rottirn oder zusammen tun wolte wo vnnd an welichen ortt das were solchs von stundan vffs albereits an vnns In vnser Statt vorheim da wir ytzo sind, oder an vnser Rete zu bamberg gelangen lassen, vnnd nichts desterweniger, dieselben so also mit Worten oder wercken auffrurig vnd vns oder den vnsern verwant sind, souil Euch moglich, gefencklich annemen einlegen vnnd derhalb vnser oder vnser Rete beschaidt gewartten solichs burgermeystern vnnd Retten auch anzeigen vnd des dermassen mit Ine handeln (...)*. StAB B 48, Nr. 2, Prod. 206.

494 Vgl. Punkt 4.3.1.

495 Vgl. Punkt 4.4.1.

aber gewesen, die im April den Zündfunken zum Ausbruch der ersten Unruhen in Bamberg geliefert hatte. Entsprechend schrieb Weigand nun an die Bamberger Stadtgemeinde, dass sie sich wegen der Versammlungen in Forchheim nicht beunruhigen sollte.<sup>496</sup> Auch das Umland war noch nicht völlig befriedet: Im Amt Kupferberg versuchte ein örtlicher Geistlicher, die Bevölkerung zum Widerstand gegen Schwäbischen Bund und Obrigkeit anzustacheln; hier aber konnte nichts dergleichen erreicht werden, die Untertanen waren zu sehr eingeschüchtert.<sup>497</sup>

Im Juli 1525 schien sich die Lage durch das Ausbleiben von neuen Erhebungen etwas zu beruhigen, wobei man jedoch Versammlungen der Bevölkerung wohl nicht ohne Argwohn sah und diese zumindest in Einzelfällen zu unterbinden versuchte.<sup>498</sup> Auch wurde nun ein dreihundert Mann starkes Kontingent von Fußtruppen an verschiedenen Punkten im Hochstift stationiert und beordert, Wache zu halten.<sup>499</sup> Bei der Einschätzung der Lage und dem weiteren Vorgehen herrschte jedoch keine Einigkeit innerhalb der Obrigkeit. Während das Domkapitel am 7. Juli dem Bischof riet, mittels umherziehender Reiterverbände den Geflohenen nachzustellen, um neue Unruhen zu verhindern,<sup>500</sup> kündigte Weigand am 18. Juli Gegenteiliges an: er werde die sächsischen und markgräflichen Reiter wieder entlassen; da die Situation sich beruhigt hätte und die Untertanen sich gehorsam zeigten, seien die eigenen Kräfte des Hochstifts von nun an ausreichend.<sup>501</sup> Der Hofrat widersprach dieser

496 CHROUST, Chroniken, S. 66, FN 2.

497 Der Amtmann zu Kupferberg an den Hofrat: (...) *aber die forcht Ist dermassen In dem gemeynen man das er [der Geistliche] nichts hat schaffen können.* StAB B 48, Nr. 5, fol. 360. Für den weiteren Umgang mit dem aufrührerischen Geistlichen vgl. Punkt 5.2, insb. FN 646.

498 So gebot der Bischof in einer Anordnung vom 6. Juli für die Kirchweih in Staffelbach, dass *kein versamlung Kugelplatz* [ein öffentlicher Spielplatz] *scheller* [Musik] *oder anders ausserhalb der halygenn meß vnnd ambt furgenomen vnnd gehalten werde.* StAB B 48, Nr. 25, Prod. 9. Dieses Verbot, sich zu versammeln, war auch in anderen Territorien weit verbreitet. MAYER, Rechtliche Behandlung, S. 44; WLHB, S. 126.

499 Die 300 Mann wurden wie folgt aufgeteilt: Höchststadt (60), Herzogenaurach (60), Hallstadt (50), Stadtsteinach (50), Weismain (30), Waischenfeld (25), Pottenstein (25). StAB B 48, Nr. 1, Prod. 96.

500 So in dem Schreiben an Bischof Weigand: *Item ein strayffende Rott zuuerordnen vff die fluchtigen ein auffsehen zuhaben, das die zertrennt, vnd sich nit widerumb Rottiren vnd von newem auffrurig machen, Schaden vnd nachtheil so daraus erfolgen mocht zuuerkommen.* StAB B 48, Nr. 1, Prod. 91, S. 7.

501 *Diueil sich dann vnser vntterthann In vnserm Stiefftt still, vnnd gehorsamlich halhten vnnd erzeigen, Vnnd wir sonnstn noch zweyhundertt pferd, bey vnns, in vnser statt vorchaim haben, wir vnnsers verhoffens, dieser zeit genugsamblich versehen sind.* StAB B 48, Nr. 1, Prod. 103.



Ansicht und riet – wohl auch ganz im Sinn des Kapitels – dazu, die fremden Reiter lieber im Umland patrouillieren zu lassen. Auf diese Weise würde man der Bevölkerung zeigen, dass die Nachbarn des Hochstifts diesem zur Seite standen und es *wurd e. fl. gn. vnderthan (ob die gleich itzo still sind) ein schewh gemacht sich hinfurt, wie itzo beschehen, So leichtlich nit zuemporenn*.<sup>502</sup> Der Bischof aber beharrte erfolgreich auf seiner Haltung und die Reiter wurden fortgeschickt.<sup>503</sup>

Für die folgenden Wochen bleiben Meldungen über die Gefahr von neuen Empörungen weiterhin aus; die Lage im Hochstift hatte sich also womöglich etwas stabilisieren können. Dies war vielleicht (zumindest teilweise) dem Huldigungsumritt von Bischof und Domkapitel von Ende Juli bis Mitte September geschuldet, da dieser eine erhöhte Präsenz der Obrigkeit im Stift bedeutete. Zudem war der Vertrag in Forchheim in Kraft getreten,<sup>504</sup> was den meisten Adligen zumindest den Grund, wenn wohl auch nicht immer die Motivation für eigenmächtige Maßnahmen gegen ihre (und fremde) Untertanen nahm. Völlig beruhigt hatte sich die Lage aber immer noch nicht: Das Domkapitel berichtete dem Bischof Ende September nach dessen Rückkehr nach Bamberg von *viell mutwilliger Bubenn*, die in den Immunitäten, allen voran St. Gangolf, noch ihr Unwesen trieben. Die Kanoniker fürchteten, es könnte *also ferner vnnrat, vnnd Empörung daraus entsteen* und nannten dabei gleich beim Namen, was ihrer Meinung nach die Ursache dafür war, nämlich *das die straff so bißhero gegenn denn Mißhanndtlernn, furgenomen werdenn vill zugerung sey, hie-rinn ernstlicher aufrur verkommenn will*.<sup>505</sup> Das Kapitel befand also die Behandlung der unruhigen Untertanen für nicht ausreichend; ähnlich wie zuvor im Juli der Hofrat misstraute es dem Frieden im eigenen Land und erachtete die Durchführung härterer Schritte für das richtige Gegenmittel. Vielleicht konnte Weigand in diesem Punkt überzeugt werden; vielleicht kam es aber auch zu weiteren, quellenmäßig allerdings nicht erfassbaren Vorfällen. Auffällig ist in jedem Fall, dass zur Jahreswende 1525/1526 Bischof und Domkapitel parallel eine Reihe Mandate bezeichnenden Inhalts erließen:

Den ersten Schritt machte das Kapitel, als es zum 1. Dezember 1525 seinen Untertanen gebieten ließ, dass bei 10 fl. Strafe niemand mehr ohne die Erlaubnis

502 StAB B 48, Nr. 1, Prod. 105.

503 StAB B 48, Nr. 1, Prod. 106.

504 Für den Huldigungsrütt vgl. Punkt 4.3.3. Für den Forchheimer Vertrag vgl. Punkt 4.3.1.

505 StAB B 86, Nr. 3, fol. 317'.

der Korporation oder deren Diener Fremde aufnehmen solle.<sup>506</sup> Das allein mochte noch nicht (oder nicht nur) aus Angst vor Aufruhr beschlossen worden sein, war doch die illegale Abwanderung in die Immunitäten schon lange ein Problem in den Augen der Herrschenden.<sup>507</sup> Interessant aber ist, dass der Bischof mit einem inhaltlich gleichlautenden Mandat folgte, jedoch erst am 8. Januar 1526.<sup>508</sup> Gleichzeitig wurden zudem noch andere Gebote erlassen: am selben Tag eine Verordnung gegen aufrührerisches Reden durch den Bischof,<sup>509</sup> am 9. Januar der gleiche Erlass durch das Domkapitel<sup>510</sup> sowie ein Verbot des Zechens in Wirtshäusern, erneut durch den Bischof.<sup>511</sup> Es ist sehr wahrscheinlich, dass diese Maßnahmen letztlich auch eine Reaktion auf den Bauernkrieg und die weiterhin latente Unruhegefahr darstellten.<sup>512</sup>

Kann das Verbot der Aufnahme Fremder noch auf andere Motivationen (z. B. wirtschaftlicher Natur) zurückgeführt werden, so nennt das Mandat bezüglich des aufrührerischen Redens die Problematik schon konkret beim Namen. Aber fast noch bezeichnender ist die Regulierung des Wirtshausbesuchs: der Kauf von Alkoholika wurde nur noch bis zu einer bestimmten Uhrzeit gestattet (21 Uhr im Sommer, 19 Uhr im Winter), und das auch nur zum heimischen Verzehr – ohne die Gesellschaft anderer. Als Begründung führte man zum einen die Geldverschwendung an, die mit dem Besuch der Gasthäuser einhergehe, an, aber auch die bösen Reden, die dort gehalten würden und die zu Verschwörung und Empörung Anlass gäben.<sup>513</sup> Es ist möglich, dass eine solche Einschränkung des Zugangs zu dieser

506 StAB B 86, Nr. 219, fol. 244.

507 Die Einwohner der Immunitäten genossen bestimmte Sonderrechte, wie etwa einen eigenen, steuerfreien Markt. Diese Privilegien wirkten sehr attraktiv auf Andere, die sich deswegen ebenfalls dort niederlassen wollten. REINDL, Immunitäten, S. 284f.

508 StAB B 26c, 1,I, fol. 24'-25.

509 StAB B 26c, 1,I, fol. 24–24'.

510 StAB B 86, Nr. 219, fol. 243'.

511 StAB B 26c, 1,I, fol. 25–26.

512 STAUDENMAIER, Policey, S. 119f.

513 Die Begründung für das Mandat lautete, dass *zuuorderst der gemeynn Poffell, bey tag vnnd nacht Inn denn Wirtts vnnd gastheussern pey dem weynn, vnnd Pyr, sitzen, Trinckenn, essenn, vnnd spielenn, dadurch vnnd anndere Leichtuerttighait, so sie weylenn, das Ir, muttwilliger, vnnotturfftiger weyß, poßlich verschwendenn, vnnd Anwendenn, Daraus nit allein Ir, Irer weyb, Vnnd Kind verderbenn, vnnd das sie, Zinß, gullt, vnnd anders was sie schuldig, nit reychenn vnnd gebenn mogenn, Sonnder auch gotslasterung, vntzimlich vereynnigung, mauterey, vnd viel annder boeß verbottenn sachenn, thatt, vnnd strefflich laster volgenn (...).* StAB B 26c, 1,I, fol. 25.

sozialen Einrichtung zugleich als Strafmaßnahme gedacht war.<sup>514</sup> Ebenso kann man aber vermuten, dass die Obrigkeit die Gefahr, die von den Versammlungen in den Wirtshäusern ausging, erkannt hatte, denn diese dienten dem gemeinen Mann keineswegs nur zum Alkoholkonsum, sondern erfüllten zudem „die Funktion eines Versammlungsortes und Nachrichtenentrums einer zumeist illiteraten Gesellschaft“.<sup>515</sup> Später dehnte sich dies noch auf den verwandten Bereich der Festlichkeiten wie Hochzeiten und Kirchweihen aus, für die am 2. Mai 1526 ein betreffendes Mandat verkündet wurde, das unter anderem die Zahl der geladenen Gäste und die Menge des auszuschenkenden Alkohols regulierte.<sup>516</sup> Hier allerdings ging die Initiative vom Schwäbischen Bund aus, der diesen Erlass anordnete.<sup>517</sup>

Für das Jahr 1526 finden sich nicht viele eindeutige Hinweise dafür, dass zumindest aus Sicht der Obrigkeit weiterhin die Gefahr eines neuen Aufstands bestand. Jedoch wies etwa Bischof Weigand in einer Instruktion für eine Gesandtschaft an den Bischof von Würzburg darauf hin, dass sich allgemein unter der Bauernschaft erneuter Widerstand, verbunden mit Zehnt- und Abgabenverweigerungen, rühre.<sup>518</sup> Hierzu passt auch eine Meldung des Hofrats aus dem April des Jahres, der darin von vielen Aufrührern berichtete, die aus dem Hochstift in das Würzburger Territorium geflohen seien und von dort nun Überfälle auf Adelssitze durchführten, wobei es bereits zu Todesfällen gekommen sei.<sup>519</sup>

In Bamberg lassen sich ebenfalls gravierende Entwicklungen nachweisen: Am 18. März traten mehrere Gassenhauptleute<sup>520</sup> an das Domkapitel heran; sie berich-

514 Das Verbot des Besuchs von Orten sozialer Interaktion war auch wesentlicher Bestandteil der Bestrafungsform der Eingrenzung. Vgl. Punkt 5.4.3.

515 ARNOLD, Kitzingen, S. 19. Dieser Aspekt könnte allerdings ebenso für die strafende Funktion dieses Mandats sprechen.

516 StAB B 26c, 1,I, fol. 26'-29.

517 StAB B 26c, 1,I, fol. 27.

518 CHROUST, Chroniken, S. 156, FN 1.

519 (...) *Wir haben verschynner zeit zu dem hochwirdigen fursten vnd gn. Hn. Von wurtzburg geordent, vnd sein fl. Gn. Anzeigen lassen, wie vil mutwillig puben die sich an ordentlichen erpilllichem recht nit wollen genugen lassen, wider vnserm gn. Hn. Von bamberg, vnd derselben vnderthanen ausgetreten, dieselben geprandt, vnd in andere weg beschedigt vnd dweil wir dan bericht das sich dyselben eilich vnd sonderlich (...) yebeweilen in vnsern gn. hn. von wurtzburgs Stiefft vnd furstenthumb, zufugen vnd zuverschaffen (...) Wie dann itzo In acht tagen durch solche puben (...) vnsern des Thumbcapitels, angegriffen, gebrochen, beschediget, vnd ein frawe ermordt vnd entleibt worden.* StAB B 48, Nr. 4, fol. 219-219'.

520 Eine genaue Definition dieser Gassenhauptleute steht noch aus. Zugeschrieben wurde ihnen unter anderem die Rolle einer Art „Schutzpolizei“ oder „Sicherheitspersonal“. Dies würde

teten, *dass sich teglich zutrage, das sich die sachenn, zu emporunng ereygnen*. Die Kapitulare wurden gebeten, sich zu beraten *vnd vf weg bedacht sein, damit zukunfftig aufrur verkomen*. Jene nahmen diese Meldung anscheinend außerordentlich ernst; sie informierten den Bischof, beriefen für alle Kanoniker eine Sitzung *sub Penna obedientie*<sup>521</sup> ein und beschlossen, *die Bundischenn haubtleuth mit irenn Knechtenn vnnd pferdenn in die burg einzunehmen*.<sup>522</sup> Ähnlich wie in anderen Herrschaften – etwa dem Hochstift Eichstätt<sup>523</sup> – gehörte also der Rückgriff auf Truppen des Schwäbischen Bundes zu den Maßnahmen, die die Ruhe im eigenen Land erhalten sollten.

Am folgenden Tag wurde eine Überprüfung der Burgbefestigungen angesetzt; außerdem untersagte man den jungen Domkapitularen, sich des Nachts in die Stadt zu begeben. Zudem sollten diese sich unterstehen *die leutt zu hochmuttenn, deßgleichen soll iglicher bey seinen diennern auch verschaffen*.<sup>524</sup> Ein so deutliches Zeichen für einen drohenden Aufstand hatte sich bis zu diesem Zeitpunkt nicht annähernd gezeigt; umso merkwürdiger ist es, dass bereits wenige Tage später jegliche Aufzeichnungen hierzu verstummen. Da ein tatsächliches erneutes Aufflammen von Unruhen wohl kaum ohne jeglichen Niederschlag in den Quellen (allem voran dem Rezessbuch der Korporation) geblieben wäre, kann daraus nur gefolgert werden, dass es erfolgreich gelungen war, einer Verschlechterung der Lage Einhalt zu gebieten. Es ist gut möglich, dass vor allem die Präsenz der Reiter des Bundes bzw. deren Versetzung in Alarmbereitschaft genügend Eindruck bei der Bevölkerung hinterließ, um sie zum Stillhalten zu bewegen. Denn nicht einmal ein Jahr nach dem Wüten des Bundesheeres in Stadt und Stift war die Erinnerung daran gewiss noch nicht verblasst. Zugleich versuchte man seitens des Domkapitels aber auch, unnötige Provokationen einzudämmen, wie die Anweisung an die jüngeren Kanoniker hinsichtlich deren Verhalten andeutet.

zumindest in diesem Fall passen, da das Domkapitel von ihnen hier über Bedrohungen des allgemeinen Friedens unterrichtet wird. STAUDENMAIER, Policy, S. 199f.

521 Hiermit ist wohl die Verpflichtung der Kanoniker, sich ihren Oberen – in diesem Fall unmittelbar also Propst und Dekan – unterzuordnen, gemeint. Die Verweigerung dieses Gehorsams war strafbar. Gehorsam, in: LThK, Band 4, Sp. 339.

522 StAB B 86, Nr. 3, fol. 355–355'.

523 SEGER, Eichstätt, S. 260.

524 StAB B 86, Nr. 3, fol. 355'–356. Das ungebührliche Verhalten der jüngeren Kanoniker hatte ja bereits zu anderen Gelegenheiten Anlass zu Beschwerden gegeben (vgl. FN 175).

Bis in das Jahr 1527 findet sich nicht mehr viel Quellenmaterial, das über das Aufruhrpotenzial im Hochstift Aussagen erlaubt. Eine mögliche Ausnahme hiervon bildet die Empfehlung des Kapitels an den Bischof vom 3. Juli 1526, bei der Abnahme der Jahresrechnung mit Stadtgemeinde und Immunitäten sowie bei der Besprechung einer Änderung beim Wochengeld nur mit einem kleinen Personenkreis zu verhandeln. Als Grund hierfür nannte man nämlich die Absicht, eine zu große Ansammlung von Einwohnern vermeiden zu wollen – die Furcht vor spontanen Ausbrüchen der Untertanen kann hier noch Anlass für eine solche Einstellung gegeben haben.<sup>525</sup>

Die geschilderten Ereignisse des Frühjahrs 1526 blieben aber auf längere Sicht interessanterweise kein Einzelfall. Etwas mehr als ein Jahr später und fast genau auf den Tag zwei Jahre nach dem Ausbruch des Bamberger Bauernkriegs kam es noch einmal zu auffälligen, beinahe schon dramatisch anmutenden Entwicklungen, die sich im Rezessbuch des Domkapitels verfolgen lassen: In der Sitzung am 7. April 1527 beschloss dieses den Bischof darüber zu unterrichten, *was fur Rede gegenn sollenn, Nemlich das hiezwischenn vnd Karfreitag, Kein Edelman oder gaistlicher inn Bamberg sein soll.*<sup>526</sup> Was das bedeuten könnte verdeutlichen die Einträge der folgenden Tage.<sup>527</sup> Mit der Randnotiz *Will sich aber* [i. S. v. „abermals“?] <sup>528</sup> *ein Auffuhr anstimmen* sind hier mehrere Beschlüsse vermerkt, die auf eine große Besorgnis seitens der Kanoniker deuten. Neben dem Entscheid, sich mit dem Hofrat wegen der Ereignisse in der Stadt zu beraten, wurde die Empfehlung an den Bischof gegeben, dass dieser über die kommenden Ostertage in Bamberg verweilen und zusätzlich mehrere Amtmänner zu sich in die Stadt holen solle. Zudem sah man es für gut an, *Bundisch Reutter zu beschreibenn* – man plante also wie schon im Jahr zuvor, Truppen des Schwäbischen Bundes zu Hilfe zu holen. Zudem lässt sich eine erhöhte Fluchtbereitschaft bei den Kapitularen erkennen, denn die Ab-

525 *Meine herrenn vom Capittel sehenn fur gut ann, das mein gnediger herr vonn Bamberg, selbst inn Beywesenn, etlicher meiner herrn verordenten Rechnung vonn den Burgern zu Bamberg neme, vnd das sein gnadt nit zulasse, das die burger auch Mundeter inn so grosser annzall, wie hieuer bescheenn, zusammen kommen, woe dan etlich am wochenngelt gehännert, sollen werdenn, das solches auch durch ein clein anzal Personnn geschehe, die im Statgericht, durch die im Statgericht, vnd die Mundeter, durch die Mundeter gewellt werdenn.* StAB B 86, Nr. 3, fol. 376'.

526 StAB B 86, Nr. 3, fol. 424.

527 StAB B 86, Nr. 3, fol. 424'.

528 WLHB, S. 7.

senzregel<sup>529</sup> wurde aufgehoben und jedem Mitglied der Korporation bei entsprechendem Wunsch erlaubt, *das etliche gein Altenburg, etliche gein Vorchheim, Giech vnnd Cronnach sich thettenn* – bei Forchheim und Kronach handelte es sich bezeichnenderweise um die beiden Festungsstädte des Stifts<sup>530</sup> – in unsicheren Zeiten ein naheliegender Rückzugsort! Einen möglichen Hinweis auf die Reizbarkeit der Bevölkerung bietet schließlich die letzte Entscheidung der Sitzung: Man wollte dem Bischof melden *wo etlich hoffgesindt, vnnd annder, den Leuttenn mit gewalt vber die felder reittenn, vnd die Frucht verderbenn, solches auch abzuschaffenn*.<sup>531</sup>

Auch in den nächsten Tagen hatte sich die aufgeheizte Stimmung anscheinend nicht entspannt. So beschloss das Kapitel am 9. April, die *Vicarier des Thumbstiefts sollenn erfordert vnnd innen gesagt werdenn, sich Böser Verechtlicher Wortt, zuenthalltenn, oder der straff gewerttig sein*.<sup>532</sup> Dies erweckt den Eindruck, dass man eventuelle Anlässe für Erregung im Volk zu unterbinden suchte. Die Furcht der Korporation schien allerdings weiterhin nicht beseitigt, ganz im Gegenteil. Am 12. April vereinbarte man, so viele bündische Reiter wie möglich in die Domburg und die Kanonikerhöfe zu legen und auch den Bischof um weitere Knechte zu bitten – dies liest sich wie der Versuch, sich in der befestigten Anlage regelrecht zu verschanzen. Tatsächlich ging man noch einen Schritt weiter (oder plante zumindest dies zu tun): es wurde zusätzlich der Entschluss gefasst *das die Prister der wehr halbenn, zusammen gefordert, vnd inen wehr gegebenn werdenn*<sup>533</sup> – man gedachte also notfalls selbst die Geistlichen zur Verteidigung heranzuziehen! Falls diese Maßnahmen wirklich so umgesetzt wurden, muss die Gegend um den Domberg in jenen Tagen weit über das gewöhnliche Maß hinaus mit Bewaffnung und Bewaffneten versehen worden sein. Dazu passt auch der Vermerk im Rezessbuch vom 13. April, dass man aus Platzgründen keine weiteren Reiter des Bundes um den Dom einquartieren könne

529 Grundsätzlich waren alle Kapitulare zur regelmäßigen Teilnahme an den zweimal wöchentlich stattfindenden Kapitelssitzungen verpflichtet und hatten im Gegenzug Anspruch auf bestimmte Einnahmen wie etwa Präsenzgelder. Jedoch konnte die Korporation hierfür Ausnahmen beschließen. KIST, Domkapitel, S. 47–49.

530 STAUDENMAIER, Policey, S. 40. Warum zudem der Ort Giech gewählt wurde, lässt sich nicht erschließen. Zwar befand sich in dessen Nähe eine befestigte Burganlage; diese war aber erst im Aufstand zerstört worden. CHROUST, Chroniken, S. 322.

531 StAB B 86, Nr. 3, fol. 424'.

532 StAB B 86, Nr. 3, fol. 424'.

533 StAB B 86, Nr. 3, fol. 426.

und die überschüssigen Einheiten im Kloster auf dem Michaelsberg und in Scheßlitz stationieren solle.<sup>534</sup>

So heftig jedoch die Reaktionen dieser Tage auch ausfielen – wie schon im Jahr zuvor lässt sich erneut nicht erkennen, dass es zu größeren Unruhen kam. Weder das Rezessbuch noch andere Quellen vermelden in irgendeiner Weise etwas zum Ausgang der Abläufe des April 1527. Auch diesmal schien die Neigung zu bestehen, durch den Rückgriff auf Waffengewalt bzw. deren Androhung (mittels entsprechender Präsenz) aufständische Tendenzen nicht zum Ausbruch kommen zu lassen. Ebenfalls ist aber wieder ein gewisses Bewusstsein für die Notwendigkeit der Deeskalation erkennbar, da man ja versuchte das Reiten durch die Felder sowie provokante Reden seitens der Geistlichkeit einzudämmen.

Blickt man nun zusammenfassend auf die Aussagen, die sich aus den Quellen im Bezug auf die Unruheneigung ergeben, welche Erkenntnis lässt sich dann daraus ableiten? Zunächst muss bedacht werden, dass diese Hinweise ausschließlich herrschaftlicher Provenienz sind. Es ist daher gut möglich, dass hinter den Aussagen zum Aufruhrpotenzial eine gewisse Tendenz zur Übertreibung durch die Obrigkeit stand – teils unbewusst und vielleicht in einer fortlaufenden Nervosität vor einem erneuten Ausbrechen von Unruhen wurzelnd; teils aber möglicherweise als bewusste Fehleinschätzung der tatsächlichen Lage, um damit gegen die Untertanen gerichtete Schritte zu rechtfertigen.

Andererseits lässt sich aber zumindest in einigen Fällen erkennen, dass dort die Beurteilung der Lage auf Einschätzungen außerhalb des herrschaftlichen Umfeldes beruhte (beispielsweise die Berichte des Gassenhauptleute im Frühjahr 1526). Auch erscheinen eher passiv und defensiv anmutende Maßnahmen wie die Abriegelung der Domburg und das Bewaffnen der Geistlichkeit nicht der Gegenstand von Berechnung gewesen zu sein; aktive Handlungen gegen die Untertanen (wie etwa Mandate oder das Aussenden von Patrouillen) lassen sich nämlich nicht im zeitlichen Umfeld dieser Maßnahmen finden. Das würde der Annahme entgegenstehen, dass versucht wurde, durch eine bewusste Überhöhung der Aufruhrgefahr derartige Schritte zu rechtfertigen. Alles in allem deuten die Quellen eher darauf hin, dass im Hochstift in der Zeit nach dem Frühjahr 1525 tatsächlich ein gewisses Aufruhrpotenzial vorhanden war.

534 StAB B 86, Nr. 3, fol. 424'–426'.

Begegnet wurde dem mit einer etwas widersprüchlichen Reaktion: durch Mandate und sonstige Anweisungen versuchte man von vornherein das Verhalten der Bevölkerung dahingehend zu regulieren, dass mögliche Auslöser für neue Unruhen (größere Menschenansammlungen, Alkoholkonsum, aufrührerisches Reden) sich erst gar nicht oder zumindest nur selten ergaben. Jedoch bleibt hier die Frage, inwieweit diese Gesetzesmaßnahmen überhaupt Wirkung entfalten konnten.<sup>535</sup> Trat nun ein konkreter Verdachtsfall ein, reagierte die Obrigkeit (zumindest das Domkapitel und wohl auch der Bischof, die beide in steter und enger mit einander Verbindung standen) auf zweierlei Weise: zum einen durch die Vorbereitung der Anwendung militärischer Gewalt, wobei auffällig ist wie sehr man sich dabei der Truppen des Schwäbischen Bundes bediente.

Zum anderen war aber sehr wohl auch die Bereitschaft oder zumindest die Einsicht der Notwendigkeit von Zurückhaltung gegeben; durch ein deeskalierendes Verhalten sollte die Gefahr des Ausbruchs eines neuen Aufstands gemildert werden. Insgesamt zeugt dies doch von einer eher passiven, an Konfrontation nicht interessierten Haltung. Gerade mit der Option der Waffengewalt ging man vorsichtig um; anstatt etwa durch Reiterpatrouillen (deren Kontingent der Bischof relativ bald reduzieren ließ) aktiv den Untertanen die eigene Entschlossenheit klarzumachen, wurden diese bei Bedarf nur als Schutzmaßnahme in Befestigungen stationiert und eben auch sonst mögliche Provokationen vermieden.

Es scheint, dass die Angst der Bamberger Obrigkeit vor den Folgen einer offenen Auseinandersetzung mit den eigenen Untertanen groß genug war, um es nicht allzu voreilig auf eine solche ankommen zu lassen. Vielleicht fürchtete man sogar zumindest mittelfristig eine Niederlage, die ein erneutes Einrücken des gesamten Heeres des Schwäbischen Bundes (verbunden mit den entsprechenden Kosten) herausgefordert hätte. Im Gegenzug würde diese Passivität erklären, wieso es auch in den Jahren nach 1525 keineswegs still und ohne Widerspruch im Volk des Hochstifts blieb – die Bereitschaft der Herrschaft, hierauf gewaltsam oder zumindest einschüchternd zu reagieren, war schlichtweg nicht ausgeprägt genug.

535 Für eine Diskussion der Wirksamkeit von Normen in der vormodernen Herrschaft vgl. STAUDENMAIER, *Policey*, S. 13–18. Im Rahmen des Waffenverbots wurde beklagt, dass sich etliche Untertanen in Wirtshäusern herumtrieben – ein Hinweis darauf, dass dieses Mandat nicht überall Beachtung erfuhr (vgl. FN 820).





## 5. Die Strafen

Wie bereits dargestellt wurde, legte die Landfriedensgesetzgebung zwar den Umgang mit aufrührerischen Personen fest; bei den tatsächlich angewandten Maßnahmen aber war trotzdem einiger Entscheidungsspielraum gegeben.<sup>536</sup> In jedem Fall stand unzweifelhaft fest, dass den Untertanen des Hochstifts Bamberg sowie der benachbarten Adligen für ihre im Aufstand begangenen Taten Bestrafung widerfahren sollte.<sup>537</sup> Dabei galt es für die Obrigkeit – wie in anderen Territorien – zweierlei Ziele zu erreichen: zum einen die Identifizierung der Anführer und deren Bestrafung, zum anderen die Durchführung der Strafmaßnahmen gegen die (weitaus zahlreicheren) „Minderbelasteten“, wobei hier nicht zuletzt auch nach einem geeigneten Verfahren dafür zu suchen war, der schieren Masse an Fällen einigermaßen effizient begegnen zu können. Ergänzend trat – vor allem für den Schwäbischen Bund, aber auch für die lokale Herrschaft – ein Interesse an der Deckung der entstandenen bzw. noch anstehenden Kosten aller durchgeführten Straf- und Befriedungsmaßnahmen sowie an einer dauerhaften Wahrung der wiederhergestellten Verhältnisse hinzu.<sup>538</sup> Im Folgenden sollen die hierfür getroffenen Maßnahmen und Vorgehensweisen genauere Betrachtung erfahren.

536 Vgl. Punkt 4.1.

537 Es gab nach dem Ende der Unruhen insgesamt nur sehr wenige Territorien, in denen auf Strafmaßnahmen zum größten Teil verzichtet wurde. Dies waren vor allem der Alpenraum, aber auch das Herzogtum Bayern. BLICKLE, Peter: Alpenländer, in: BUSZELLO, Horst u. a. (Hg.): *Der deutsche Bauernkrieg*. Paderborn 1995. S. 134–153. S. 210ff; RIEPERTINGER, Typologie, S. 367–373. Für die Obrigkeit in Bamberg aber stand schon vor dem Ende des Aufstands fest, dass es zu Strafaktionen kommen würde. Dies zeigt die Anfrage des Bischofs in Würzburg (vgl. FN 153), aber auch bei den Domkapitularen lässt sich im Vorfeld wenig Bereitschaft zum Strafverzicht erkennen (vgl. FN 635). Die Ritterschaft wiederum ging zumindest teilweise mit eigenmächtigen Handlungen gegen die Untertanen aktiv vor (vgl. Punkt 4.4.1).

538 SEA, Bestrafung, S. 139.

## 5.1 Strafuntersuchungen

### 5.1.1 Verhöre

Um Strafmaßnahmen jeglicher Art, insbesondere aber solche, die sich gegen einzelne Personen richteten, durchführen zu können, war es vonnöten, zuerst einmal überhaupt die zu Bestrafenden zu identifizieren und das Ausmaß der von ihnen begangenen Handlungen zu bestimmen. Als Mittel zur Beschaffung dieser Informationen gebrauchte die Obrigkeit Verhöre, die sie schon sehr bald anstrebte. In Bamberg selbst wurde sofort nach Ankunft des Bundesheeres damit begonnen, die Mitglieder des Bamberger Rats<sup>539</sup> zu befragen,<sup>540</sup> und auch auf dem Land kam es zur gleichen Zeit zu ähnlichen Vorgängen.<sup>541</sup> Letztere waren wohl vor allem Anweisungen aus Bamberg selbst geschuldet; die Beamten von Bischof und Domkapitel sollten vor Ort Erkundigungen über den Verlauf der Ereignisse während des Aufruhrs anstellen, die wiederum dabei helfen konnten, mögliche Täter auszumachen.<sup>542</sup> Dies war ein Vorgehen, das vermutlich gerade in den Randgebieten des

539 Es wurden sowohl die Angehörigen des „alten Rats“, deren Amtszeit am 30. April geendet hatte, als auch die des „neuen Rats“, die seit Mai amtierten, gefordert. Insbesondere der neue Rat musste sich verteidigen, da er sich, wie es in einer Verhöranweisung heißt, *wider meins gn. herrn regalien und on s. fl. gn. wissen und willen* nicht wie vorgesehen nach seiner Wahl durch die Gemeinde vom Bischof hatte bestätigen lassen. CHROUST, Chroniken, S. 62, FN 1; ECKERLEIN, Führungsgruppe, S. 82.

540 *Also gingen die fursten zu tisch und wurd denen des alten rats herrlich zu essen gegeben (...). Und nach essens wurd ie ainer nach dem andern gefordert und mancherlei stuck der aufrur gefragt, darauf sie denn bei eides pflichten sagen musten, und kam keiner wider zu denjenigen, die nicht gefragt waren, so lang biss sie alle zu der frage gefordert wurden, jeder in sunderheit.* CHROUST, Chroniken, S. 62. Die Aussagen des Rats sind abgedruckt bei CHROUST, Chroniken, Aktenbeilage Nr. 11, S. 242–260. Alter und neuer Rat wurden am 22. Juni gegen Urfehde entlassen; sie durften sich aber nicht von ihren Gütern begeben und mussten dem Hofrat auf Abruf bereitstehen. StAB B 21, Nr. 55, fol. 266–266ʳ.

541 So finden sich Verhörprotokolle von Memmelsdorfer und Weichendorfer Untertanen aus den Tagen nach dem 19. Juni 1525. StAB B 48, Nr. 1, Prod. 75.

542 Hans von Künsberg, Amtmann zu Gößweinstein, schrieb beispielsweise im September 1525 an den Bischof, er habe wie befohlen Erkundigungen über *Georgen Reussen von Goßweinstein meines ampts verwantten* angestellt um zu entscheiden, ob man diesen zur erneuten Huldigung zulassen könne. Er teilte nun mit, *das sich In der Letzern Auffrur meine Amptsverwanten auch emport haben Da haben sich dy vom Goßweinstein, vnd das Ampt darein gehorich gemelten Georg Reussen dar zu gemussigt das er ein Hauptman hat sein müssen Do er hat solches annemen müssen hat er sich In*

Hochstifts in der Nähe anderer Herrschaften an seine Grenzen stieß.<sup>543</sup> Konnte man ausreichende Informationen über den Aufenthaltsort eines Aufständischen gewinnen, so schickte man nach diesem bisweilen Landsknechte um ihn festzunehmen; dies wurde aber vermutlich nur bei Personen durchgeführt, deren Festnahme große Bedeutung zukam.<sup>544</sup>

Die wichtigsten Anhörungen fanden vor dem Hofrat in Bamberg statt. Hier wurde den Untertanen die Möglichkeit gegeben, ihre Unschuld bzw. Nichtbeteiligung am Aufstand nachzuweisen. Es kann sein, dass hierfür eine ähnliche Liste von Punkten abzarbeiten war wie jene, die später für die Befreiung von den Kompensationsauflagen benutzt wurde, dass also jegliche Form von Unterstützung der Empörung erfolgreich abzustreiten war.<sup>545</sup> Diese Selbstverteidigung der Beschuldigten diente zugleich auch der genaueren Einordnung des Verschuldens anderer Geladener, denn nicht selten wurde versucht, durch gegenseitige Schuldzuweisungen die eigene Beteiligung herunterzuspielen oder vollständig abzustreiten. Diese Aussagen konnten dann von den Räten den angesprochenen Personen entsprechend vorgehalten werden; auf diese Weise wollte man zu Geständnissen, sogenannten „Urgichten“,<sup>546</sup> gelangen.<sup>547</sup> Damit sollten wiederum jene Individuen ausgemacht werden, die sich im vergangenen Aufruhr in besonderer Weise hervorgetan hatten.

*denn sachen gehaltn[!], wy dan solchem ein beuelchaber In dyser Handlung gethan hat, Das ist mir auch wisslich das er seiner person halben, pey keinem Hauß zu Brennen oder abbreuchn[!] gewest ist,(...) mein gutbeduncken were, dweyl er e. fl. gn. vntertheniglich bit E. fl. gn. wollen versichern zu verhorenn funde sich dan In seiner verantwortung das er vor andern vberflussig gehandelt hat, wurde sich E. fl. gn. darinnen woll wissen zuhalten.* StAB B 48, Nr. 1, Prod. 125.

543 Der Kastner zu Weismain berichtete in einem (undatierten) Schreiben dem Bischof, es sei ihm unmöglich festzustellen, ob die Beschädiger des örtlichen Schlosses hochstiftische oder auswärtige Untertanen gewesen seien. StAB B 48, Nr. 1, Prod. 174.

544 Ein Beispiel hierfür ist der Maler Paul Lautensack aus Bamberg, der im April zu einem Hauptmann des Aufstands gewählt worden war. Jener wurde von einem Landsknecht während eines Aufenthalts im Bad gestellt, konnte aber seinen Verfolger dazu überreden, diesem nur einen Eid zu schwören, sich demnächst in Bamberg zum Verhör zu stellen. Die weltlichen Räte waren über den Ausgang dieser Begegnung nicht sehr glücklich, beschlossen aber die Ankunft Lautensacks abzuwarten und ihn dann gefangen zu nehmen. Am 29. Dezember wurde er seiner Hauptmannschaft in Bamberg enthoben, floh zwischendurch nach Nürnberg, konnte aber schon 1528 wieder in Bamberg leben. StAB B 48, Nr. 2, Prod. 67, 69; CHROUST, Chroniken, S. 16, FN 2; ERHARD, Reformation, S. 57.

545 Vgl. Punkt 6.2.3.

546 WLHB, S. 216.

547 Es sei beispielhaft auf diverse Verhörprotokolle verwiesen, abgedruckt bei CHROUST, Chroniken, Aktenbeilagen Nrr. 14, 15, 16, 18, 19, 20, 22, 23. S. 266–306.

Diese Form der gegenseitigen Denunziation war in Anbetracht der noch schwachen Rechtsdurchsetzungsfähigkeit oftmals der einzig gangbare Weg für die Obrigkeit bei der Ermittlung von Straftätern.<sup>548</sup>

Was unter „in besonderer Weise hervorgetan“ verstanden wurde, zeigt ein (nicht näher datierbares) *Verzeichnus*, in welchem vermutlich die in den Verhören erlangten Aussagen geordnet werden sollten.<sup>549</sup> Den darin erfassten Personen wurde unter anderem vorgeworfen, sie seien *hauptman, fenderich, hauffen furer, oberste Regentten, furnembste, auffpietler, anfenger, vrsacher, virmelmeister, besonders haders gewest, vil zu auffrure geredt, das schlos eingenomen/angefeuert, geschrei gemacht, sturmleuten lassen, alle puberey helfen anfahren, der auffrurer am geschafftigten gewest, steinmetz gewest, veltweibel, wegfurer, vorgeer, Koch im hauffen gewest, krigsRatte, weinaußzieher, schatzmeister, fenleinfurer*. Neben der Anstiftung zu den begangenen Taten (wie etwa den Angriffen auf die Adelssitze) und der Anleitung anderer bei derartigem Vorgehen wurde also auch die Übernahme von „Ämtern“ wie beispielsweise des Kochs oder des Schatzmeisters als Identifikationsmerkmal eines „Anführers“ betrachtet. Meist waren sie bereits höheren Alters, da sie mehr Erfahrung besaßen und eher in der Lage waren, Jüngere zur Beteiligung am Aufstand zu bewegen.<sup>550</sup> Personen, die sich in derartiger Weise betätigt hatten, betrachtete man bei der Bestrafung nach dem Bauernkrieg allgemein als „Haupttäter“.<sup>551</sup>

Das Handeln dieser Haupttäter betrachtete man als weitaus gewichtigeren Verstoß, da jene in den Augen der Obrigkeit die Unzufriedenheit in der Bevölkerung, welcher man durchaus nicht von vornherein jede Berechtigung zur Beschwerde absprach, anstachelten und somit den Protest in eine herrschaftsgefährdende, konfliktbasierte Richtung führten. Dadurch wurde wiederum die Nutzung friedlicher und rechtskonformer Kanäle zur Beilegung der Auseinandersetzung verhindert.<sup>552</sup> Die Konzentration auf die Anführer des Aufstands war aber auch schierer Notwen-

548 EVANS, Rituale, S. 73.

549 *Verzeichnus derihenen so sich ergangener auffrure am verwurcklichsten gemacht, hauptleut fenderich vnd andernn ampten versehen gewest, auch in den vrgiechttten besaggt worden seyen*. STAB B 48, Nr. 11, Prod. 16, fol. 1–23'.

550 NITZ, Stephan: Handlungsfähigkeit im Deutschen Bauernkrieg. Vorstellungen des gemeinen Mannes von den Bedingungen des Aufstandes. Frankfurt am Main 1979. S. 44. Es sei auf den Fall der beiden jungen Männer verwiesen, bei denen davon ausgegangen wurde, dass man sie zu ihrer Beteiligung „beschwatzt“ habe. Vgl. FN 643, 644, 645.

551 MAYER, Rechtliche Behandlung, S. 34.

552 SCHULZE, Beobachtungen, S. 270–272.

digkeit geschuldet: Von Beginn an sah sich die Aufruhrgesetzgebung und -behandlung mit dem Problem konfrontiert, dass die in ihr festgelegte Strafe „an Leib und Gütern“ niemals vollständig auf hundert- und tausendfacher Ebene mit ebenso vielen Hinrichtungen oder Verstümmelungen realisierbar war.<sup>553</sup> Die Lösung hierfür wurde in einer „zweifachen Zuordnung“ gesucht: am „Leib“ waren die Rädelsführer, die Verursacher der Unruhen zu strafen; sie durften nicht überleben. Im Umkehrschluss setzte man die Bestrafung „an Gütern“ mittels materieller Bußen für die zahlreichen minderschwer Belasteten um.<sup>554</sup> Dies erklärt, weswegen vor allem der Hofrat als bischöfliches Gremium bei den Untersuchungen in Bamberg aktiv wurde: Da für Anführer vornehmlich peinliche Strafen vorgesehen waren, fielen diese in den Bereich der hohen Gerichtsbarkeit, die ja der Bischof und das Domkapitel für sich beanspruchten, was zudem mit dem Adel im Forchheimer Vertrag verbindlich geregelt worden war (und woran der Bischof auch zu späteren Zeitpunkten noch festhielt).<sup>555</sup> Das Kapitel wiederum hatte ja von sich aus seine Strafkompetenz in dieser Angelegenheit dem Hofrat übertragen.<sup>556</sup>

Trotz dieses Fokus auf eine zahlenmäßig eher kleine Gruppe kann im Hochstift Bamberg nicht von einem sonderlich zügigen Abschluss des Verhörprozesses gesprochen werden. Dies lag unter anderem daran, dass zur Informationsgewinnung ebenfalls die Aussagen von denjenigen, welchen man keine schwereren Vergehen vorwarf, eingeholt werden mussten.<sup>557</sup> Obwohl sich (vor allem in den Wochen unmittelbar nach dem Ende der Unruhen) noch viele Personen auf der Flucht befanden, die erst nach und nach zurückkehrten und dann befragt werden konnten, mangelte es anscheinend nicht an Vernehmungskandidaten. Ein Blick in die bischöflichen Kanzleibücher zeigt, dass der Hofrat von Anfang an kaum damit fertig werden konnte: viele der im Zeitraum zwischen Juni und August zum Verhör Erschienenen mussten wieder fortgeschickt, „betagt“<sup>558</sup> werden. Ihnen allen nannte

553 SEA, Bestrafung, S. 148.

554 BLICKLE, *Criminalization*, S. 94.

555 Am 30. April 1526 wies der Bischof den Ritter Georg Förtsch von Thurnau darauf hin, dass einer von dessen Hintersassen als adliger Untertan grundsätzlich von Strafen seitens des Bischofs freigestellt sei. Dies gelte aber nicht, wenn dieser Untertan ein Hauptmann im Aufstand gewesen war, denn dann stehe die Strafe dem Bischof zu, worauf dieser auch nicht verzichten wolle. StAB B 48, Nr. 4, fol. 205.

556 Vgl. Punkt 3.3.

557 SEA, Bestrafung, S. 150.

558 (Gerichtlich) vorladen. WLHB, S. 33.

man als Termin zum erneuten Vorstellen den 24. August 1525 (bzw. die darauffolgenden Tage).<sup>559</sup> Dass es allerdings nur bedingt half, über mehrere Monate hinweg ganze Scharen von Personen zum selben Zeitpunkt erneut einzubestellen, zeigte sich dann mehr als deutlich zu besagtem zweiten Verhörtermin Ende August: von 53 Untertanen, die vorsprachen, wurde exakt ein einziger entlassen.<sup>560</sup> Dem Rest setzte man einen neuen Tag, nämlich den 25. September.<sup>561</sup> Dann allerdings wiederholte sich dasselbe Spiel – nur wenige kamen dazu auszusagen; der Rest wurde auf den 11. November verwiesen.<sup>562</sup> An diesem Tag mussten aber ebenfalls immerhin 49 Personen unverrichteter Dinge abrücken; man hatte sie angewiesen, am 22. Februar 1526 wieder zu erscheinen.<sup>563</sup> Und auch danach liefen die Verhöre wohl noch mindestens ein paar Monate weiter. Aus der Mitte des Jahres 1526 stammt ein *Register der betaghten Personen so sich vff den negsten wercken tag nach Ottonis schirst wider stellen sollen*.<sup>564</sup> Darin finden sich Anklagen gegen 62 Untertanen, basierend auf Zeugenaussagen und gegenseitigen Bezeichnungen, allesamt mit Bezug auf den Aufruhr des vorangegangenen Jahres. Wann sich die Zahl der Verhöre reduzierte, lässt sich nicht genau sagen; doch wird es zumindest ab und zu noch zu Vernehmungen gekommen sein, etwa wenn einzelne Geflohene zurückkehrten und um Wiederaufnahme baten.

Dies alles führte unter den Untertanen zu einiger Verwirrung; teilweise erschienen sie zu Verhörterminen obwohl sie gar nicht dazu aufgefordert worden waren (wobei ihnen diese gewissenhafte Mitarbeit von den Hofräten durchaus positiv angerechnet wurde).<sup>565</sup> Dazu kam wohl noch weitaus schwerer wiegend die organi-

559 StAB B 21, Nr. 65/II, fol. 229'-241'.

560 Für die Urfehden vgl. Punkt 5.1.2.

561 StAB B 21, Nr. 65/II, fol. 243-247'. Vielleicht wurde ein bestimmter Anteil der Verhörten auch ohne weiteren Vermerk entlassen; dieser lässt sich aber mangels Niederschlag in den Quellen nicht beziffern.

562 StAB B 21, Nr. 65/II, fol. 243'-244.

563 StAB B 21, Nr. 65/II, fol. 259-264.

564 StAB B 48, Nr. 11, Prod. 7, fol. 1-18'. Die genaue Datierung des angesetzten Verhörtermins ist schwierig, da sich *Ottomis* in Bamberg sowohl auf den Heiligentag, den 30. Juni, als auch die *Translatio Ottonis* am 30. September beziehen kann. Für eine Person wird der 30. April als nächster Vernehmungstag genannt. Dies würde wohl eher für einen Entstehungszeitpunkt des Registers vor dem 30. April 1526 sprechen: eine Vorladung von Ende September bis in den kommenden April hätte schließlich über ein halbes Jahr Wartezeit bedeutet. GROTEFEND, Hermann: *Zeitrechnung des Deutschen Mittelalters und der Neuzeit*. Band 2. Hannover 1891 (Neudruck Aalen, 1970). S. 148.

565 So heißt es in einem Eintrag vom 28. August 1525: *Hanns waltman Ist vff heut, vor meinen herren den Reten zw Bamberg erschinen vnd angezeigt, Das er Jungst seiner gefengknus zw Vorcheim,*

satorische Belastung, die aus dem wiederholten Erscheinen am Bamberger Hof erwuchs. Jeder, der auf einen späteren Verhörtermin verwiesen wurde, hatte mehrere Bürgen zu stellen, deren Erscheinen ebenfalls verlangt wurde. Konnte einer dieser Bürgen zu einem der Termine vor dem Hofrat nicht kommen, so gab es für den zu Vernehmenden die Möglichkeit diesen zu entschuldigen. Daraufhin musste der Bürge zu einem anderen Tag seine Präsenz „nachholen“. Das komplizierte dabei war aber, dass hierfür erneut zwei Bürgen vorgebracht werden sollten.<sup>566</sup> Dies alles stellte eine erhebliche logistische und koordinatorische Herausforderung dar, für Beklagte wie Bürgende. Dies galt wohl vor allem dann, wenn es Einzelnen bereits Mühe bereitete, nur einen oder zwei Bürgen zu stellen, beispielsweise aufgrund einer niedrigen sozialen Stellung.

Noch mehr fiel aber ins Gewicht, dass Untertanen, insbesondere jene aus entlegeneren Ecken des Stifts, ihrer eigenen Arbeit nicht nachkommen konnten, wenn sie nach Bamberg zu reisen hatten. Entsprechend kam es zu Klagen: So baten mehrere Einwohner aus Zeil und Sand am Main darum, nicht stets zum Verhör bestellt zu werden, denn die ständigen Reisen in die Residenzstadt schaden ihrer Arbeit und kosteten sie jedesmal aufs neue Zehrung.<sup>567</sup> Es konnte aber noch ungünstiger kommen; zumindest ein Teil der Personen die zum Verhör zu erscheinen hatten wurden nicht fortgelassen, sondern stattdessen gefangen gehalten.<sup>568</sup> Diese Leute waren noch weitaus mehr daran gehindert ihren Lebensunterhalt zu verdienen und sahen sich in ihrer Existenz bedroht.<sup>569</sup>

Die geschilderte Befragung durch den Hofrat erfolgte zumindest in vereinzelten Fällen peinlich, also unter Folter. Definitiv war dies der Fall während des Hul-

*auff alte vrphede, vnnd dergestallt außgelassenn sey, Das er vier purgen hab setzenn mussenn, So er zwischen derselbenn zeit seiner ausslassung uff heutt gemant wurde, Das er sich wider stellenn wolle, Wiewol er nun nit gemant worden sey, So wolle er sich dennoch angezeigt habenn. Darauf ist Ime durch die Rethе gesagt, Sie woltenn solichs seines erscheynnens vnnd anzeygenns Ingedenck sein (...). StAB B 21, Nr. 65, fol. 249–249ʳ.*

566 Es ist allerdings nicht ersichtlich ob dies vollständig neue Bürgen sein mussten oder ob ein bereits Bürgender ausreichte. StAB B 21, Nr. 65/II, fol. 249ʳ.

567 Mit dem Datierungsvermerk „nach Juli“ (1525) versehen. StAB B 48, Nr. 2, Prod. 50.

568 Für die Frage der Gefangenschaft vgl. auch Punkt 5.4.1.

569 So bat Heinz Breglin den Bischof darum, dieser möge ihn gegen die Stellung von Bürgen entlassen. Er habe ohne Erfolg bei den weltlichen Räten vorgesprochen und *die weil siech aber E. fl. gn. annkunfft Inn die lenng vorzeücht, vnnd mein hanntirung vnnd gewerb ganntz alßo nieder (wie obenn berurt) ode vnnd verwüst liggt, kann es onn mein mercklich verderbenn nit gescheenn, sonnder must dar durch zu einem petler werdenn (...).* StAB B 48, Nr. 1, Prod. 81.



digungszugs des Bischofs nach dem Aufstand,<sup>570</sup> später noch im November 1525<sup>571</sup> und im April 1526.<sup>572</sup> Auch das Register von Mitte 1526 vermerkt bei Einigen der darin aufgeführten, dass bei ihnen Folter vorzunehmen sei.<sup>573</sup> Hierin unterschied sich Bamberg nicht von anderen Herrschaften wie etwa dem Hochstift Würzburg.<sup>574</sup> Diese Form der Beweisfindung konnte jedoch gravierende Folgen für Gesundheit und sozialen Status der ihr Unterzogenen nach sich ziehen.<sup>575</sup> Ob dies dafür ausschlaggebend war, ist nicht auszumachen, doch entschied Bischof Weigand Ende November 1526 trotz anderslautender Empfehlung seiner weltlichen Räte, gegen einen des Sturmläutens im Aufruhr bezichtigten Untertan nicht mit peinlicher Befragung vorzugehen. Stattdessen sollte er gegen Bezahlung seiner „Atzung“<sup>576</sup> freigelassen und aus dem Hochstift verbannt werden.<sup>577</sup> Daraus ist möglicherweise zu schließen, dass (längerfristig) die Bereitschaft zur Anwendung von Folter zumindest von Seiten des Fürsten abnahm; eine genaue Aussage über den Grad ihres Gebrauchs lässt sich aber aus dem gesichteten Quellenmaterial nicht erschließen.<sup>578</sup>

### 5.1.2 Urfehden

Es wurde bereits erläutert, dass es für die Obrigkeit vor allem darum ging, die Anführer des Aufstands auszumachen und zu bestrafen. Wie aber verfuhr man mit dem großen Rest, der nur kleinere Delikte begangen hatte, dennoch aber Teil der

570 Vgl. Punkt 4.3.3, insb. FN 404.

571 Nachrichten und Gehilfe erhielten am 20. November 1525 2 fl. für die peinliche Befragung von neun Personen in Zeil, die der Beteiligung am Aufruhr beschuldigt waren. StAB A 231/I, Nr. 1747<sup>l</sup>, fol. 333<sup>r</sup>.

572 Nachrichten und Gehilfe erhielten am 10. April 1526 ½ fl. für die peinliche Befragung des Aufrührers Kunz Ziegler in Hallstadt. StAB A 231/I, Nr. 1747<sup>II</sup>, fol. 185.

573 Der Vermerk lautet *soll gemart werden* und findet sich bei drei Personen. StAB B 48, Nr. 11, Prod. 7, fol. 9<sup>r</sup>, 10<sup>r</sup>.

574 ENDRES stellt für Würzburg „ein strenges Stragericht“ fest, nicht nur wegen der zahlreichen Hinrichtungen, sondern weil man einige Untertanen „sogar foltern“ ließ. Hier muss klar relativiert werden: Die Folter war in Franken bei den Verhören nach dem Bauernkrieg sicher keine besonders grausame Ausnahme des Hochstifts Würzburg, sondern allgemein als Form der Erkenntnisgewinnung präsent. ENDRES, Bauernkrieg, S. 63.

575 Bereits der direkte, körperliche Umgang mit dem – unehrlichen – Nachrichten reichte aus, um dem Betroffenen eine Minderung oder den völligen Verlust seines Ehrstatus zuzufügen. van DÜLMEN, Theater, S. 34.

576 Die Verköstigung während des Aufenthalts im Gefängnis. WLHB, S. 22.

577 StAB B 48, Nr. 2, Prod. 220.

578 Vgl. HOHN, Rechtliche Folgen, S. 121, insb. FN 719.

Unruhen gewesen war? Der Schlüssel zur Antwort auf diese Frage liegt vermutlich in den Verhören: so zügig diese nach dem Ende der Empörung begonnen worden waren, so zügig lieferten sie auch erste Entlassungen – im Fall Bambergs schon ab dem 23. Juni.<sup>579</sup> Dies ist zunächst der Tatsache geschuldet, dass die Vernehmung bereits den entscheidenden Moment bei der Urteilsfindung bildete; zu weiterreichenden Verhandlungen kam es nicht.<sup>580</sup> Wenn nun der Anhörungsprozess abgeschlossen wurde, so mussten die Untertanen in jedem Fall – ob mit Strafen belegt oder nicht – eine sogenannte „Urfehde“ schwören. Dies bedeutete, dass sie sich dazu verpflichteten, die Rechtmäßigkeit dessen, was ihnen widerfuhr, zu akzeptieren und sich nicht in irgendeiner Weise für das Erlittene zu rächen. Dazu gehörte neben vorangegangener Haft und Folter (so es dazu gekommen war) auch die Strafe, die man ihnen auferlegte.<sup>581</sup> Dieser Schwur sollte einen gewissen Druck ausüben, sich in Zukunft auch tatsächlich gehorsam zu verhalten, da sein Bruch die Anklage des Meineids nach sich zog. Dieser wiederum konnten weitaus gravierendere Sanktionen folgen, so etwa der vollständige Verlust der Ehr- und Rechtsfähigkeit.<sup>582</sup>

Dies liefert eine Erklärung dafür, warum oftmals keinerlei Prozesse angegangen wurden und man sich auf die schnelle Entlassung nach dem Verhör sowie auf die Verhängung kleinerer Strafen beschränkte. Die Urfehde war nämlich ein sehr effizientes Mittel, da sie keinen Aufwand erforderte und trotzdem nicht ohne Wirkung blieb. Angesichts der zahlreichen zu behandelnden Fälle nach dem Bauernkrieg ist es nicht überraschend, dass die bloße Entlassung auf diese Weise eine sehr gerne gewählte Maßnahme darstellte, mit denjenigen Aufrührern umzugehen, die sich nur kleinerer Vergehen schuldig gemacht hatten.<sup>583</sup> Zudem standen noch diverse finanzielle Belastungen an, die im Rahmen der Kompensation von in

579 StAB B 21, Nr. 65/II, fol. 229<sup>v</sup>–230.

580 EVANS, *Rituale*, S. 68; HOYER, Konrad III., S. 455.

581 Urfehde, in: HRG, Band 5, Sp. 562–70. Die Urfehde und ihr Gebrauch haben seitens der Geschichtsforschung verhältnismäßig wenig Aufmerksamkeit erfahren. Eine aktuelle Arbeit zu dieser Thematik bietet Andreas BLAUERT, der darin das Urfehdewesen im deutschen Südwesten zwischen dem 14. und dem 18. Jahrhundert unter dem Aspekt neuerer historischer Forschungen analysiert. BLAUERT, Andreas: *Das Urfehdewesen im deutschen Südwesten im Spätmittelalter und in der Frühen Neuzeit* (= *Frühneuzeit-Forschungen*, Band 7). Tübingen 2000.

582 HOLENSTEIN, *Huldigung*, S. 58f. Für eine zusätzliche Absicherung konnte dem Urfehdeschwur eine konkrete Sanktion für den Fall eines Verstoßes hinzugefügt werden, was aber eher selten der Fall war. MAYER, *Rechtliche Behandlung*, S. 44f.

583 MAYER, *Rechtliche Behandlung*, S. 40f.

der Empörung beschädigten Personen erhoben wurden. Diese konnten wiederum für sich auch eine empfindliche Form der Buße darstellen. Bei denjenigen, die im Rahmen der Vernehmung auch einige Zeit in Gefangenschaft verbracht hatten<sup>584</sup> trat eben diese als weiterer Grund hinzu, sich auf Entlassung gegen Urfehde zu beschränken: Schon der Aufenthalt in den Kerkern wurde als Strafe betrachtet, da die schlechten Bedingungen der Haft (geringe Hygiene, wenig und minderwertige Ernährung etc.) einer körperlichen Züchtigung gleichkamen.<sup>585</sup>

Es ist zwar schwierig nachzuweisen, in welchem Ausmaß exakt die Urfehde gebraucht wurde, um der Menge der zu Strafenden Herr zu werden. Doch kann man mit einiger Sicherheit annehmen, dass im Hochstift Bamberg die Bereitschaft, auf diese Weise vorzugehen, nicht weniger gegeben war als in den übrigen vom Bauernkrieg und seinen Folgen betroffenen Territorien. Andernfalls hätte angesichts der langwierigen Prozesse, Anhörungen und Urteilsfindungen eine baldige Überlastung des Gerichtssystems gedroht.<sup>586</sup> Und auch der Schwäbische Bund war sehr bald dazu übergegangen, sich beim größten Teil der Aufständischen im individuellen Fall auf Eidesleistungen zu beschränken und stattdessen kollektive Maßnahmen wie beispielsweise die Brandschatzungen<sup>587</sup> anzuwenden.<sup>588</sup>

## 5.2 Todesurteile

Wie auch in vielen anderen Gebieten kam es in Bamberg nach dem Ende der Empörung zur Vollstreckung einer Reihe von Todesurteilen. Diese wurden zunächst durch den Schwäbischen Bund verhängt und ausgeführt.<sup>589</sup> Am 19. Juni 1525 ent-

584 Dies war von Anfang an gegeben; dem *Lochhuter* Hans Sparneck wurden bereits am 26. Juni 1525 *für atzung vnnd vncosten*, die ihm bei der Verwahrung von drei Aufrührern entstanden waren, 20 lb. gezahlt. StAB A 231/1, Nr. 1747<sup>l</sup>, fol. 183.

585 van DÜLMEN, Theater, S. 21f.

586 So etwa in den Hochstiften Eichstätt und Würzburg sowie im Herzogtum Württemberg. SEGER, Eichstätt, S. 265; MAYER, Rechtliche Behandlung, S. 40f.

587 Für die Brandschatzungen vgl. Punkt 5.6.1.

588 SEA, Bestrafung, S. 150f.

589 Auch der Nachrichten, der diese Enthauptungen vornahm, entstammte nicht dem Hochstift selbst. Dies ergibt sich aus einer Rechnung des Zahlamts: Auf Befehl des Hofrats Christoph von Redwitz wurden im Juni 1525 5 fl. an den Tübinger Paul Volmer ausbezahlt für die Hinrichtungen,

hauptete man öffentlich zwölf Aufrührer aus Bamberg auf dem dortigen Markt; einem weiteren Delinquenten gelang noch unmittelbar vor der Hinrichtung die Flucht.<sup>590</sup> Dass der Bund so handelte ist nicht überraschend. Schon zu Beginn des Feldzugs in Württemberg hatte dessen Führung den Feldhauptmann Georg von Waldburg angewiesen, dass Anführer des Aufstands ohne Gerichtsverfahren an ihrem Leib zu strafen seien; Geldstrafen wurden als Option ausdrücklich untersagt.<sup>591</sup> Dieser Order Folge leistend war man bereits an mehreren vorherigen Stationen vorgegangen: in Neckarsulm (16 Exekutionen), Bruchsal (9), Überlingen (7), Würzburg (66); nach dem Aufenthalt in Bamberg folgten noch Rothenburg ob der Tauber (25) und Memmingen (5) – jedes Mal ohne gerichtliche Anhörung, jedes Mal durch Enthaupten.<sup>592</sup> Das Vorgehen des Schwäbischen Bundes gestaltete sich also überall gleich und sah auch in Franken keine ungewöhnlichen Ausnahmen. Allerdings ist natürlich zu berücksichtigen, dass die Anzahl der Hinrichtungen wegen des Zeitdrucks, der auf der Heeresleitung lag, vielleicht niedriger ausfiel als potenziell möglich. Ein längeres Verweilen im Hochstift hätte insbesondere die Verfolgung von Aufrührern außerhalb der Stadt Bamberg ermöglicht.

Denn dass die Exekutionen vom 19. Juni nicht die letzten blieben zeigt ein Blick auf die weitere Entwicklung. Die Bamberger Obrigkeit griff nämlich nur wenig später ebenfalls zu derartigen Maßnahmen: am 11. Juli 1525 wurden 17 Personen (elf davon stammten abermals aus Bamberg, fünf aus dem Umland) mit dem Schwert gerichtet. Es folgten dort später noch weitere Enthauptungen (drei am 3. August), des weiteren in Kronach (vier am 12. August) und Hollfeld (fünf am 26. August), erneut in Bamberg (eine Person am 2. Dezember), in Forchheim (eine Person am

die dieser im Namen des Schwäbischen Bundes vorgenommen hatte. StAB A 231/I, Nr. 1747<sup>l</sup>, fol. 157<sup>r</sup>.

590 CHROUST, Chroniken, S. 127, insb. FN 2. Die Namen der 13 Personen sind aufgeführt in StAB B 21, Nr. 65/II, fol. 229. Über den Geflüchteten heißt es in einem Bericht, *der dreyzehent kam auß dem ring under ein pferd hinauß geschloffen darvon*. BAUMANN, Quellen, S. 772.

591 GERLACH, Horst: Der englische Bauernaufstand von 1381 und der deutsche Bauernkrieg: Ein Vergleich. Meisenheim 1969. S. 187. Deshalb kam es auch zu der paradoxen Situation, dass die Anführer des Aufstands, so sie zu diesem Zeitpunkt noch lebten, von der Zahlung der Brandschatzung an den Bund ausdrücklich freigestellt wurden. Man wollte so den Eindruck vermeiden, dass diesen die Möglichkeit gegeben werde, sich von ihrer eigentlichen Strafe loszukaufen. HOHN, Rechtliche Folgen, S. 240. Vgl. Punkt 5.6.1.

592 FRIESS, Peter: Die Zeit der Ratsreformation in Memmingen, in: BAYER, Hans-Wolfgang u. a. (Hg.): Die Geschichte der Stadt Memmingen. Von den Anfängen bis zum Ende der Reichsstadt. Stuttgart 1997. S. 419–456. S. 419; MAURER, Massenerhebung, S. 291.

14. März 1526) und in Weismain (eine Person Mitte Juni 1526).<sup>593</sup> Zudem wurde der geflohene Bader Hans Hartlieb, einer der Anführer der ersten Aufstandswelle, am 24. Oktober in Nürnberg geköpft.<sup>594</sup> Weitere Exekutionen lassen sich nur vermuten: das Anklageregister von 1526 vermerkt für zwei Personen, dass sie gestorben seien; dies muss aber nicht bedeuten, dass sie hingerichtet wurden.<sup>595</sup> Möglicherweise kam es außerdem noch – dann allerdings bereits erheblich später – zu Enthauptungen von Anführern des Aufstands, die sich den Wiedertäufern angeschlossen hatten.<sup>596</sup>

Diese Hinrichtungen zeigen, dass die Bamberger Obrigkeit durchaus gewillt war, in bestimmten Fällen von der Todesstrafe, die die Aufrührergesetzgebung so ja auch vorsah, Gebrauch zu machen.<sup>597</sup> Die zeitliche Distanz der letzten Exekutionen von Ende 1525 bzw. Anfang und Mitte 1526 könnte dabei entweder der späten Rückkehr bzw. Ergreifung der Hingerichteten geschuldet sein oder aber einem länger andauernden Untersuchungsprozess. Andere Todesfälle, insbesondere solche, bei denen mit anderen Exekutionsarten vorgegangen wurde, sind nicht bekannt.

Dass man in Bamberg mit dem Vollzug von Hinrichtungen insgesamt eher zurückhaltend umging, deuten mehrere Umstände an: Während die Anführer und Hauptleute des Bauernkriegs andernorts oft bereits in den Schlachten mit dem

593 ZEISSNER, *Religio incorrupta*, S. 88f. Er widerlegt damit ENDRES; dieser hatte die Ansicht vertreten, alle Todesurteile wären vom Schwäbischen Bund verhängt worden. ENDRES, *Probleme*, S. 133.

594 Hartlieb war wie andere nach Nürnberg geflohen. Die Reichsstadt weigerte sich, ihn auszuliefern, führte aber in Absprache mit dem Bamberger Hofrat Untersuchungen durch, die letztlich in seiner Hinrichtung resultierten. CHROUST, *Chroniken, Aktenbeilage* 14, S. 266–268.

595 Die Randvermerke lauten *est mortuus* sowie *ist gestorben*. StAB B 48, Nr. 11, Prod. 7, fol. 14', 15'.

596 In einem Bericht des Kastners zu Herzogenaurach vom 15. September 1531 finden drei Brüder Erwähnung. Deren *dritt bruder Marx meyer genannt, der auch ein auffrührer, Tauffer, vnnd traumer gewest, ist inn Neuligkeit, von wegen seiner begangen Missethat, zu Bayersdorff, mit dem Schwerdt vom leben zum todt gestrafft worden*. StAB B 48, Nr. 9, Prod. 46. Der Terminus *auffrührer* kann natürlich auch ohne Bezug auf den Bauernkrieg verwendet worden sein; doch ist es nicht auszuschließen, dass es sich hier um einen früheren, herausragenden Empörer handelt. Solche Persönlichkeiten wurden von einigen Strömungen des Täuferturns gezielt als Anhänger gesucht. SEEBASS, Gottfried: Bauernkrieg und Täuferturn in Franken, in: OBERMAN, Heiko A. (Hg.): *Deutscher Bauernkrieg 1525* (= *Zeitschrift für Kirchengeschichte* 85, 2. Heft). Stuttgart 1974. S. 140–156. S. 155.

597 Noch im September 1527 stand die Todesstrafe zur Debatte. Der Hofrat beschloss, mehrere gefangene Aufrührer aus Zeil nicht hinrichten zu lassen. Stattdessen belegte man sie mit einer Geldstrafe. StAB B 48, Nr. 4, fol. 244.

Bundesheer gefallen waren,<sup>598</sup> lebten sie im Hochstift noch, als der Aufstand endete, da hier kein derartiger Waffengang stattgefunden hatte. Es gab also einen potenziell größeren Kreis an Personen, denen aufgrund ihres Handelns die Todesstrafe (als Rechtsfolge des Landfriedensbruchs) drohte. Auffällig ist nun, dass man etwa im Hochstift Würzburg – wo es ja zu zwei der großen Gefechte zwischen Empörern und Bundesheer gekommen war – dennoch weitaus mehr Hinrichtungen vollzog. Durch den Schwäbischen Bund wurden bereits 66 Personen hingerichtet; der Huldigungsritt Bischof Konrads erhöhte diese Zahl noch einmal deutlich um insgesamt 211 weitere Exekutionen.<sup>599</sup> Im Vergleich dazu fallen die (gesichert nachweisbaren) 32 Hinrichtungen in Bamberg wesentlich geringer aus.

Weiterhin ist noch zu bedenken, dass trotz der gerade in Bamberg – immerhin Bistumssitz und Residenzstadt eines geistlichen Territoriums – zahlreich<sup>600</sup> vertretenen (niederen) Geistlichen deren Präsenz keine Auswirkung auf diese eher moderate Entwicklung nahm. Jene identifizierten sich nämlich oftmals mit den Zielen des Aufstands und waren im Bauernkrieg auf Seiten der Empörer aktiv.<sup>601</sup> Sie nahmen dabei – nicht zuletzt aufgrund ihrer oft besseren Bildung – oft wichtige Aufgaben, etwa die des Schreibers der Bauernhaufen, wahr.<sup>602</sup> Ihnen drohte aber deswegen in vielen Fällen eine wesentlich härtere Bestrafung als dem Laienvolk, hatten sie doch ihr heiliges Amt missbraucht.<sup>603</sup> Es mag nun sein dass die Bamberger Geistlichkeit sich durch einen überdurchschnittlichen Gehorsam der Obrigkeit gegenüber auszeichnete; wenigstens in Einzelfällen kam es jedoch auch bei ihnen

598 SEA, Bestrafung, S. 150.

599 WENDEHORST, Bistum Würzburg, S. 85.

600 Auf 8.000 Einwohner kamen in Bamberg zur Zeit des Bauernkriegs etwa 850 Geistliche. STAUDENMAIER, Policey, S. 65.

601 BUSSMANN, Magdalene: Theologie und Bauernkrieg. Untersuchungen zur Rezeption theologischer Elemente und deren Auswirkung in Programm und Zielsetzung der Aufständischen von 1524/25. Münster 1976. S. 226f.

602 WAAS, Die Bauern, S. 114.

603 „Zu den am härtesten Bestraften gehörten die Geistlichen, weil man in ihnen Verführer sah, besonders wenn sie gleichzeitig als lutherisch galten.“ MAURER, Massenerhebung, S. 291. In Ensisheim etwa, wo alle sonstigen Aufrührer in typischer Weise mit dem Schwert gerichtet wurden, lauteten die Strafen für Geistliche Hängen, Ertränken und Vierteilen. ULBRICH, Claudia: Geistliche im Widerstand? Versuch einer Quantifizierung am Beispiel des Sundgaus, in: BLICKLE, Peter (Hg.): Zugänge zur bäuerlichen Reformation (= Bauer und Reformation, Band 1). Zürich 1987. S. 237–265. S. 252–256.

zu aufrührerischen Akten,<sup>604</sup> die teilweise auch mit den reformatorischen Ansichten Luthers in Verbindung gebracht wurden.<sup>605</sup> Diese aber schlugen sich, zumindest bei der Art (und wohl auch bei der Zahl) der Exekutionen nicht nieder.

Ein relevanter Faktor zur Erklärung dieser Zurückhaltung im Hochstift Bamberg ist wohl, dass die Todesstrafe in vielen Fällen zwar durchaus erwogen wurde,<sup>606</sup> man sich aber letztlich aus verschiedenen Motiven dazu entschied, diese in mildere Strafformen umzuwandeln. Bereits seit dem 15. Jahrhundert bildete nicht mehr der Kaiser allein, sondern mit diesem auch der Fürstenstand die höchste Gnadeninstanz im Reich; entsprechend war letzterer in jedem Fall dazu berechtigt, Begnadigungen und Milderungen von Strafen vorzunehmen.<sup>607</sup> Beweggründe zu solchem Handeln gab es durchaus: zum einen neigte man dazu, Einheimischen mit mehr Milde zu begegnen als Fremden; Erstere konnten daher vielleicht eher mit einer Begnadigung rechnen.<sup>608</sup> Zum anderen gehörten zumindest einige derjenigen, die sich in der Empörung besonders hervorgetan hatten, zu den angesehenen Personen ihrer Gemeinden; ein höherer sozialer Status verbesserte aber die Chance darauf, eine Milderung bei der Bestrafung zu erreichen.<sup>609</sup>

Die Rechtsprechung der Vormoderne mit ihrem stark arbiträren Charakter ermöglichte es also, dass in jedem Einzelfall eine Abschwächung von Todesurteilen hin zu anderen Strafen vorgenommen wurde. Zwar stand dieses Recht auf freie Ent-

604 Einen möglichen Hinweis auf die Anwesenheit von Geistlichen im Bauernlager bietet der Bericht der Äbtissin des Klarissenklosters: Aufrührer wollten am 4. Juni 1525 in dessen Kirche eine Trauung zwischen einem *lanczknecht* und einer *dirn aus dem heer* durchführen, wozu sie eigens einen Pfarrer mitbrachten. Dieser war vielleicht ein Sympathisant der Empörer. CHROUST, Chroniken, S. 179f. Eindeutig ist die Lage im Fall des Geistlichen im Amt Kupferberg (vgl. FN 643).

605 Im Juli 1525 wandte sich Weigand an den Hofrat: *So sind wir auch bericht wie ein Mennich in vnnser Stat Bamberg im prediger Closter Jorg genant sey der der Neuen lere anhange auch in zeit der emporung vff dem Lanndt vnnd dorffer hin vnnd wider gezogen vnnd zu auffrur gepredigt, ist derhalb vnnser beuelhe ir wollet dem prior zuen predigern beuelhen bemelten mennich gefenngklich annemen vnnd biß vff weithern vnnsern beuelhe in gutter hutt vnnd verwarung habenn lassen, (...).* StAB B 48, Nr. 25, Prod. 9.

606 Vgl. FN 597.

607 BAUER, Andreas: Das Gnadenbitten in der Strafrechtspflege des 15. und 16. Jahrhunderts. Dargestellt unter besonderer Berücksichtigung von Quellen der Vorarlberger Gerichtsbezirke Feldkirch und des Hinteren Bregenzerwaldes (= Rechtshistorische Reihe, Band 143). Frankfurt am Main 1996. S. 42.

608 SCHWERHOFF spricht von einer regelrechten „Zweigleisigkeit“ des Strafrechts: mildere Strafen und Begnadigungen für Einheimische, harte und konsequent vollzogene, peinliche Maßnahmen gegen fremde Personen. SCHWERHOFF, Devianz, S. 401f.

609 van DÜLMEN, Theater, S. 45.

scheidung grundsätzlich alleine dem Fürsten zu, Einfluss konnten aber auch andere Personen nehmen: Als Ausgleich für den zunehmenden Ausschluss der Öffentlichkeit von der Urteilsfindung im Rahmen des Inquisitionsprozesses häuften sich stattdessen die sogenannten Fürbitten.<sup>610</sup> Vor allem Adlige – beiderlei Geschlechts – traten hier oftmals auf, indem sie für straffällige Untertanen um Milde baten. Ihren Anfragen war dabei häufig Erfolg beschieden, da man alleine aus politischen und standesmäßigen Überlegungen auf sie Rücksicht nahm.<sup>611</sup>

Zur gebrauchten Vollstreckungsart, dem Enthaupten, lässt sich zunächst sagen, dass auch andernorts nach dem Bauernkrieg Hinrichtungen meistens auf diese Weise vollzogen wurden.<sup>612</sup> Selbst herausragende Persönlichkeiten wie Thomas Müntzer starben so;<sup>613</sup> anderweitige Strafen wie etwa das berüchtigte „Braten“ des Jäcklin Rohrbach<sup>614</sup> stellten absolute Ausnahmen dar, die nur bei schwerwiegenden Fällen Anwendung fanden und oftmals der Abschreckung dienen sollten.<sup>615</sup> Dies ist zunächst nicht ungewöhnlich, gehörte das Richten mit dem Schwert doch zu den in der Frühen Neuzeit üblichsten Hinrichtungsarten. Diese Stellung teilte es sich jedoch zugleich mit dem Erhängen, welches aber als weitaus ehrenrühriger angesehen wurde.<sup>616</sup> Der Aufwand konnte sich bei letzterer vielleicht sogar noch unkomplizierter gestalten; billiger (und weniger zeitraubend) als Hinrichtungsarten wie das Verbrennen waren sie aber sicher beide.<sup>617</sup>

610 van DÜLMEN, Theater, S. 48.

611 BAUER, Gnadenbitten, S. 73–78.

612 HOHN, Rechtliche Folgen, S. 36; van DÜLMEN, Theater, S. 143.

613 Allerdings wurde in seinem Fall die Hinrichtung durch die Zurschaustellung seiner Leiche (sie war bis 1531 auf einem Speiß platziert) verschärft und kann nicht als „gewöhnliche“ Enthauptung gesehen werden. HOHN, Rechtliche Folgen, S. 40; WAAS, Die Bauern, S. 235.

614 Rohrbach und andere hatten in der Stadt Weinsberg den dortigen Grafen und seine Familie durch die Speiße gejagt. Dafür wurde er an einen Baum gekettet, der von einem Kreis Brennholz umgeben war. Auf diese Weise verbrannte er nicht unmittelbar, sondern kam besonders qualvoll zu Tode. HOHN, Rechtliche Folgen, S. 3, insb. FN 170.

615 van DÜLMEN, Theater, S. 140; MAYER, Rechtliche Behandlung, S. 35. Allerdings konnte grundsätzlich auch eine Enthauptung abschreckenden Charakter besitzen, so sie denn öffentlich, typischerweise auf dem Markt als sozialem Sammelpunkt, durchgeführt wurde, was in Bamberg der Fall war. EVANS, Rituale, S. 103.

616 HOHN, Rechtliche Folgen, S. 36.

617 Zumindest für das Enthaupten kann dies im Hochstift eindeutig nachgewiesen werden: Für die Exekution von Auftrührern in Forchheim (StAB A 231/I, Nr. 1747<sup>u</sup>, fol. 126) und Kronach (StAB A 231/I, Nr. 1748<sup>l</sup>, fol. 137<sup>v</sup>) erhielt der Bamberger Nachrichten jeweils nur 2 fl. Bei einer Verbrennung am 3. Juli 1526 (diese allerdings ohne erkennbaren Bezug zum Aufstand) zahlte man ihm



Trotzdem wurde nur das Enthaupten gewählt, welches die einzige Todesstrafe darstellte, die nicht die Ehre des Delinquenten berührte und ihm ein christliches Begräbnis gewährte.<sup>618</sup> Es war zwar grundsätzlich die Möglichkeit gegeben, auch mit dem Schwert Gerichtete nachträglich zu entehren, etwa durch das Aufhängen ihrer Leichen, das Zurschaustellen ihrer Häupter oder die bewusste Verweigerung einer kirchlichen Bestattung;<sup>619</sup> hierzu lassen sich für Bamberg aber keinerlei Hinweise in den Quellen erkennen.<sup>620</sup> Anders gestaltete es sich in den benachbarten geistlichen Territorien des vormodernen Franken: in Würzburg wurden die Köpfe der während des Huldigungsritts Enthaupteten aufgespießt;<sup>621</sup> in Eichstätt hingegen hatte man die Körper der Toten gevierteilt.<sup>622</sup>

Die mehrfach angesprochene Abschreckung der Untertanen vor neuer Empörung durch Exekutionen von Aufrührern muss allerdings keine bedeutende Rolle bei den Überlegungen der Obrigkeit gespielt haben. Sie war bei Todesstrafen gerade in der Vormoderne nicht in derselben Weise gegeben wie in der heutigen Zeit. Die sehr präsenten, religiös motivierten Jenseitsvorstellungen nahmen dem Gedanken an ein verfrühtes Lebensende einiges an Schärfe. Der eigentliche Schrecken wurde also weniger durch den drohenden Tod an sich, sondern vielmehr durch die Hinrichtungsart erzeugt. Verbrennen auf dem Scheiterhaufen war eine weitaus qualvollere Weise zu sterben als der schnelle, (meist) saubere Hieb des Henkers mit dem Richtschwert. Besagte Abschreckung hätte man also durch die Wahl anderer Todesstrafen erreichen müssen. Außerdem konnte der gezielte Gebrauch schwerwiegenderer Todesarten das genaue Gegenteil bewirken. Bei öffentlichen Exekutionen, die bewusst lange Leidenszeiten des Delinquenten zur Schau stellten, mochte die Stimmung der Zusehenden nicht in Furcht, sondern Sympathie mit

hingegen 43 fl., 3 lb. und 2 dn. – ein Vielfaches der Kosten der Enthauptung also! StAB A 231/I, Nr. 1748<sup>1</sup>, fol. 137<sup>r</sup>.

618 van DÜLMEN, Theater, S. 174.

619 EVANS, Rituale, S. 88. Vgl. auch den Fall Thomas Müntzers, FN 613.

620 Für die Hinrichtungen vom 11. Juli deutet ein Quellenbefund vielmehr auf ein christliches Begräbnis hin: Der Totengräber zu St. Martin in Bamberg wurde laut Zahlamtsrechnung noch am selben Tag mit 5 lb. und 20 dn. dafür entlohnt, dass er die *xvii armen so vf dem marckt mit dem schwert gericht worden sind* begraben hatte. Dies bedeutet, dass alle Leichen unmittelbar nach der Exekution begraben wurden und dass die Obrigkeit bereit war, finanziell dafür aufzukommen. Das lässt ein unehrenhaftes Begräbnis eher unwahrscheinlich wirken. StAB A 231/I, Nr. 1747<sup>1</sup>, fol. 184.

621 HOHN, Rechtliche Folgen, S. 40, FN 176.

622 SEGER, Eichstätt, S. 261.

dem Sterbenden umkippen und auf diese Weise neue Wut gegen die Herrschenden schüren.<sup>623</sup> Gerade Exekutionen als Folge eines allgemeinen Aufruhrs boten hierzu erhöhtes Potenzial, denn man war umso eher bereit, eine Hinrichtung zu akzeptieren, wenn Herrschende wie Beherrschte deren Anlass als legitim betrachteten.<sup>624</sup> Von einem solchen Konsens war aber der Bauernkrieg als eine Empörung der Untertanen weit entfernt. Die konsequente Wahl des Enthauptens deutet zumindest darauf, dass die Bamberger Obrigkeit sich dieser Problematik möglicherweise bewusst war.<sup>625</sup>

Lässt sich nun anhand der vorangestellten Überlegungen beurteilen, wie die Bamberger Obrigkeit – die Ritterschaft war ja zumindest unmittelbar am Vollzug peinlicher Strafen nicht beteiligt<sup>626</sup> – zum Gebrauch der Todesstrafe gegen die Empörer stand? Für Bischof Weigand zeichnet sich ein zwiespältiges Bild ab; sein Einfluss auf die Hinrichtungen durch den Schwäbischen Bund dürfte nicht allzu groß gewesen sein, schließlich war bereits seinem Versuch, im Heerlager von Hassfurt etwas zu bewirken, kein Erfolg beschieden gewesen.<sup>627</sup> Als er aber nach dem Abzug des Bundesheeres mehr Entscheidungsspielraum besaß, befürwortete er zumindest in einem Fall sehr entschieden eine Exekution:

Kunz Ditmann, der Kastner zu Kronach, sollte hingerichtet werden, da er im Aufstand mit den örtlichen Aufrührern Umgang gepflegt hatte. Doch sprangen diesem daraufhin einflussreiche Fürbitter bei: Diverse Angehörige der fränkischen Ritterschaft (u. a. Jörg von Schaumberg und Berthold von Redwitz *samt Andern groser zal vom Adell, samt frauen vnd Junckfrauen*) baten niemand Geringeren als den Kurfürsten Johann von Sachsen, er solle zugunsten des Kastners den Bischof um Gnade bitten, da Ditmann nur versucht habe, durch seine Zusammenarbeit mit den Empörern die Güter des Adels vor größerem Schaden zu bewahren. Das Gesuch an den Kurfürsten war dabei nicht ihr erstes; zuvor hatten sie sich bereits an den Bischof selbst gewandt, konnten bei diesem aber nur eine kurze Bedenkfrist von fünf Tagen erlangen.

623 SCHNABEL-SCHÜLE, Helga: Überwachen und Strafen im Territorialstaat. Bedingungen und Auswirkungen des Systems strafrechtlicher Sanktionen im frühneuzeitlichen Württemberg (= Forschungen zur Deutschen Rechtsgeschichte, Band 16). Köln 1997. S. 127.

624 van DÜLMEN, Theater, S. 148f.

625 Das Unruhepotenzial im Hochstift war ja nach dem Bauernkrieg auch weiterhin durchaus gegeben (vgl. Punkt 4.4.4).

626 Dies hatte der Vertrag von Forchheim so geregelt. Vgl. Punkt 4.3.1.

627 Vgl. Punkt 2.2.

Am Ende dieser Zeitspanne war Weigand jedoch immer noch *etwas hart vnnd hefftig vff den Armen, erzurnt vnd mit vnghaden bewegt* und beharrte auf der Hinrichtung des Kronacher Kastners.<sup>628</sup> Zu dieser kam es aber letztlich doch nicht; es ist gut möglich, dass die Fürbitte des Kurfürsten (die schon zwei Tage, nachdem jener diesbezüglich angefragt worden war, einging)<sup>629</sup> den Bischof umstimmte. Ditmann wurde verschont, doch musste er die enorme Summe von 800 fl. entrichten.<sup>630</sup> In diesem Fall hatte ihm wohl sein sozialer Status – immerhin bekleidete er als Kastner der Festungsstadt Kronach keine unwichtige Position – geholfen, der wiederum dazu beigetragen hatte, dass Bitten von Adligen für ihn förderlich waren. Gleichzeitig ist seitens des Fürsten eine gewisse Hartnäckigkeit erkennbar – es bedurfte unter anderem der Intervention eines Höhergestellten, des Kurfürsten von Sachsen, um ihn von seinem Vorhaben abzubringen.

Ein derartig klares Bekenntnis zur Todesstrafe als akzeptablem, vielleicht sogar in Einzelfällen alternativlosem Weg des Umgangs mit Aufständischen scheint Weigand danach allerdings nicht aufrechterhalten zu haben. Dieser Eindruck ergibt sich aus den Streitigkeiten mit Markgraf Kasimir von Brandenburg über den Kitzinger Zimmermann Christoph Eber. Jener war im September 1525 aus markgräflischem Gebiet geflüchtet und hatte sich im bambergischen Forchheim in Sicherheit gebracht. Der Bischof von Bamberg weigerte sich nun unter dem Verweis auf entlastende Zeugenaussagen, Eber auszuliefern.<sup>631</sup> Als Kasimir daraufhin auf einer Übergabe insistierte, da Eber hingerichtet werden solle, wurde ihm vom Bamberger Hofrat gesagt, dass der Bischof darauf beharre, niemanden mehr an Leib und Leben zu strafen – es sei denn, dies sei eindeutig durch eine erwiesene Schuld gerechtfertigt.<sup>632</sup> Der Markgraf reagierte auf diesen Sinneswandel mit dem Verweis, die Bamberger hätten in der Vergangenheit selbst zur Todesstrafe gegriffen, und das mehrfach. Christoph Eber sei ein herausragender Aufrührer gewesen

628 StAB B 48, Nr. 4, fol. 118.

629 StAB B 48, Nr. 4, fol. 131.

630 ENDRES, Probleme, S. 59.

631 StAB B 48, Nr. 2, Prod. 185.

632 *Vnd wollen e. fl. gn. nit pergen, das vns hochgenanter vnser gn. herr von Bamberg vor der zeit beuolhen hat, ausserhalb rechtlicher erkantnus, nymand mer vom leben zum tod richten zulassen, vnd wo es on das, weren wir wol genaigt, gegen gemelten Eber ausserhalb peinlicher rechtfertigung nach seiner verwirkung, straf ergeen zulassen, Konnen aber aus obangezeigter vrsachen, wie e. fl. gn. zuachten haben, aus vnsers fl. gn. beuelhe nit geen (...).* StAB B 48, Nr. 2, Prod. 204.

und somit gemäß des Rechts vom Leben zum Tod zu richten.<sup>633</sup> Der Ausgang dieser Auseinandersetzung ist ungeklärt;<sup>634</sup> unabhängig davon aber deutet sich für Bischof Weigand eine gewisse Zurückhaltung beim Einsatz der Todesstrafe an. Dazu würde passen, dass in der Zeit nach diesem Vorfall die Zahl der Hinrichtungen deutlich abnahm.

Das Domkapitel wiederum schien vor allem zu Beginn sehr empfänglich dafür zu sein, Todesurteile zu verhängen; den Beweggrund hierfür lieferte interessanterweise die lutherische Lehre: Berichte aus Nürnberger Herbergen erzählten von Kanonikern, die anscheinend recht lautstark die Todesstrafe für diverse Aufwührer forderten, da jene der neuen Lehre anhingen.<sup>635</sup> Dieses hitzige Verhalten blieb vielleicht aufgrund des recht zügigen Gebrauchs der Enthauptung durch den Schwäbischen Bund ohne Auswirkungen. Als es im Juli zu den nächsten Exekutionen kam, hatte sich diese Haltung deswegen möglicherweise schon wieder etwas verflüchtigt, oder man hielt das Maß der Todesurteile für angemessen. Zumindest die Kapitelsitzungen jener Tage nehmen vorerst keinen Bezug mehr auf diese Thematik.<sup>636</sup> Vielleicht sah die Korporation aber auch ihre eigene Position ausreichend im Handeln des Hofrats vertreten, in dem sie ja auch mittels Kapitelsangehöriger mitzuwirken berechtigt war.<sup>637</sup> Zudem kann es sein, dass in der mittlerweile wieder vollbesetzten Korporation jene Kanoniker, die selbst mit der Reformation sympathi-

633 *Dann ontzweiuelt, ehe sich vnnsere Lieber Herr vnnd freunnt von Bamberg enntschlossenn, vnnd beuolhen hat, furan nyemantt ausserhalb rechtlicher erkanntnus, vom lebenn zum tod zerichten, ist dieser gefanngen einkommen, Als auch sein Lieb, seithero mer dann ainenn vom leben zum tod habenn richten lassen, vnnd die weyl dann der gefanngen ein sonnder aufrurer gewest ist (...).* StAB B 48, Nr. 2, Prod. 205.

634 HAMMER, Hieronymus: Geschichte des Kitzinger Bauernkriegs, in: WIELAND, Michael (Hg.): Die Stadt Würzburg im Bauernkriege von Martin Cronthal, Stadtschreiber zu Würzburg. Würzburg 1887. S. 172–182. S. 179.

635 So berichtete der Nürnberger Rat am 19. Juni 1525 seinem Gesandten in Bamberg, dass die Domherren *itzo gar unsinnig worden sein (...), wie sy sich dann alhie in der herberg unverscheucht mer dan zu ainem mal hörn lassen, sy wollen diesen personen allein darumb, das sy vor lang dem ewangelio angehangen sein, also zusetzen, das sy die zech mit den kopfen betzaln lassen.* PFEIFFER, Gerhard (Hg.): Quellen zur Nürnberger Reformationgeschichte. Von der Duldung liturgischer Änderungen bis zur Ausübung des Kirchenregiments durch den Rat (Juni 1524–1525). Nürnberg 1968. Br. 249. S. 433.

636 Diese Zurückhaltung schwand aber möglicherweise ebenfalls wieder, bedenkt man die Beschwerden des Kapitels über das in seinen Augen zu zurückhaltende Vorgehen gegen aufrührerische Untertanen im August 1525. Vgl. FN 505.

637 Vgl. Punkt 3.3.

sierten, erfolgreich einer härteren Haltung entgegenwirken konnten – immerhin war eine dieser Persönlichkeiten, Andreas Fuchs, langjähriger Dekan gewesen,<sup>638</sup> was seinem Einfluss nicht abträglich gewesen sein dürfte.

Der Hofrat sah sich wiederum durch seine intensive Einbeziehung in den Verhör- und Urteilsvorgang sehr unmittelbar mit der Frage konfrontiert, ob und auf welche Weise Todesurteile verhängt werden sollten. Die Forschungsliteratur hat daher auch teilweise recht deutlich ihm die alleinige Verantwortung für alle Exekutionen, die nicht direkt mit dem Schwäbischen Bund in Verbindung zu bringen waren, zugewiesen.<sup>639</sup> Man kann grundsätzlich annehmen, dass ihm nach dem Abzug des Bischofs zusammen mit dem Bundesheer nach Forchheim in Bamberg selbst größerer Einfluss zukam. Die Frage ist nun allerdings, ob dies tatsächlich Konsequenzen für die Bereitschaft hatte, Hinrichtungen zu veranlassen, wie dies beispielsweise für das Hochstift Würzburg unterstellt wurde.<sup>640</sup>

Gegenüber dem Schwäbischen Bund hatten die weltlichen Räte noch vor dessen Eintreffen geäußert, dass sie beabsichtigten, gegen die Empörer in Bamberg aufgrund ihrer Taten als Landfriedensbrecher gemäß der Ordnung des Reiches und des Bundes peinlich vorzugehen.<sup>641</sup> Sofern damit die Rechtsfolge der betreffenden Gesetzgebung – die Todesstrafe – gemeint ist, bedeutet dies, dass der Rat sehr wohl die Absicht hatte, Exekutionen anzuordnen. Unbestreitbar ist in jedem Fall, dass die erste größere Zahl von Enthauptungen, die am 11. Juli 1525 durch die Bamberger Obrigkeit und nicht den Schwäbischen Bund vollzogen wurden, in die Zeit der bischöflichen Absenz fällt. Allerdings stand man zwischen Bamberg und Forchheim in regem Austausch (die relativ geringe Distanz beider Orte dürfte kaum hinderlich gewirkt haben), zumal ein Teil der weltlichen Räte ja außerhalb der Residenzstadt beim Fürsten verweilte. Es ist unwahrscheinlich, dass etwas so

638 Von 1515 bis 1522. KIST, Domkapitel, S. 14.

639 „Die Todesurteile fällten freilich die weltlichen Räte des Bischofs, zum Teil längere Zeit nach dem Abzug des Bundesheeres.“ ZEISSNER, *Religio incorrupta*, S. 89f.

640 HOYER sieht – analog zu ZEISSNER für Bamberg – in den vielen Todesurteilen im Hochstift Würzburg praktisch nur das Wirken des Hofrats in der Abwesenheit des auf seinem Huldigungszug befindlichen Bischofs Konrad. Dagegen spräche aber mindestens, dass es ja gerade erst dieser Umritt war, auf dem entsprechende Exekutionen beschlossen wurden – in direkter Präsenz des Fürsten also. HOYER, Konrad III., S. 437–440.

641 (...) und wurde desshalben gegen der stat Bamberg burgern allen sambtlich und sonderlich billich gehandelt, wie man dann gegen offenlichen raubern und prennern, auch friedbrechern des heil. rom. reichs peinlich zu handeln pflegt und sonderlich, dweil sie wider bede des heil. rom. reichs und des loblichen bundes zue Swaben ordnung gehandelt. CHROUST, Chroniken, Aktenbeilage 10, S. 241f.

Gewichtiges wie das Aussprechen von Todesurteilen ohne jegliche Abstimmung mit dem Fürsten vor sich gehen konnte. Mit diesem musste zumindest ein gewisser Konsens erreicht worden sein, wobei nicht erkennbar ist, ob diese Übereinstimmung sofort zustande kam oder ob der Fürst zunächst anderer Meinung war, sich aber von der Notwendigkeit der Hinrichtungen überzeugen ließ. Es darf jedenfalls nicht pauschal darauf geschlossen werden, dass Weigand keine eigenen Positionen einnahm und nicht dazu bereit war, solche gegebenenfalls durchzusetzen.<sup>642</sup>

Allerdings existieren Hinweise darauf, dass der Hofrat auch bei anderen Gelegenheiten recht schnell mit dem Gedanken spielte, Todesurteile zu verhängen. Anlass hierzu gab ein Bericht des Amtmanns zu Kupferberg. Dieser informierte am 3. Juli 1525 über die Gefangennahme dreier Fähnleinführer des Aufstands sowie von den Aktivitäten eines Pfarrers, der nicht nur nach dem Eintreffen des Bundesheeres in Bamberg weiter zu Widerstand und Unruhe aufrief, sondern zuvor auch mit besonderem Eifer die Ausfischung adliger Fischweihen betrieben hatte.<sup>643</sup>

Die Antwort der weltlichen Räte am 6. Juli bestand in Hinsicht auf die Fähnleinführer in der Mitteilung an den Kupferberger Amtmann, man wolle *den Nachrichten hinauff schicken, dann dieselben Ir gepurende verdiente straff, mit dem Swert emp-fahen*.<sup>644</sup> Zumindest unmittelbar schien der Hofrat die Hinrichtung dieser Personen für eine angemessene Maßnahme zu halten, wofür er auch keiner allzu langen Bedenkzeit bedurfte. Allerdings zeigten sich die Räte nach dieser kurzfristigen ersten Antwort später zu Zugeständnissen bereit: Als sie einer Notiz des Amtmanns entnahmen, dass es sich bei zwei der drei Gefangenen um junge Männer handelte, die zu ihrem Tun überredet worden waren, stellten sie dem Beamten die Hinrichtung oder eine Umwandlung dieser Bestrafung in das Auspeitschen durch Ruten frei.<sup>645</sup> Im Fall des Priesters gelangte man hingegen zu einem schnellen Entschluss: jener

642 Die Frage des Kronacher Kastners Kunz Ditmann hatte ja zumindest eine verhärtete Haltung des Bischofs gegenüber der fürbittenden Ritterschaft gezeigt, wobei hier nicht klar ist, welcher Ansicht der Hofrat war. Aber auch die Änderung der Bamberger Verschreibung oder die Fragen bei der Einführung des Zwanzigsten Pfennigs deuten darauf hin, dass Weigand sehr wohl abweichende Standpunkte vertreten und sich mit diesen auch erfolgreich behaupten konnte. Vgl. die Punkte 5.5.2 und 6.2.1.

643 StAB B 48, Nr. 5, fol. 360.

644 StAB B 48, Nr. 2, Prod. 31.

645 (...) *das zwen Jung gesellen darunther, die durch die andern zu Irem furnemen sollen beredt worden sein etc. Stellen wir zu deinem gefallen ob dieselben auch mit dem Swert gericht, oder mit Ruten außgeschlagen werden sollen, vnnd wellichs dir aus den zweyen gefallen das wollest, so der Nachrichter hinauff kompt handeln lassen.* StAB B 48, Nr. 2, Prod. 31.

solle gefangen genommen und mit den Anderen (bzw. dem Anderen, je nach Entscheidung des Amtmanns) hingerichtet werden.<sup>646</sup>

Im selben Monat noch kam es zu einer ganz ähnlichen Entscheidung in Bezug auf den Ort Burgkunstadt, dessen Bewohnern vorgeworfen wurde, die Zerstörung der dortigen Adelssitze betrieben zu haben; zudem weigerten sich dort noch etwa siebenzig Personen, sich in Gnade und Ungnade zu ergeben. Die Anweisung der Räte lautete, die Stadt zu plündern und *die Manschafft darinn zuerstechen, oder aber einen zuchtiger mit zunemen, vnd dieselbigen mit dem schwert lassen richten*.<sup>647</sup> Noch deutlicher als bei den Vorfällen im Amt Kupferberg lässt sich hier erkennen, dass die weltlichen Räte bereit waren, den Tod der Untertanen als angemessene Strafmaßnahme zu akzeptieren. Allerdings kam es nicht mehr zum Vollzug dieses Vorhabens, denn als Truppen des Schwäbischen Bundes im Ort erschienen, unterwarfen sich die Einwohner sofort.<sup>648</sup>

Weitere der Beschwerden, die ein Todesurteil mit sich brachte, schloss man ebenfalls nicht aus. Ein gutes Beispiel hierfür liefert die Frage der Behandlung der Güter der Verstorbenen: grundsätzlich waren sie für die Angehörigen verloren.<sup>649</sup> Der Hofrat informierte diesbezüglich im August 1525 den Bischof, dass er die Wahl habe: er könne Härte zeigen, den Witwen ihre Habe nehmen lassen und sie zusätzlich noch in die Auflagen zur Schadenskompensation einbeziehen.<sup>650</sup> Die Tatsache, dass die Räte von sich aus von „Härten“ sprachen zeigt, dass sehr wohl ein Bewusstsein für die Konsequenzen solcher Maßnahmen vorhanden war und dass

646 *Aber dem Priester, der also den andern mit seinem schwatzen vnd andern vnpillichen furnemen, dergleichen zuthun vnd zuhandeln auch vrsach geben hat, wollest mit gantzem vleis nachtrachten, denselben zugefengknus vnd verhafft zupringen, vnd Ine, so wie die den nachrichter schicken, mit den andern posen puben, Soferr sich denn angezeigten also bei Inen allen erfunden, (...) richten lassen.* StAB B 48, Nr. 2, Prod. 31.

647 StAB B 48, Nr. 1, Prod. 98.

648 Sie entrichteten dem Bund umgehend 113 fl. Brandschatzung. DIETZ, Obermaintal, S. 63.

649 MAYER, Rechtliche Behandlung, S. 46f.

650 *Vnd erstlich, der wittiben halb, denen Ir menner, vmb derselben verhandlung mit dem Swert vom leben zum tod sind gericht worden, der bedenken wir, wo e. fl. gn. die scherpf geprauchen, vnd Ir verwurckung, gegen e. fl. gn., (als Ir obrigkait) beschehen, anziehen wolten, Das die wittiben nit allein In diese aufflag des xx<sup>ten</sup> dns. [der Zwanzigste Pfennig], gezogen, Sonder mochten durch e. fl. gn. von allen Ir hab vnd gutern verzogen werden. So aber e. fl. gn. die hertigkait nit gebrauchen, Sonder Inen gnad mitteilen wolten, stet zu e. fl. gn. ob e. fl. gn. (dweil Ire menner, vom leben zum tod gestrafft worden sind) Inen die geltstraff des xx<sup>ten</sup> dns. vnd bei dem Iren pleiben lassen wollen.* StAB B 48, Nr. 4, fol. 121. Beim Zwanzigsten Pfennig handelt es sich um die erste der Kompensationsmaßnahmen. Vgl. hierzu Punkt 6.2.

man sie als eine von zwei möglichen Handlungsoptionen betrachtete. Allerdings ist deswegen hier auch hervorzuheben, dass ebenso die Möglichkeit von Milde und *gnad* erkannt wurde. Welche der beiden Seiten man in diesem konkreten Fall bevorzugte, lässt sich nicht ausmachen; dass dem Bischof der Gegenstand zur Wahl überlassen wurde, könnte in einer entsprechenden Anweisung des Fürsten wurzeln und nicht in einer bewussten Entscheidung der Räte. Insofern ist es schwierig zu sagen, welcher Position jene hier zuneigten.

Auch wenn es zu weit ginge, dem Hofrat eine besonders blutrünstige Haltung zu unterstellen – die Bereitschaft, die Todesstrafe zu gebrauchen, war im Großen und Ganzen zumindest in den Tagen unmittelbar nach Ende des Aufstands gegeben und anscheinend auch nicht immer durch allzu gründliches Überlegen gebremst. Langfristig nahmen aber die Exekutionen deutlich ab; es ist die Frage, ob dies alleine auf den Willen und Einfluss Bischof Weigands zurückzuführen ist oder ob man gemeinsam – Fürst, Räte, vielleicht auch das Domkapitel – von derartigen Schritten mehr und mehr Abstand nahm. Blickt man auf andere Territorien, so bleibt die Zahl der (nachweisbaren) Hinrichtungen insgesamt eher niedrig. Neben dem bereits aufgeführten Unterschied zum Hochstift Würzburg weisen auch andere Territorien teils deutlich höhere Werte auf. Im Herzogtum Württemberg gingen sie vermutlich in die Tausende, während bereits kleinere thüringische Städte wie Mühlhausen (48 Exekutionen),<sup>651</sup> Langensalza (40) oder Tueda (50)<sup>652</sup> ähnliche Zahlen erreichen wie das gesamte Hochstift Bamberg, und das ohne vom Schwäbischen Bund behelligt worden zu sein. Der benachbarte Markgraf Kasimir von Brandenburg wiederum, dessen Territorium vom Bauernkrieg nur zum Teil erfasst worden war, ließ auf seinem Zug in verschiedenen Ortschaften regelmäßig Aufrührer hinrichten<sup>653</sup> – teilweise sogar außerhalb seines eigenen Herrschaftsgebiets.<sup>654</sup> Er verzichtete zwar

651 HOHN, Rechtliche Folgen, S. 35f.

652 WAAS, Die Bauern, S. 235.

653 In Leutershausen (6 Exekutionen), Uffenheim (2), Martinsheim (2), Schweinfurt (10), dem Bericht des Michel Groß von Trockau zufolge. Dieser vermeldete auch, dass der markgräfliche Nachrichten ihm *beweiset* habe, insgesamt 80 Enthauptungen durchgeführt zu haben. FRANZ, Quellen, S. 397–401.

654 So veranlasste er alleine in Rothenburg ob der Tauber die Enthauptung von 18 Männern. VASOLD, Manfred: Geschichte der Stadt Rothenburg ob der Tauber. Zugleich ein Stadtführer. Stuttgart 1999. S. 60f.



bei der Strafaktion gegen die Stadt Kitzingen größtenteils auf Exekutionen; doch griff er stattdessen zu nicht minder brutalen Maßnahmen.<sup>655</sup>

Insgesamt ergibt sich damit für das Hochstift Bamberg das Bild eines eher zurückhaltenden Umgangs mit dem Vollzug der Todesstrafe an den Aufführern. Wenn es dazu kam, dann auch nicht in unmittelbarer Folge der Niederwerfung der Empörung (in einem solchen Fall könnte man wohl am ehesten ausgelebte Rachegeleüste vermuten), sondern wenigstens mit einem gewissen zeitlichen Abstand (zum Zeitpunkt der Hinrichtungen des 11. Juli waren immerhin schon drei Wochen vergangen). Die Verhandlungen über die Beseitigung der entstandenen Schäden gingen zunächst vor, und auch als schließlich der Huldigungsritt vorgenommen wurde, führte dies (anders als in Würzburg) nicht zu einer nennenswerten Zunahme der Zahl der Exekutionen.

Eine ähnlich moderate Einschätzung lässt sich auch für die angewandten Hinrichtungsarten treffen: In den meisten anderen Territorien (darunter auch die benachbarten in Franken wie Würzburg und Eichstätt) wurde trotz einer klaren Dominanz der Enthauptung zumindest in Einzelfällen zu Maßnahmen gegriffen, die zusätzlich auf eine Beeinträchtigung der Ehre der Betroffenen zielten. Häufig waren es die herausragenden Empörer, die auf diese Weise behandelt wurden. Zwar lässt sich argumentieren, dass die meisten Personen, die im Fall Bambergs dafür in Frage gekommen wären, bereits bei den ersten Hinrichtungen im Juni 1525 starben und somit durch den Schwäbischen Bund gestraft wurden, der allgemein auf diese eher unkomplizierte und effiziente Weise vorging. Doch auch bei späteren Exekutionen (unter anderem der des Baders Hans Hartlieb) lässt sich hier keine andere Vorgehensweise konstatieren. Gleichzeitig zeigt das Beispiel Würzburg, dass es andernorts auch eine Weile nach dem Abzug des Bundes (auf dem Huldigungsritt des dortigen Fürsten) noch zu verschärften Todesarten kommen konnte. Der Bamberger Obrigkeit – die sich ja immer wieder bei den Würzburgern nach deren Vorgehensweisen erkundigte<sup>656</sup> – waren diese Handlungsoptionen zwar bekannt, sie wurden aber allem Anschein nach höchstens in Erwägung gezogen, jedoch nie wirklich durchgeführt.

655 Vgl. Punkt 5.3.

656 So etwa bei der Anfrage des Bischofs noch während des Aufstands (vgl. FN 153) oder bei der des Hofrats zwecks der Behandlung der flüchtigen Untertanen (vgl. FN 484).

### 5.3 Sonstige Leibsstrafen

Die (wie auch immer geartete) Hinrichtung stellte natürlich nicht die einzige Strafe „am Leib“ dar, die das vormoderne Rechtswesen kannte. Das Verstümmeln verschiedener Körperteile etwa war bereits im Mittelalter üblich, vor allem als Verschärfung zuvor nicht geleisteter Geldstrafen. Insgesamt aber wurde davon seltener Gebrauch gemacht, insbesondere im Vergleich zur wesentlich häufiger verwendeten Todesstrafe. Gerade im Bereich der Landfriedensgesetzgebung war es nur vereinzelt als Rechtsfolge vorgesehen. Dementsprechend wandte man Strafen wie etwa das Abhacken der Finger oder Abschneiden der Ohren in der Folgezeit des Bauernkrieges zwar durchaus an, sie waren insgesamt aber keine häufige Erscheinung.<sup>657</sup> Einen weiteren Anlass für die Verwendung von Verstümmelungsstrafen konnten grundsätzlich die vielerorts anfallenden Urfehden<sup>658</sup> bieten. Gegen die in ihrem Rahmen beschworenen Auflagen zu verstoßen bedeutete schließlich Meineid, der wiederum mit dem Verlust der Zunge oder der Schwurhand geahndet werden konnte.<sup>659</sup> Da nach dem Bauernkrieg eine Vielzahl von Untertanen eine Urfehde leisten musste, kann also zunächst angenommen werden, dass auch die Wahrscheinlichkeit für Fälle von Meineid zunahm – mit einer entsprechenden Folge für die Häufigkeit des Auftretens der genannten Sanktionen.

Für das Hochstift Bamberg geben die Quellen nun keinerlei Hinweise darauf, dass es in irgendeiner Weise zur Anwendung von Verstümmelungsstrafen kam. Daraus kann natürlich noch nicht pauschal darauf geschlossen werden, dass in diesem Territorium in keinem einzigen Fall so vorgegangen wurde. Doch zumindest ein umfassenderes Auftreten dieser Strafart ohne jeglichen Niederschlag in der Überlieferung erscheint sehr unwahrscheinlich. Dies lässt sich gut anhand eines vielbeachteten Ereignisses in der Nachbarschaft Bambergs beobachten, nämlich in Kitzingen:

Markgraf Kasimir von Brandenburg war auf seinem Kriegszug gegen die Aufständischen in die Stadt einmarschiert. Zuvor hatten sich die Einwohner des Ortes bereits unterworfen und um Gnade gebeten; der Fürst sicherte ihnen daraufhin

657 HOHN, *Rechtliche Folgen*, S. 49–51.

658 Vgl. Punkt 5.1.2.

659 SCHILD, *Alte Gerichtsbarkeit*, S. 208.

zu, dass er ihr Leben verschonen werde.<sup>660</sup> Tatsächlich blieben die sonst üblichen Enthauptungen aus, doch ereilte dutzende Untertanen Kasimirs ein kaum weniger grausames Schicksal: auf Befehl des Markgrafen wurden insgesamt sechzig kitzinger Bürger geblendet; danach verwies man sie zusammen mit anderen straffällig Gewordenen des Landes.<sup>661</sup> Die Blendung stellte die schwerste Form der Verstümmelung überhaupt dar und wurde beinahe wie eine Todesstrafe gewichtet. Dies ist nicht weiter überraschend, denn ohne medizinische Versorgung überlebten einige der Betroffenen die Prozedur nicht lange<sup>662</sup> – im Fall der geblendeten Kitzinger starben zwölf an den Folgen des Ausstechens ihrer Augen.<sup>663</sup> Doch auch für diejenigen, die nicht ums Leben kamen, war die weitere Existenz nur äußerst mühsam aufrecht zu erhalten – und das gerade in der Fremde, in die man sie im Fall Kitzingens zusätzlich getrieben hatte.

Ein derartiges Vorgehen blieb nicht ohne Widerhall. So verurteilten „explizit sowie auch implizit“<sup>664</sup> vier Kitzinger Geistliche in einer Bittschrift an Kasimir dessen Umgang mit den Geblendeten, weil dieser gegen das Gebot Gottes, barmherzig zu sein, verstoßen habe. Stattdessen würden seine geblendeten Untertanen durch „eine dreifache Todesstrafe“ bedrängt: den körperlichen, den sozialen und schließlich auch den seelischen Tod, da einige der Geblendeten bereits kurz darauf Suizidversuche begingen.<sup>665</sup> Letztlich wurde ihnen zwar erlaubt, in ihre Heimatstadt zurückzukehren; davor hatten sie aber zehn Prozent ihres Vermögens abzugeben.<sup>666</sup> Ob es bereits diese harsche Kritik war oder ob der Markgraf sich auch noch anderweitigem Druck ausgesetzt sah, ist nicht bekannt. Bezeichnenderweise aber bemühte Kasimir sich für das, was er zu Kitzingen befohlen hatte, in Rom beim Heiligen Stuhl um Absolution.<sup>667</sup>

660     ARNOLD, Kitzingen, S. 30.

661     ARNOLD, Kitzingen, S. 31; DEMANDT, Dieter/RUBLACK, Hans-Christoph: Stadt und Kirche in Kitzingen. Darstellung und Quellen zu Spätmittelalter und Reformation (= Spätmittelalter und Frühe Neuzeit, Tübinger Beiträge zur Geschichtsforschung, Band 10). Stuttgart 1978. S. 70.

662     van DÜLMEN, Theater, S. 68; HOHN, Rechtliche Folgen, S. 51; SCHILD, Alte Gerichtsbarkeit, S. 208.

663     ARNOLD, Kitzingen, S. 31.

664     ARNOLD, Kitzingen, S. 73.

665     Die Kritik blieb allerdings zunächst ohne Auswirkung, denn Kasimir beharrte auf der Ausweisung der Geblendeten. DEMANDT/RUBLACK, Kitzingen, S. 73f.

666     ENDRES, Bauernkrieg, S. 65.

667     ENDRES, Franken, S. 152.

Es erscheint zumindest höchst unwahrscheinlich, dass ein ähnlich umfassender Gebrauch von Verstümmelungsstrafen im Fall Bambergs ohne jegliche Beachtung geblieben wäre, zumal der Zug des Markgrafen mit dem Bundesheer unmittelbar dem Aufenthalt in Kitzingen folgte.<sup>668</sup> Sein Ruf allein nach der Tat von Kitzingen hätte ausgereicht, um in anderen Gegenden, in denen er sich aufhielt, eine verstärkte Aufmerksamkeit bezüglich derartiger Vorkommnisse zu bewirken. Die einzige Art und Weise, in der Verstümmelungen in großer Zahl und ohne große Resonanz auch im Hochstift hätten durchgeführt werden können, wäre deren durchgehende Anwendung in zeitlich auseinanderliegenden Einzelfällen. Insgesamt könnte es auf diese Weise doch zu einer größeren Anzahl von Verstümmelungen gekommen sein. Aber dass dies ohne jegliche Spuren in der Überlieferung geschehen wäre ist ebenfalls kaum annehmbar. Und letztlich – selbst die weitaus üblicheren Todesurteile traten nach dem Juli 1525 in Bamberg nur noch sporadisch auf. Dass ausgerechnet die ohnehin seltener gebrauchten Verstümmelungsstrafen an deren Stelle dauerhaft angewandt wurden ist keine vertretbare Annahme.

Zu diesem Bild passt, dass auch die Strafen, die ohne dauerhafte Folgen den Leib des Delinquenten betrafen (z. B. Auspeitschen), sich für das Hochstift praktisch nicht nachweisen lassen,<sup>669</sup> was parallel dazu auch in anderen Territorien beobachtet werden kann.<sup>670</sup> Sieht man von den Zufälligkeiten bei der Quellenüberlieferung ab, kann das zweierlei Ursachen haben: Zum einen, dass nicht nur die Bereitschaft, Verstümmelungsstrafen zu verhängen gering war, sondern auch den verwandten Leibsstrafen keine große Bedeutung zukam. Zum anderen bildete vielleicht auch hier die Ehrenrührigkeit in den Erwägungen der Obrigkeit einen Faktor von Bedeutung; dies wird an späterer Stelle genauer behandelt.<sup>671</sup>

668 FRANZ, Quellen, S. 398.

669 Lediglich die Erwägung des Hofrats, in einem Fall statt Enthaupten das Auspeitschen mit Ruten zu wählen, deutet in diese Richtung. Vgl. FN 645.

670 „Einen nennenswerten Stellenwert scheinen die Strafen an Haut und Haar jedoch nicht gehabt zu haben.“ HOHN, Rechtliche Folgen, S. 70.

671 Vgl. Punkt 5.5.

## 5.4 Freiheitsstrafen

### 5.4.1 Kerkerhaft

Das 16. Jahrhundert kannte das Prinzip der längerfristigen Haft über Jahre hinweg als Strafmaßnahme noch nicht. Wenn Personen eingekerkert wurden, dann geschah dies meist im Zug von Verhörmaßnahmen, etwa weil man sie für fluchtwilig hielt. Nur wenn diese Vernehmungen nicht schnell zu einem Abschluss kamen, konnte sich der Gefängnisaufenthalt in jene Längen ziehen, die moderne Haftstrafen auszeichnen.<sup>672</sup> Solche Festnahmen im Rahmen des Ermittlungsprozesses waren, wie bereits aufgeführt, auch in Bamberg üblich.<sup>673</sup> Aber auch ohne den Zweck der sicheren Verwahrung bis zum Verhör wurden Aufständische in einigen Fällen zumindest kurzzeitig weggesperrt. Im Hochstift lassen sich dafür die Beispiele des Hans Kere[<sup>674</sup> sowie mehrerer Aufständischer aus Herzogenaurach<sup>675</sup> anführen. Im Fall der Letzteren zeigt sich zudem, dass man diese Haft wohl auch als mildere Bestrafungsform für Einheimische im Vergleich zur Verbannung für Ortsfremde anwandte.

Etwas anders lag der Fall bei Geistlichen; für diese kannte man im Kirchenrecht schon seit dem Frühmittelalter die langfristige Festsetzung im Gefängnis.<sup>676</sup> Angesichts der gravierenden gesundheitlichen Folgen, die bereits ein kurzer Aufenthalt im Kerker mit sich bringen konnte, wurde die länger andauernde Haft als schwerwiegende Strafe betrachtet, die praktisch auf einer Stufe mit einem Todes-

672 SCHILD, Alte Gerichtsbarkeit, S. 209f.

673 Vgl. Punkt 5.1.1.

674 So besagt das Anklageregister von 1526, Hans Kere[ aus Frankendorf habe dem Amtmann zu Senftenberg die Speisekammer verbrannt und *sei etlich woch vmb solche handlung im stock gelegen, vnnd darumb seins versehens wol gestrafft worden*. StAB B 48, Nr. 11, Prod. 7, fol. 10. Dass es sich bei dem *stock* um einen Prangerstock und nicht um das Gefängnis handelte, ist angesichts der Strafdauer von mehreren Wochen eher unwahrscheinlich. Vgl. SCHILD, Alte Gerichtsbarkeit, S. 210.

675 Im November 1525 wies Bischof Weigand den Amtmann zu Herzogenaurach an, dass die Aufrührer in der Stadt eine bestimmte Zeit in den Turm gelegt werden sollten. Anders sollte man aber bei denen verfahren, die nicht im Ort geboren oder zumindest dort wohnhaft waren: sie hatten ihre Güter zu verkaufen und sich dann aus dem Land zu begeben. StAB B 48, Nr. 2, Prod. 116.

676 DOLEISCH VON DOLSPERG, FRANZ: Die Entstehung der Freiheitsstrafe unter besonderer Berücksichtigung des Auftretens moderner Freiheitsstrafe in England (= Strafrechtliche Abhandlungen, Heft 244). Breslau 1928. S. 17.

urteil stand.<sup>677</sup> Die Beobachtung, dass es zu keinen spezifischen Todesstrafen für Geistliche kam,<sup>678</sup> lässt sich zunächst auch auf den Bereich der Gefängnisstrafen übertragen. Allerdings ist zu bedenken, dass gerade sehr lange andauernde Haftaufenthalte sich möglicherweise erst spät in den Quellen bemerkbar machen und nicht mehr in dem in dieser Arbeit berücksichtigten Zeitraum in Erscheinung treten.

Es findet sich lediglich ein einziger Fall, der den Gebrauch langjähriger Kerkerhaft als Strafmaßnahme nach dem Bauernkrieg dokumentiert: Veit Kirchner, analog zu seinem Namen Mesner<sup>679</sup> zu St. Jakob in Bamberg, verfasste im Juni 1530 eine Bittschrift, vermutlich an die Domkanoniker gerichtet.<sup>680</sup> Darin schrieb er, er sei *vngeferlich bey vier Jarenn* verhört worden,<sup>681</sup> da er im Aufruhr gerufen habe, *Mann sollte die pfaffenn vnnd die Munchen zu tod schlagen*. Obwohl er dies abgestritten habe, hatte man ihn daraufhin *zu hoff inn den stock* eingelegt. Seine Unschuld versuchte er nun erneut zu beweisen: er habe gar keinen Grund, gegen die Geistlichkeit zu sein, wo er als Mesner doch von ihnen seinen Unterhalt empfangen und zudem sein Sohn ein Mönch im Kloster Michelsberg sei. Man solle ihn daher aus der Gefangenschaft entlassen.<sup>682</sup>

Da Kirchner als Mesner zwar kein Geistlicher, aber dennoch ein niederer Kirchendiener war, unterstand er der geistlichen Oberaufsicht.<sup>683</sup> Seine lange Haftstrafe stellt somit keine ungewöhnliche Abweichung von sonstigen Entwicklungen in anderen Herrschaften dar, sondern war den Eigenarten des kirchlichen Rechts geschuldet. Zunächst deutet dieser Umstand darauf hin, dass Gefängnisstrafen im modernen Sinn auch im Hochstift Bamberg kein übliches Strafmittel der Folgezeit

677 DOLEISCH VON DOLSPERG, Freiheitsstrafe, S. 27.

678 Vgl. Punkt 5.2.

679 WLHB, S. 119.

680 Da die Propstei des Niederstifts von St. Jakob mit einem Domkanoniker besetzt war und das Domkapitel sich auch als Herr der Immunitäten verstand, ist dies anzunehmen. Vgl. Punkt 3.2.

681 Der Name Veit Kirchners findet sich im Verhörregister von 1526, jedoch ohne weitere Vermerke. StAB B 48, Nr. 11, Prod. 7, fol. 17.

682 *So bin ich ein kirchner vnnd hab mein Narung von den geistlichenn, gedenncke auch mein lebenlang nit vonn ine zustreben noch wider sie zusein, wann ich auch selbs ein Sone im closter uffm Munchberg habe, der ein Munich ist, Also gunst vnnd lieb mitsamt verpflichter dinstbarkeyt den geistlichenn zugethann, Darumb ist an E. gn. vnnd gunst mein vnnderthenige bitte die wollenn mich bemelter fencknus genediglich ledig zelenn (...).* StAB B 48, Nr. 11, Prod. 21.

683 Mesner, in: LThK, Band 7, Sp 113.

des Bauernkriegs waren, da in dem einzigen belegten Fall das grundsätzlich eher weniger von Aufruhrfragen tangierte geistliche Recht zu diesem Resultat führte.

Zugleich könnte das Schicksal des Mesners ein Hinweis darauf sein, dass man bei der Behandlung der Bauernkriegsfolgen zumindest in bestimmten Angelegenheiten sowohl mit den Instrumenten der weltlichen als auch der geistlichen Gerichtsbarkeit arbeitete. Dies wäre vor allem für den Handlungsspielraum des Domkapitels von Bedeutung, dessen Dekan ja als höchster geistlicher Richter im Hochstift fungierte und dabei des Öfteren die Bereitschaft zeigte, nicht eindeutig einem Rechtsbereich zugeordnete Gerichtsfälle an sich zu ziehen.<sup>684</sup> Vielleicht gaben gerade bestimmte Verstöße des Bauernkriegs (der sich ja in Bamberg sehr deutlich auch gegen die hohe Geistlichkeit in Form des Domkapitels gerichtet hatte) dazu Gelegenheit, die eigene Machtposition durch den Gebrauch dieses Instrumentariums auszubauen. Weiterführende Aussagen zu diesem Aspekt können beim momentanen Erkenntnisstand jedoch nicht getroffen werden; zusätzliche Forschungsarbeit in diese Richtung wäre zunächst notwendig.<sup>685</sup>

#### 5.4.2 Verbannung

Zu den Freiheitsstrafen, die man Einzelpersonen nach dem Bauernkrieg auferlegte, gehört im weiteren Sinn<sup>686</sup> auch in Bamberg nachweislich die Verbannung aus dem Hochstift.<sup>687</sup> Dabei wurde den betroffenen Personen aufgelegt, das Land oder zumindest den bisherigen Heimatort zu verlassen; teilweise nur für eine bestimmte Zeit, teilweise aber auch dauerhaft. Auffällig ist dabei, dass dies nur für die Fälle nachweisbar ist, in denen der betreffende Aufführer sich im Hochstift zum Verhör gestellt hatte, nicht aber bei Personen, die geflohen waren und in ihrer Abwesenheit des Landes verwiesen wurden.<sup>688</sup>

684 Die Neigung des Dekanatsgerichts, so viele Fälle wie möglich an sich zu ziehen, war auf beinahe jedem Landtag in dieser Zeit Gegenstand von Beschwerden. SCHMITT, Verwaltung, S. 78. Auch reichsweit wurde das ungebührliche Übergreifen der geistlichen Gerichtsbarkeit vielerorts beklagt. BLICKLE, Peter: Die Reformation im Reich. Stuttgart 2000. S. 40–42.

685 Es sei auf die Aussage von SCHWERHOFF verwiesen, der einem Vergleich weltlicher und geistlicher Sanktionsmaßnahmen – sofern quellenmäßig möglich – „aufschlußreiche Ergebnisse“ zugesteht. SCHWERHOFF, Devianz, S. 399.

686 SCHILD, Alte Gerichtsbarkeit, S. 210.

687 Verbannung durch den Bischof: StAB B 21, Nr. 65, fol. 238<sup>v</sup>–239; StAB B 48, Nr. 2, Prod. 116; StAB B 48, Nr. 4, fol. 185. Verbannung durch das Domkapitel: StAB B 86, Nr. 3, fol. 344.

688 Vgl. Punkt 4.4.3.

Das Schicksal der Verbannten bedeutete für jene eine schwerwiegende Belastung. Sie waren gezwungen, sich in der Fremde ein neues Leben aufzubauen, wo ihnen (zumindest zunächst) nicht dieselben Möglichkeiten wie alteingesessenen Untertanen offen standen, was allerlei negative Folgen für ihre Lebensumstände bedeutete.<sup>689</sup> Diese Maßnahme stellte jedoch zugleich für die Obrigkeit eine relativ unkomplizierte Lösung dar, da keine unmittelbaren Kosten (wie etwa bei Exekutionen) entstanden; zudem konnten notorische Unruhestifter (sofern sie nicht sowieso hingerichtet worden waren) ihrem aufwieglerischen Tun nicht mehr im eigenen Land nachgehen.<sup>690</sup> Insbesondere der erstere Vorteil machte die Strafe zu einer attraktiven Wahl; wenn etwa Todesurteile gemildert wurden, wandelte man sie häufig in eine lebenslange Verbannung um.<sup>691</sup>

Auch bei der Unfähigkeit von Untertanen, die im Forchheimer Vertrag und im Vertrag mit der Geistlichkeit beschlossenen Kompensationsauflagen zu zahlen, wurde als Konsequenz die Verbannung aus dem Stift befohlen.<sup>692</sup> Dies geschah zumindest in einigen Fällen: Wenn nicht einmal der Verkauf des eigenen Besitzes ausreichte, um die verlangten Summen zu entrichten,<sup>693</sup> kam es mehr oder weniger zwangsläufig dazu. Manchmal boten sogar geflohene Untertanen aus eigenem Antrieb an, sich dauerhaft aus dem Hochstift zu begeben, wenn man sie vorher nur einließe, um ihre Angelegenheiten zu Hause zu regeln.<sup>694</sup> In diesen Fällen rechneten die betreffenden Personen vielleicht nicht mehr damit, Gnade zu erfahren; ihr Anliegen war nur noch ein möglichst geordneter Vollzug der eigenen Auswanderung. Dies ist nicht verwunderlich; wie bereits angesprochen, bedeutete das Verlassen der eigenen Heimat einen gravierenden Einschnitt, gerade hinsichtlich der materiellen Lebenssituation der Betroffenen. Der individuelle Besitz in der Frühen Neuzeit bestand nun aber zu erheblichen Teilen aus Immobilien oder sonstigen nur schwer transportablen Gegenständen; diese fortzuführen war größtenteils schlichtweg nicht möglich. Um aber wenigstens eine gewisse materielle Versorgung auch

689 MAYER, *Rechtliche Behandlung*, S. 42. Dies passt zu SCHWERHOFFS Überlegung von der „Zweigleisigkeit“ des Rechts in den vormodernen Territorien, die für Fremde weitaus mehr Nachteile mit sich brachte. Vgl. FN 608.

690 HOHN, *Rechtliche Folgen*, S. 42f; MAYER, *Rechtliche Behandlung*, S. 42.

691 Die Halsgerichtsordnung Kaiser Karls V. 1532 sah dann auch Verbannung als eine Rechtsfolge für Aufrührer vor. SCHNABEL-SCHÜLE, *Überwachen*, S. 131.

692 Vgl. Punkt 6.2.4.

693 StAB B 48, Nr. 1, Prod. 146, 147; Nr. 2, Prod. 116.

694 StAB B 48, Nr. 2, Prod. 287.



in der Fremde erhalten zu können, war es unerlässlich, den Besitz durch Veräußerung in monetäre Form zu bringen.<sup>695</sup>

Der Verkauf der Güter als elementare Voraussetzung beim Verlassen des Landes war aber mit Schwierigkeiten behaftet; er hing alleine schon davon ab, dass auch zahlungskräftige Käufer existierten – von diesen dürfte es in der durch Bundespatrouillen und Strafabgaben gebeutelten Bevölkerung aber nicht allzu viele gegeben haben.<sup>696</sup> Einen Abnehmer zu finden konnte also einige Zeit in Anspruch nehmen, und wenn schließlich ein Verkauf erfolgreich abgeschlossen wurde, erfolgte dieser wohl des Öfteren mehr oder weniger deutlich unter dem tatsächlichen (oder zumindest angestrebten) Wert. Als ein weiteres Problem erwies sich unter Umständen, dass die Verbannung aus der Heimat nicht unbedingt den besten Leumund darstellte für die Niederlassung in anderen Territorien. Darauf deutet zumindest die Bitte des Hofrats zugunsten eines bischöflichen Kammerdieners. Dieser hatte sich an der Plünderung der Domburg während des Aufstands beteiligt und musste deswegen nun das Land verlassen; dafür solle ihm, so der Diener dies erfrage, *ein paßportenn, das er mit gnaden abgeschiedenn sey* gewährt werden.<sup>697</sup>

Mit dem Urteil der Verbannung war aber oftmals das letzte Wort noch nicht gesprochen, und dies aus zweierlei Gründen. Zunächst einmal versuchten Verbannte in der Folgezeit, Gnade zu erlangen und wieder zurückkehren zu dürfen. Derartige Bittschriften finden sich noch in den 1530er Jahren, teilweise begleitet von Fürbitten. Diese wurden (wie schon im Fall der Hinrichtungen) häufig von Adligen gestellt,<sup>698</sup> aber auch Fürsprache durch den Schwäbischen Bund kam vor.<sup>699</sup> Diesen

695 SCHNABEL-SCHÜLE, Überwachen, S. 132.

696 Darauf deutet etwa die Aussage mehrerer Adliger in einer Fürbittschrift für den Schneider Endres Henk hin. Jenem war befohlen worden, 30 fl. zu zahlen und dann das Land zu verlassen. Versuche, diesem durch Verkauf der Güter nachzukommen, waren aber bisher erfolglos geblieben, *die weil Diser zeyt Nimant gern kauft*. Da Henk ausserdem *Eyn guter Handtwercksman der vns vnd vil vom adel gearbayt von dem auch wir nit wissen noch anders gehort dan das Er Redlich frume vnd getrewe* sei, baten sie, ihm die 30 fl. Strafe zu erlassen und ein Jahr Zeit zu gewähren, um die nötigen Verkäufe vornehmen zu können. StAB B 48, Nr. 2, Prod. 76.

697 StAB B 48, Nr. 2, Prod. 33.

698 StAB B 48, Nr. 2, Prod. 327. Claus Weynman etwa war nach der Verbannung aus dem Hochstift ins sächsische Coburg gezogen und hatte dort mehrere Jahre verbracht. 1532 bat er den Kurfürst von Sachsen, jener möge in seinem Namen um eine Wiederaufnahme in seiner Heimat bitten. Es ging daraufhin tatsächlich ein entsprechendes Schreiben an den Bamberger Bischof; der Ausgang dieses Falls ist jedoch nicht auszumachen. StAB B 48, Nr. 1, Prod. 166, 167.

699 So bat Hans Kotter im Januar 1527 Bischof Weigand darum, wieder Huldigung leisten und ins Stift zurückkehren zu dürfen, da er unschuldig sei. Er verwies dabei nicht nur auf seine

Anfragen war zwar, gerade wenn es sich um Anführer der Empörung handelte, auch bei tatkräftiger Unterstützung durch einflussreiche Unterstützer nicht immer Erfolg beschieden.<sup>700</sup> Zumindest einige Fälle aber beweisen, dass die Rückkehr durchaus gewährt wurde, wobei diese Wiederaufnahme bisweilen an die Entrichtung von Strafabgaben gebunden war.<sup>701</sup>

Das lag womöglich an wirtschaftlichen Überlegungen auf der Seite der Herrschenden. Zunächst einmal bestand die Gefahr, dass man sich durch den übermäßigen Gebrauch der Verbannungen ein Heer von Heimat- und Besitzlosen schuf, das entsprechende Probleme (vor allem im Bereich der Kleinkriminalität) mit sich brachte.<sup>702</sup> Aber nicht nur das: unter den Personen, die man des Landes verwies, befanden sich nicht nur arme, besitzlose Tagelöhner, sondern durchaus auch fähige Handwerker.<sup>703</sup> Diese waren aber nicht einfach von heute auf morgen ersetzbar und fehlten mit ihrem Beitrag zur Gesamtwirtschaft. Ob wohlhabend oder nicht – jeder Verbannte konnte auf seine Weise wirtschaftlichen Verlust, auch für die Obrigkeit, bedeuten.

eigene Aussage, sondern auch auf *das gonnstig fursschreiben der hochloblichn[!] pundts steennde, meiner vnschuld't halben fur mich an E. fl. gn. gethan*. StAB B 23, Nr. 78, Prod. 3.

700 Der Amtmann zu Lichtenfels, Wolf von Schaumberg, sowie elf andere Adlige baten im August 1527 für den Burgkunstadter Hans Kälble, damit dieser wieder ins Hochstift eingelassen würde. Bischof Weigand war zunächst bereit, dies gegen die übliche Ergeben in Gnade und Ungnade zu gestatten. Doch im Juli 1529 wurde das Ansinnen abgelehnt; die Begründung lautete, dass Kälble ein Anführer im Aufstand gewesen sei und man ihn daher im Stift *nit dulden oder leyden* könne. StAB B 48, Nr. 4, fol. 240, 242, 266.

701 Am 3. September wurde beispielsweise Hans Spet die Rückkehr in das Hochstift gestattet. Die Bedingung dafür war neben einer erneuten Erbhuldigung die Zahlung von 50 fl. StAB 22d, Nr. 6, Prod. 1. Vgl. HOHN, Rechtliche Folgen, S. 45.

702 SCHNABEL-SCHÜLE, Überwachen, S. 133.

703 Vgl. hierzu den Vermerk *Eyn guter Handwercksman* in FN 696. Zu diesem Aspekt passt auch die Wiederaufnahme des Plattners Hans Keyser: Diese wurde gewährt unter der Bedingung, neben Anderem zu schwören, dass er *sich seines Hantwercks, als einem frommen Biderman der sollich seinen weyb, vnnd kynnden zuthun schuldig ist, halten wolle, doch wo er durch einen vom Adell, oder sonnst zu seinem hantwerck erfordert wurde, das Ime dasselbig ongewerde steen, vnd an diser seiner pflicht vnuergriefflich sein soll*. StAB 22d, Nr. 6, Prod. 1. Dies könnte zunächst nur eine allgemeine Verpflichtung gegenüber dem Adel sein angesichts des vorangegangenen ungehorsamen Verhaltens. Vielleicht steckte aber dahinter auch das konkrete Interesse einer Ritterschaft, sich die Dienste eines wichtigen und spezialisierten Handwerkers (eines Rüstzeugmachers) zu versichern. Solcherlei wurde wiederum möglicherweise im Rahmen einer Eingrenzung verschärft betrieben; vgl. dafür FN 719.

Weiterhin muss festgehalten werden, dass die Landesverweise in der Theorie ausgesprochen werden mochten – sie in der Praxis dann auch zu realisieren, war eine ganz andere Sache. Dem noch sehr rudimentär ausgebildeten Territorialstaat fehlten am Beginn der Frühen Neuzeit schlichtweg die personellen Kapazitäten sowie die Erfahrungen im Umgang mit der Problematik für eine effiziente Vorgehensweise bei der Durchsetzung dieser Strafe, erst recht wenn dies in präventiver Absicht geschehen sollte.<sup>704</sup> Dies begann schon bei der in Franken unübersichtlichen Herrschaftslandschaft: verbannte Personen mussten meist gar nicht weit wandern, um sich in benachbarten Territorien niederzulassen. Jene lagen noch nahe genug, um die sozialen und materiellen Verluste erträglich zu halten; gleichzeitig war es der Bamberger Obrigkeit nicht möglich, diese Menschen weiter zu überwachen oder gar zum erneuten Fortzug zu zwingen.<sup>705</sup> Begaben sich gar Untertanen trotz anderweitig lautenden Urteils wieder direkt zu ihren Besitztümern im Hochstift zurück – etwa weil es ihnen, wie oben beschrieben, gar nicht möglich war, sie gewinnbringend loszuwerden – konnte es einige Zeit dauern, bis davon überhaupt etwas an die Obrigkeit drang. Und bis dieser Information auch Taten folgten, mochte noch eine längere Frist verstreichen – wenn man nicht sowieso stillschweigend dazu übergegangen war, sich aus besagten wirtschaftlichen Überlegungen in Toleranz zu üben.<sup>706</sup>

Dass dies auch im Hochstift Bamberg der Fall sein konnte, zeigt ein Beispiel aus Herzogenaurach beinahe lehrbuchartig. Als der Bischof dort anfragte, wie sich die Lage hinsichtlich mehrerer verbannter Bewohner des Ortes gestalte, fiel die Antwort von Bürgermeister und Rat sehr ernüchternd aus: die betreffenden Personen waren samt deren Familien einfach in nahegelegene Orte unter markgräflicher und nürnbergischer Herrschaft gezogen. Dadurch wurden aber weder sie noch ihre Angehörigen daran gehindert, in der Herzogenauracher Vorstadt ein- und auszugehen. Dies lag daran, dass der bischöfliche Amtmann im Verbannungsurteil zwar die Rückkehr in die Stadt selbst verboten hatte – das Umland betraf dies jedoch nicht. In den Augen von Bürgermeister und Rat war es unter diesen Umständen sinnlos,

704 EVANS, *Rituale*, S. 44.

705 In anderen, ähnlich zersplitterten Herrschaftslandschaften (wie etwa Oberschwaben) waren manche Untertanen so sicher, durch einen Wechsel in ein benachbartes Territorium nicht mehr verfolgt werden zu können, dass sie sich nicht einmal die Mühe machten, ihre Namen zu ändern. SEA, *Bestrafung*, S. 143.

706 SCHNABEL-SCHÜLE, *Überwachen*, S. 133.

jene Personen überhaupt noch zu überwachen. Vielmehr schlugen sie vor, man solle einen der angesprochenen Verbannten bewusst wieder in die Stadt holen; dies wäre auch zum Nutzen des Bischofs, denn jener sei *ein gutter erbaitter*.<sup>707</sup>

Es ist gut möglich, dass sich derartige Eindrücke auch an anderen Orten im Hochstift ergaben und damit den Gebrauch der Verbannung – trotz der oben genannten Vorteile – langfristig eher unattraktiv machten, zumal gerade die Schadensersatzfrage sich zu einem längerfristigen Problem entwickelte, zu dessen Lösung man auf zahlreiche (und möglichst zahlungsfähige) Untertanen angewiesen war.<sup>708</sup> Genau darauf aber wirkten sich die Landesverweise wohl eher negativ aus. Dies mochte ein Beweggrund gewesen sein für die Teile der Obrigkeit, die an einer Bezahlung ihrer Schäden interessiert waren, den Verbannungen eher entgegenzuwirken, entweder durch Opposition gegen ihre Verhängung (Domkapitel, Hofrat) oder aber vielleicht durch gezielte Aufnahme von dadurch heimatlos gewordenen Personen (Ritterschaft).

### 5.4.3 Eingrenzung

Neben der Verbannung, die dem Betroffenen den Aufenthalt in einem ganzen Gebiet – im Fall Bamberg das Hochstift oder zumindest Teile davon – verbot, stand als verwandte Strafmöglichkeit die sogenannte „Eingrenzung“ oder „Verstrickung“. Mit der Verbannung teilte sie unter anderem die Eigenschaft, oftmals als mildere Strafform einer härteren Maßnahme aus Gnade gewährt worden zu sein.<sup>709</sup> Wie die Bezeichnung bereits andeutet, wurde die Bewegungsfreiheit der mit Eingrenzung belegten Personen auf einen bestimmten räumlichen Bereich reduziert. Diese Beschränkung war nicht ohne Härte, denn häufig wurden bei der Festlegung des noch gestatteten Umfelds bewusst Orte sozialer Interaktion wie Wirtshäuser und öffentliche Bäder ausgespart.<sup>710</sup> Die auf diese Weise beschnittene Teilnahme am gesellschaftlichen Leben stellte für den Betroffenen nicht nur eine Minderung seiner Lebensqualität dar, aus ihr resultierte auch eine gewisse Stigmatisierung, die sich wiederum negativ auf die Ehrenhaftigkeit der Person auswirkte.<sup>711</sup> Diese Ehren-

707 StAB B 48, Nr. 1, Prod. 165.

708 Dass es an diesen wohl eher mangelte, deutet die lange Dauer bis zur Auszahlung der Schadensersatzforderungen an. Vgl. Punkt 6, insb. 6.2.6. und 6.5.

709 BAUER, Gnadenbitten, S. 60.

710 HOHN, Rechtliche Folgen, S. 177f.

711 SCHNABEL-SCHÜLE, Überwachen, S. 134. Für die Ehrenrührigkeit vgl. auch Punkt 5.5.1.

rührigkeit war gewollter Bestandteil der Strafe und wurde teilweise durch das im Verbund mit der Eingrenzung verordnete, ebenso unehrenhaft wirkende Tragen schimpflicher Kleidung noch zusätzlich verstärkt.<sup>712</sup>

Eingrenzung kam zwar vornehmlich im Herzogtum Württemberg vor,<sup>713</sup> lässt sich aber ebenfalls für Bamberg, wenn auch nur sehr selten, belegen. Definitiv sind allein die Äußerungen des Hans Klett, die dieser in seiner Bittschrift vom März 1526 an den Bischof vorbrachte, als eindeutiger Beweis einer gebrauchten Eingrenzung ausreichend. Dieser berichtete davon, dass er acht Tage bei dem Bauernhausen zu *Erenpach* verbracht habe, danach vom Forchheimer Schultheiß gefangen genommen und mehrere Wochen eingesperrt worden sei. Am Ende wurde er freigelassen unter der Auflage, dass er den Rest seines Lebens *nit weyter wandeln solle dan zu vnnd von* [seinen] *guttern*. Die räumliche Einschränkung wird kurz darauf auch in ihrem sozial begrenzenden Charakter deutlich, denn es war Klett zudem geboten, dass er *auff khein hochzeit oder kindtauff* [sein] *leben lang geen solle etc.* Doch nicht nur das – die schmählische Kleidung blieb ihm gleichfalls nicht erspart, denn er musste sich zusätzlich *auch mit einem henfen strick vnnd groen Rock vmbgurtten*. Klett betonte in seiner Bittschrift, wie beschwerlich ihm dieses sei: *wo ich also verstrickt solte sein, nit wayß zu ernerren, darzu auch solliches meinen kindlein verletzlich vnnd schmelich*.<sup>714</sup>

Die Strafe traf ihn also zweifach: sie hinderte ihn am Erwerb des Lebensunterhalts und war obendrein ehrenrührig, und zwar für alle Familienmitglieder. Über den Anlass für diese Strafmaßnahme ist leider nichts überliefert; die Verstrickung wurde oftmals als Sanktion für heimliche und hinterhältige Taten verhängt.<sup>715</sup> Dies trifft aber auf die meisten der im Bauernkrieg begangenen Verstöße nicht zu, und es war letztlich ja sinnvoller, entsprechende Aufrührer – vor allem wenn sie eine dauerhafte Störung des Friedens darstellten – mittels Verbannung wirksam an ihrem

712 BAUER, Gnadenbitten, S. 61; SCHILD, Alte Gerichtsbarkeit, S. 210.

713 HOHN geht sogar so weit festzustellen, dass die Eingrenzung als „eine regionale Besonderheit“ ausschließlich in Württemberg angewandt wurde. HOHN, Rechtliche Folgen, S. 42.

714 StAB B 48, Nr. 24, Prod. 1. Dieser Bestand enthält nichts außer dem Klettschen Schreiben und ist im Findbuch mit dem Vermerk „kulturgeschichtliches!“ versehen.

715 SCHWERHOFF, Gerd: Verordnete Schande? Spätmittelalterliche und frühneuzeitliche Ehrenstrafen zwischen Rechtsakt und sozialer Sanktion, in: BLAUERT, Andreas/SCHWERHOFF, Gerd (Hg.): Mit den Waffen der Justiz. Zur Kriminalitätsgeschichte des Spätmittelalters und der Frühen Neuzeit. Frankfurt am Main 1993. S. 158–188. S. 170.

Tun vor Ort zu hindern.<sup>716</sup> Im Fall Kletts sah man jedenfalls die Strafe definitiv als angemessen an, denn der Hofrat in Bamberg erteilte dessen Bitte eine Absage.<sup>717</sup>

Vielleicht kann auch die Huldigung des Plattners Hans Keyser als Beispiel für eine Eingrenzung herangezogen werden.<sup>718</sup> Als diesem im Juni 1528 gestattet wurde, sich erneut im Hochstift anzusiedeln, musste er Verschiedenes schwören: zum einen natürlich die Erbhuldigung; zum anderen wurde ihm geboten, dass er in Zukunft nur noch zu Hause seiner Arbeit nachgehen dürfe und *kein zech mit nymant nit thun noch leysten* solle. Die einzige Ausnahme hiervon sollten Aufträge für den Adel darstellen.<sup>719</sup> Schwierig ist hier der Gebrauch des Ausdrucks *zech*, der sich auf die von Allen zu leistenden Dorfdienste beziehen kann, aber auch ganz allgemein „Bruderschaft“ und „Vereinigung“ bedeutet.<sup>720</sup> Je nach Wahl der Begrifflichkeit lässt sich in den Auflagen eine Ausgrenzung vom Dorfleben sehen oder der Versuch, ihn von zukünftigen Zusammenschlüssen mit Gleichgesinnten (die ja die Haufen des Bauernkriegs definierten) abzuhalten. Ob man auch sonst zu derartigen Maßnahmen griff, hängt nicht zuletzt direkt mit der Frage der allgemeinen Anwendbarkeit von ehrenrührigen Strafen auf Massendelikte, wie sie im Aufruhr von 1525 begangen worden waren, zusammen; dieser Aspekt soll nun behandelt werden.

## 5.5 Ehrenstrafen

Einen Teil des Spektrums an zur Verfügung stehenden Strafmaßnahmen bildeten die so genannten „Ehrenstrafen“; ihr Gebrauch war im 16. Jahrhundert noch weit

716 HOHN, Rechtliche Folgen, S. 42f.

717 So ist auf dem Schreiben vermerkt: *Goßperg, Hanns Klett belangend, M. gn. Hn. Rethe lassens bey aufgelegter Straff pleyben, die nit geendert werden soll.*

718 Vgl. FN 703.

719 *Hanns Keyser platner, hat sich vf heut Inn des hochwirdigen fursten meins gn. Hn. von Bamberg's gnade vnnd vngnade ergeben, vnd anstat seiner fl. gn. hansen Braun, die erbhuldung, vnnd die Pundische pflicht, Auch dabey gelobt, vnnd geschworenn, das er ausserhalb seines hauß, kynnder vnnd haußgekinds, kein zech mit nymant nit thun noch leysten, sonnder sich seines Hantwercks, als einem frommen Biderman der sollichs seinen weyb, vnnd kynnden zuthun schuldig ist, halten wolle, doch wo er durch einen vom Adell, oder sonnst zu seinem hantwerck erfordert wurde, das Ime dasselbig ongeuerde steen, vnd an diser seiner pflicht vnuergriefflich sein soll (...).* StAB B 22d, Nr. 6, Prod. 1.

720 WLHB, S. 232.

verbreitet, denn erst das 17. Jahrhundert sah durch ihre vermehrte Umwandlung in Arbeitsstrafen eine allmähliche Abnahme.<sup>721</sup> Diese Häufigkeit ist aber nicht zuletzt dadurch bedingt, dass genau genommen zahlreiche Maßnahmen Ehrenstrafen darstellten: Viele von diesen bezogen ihre Sanktionswirkung nicht nur aus physischen Folgen wie körperlichen Schmerzen oder räumlicher Einschränkung, sondern beeinträchtigten zusätzlich die Ehre der betroffenen Personen. Unter dem Begriff der „Ehre“ soll dabei ein „komplexes System wechselseitiger Wertzumessung“ mit Bedeutung für die Selbstachtung des Individuums wie auch für die Herausbildung „gruppenspezifische[r] Wert- und Rangvorstellungen“ verstanden werden.<sup>722</sup> Der Ehre kam dabei auch insoweit juristische Bedeutung zu, als dass die Rechtsstellung des Individuums in Bezug zu dessen Ehrbarkeit gesetzt wurde. In diesem Zusammenhang erfuhr die Minderung der Ehre auch gezielt als Strafmaßnahme Anwendung, entweder durch den Vollzug einer zugleich auch als entehrend geltenden Strafe am Verurteilten (etwa das Auspeitschen durch den Nachrichten) oder durch die konkrete Anordnung von Ehrverlust als Sanktion für eine Straftat.<sup>723</sup>

### 5.5.1 Allgemeines

Ähnlich wie im Fall der Verstümmelungen können Strafen, die die Ehre des Bestraften anrührten – es wurden bereits Maßnahmen wie die Eingrenzung oder das Auspeitschen angesprochen – im Hochstift Bamberg in den Quellen nur sehr selten nachgewiesen werden. Diese Tatsache fällt noch gewichtiger aus, wenn man in Betracht zieht, dass bei jenen Strafen die Ehrenrührigkeit für die Obrigkeit gar nicht so sehr im Vordergrund stand, sondern tatsächlich andere Faktoren wie die körperliche Beeinträchtigung den eigentlichen Bestandteil der Maßnahme ausmachten. Dazu ist nun Folgendes zu überlegen:

Dass eine Minderung von Ehre überhaupt sanktionierende Wirkung entfalten konnte, lag in ihrer Konsequenz: die Unehrllichkeit als „ein erblicher, sozialer und rechtlicher Zustand, der eine verminderte Rechtsstellung von ganzen Berufsgruppen bewirkte.“<sup>724</sup> Damit diese Folgen aber überhaupt entsprechend zum Tragen

721 SCHNABEL-SCHÜLE, Überwachen, S. 147. Gleichzeitig aber nahm die Wirkmächtigkeit dieser Ehrenstrafen erst im Lauf der Frühen Neuzeit zu. SCHWERHOFF, Verordnete Schande, S. 179.

722 Ehre, in: EdN, Band 3, Sp. 77.

723 Ehrverlust, in: EdN, Band 3, Sp. 88f.

724 STUART, Kathy: Des Scharfrichters heilende Hand – Medizin und Ehre in der Frühen Neuzeit, in: BACKMANN, Sibylle u. a. (Hg.): Ehrkonzepte in der Frühen Neuzeit. Identitäten und Ab-

kommen konnten, mussten sie mit dem Abweichen des Einzelnen von dem Verhaltenskanon, welchen alle Angehörigen seines Umfelds voneinander erwarteten, verbunden sein.<sup>725</sup> Daraus ergibt sich also, dass eine Minderung der Ehre umso mehr Wirkung entfaltete, je stärker sie sich auf ein singuläres Individuum konzentrierte, für welches jene eine Reduktion der zur Verfügung stehenden Handlungsoptionen bedeutete.

Damit aber ist im Bezug auf den Bauernkrieg ein wichtiger Punkt angesprochen: Auch wenn die bisher behandelten Strafmaßnahmen sich dadurch auszeichnen, dass sie individuell auf Einzelpersonen angewandt wurden, so geschah dies doch immer gleichzeitig im Kontext eines Massendelikts; die Zahl der zu Strafenden war also sehr hoch. Hierzu ist nun zu bedenken, dass die vielfache Anwendung von Ehrenstrafen deren Wirksamkeit beeinträchtigen konnte. Wenn viele Personen, die sich bereits während der Straftat – des Aufruhrs – in einer verbindungsstiftenden Situation befanden, auch noch in gleicher Weise zusammen eine Strafe von hohem Symbolwert erfuhren, so war die Ausstrahlung dieses Symbolwerts zwangsläufig gemindert.<sup>726</sup> Es konnte vielleicht sogar (aus Sicht der Obrigkeit zumindest) noch ungünstiger kommen – wenn die Strafe ihre Wirkmächtigkeit zwar nicht verlor, aber von der Menge der damit belegten nicht als etwas Negatives, sondern vielmehr als Auszeichnung verstanden wurde.<sup>727</sup>

Hinzu kam noch etwas Anderes: Sozial hochgestellte Persönlichkeiten, die korrespondierend dazu mit einem hohen Symbolkapital, das die Ehre darstellte, ausgestattet waren, hatten entsprechend viel zu verlieren – hier konnten ehrenrührige Strafen erheblichen Schaden verursachen und entsprechend abschreckend wirken. Bei in dieser Hinsicht weniger hochgestellten Individuen war die Wirkmächtigkeit aber deutlich abgeschwächt;<sup>728</sup> im Fall des Bauernkriegs, wo nun einmal der „ge-

grenzungen (= Colloquia Augustana, Band 8). Berlin 1998. S. 316–347. S. 317.

725 BACKMANN, Sibylle/KÜNST, Hans-Jörg: Einführung, in: BACKMANN, Sibylle u. a. (Hg.): *Ehrkonzepte in der Frühen Neuzeit. Identitäten und Abgrenzungen* (= Colloquia Augustana, Band 8). Berlin 1998. S. 13–26. S. 15.

726 Deswegen wurde in Norddeutschland bewusst versucht, Ehrenstrafen nur in Einzelfällen anzuwenden. SCHWERHOFF, *Verordnete Schande*, S. 171f.

727 SCHWERHOFF, *Verordnete Schande*, S. 175. van DÜLMEN entwirft noch ein drittes Szenario: Wenn die Ehrenstrafe keine Wirkung erzielen konnte, weil ihre Eigenarten vom Umfeld des Betroffenen nicht als etwas Negatives wahrgenommen wurde. Allerdings ist bei einem eher kleinen und zudem kulturell homogenen Gebiet wie dem Hochstift Bamberg davon auszugehen, dass dies eher nicht der Fall war. VAN DÜLMEN, *Theater*, S. 66.

728 EVANS, *Rituale*, S. 85f.



meine Mann“ zu strafen war, mochte die Ehrenrührigkeit einer Strafe auch aufgrund dieser reduzierten Effektivität nicht die ausschlaggebende Rolle bei ihrer Wahl spielen.

Es sprechen also einige Gründe dagegen, dass man nach dem Bauernkrieg den Strafprozess bzw. die in seinem Verlauf angewandten Strafen vor allem (oder auch nur zu einem Gutteil) unter dem Aspekt von deren Ehrenrührigkeit als Sanktionsverstärkung gestaltete. Dies würde zumindest einen Ansatzpunkt zur Erklärung der geringen Häufigkeit von ehrmindernden Strafen im Fall des Hochstifts Bamberg bieten. Dies deckt sich auch mit anderen Territorien: zwar kam bisweilen sehr wohl ein – zum Teil aus moderner Sicht skurril anmutenden – Reigen an Ehrenstrafen zur Anwendung; allzu häufig gebrauchte man sie in diesen Fällen aber auch nicht.<sup>729</sup>

### 5.5.2 Die Bamberger Verschreibung

Eine interessante Ausnahme von der Feststellung des vorigen Punkts zur Relevanz der Ehrenrührigkeit als Strafe bilden allerdings die Ereignisse um die Verschreibung der Stadt Bamberg, von der Marx Halbritter in seiner Schrift berichtet:

Es wurde bereits geschildert, dass die verschiedenen Gemeinden des Hochstifts Verschreibungen ausstellen mussten, in denen sie sich zu ihren Taten und ihrer Schuldwürdigkeit bekannten.<sup>730</sup> Dies war auch der Stadtgemeinde in Bamberg geboten: jene sollte unter anderem die Verpflichtung eingehen, sich dem Strafgericht von Bischof und Schwäbischem Bund zu unterwerfen, da sie sich auf Gnade und Ungnade ergeben hätte.<sup>731</sup> Diese Verschreibung rief nun aber bei einem Teil der Bürgerschaft heftige Reaktionen hervor. Sie beklagten, dass diese Verschreibung *nit wenig sunder hoch verletzlich an ihren ehren* sei. Sie würde nicht nur ihnen selbst, sondern noch ihren Kindern eine Belastung sein, die sie an Handel, der

729 HOHN nennt etwa das Verbot, sich in einer Gesichtshälfte den Bart zu scheren, oder das Einsperren der Frauen eines ganzen Dorfes in einem Lattenverschlag. HOHN, *Rechtliche Folgen*, S. 71f.

730 Vgl. Punkt 4.3.3.

731 Die ursprüngliche Verschreibung lautete folgendermaßen: (...) *das wir uns zur entflüung noch heftiger und grausamer straf, die s. gn. und derselben thumbcapitel gegen unserm leib leben und gueter zu verhängen wol stat gehapt, in des loblichen punds und hochgenanten unsers gn. herrn von Bamberg gnad und ungnad ergeben und des bewilliget haben, wie uns die pundstend, auch hochgenanter unser gn. herr von Bamberg umb solch unsers vergessen und verwirken nach gnaden oder ungnaden strafen lassen werden, dasselb anzunemen und zu leiden.* CHROUST, *Chroniken*, S. 75f.

Ausübung von Handwerk und verschiedensten Rechtsgeschäften hinderte.<sup>732</sup> Als Grund dafür wurde genannt, dass ein jeder, der sich derart auf eine Strafe einließ, als Täter behandelt würde – ob unschuldig oder nicht.<sup>733</sup>

Mit dem Verweis auf die Ungerechtigkeit dieser Verpflichtung konnte der Bischof nach Verhandlungen Ende Oktober 1525 dazu bewegt werden, die bemängelten Strafpassagen aus der Verschreibung der Stadt Bamberg zu entfernen.<sup>734</sup> Dies geschah im Übrigen gegen den Willen des Domkapitels, das die Verschreibung nicht nur in ihrer ursprünglichen, härteren Form wie in allen anderen Fällen sehen wollte, sondern auch einen weiteren Zusatz forderte: Die Bewohner der Stadtgemeinde sollten in Zukunft keine Versuche mehr unternehmen, die Immunitäten von ihrer Treue zum Kapitel abzubringen.<sup>735</sup>

Die Reaktion der Bürger der Bamberger Stadtgemeinde bezog sich in diesem Fall also ganz erheblich auf die Auswirkung des in der Verschreibung vorgesehenen Schuldeingeständnisses auf die eigene Ehre; dieses Argument besaß zudem ausreichendes Gewicht, um die Korrektur jener Verschreibung auch wirklich zu erreichen. Allerdings ist hierbei Mehreres zu bedenken: Laut Halbritters Bericht waren einige Bürger durchaus dazu bereit, den ursprünglichen Text zu akzeptieren,

732 (...) solten wir uns tätigs verschreiben, käm uns, unsern kindern und nachkumen zu laster, auch zu verderben an unsern gutern; wir möchten unsere kind nit mit geburtspriefen verfertigen, dessgleichen die lehrjungen mit den lehrpriefen. Welcher ehrliebender man wolt mit uns handlen? wie wurden wir unsere gericht besitzen? was gult dann unser sigil, damit wir die warheit bekreftigen sollen? Darzu wurden unser handwerkleut verderben, dann in wurd kein gesell arbaiten, ursach, er wurd anderstwo fur unredlich seins handwerks geacht. CHROUST, Chroniken, S. 80f.

733 Marx Halbritter, als Sprecher der Bamberger in den Verhandlungen, formulierte es dem Bischof und dem Landschreiber gegenüber so: *So kann sich auch keiner in straff einlassen, er sei dann schuldig und ein teter; ist aber einer unschuldig und lesset sich in straf ein oder bekant sich strafbar, so wurd er ein teter erkant und pillich gestraft.* CHROUST, Chroniken, S. 84.

734 In der korrigierten Variante lautet der Verschreibungstext nur noch: (...) *dass wir uns sampt inen* [gemeint sind mit *inen* dabei *etliche mutwillige und leichtvertige person in der stat Bamberg*, die „anständige“ Stadtgemeinde wird nun separat von den restlichen Aufständischen genannt!] *in des loblichen punds und hochgenants unsers gnedigen herren von Bambergs gnad und ungnad ergeben haben (...).* CHROUST, Chroniken, S. 85–88.

735 Das Rezessbuch vermerkt Anfang Oktober: *Nach verlessener Copia der verschreibung so die von Bamberg, vber sich gebenn sollenn, habenn meine hn. vor gutt anngesehenn, das solche verschreibung nit linder sonder denn ihennignenn, so anndere Stat vber sich gebenn habenn, gemeß gestelt werde, dieweill Bamberg aller aufrur annfanng, vnnd ein Prun gewest ist, soll auch darein gesetzt werdenn, hinfuro nit zuuntersteen, die Mundetter vom Capitell zudringenn (...)* STAB B 86, Nr. 3, fol. 318.

konnten sich also mit dessen Konsequenzen arrangieren.<sup>736</sup> Diejenigen, die mit Bischof Weigand über eine Milderung der Verschreibung verhandelten, rekrutierten sich entsprechend aus dem Personenkreis, der die Ehrenrührigkeit für besonders gravierend erachtete. Zugleich sind aus den anderen Gemeinden keine ähnlichen Versuche bekannt, deren Verschreibungen (die ja der von Bamberg abgelehnten Version entsprachen!) in ähnlicher Weise abzuändern.

Einen möglichen Erklärungsansatz bietet die zuvor dargelegte Annahme, dass Ehrenrührigkeit insbesondere dort größere Wirkungsmacht entfalten konnte, wo ein hoher Verlust an Ehre zu erwarten war. Nun entstammten die Bürger, die beim Bischof vorsprachen, wahrscheinlich den sozial besser gestellten Schichten der Residenzstadt.<sup>737</sup> Diesen war zumindest zum Teil daran gelegen, dem drohenden Ehrverlust entgegenzutreten, vielleicht auch aus dem Bewusstsein heraus, sich vom restlichen „Pöbel“ des Aufstands zu distanzieren. Geht man davon aus, dass es tatsächlich nur im Fall der Bamberger Bürgerschaft zu einem solchen Widerstand gegen die ehrenrührigen Folgen von Strafmaßnahmen nach dem Bauernkrieg kam, würde dies insgesamt für die Annahme sprechen, dass der Faktor des Ehrverlustes bei der massenhaften Bestrafung keine Rolle spielte (oder zumindest keine Reaktion hervorrief); nur bei einem relativ kleinen Kreis wie den genannten Bürgern der Bamberger Stadtgemeinde kam es zu weitaus heftigeren Reaktionen. Diesen Bürgern gegenüber aber zeigte der Bischof Entgegenkommen, ganz anders als das Kapitel; letztlich konnte sich jedoch ein weiteres Mal der Fürst durchsetzen.

736 *Und ward darauf von personen zu personen gefragt, was auf des fursten begern der dreier vorgemelten artikel [der Verschreibung] halb nu furzenemen were? Auf dises wurden etlich gefragt. Die antworten: Sie wolten die verschreibung, wie der furst die begeret, also annemen, sie westen kein mangel daran.* CHROUST, Chroniken, S. 76f.

737 Marx Halbritter, der Autor des Berichts, der in den Verhandlungen mit dem Bischof auch wortführend auftrat, war Ratsmitglied und wohlhabender (wenn auch nicht reicher) Bürger. Andere Angehörige der Partei, die nicht bereit war, die ursprüngliche Verschreibung zu akzeptieren, begründeten ihr Handeln damit, dass *vil unmutz des pofels und leichtfertiger buben zu Bamberg weren, die auf ir und andern frumen leut ungluck gehofft hetten, desshalb si dem fursten und ihn selbs zu gut ir leib und gut stetigs feil hetten tragen müssen* (...). Dies wirkt wie eine deutliche Abgrenzung gegenüber dem gewöhnlichen „Pöbel“ und dessen Intentionen im Aufstand. CHROUST, Chroniken, S. 77. Es sei außerdem auf den Quellenauszug in FN 732 verwiesen: Dort beschreiben die Bürger die Folgen des Ehrverlustes für Handel, Gerichtsfähigkeit und Handwerk – dies aber sind Tätigkeiten, die man eher mit den Angehörigen der gehobenen städtischen Schicht verbinden würde!

## 5.6 Geldstrafen

Zu den am häufigsten und in allen betroffenen Territorien verhängten Strafen nach dem Bauernkrieg gehörte die Auferlegung von Geldsummen. Der Grund für ihre Beliebtheit ist nicht schwer auszumachen: Nicht nur konnten sie ohne größeren organisatorischen Aufwand verhängt werden, sie füllten auch die stets klammen Kassen der Obrigkeit, die im Angesicht der Kosten, die die Empörung verursacht hatte, noch mehr als sonst dringend der Füllung bedurften.<sup>738</sup>

Nicht einfach ist dabei jedoch die Unterscheidung der oftmals parallel beschlossenen Strafen. Das beginnt schon bei den dafür verwendeten Bezeichnungen: Ausdrücke wie „Strafgeld“, „Geldstrafe“, „Auflage“ und „(Brand-)Schatzung“ werden in den Quellen – gerade auch im Fall Bambergs – ohne feste Zuordnung im ständigen Wechsel gebraucht. Dies erschwerte es, im Einzelfall festzustellen, ob die geforderte Geldsumme als Brandschatzung, als Strafmaßnahme, als Ersatzleistung für eine andere Sanktion oder als Kompensationsauflage zu verstehen ist. Insbesondere bei Letzterem sind die Grenzen fließend – vor allem dann, wenn Strafgeelder auch zur Kompensation gebraucht wurden. Diese Unschärfen müssen für die folgenden Punkte berücksichtigt werden.

### 5.6.1 Die Brandschatzung des Schwäbischen Bundes

Die in diesem Abschnitt behandelte Brandschatzung (auch „Brandgeld“ genannt) soll sich auf jene Geldzahlungen beziehen, die eine militärisch überlegene bzw. siegreiche Partei von unterworfenen Gemeinden verlangte für den Verzicht darauf, den entsprechenden Ort niederzubrennen. Wurde sie entsprechend geleistet, sicherte man Schutz zu, entweder direkt in Form von stationierten Truppen oder abstrakt durch die Verleihung eines Schutzbriefs. Die Brandschatzung diente in den meisten Fällen vornehmlich der Finanzierung von Kriegskosten.<sup>739</sup>

Im Bauernkrieg machte der Schwäbische Bund davon Gebrauch, da sich bereits einige Jahre zuvor gezeigt hatte, dass die Beiträge seiner Mitglieder weder ausreichend waren noch schnell genug zur Verfügung standen, um eine schlag-

<sup>738</sup> HOHN, Rechtliche Folgen, S. 55f.

<sup>739</sup> Brandschatzung, in: EdN, Band 2, Sp. 385–388.

kräftige Heeresmacht zügig einzuberufen und zu unterhalten.<sup>740</sup> Die Prämissen, die der Brandschatzung zugrunde lagen, änderten sich entsprechend im Lauf der Zeit. War sie zu Beginn vornehmlich als Strafmaßnahme betrachtet worden, so kam ihr später praktisch ausschließlich die Funktion der hauptsächlichen Einnahmequelle bei der Bezahlung der Feldzugskosten zu.<sup>741</sup> Dafür hatte man gute Gründe: Plünderungen als Alternative waren bereits deshalb problematisch, weil der besiegte „Feind“ im Bauernkrieg ja niemand anders war als die Untertanenschaft der eigenen Bundesstände. Diese zu berauben hätte also die Wirtschaftskraft derjenigen Territorien geschädigt, die im Endeffekt für die langfristige Finanzierung der Einung aufkamen,<sup>742</sup> zumal gerade das Plündern durch Söldner stets zu eskalieren drohte.<sup>743</sup> Aus diesem Grund entwickelte man im Frühjahr 1525 ein organisierteres Vorgehen, nämlich die Brandgelder. Diese erwiesen sich schon sehr bald als effiziente Methode zur Eintreibung von zusätzlichen Finanzmitteln; allein zwischen Mitte Mai und Anfang Juni des Jahres kamen etwa 20.000 fl. zusammen.<sup>744</sup>

Die Brandschatzung des Schwäbischen Bundes war grundsätzlich auf 6 fl. pro Feuerstätte festgesetzt, zu deren Zahlung sich die unterworfenen Untertanen in der Regel mit dem Schwur der Kapitulation verpflichteten.<sup>745</sup> Da aber die Einung vorsah, dass reichere Personen ärmeren durch einen entsprechend höheren Eigenbeitrag Unterstützung leisteten, wurde diese Summe nicht individuell eingeholt, sondern pauschal den gebrandschatzten Gemeinden auferlegt. Die zu leistende Summe errechnete sich dabei aus der Gesamtzahl aller dortigen Herdstätten,<sup>746</sup> multipliziert mit den für den einzelnen Herd angesetzten 6 fl. Die jeweiligen Ortschaften wiederum bestimmten dann selbst, welche ihrer Mitglieder sich in welchem Ausmaß an deren Entrichtung zu beteiligen hatten.<sup>747</sup> Es war dabei auch dem Einzelnen möglich, sich mit einer sogenannten „Purgation“ von einer Einbeziehung in diese Zahlung zu befreien; dafür musste jedoch erfolgreich jegliche Beteiligung

740 Diese Erkenntnis setzte sich nach dem Kampf des Bundes mit Herzog Ulrich von Württemberg im Jahr 1519 durch. CARL, Schwäbischer Bund, S. 360f.

741 CARL, Schwäbischer Bund, S. 362.

742 SEA, Bestrafung, S. 152. Für die Finanzorganisation der Einung vgl. CARL, Schwäbischer Bund, S. 347–364.

743 MAYER, Rechtliche Behandlung, S. 28.

744 SEA, Bestrafung, S. 154.

745 SEA, Bestrafung, S. 131.

746 Für eine genauere Definition dieser Belegungsart vgl. FN 946.

747 SEA, Bestrafung, S. 161.

am Aufstand widerlegt werden. Da aber bereits Rat und Hilfe für die Empörer als Beteiligung zählten, war dies sehr schwierig zu erreichen. Auch hatten viele Gemeinden zusammen die Aufrührer aus ihrer Mitte während des Aufstands verpflegen müssen; durch das gemeinsame Einzahlen hierfür wurden in den Augen des Bundes aber alle Bewohner dieser Orte zu Beteiligten der Empörung.<sup>748</sup>

Die erste Brandgeldforderung traf das Hochstift sofort nach dem Zusammenbruch des Aufstands. Basierend auf dem eigenen Eingreifen in Bamberg und dem Schwur der Kapitulation durch die dortigen Untertanen sahen die Kriegsräte des Bundes ihre Truppen als siegreiches Heer und somit zur Plünderung berechtigt. Sich darauf berufend, verlangten sie gegenüber Mitgliedern des Bamberger Rats die enorme Summe von 50.000 fl als Brandschatzung von der Stadt. Die Höhe dieser Forderung ist nicht überraschend, bedenkt man die dringlichen Geldprobleme, die den Bund im Juni 1525 plagten.<sup>749</sup> Entsprechend schrieb man auch an die Bundesräte zu Ulm, dass es die Absicht der Heeresführung sei, in Bamberg *die schatzung zum höchsten ze bringen*.<sup>750</sup> Dort wiederum dürfte man ein solches Verhalten kaum kritisiert haben, fürchteten doch Bundesräte wie der bayerische Kanzler Leonhard von Eck, dass die Brandgelder nur unmittelbar vor Ort mit dem präsenten Heer im Rücken einzuholen waren, nicht mehr aber nach dessen Abzug.<sup>751</sup>

Es gelang den Bambergern jedoch innerhalb kurzer Zeit, die Brandschatzungssumme auf 13.000 fl. zu drücken.<sup>752</sup> Weshalb dies so leicht fiel, lässt sich anhand der Quellen nicht erklären; jedoch stellt das Hochstift keinen Einzelfall dar. Es war auch in anderen Fällen bereits dazu gekommen, dass die zunächst veranschlagte Summe des zu zahlenden Brandgelds nachträgliche Änderungen erfuhr.<sup>753</sup> Möglicherweise zwang der Zeitdruck die Heeresleitung dazu, längere Verhandlungen zu vermeiden – ganz abgesehen davon, dass die erste Forderung weitaus weniger schnell durch die Stadt aufzubringen war als die zweite. Vielleicht wurde auch die verlangte Summe zu Beginn bewusst hoch gewählt, um wenig später durch ein scheinbar großzügiges Zugeständnis (immerhin ging man mit der Forderung um

748 HOHN, Rechtliche Folgen, S. 237–241. Vgl. auch die Purgation für den Zwanzigsten Pfennig und seine Folgeauflagen, Punkt 6.2.3.

749 Vgl. Punkt 3.5.

750 VOGT, Correspondenz IV, S. 12.

751 LERCH, Würzburg, S. 77.

752 CHROUST, Chroniken, S. 64f.

753 SEA, Bestrafung, S. 153.

mehr als zwei Drittel zurück) wiederum die Gegenseite zu einem schnellen Einwilligen zu bewegen.

Trotz dieser Absenkung war immer noch eine erhebliche Geldsumme aufzubringen. Dazu ließ sich die Stadt an verschiedenen Stellen Geld: bei Domherren, Zünften, Bruderschaften und geistlichen Einrichtungen. Auf diese Weise kamen etwa 5.000 fl.<sup>754</sup> zusammen, die dem Bund übergeben wurden. Dieser zog daraufhin fort, ohne auf die sofortige Entrichtung der Restsumme zu bestehen.<sup>755</sup> Es gab im Juni 1525 nämlich noch keine speziellen Beauftragten, die – unabhängig vom Heereszug – vor Ort die Eintreibung der Brandschatzung in Bamberg hätten betreiben können. Die Verantwortung für jene lag noch bei der Heeresführung selbst, welche aber aufgrund des Zeitdrucks nicht dazu in der Lage war, länger abzuwarten.<sup>756</sup>

Um die aufgenommenen Schulden zu bezahlen, musste eine Sondersteuer ausgeschrieben werden. Auf jedes Haus in Bamberg wurden 3 fl. gelegt, sowie für 1 dn. geleistetes Wochengeld je ½ fl. zusätzlich. Das Domkapitel verlangte jedoch am 4. Juli für die Immunitäten, dass steuerbefreite Häuser nur belegt werden sollten, wenn deren Bewohner auch Aufständische gewesen waren,<sup>757</sup> womit es sich aber nur teilweise gegen die Stadtgemeinde durchsetzen konnte.<sup>758</sup> Diese Abgabe brach-

754 Die genaue Summe ist nicht zu ermitteln. Das Domkapitel sprach bei der Einführung der Steuer zur Rückzahlung der aufgenommenen Schulden von 8.000 fl. (vgl. FN 757). Die zweite Rate des Brandgelds, die man im August nach der Absenkung der Gesamtsumme in Nürnberg entrichtete, betrug 6.000 fl., was eine vorige Zahlung von 5.000 fl. bedeuten würde (vgl. FN 761). Damit wäre auch erklärt, warum das Kapitel sich im Juli auf 8.000 fl. bezog: dies wäre die Differenz zwischen den bereits entrichteten 5.000 fl. und den zu diesem Zeitpunkt noch geforderten 13.000 fl.

755 CHROUST, Chroniken, S. 64.

756 Diese Situation, in der eine sofortige Zahlung der Brandschatzung gar nicht machbar war, dem Bund aber auch nicht die Zeit zur Verfügung stand, um auf eine vollständige Entrichtung zu warten, ergab sich zu Beginn noch sehr häufig. SEA, Bestrafung, S. 153f.

757 *Bewilligt zubezahlung der viii<sup>m</sup> guldein Brantschatzung alle muntteter mögenn belegt werdenn, doch das alle Gefreytten so hievor gefreit gewest, gefreit pleibenn, Es were dann das etlich gefreitenn, sich der Auffrur theilhafftig vnnd verwürcklich gemacht hettenn, die möchten itzo auch woll angelegt werdenn (...).* StAB B 86, Nr. 3, fol. 304'–305.

758 Dies handelten Stadtrat und Kapitel bis zum 10. Juli 1525 aus: Steuerbefreite Häuser in den Immunitäten wurden nicht einbezogen, wenn sie Dienern des Bischofs, des Kapitels und anderer Geistlicher gehörten; dies galt jedoch nicht, wenn diese Handel oder Gewerbe trieben. Steuerbefreite Häuser, die nicht von besagten Dienern bewohnt waren, deren Besitzer jedoch auch keinen Handel trieben, sollten nicht die 3 fl. zahlen, sondern nur den Anteil nach Wochengeld. Alle nicht steuerbefreiten Häuser in den Immunitäten waren zu belegen wie die im Stadtgericht. Am Aufruhr beteiligte, die diese Abgabe nicht leisten konnten, sollten der Stadt verwiesen werden. ASB D 3001, Rep. 2, Nr. 652, fol. 97–97'. Bereits zu diesem Zeitpunkt war also die Verbannung von Personen, die

te knapp 8.900 fl. ein.<sup>759</sup> Letztlich gelang es am 8. August, bei der Zahlung der restlichen Brandschatzungssumme in Nürnberg, mit Hilfe der Reichsstadt eine weitere Absenkung auf 11.000 fl. zu erreichen.<sup>760</sup> Die nun noch ausstehende Restsumme von 6.000 fl. konnte bei dieser Gelegenheit auch restlos bezahlt werden; danach kam es zumindest zu keinen offiziellen Forderungen mehr.<sup>761</sup>

Eigentlich wäre damit die Brandschatzungsfrage seitens des Schwäbischen Bundes vorerst beigelegt gewesen, denn dessen Beauftragte versprachen dem Bischof, dass alle eventuellen Brandschatzungen im restlichen Hochstift nur durch die lokale Obrigkeit vorgenommen werden sollten.<sup>762</sup> An diese Aussage hielt man sich aber nicht,<sup>763</sup> denn der Fürst entsandte (wohl Ende Juli oder Anfang August 1525) seinen Kanzleiverweser nach Ulm zu den Bundesräten. Dieser sollte dort Beschwerde einlegen, da es zu Brandschatzungen im Hochstift seitens des Bundes gekommen war, und das nicht nur durch einfache Söldner, sondern zudem durch die Kriegräte des Bundesheeres selbst. Als Konsequenz dessen forderten die Bamberger 6.000 fl. aus diesen so gewonnenen Brandgeldern zurück, oder zumindest die Verrechnung jener Summe mit künftigen, dem Bund durch das Hochstift zu zahlenden Beiträgen.<sup>764</sup> Die Bundesräte wehrten diese Forderung jedoch mit Verweis auf die hohen Kosten, die man durch den Zug nach Bamberg erlitten habe, ab. Bezüglich der Brandschatzungen im Bamberger Land fiel die Abfuhr noch deutlicher aus: dagegen könne man nichts unternehmen, es komme auch anderswo zu

(Straf-)Gelder nicht leisten konnten, schon üblich, was sich später unter anderem bei den Kompensationsauflagen fortsetzte (vgl. Punkt 6).

759 CHROUST, Chroniken, S. 65, FN 1.

760 CHROUST, Chroniken, S. 65, FN 3.

761 Dies ergibt sich daraus, dass die Bilanzen der Brandschatzung des Bundes aus den Jahren 1526 und 1527 für Bamberg stets nur die geleistete Summe 6.000 fl. notierten. Das würde allerdings voraussetzen, dass die zuvor sofort geleisteten 5.000 fl. hierin keinen Niederschlag fanden. In jedem Fall taucht Bamberg nie in der Aufführung der noch ausstehenden Zahlungen von Mitgliedern auf. SEA, Economic Impact, Appendix B, C, D. S. 91–97.

762 Dies war gerade in Franken häufiger der Fall: Der Schwäbische Bund gestattete die Eintreibung der Brandschatzung etwa auch den Grafen von Hohenlohe, dem Propst von Ellwangen sowie Markgraf Kasimir von Brandenburg. SEA, Bestrafung, S. 156.

763 Es sei auf die Brandschatzung Burgkunstadts in Höhe von 113 fl. verwiesen (vgl. FN 648).

764 StAB B 48, Nr. 1, Prod. 113.



solcherlei Vorgängen; der Bischof solle sich in dieser Sache nicht weiter beschweren.<sup>765</sup>

Dies ist eine wichtige Erkenntnis, denn hätte sich die Brandschatzung des Bundes tatsächlich „nur“ auf Bamberg begrenzt, wäre dem Umland eine erhebliche Zusatzbelastung erspart geblieben. Auch wenn der Bund gegenüber der Bamberger Obrigkeit keine solchen Brandschatzungen außerhalb der Residenzstadt anerkannte, muss dies nicht heißen, dass man nicht insgeheim auf eigene Faust vorgehende Mitglieder der Einung trotzdem dazu anhielt – die Geldnot der Einung konnte hier sehr gut als völlig ausreichende Motivation herhalten. Gerade die ohne (offizielles) Wissen der Bundesleitung vollzogenen Maßnahmen führten nun nicht zu der – eigentlich gewollten – geordneten Belegung der örtlichen Untertanen. Kriegsräte nahmen diese nämlich oft zweimal vor: Die erste Schatzung wurde nicht gemeldet, sondern in die eigene Tasche gesteckt, während die zweite für die übergeordneten Stellen gedacht war.<sup>766</sup>

Die Einbringung der Brandgelder brachte allerdings unabhängig davon, wer sie letztlich vornahm, noch weitere Nachteile für die Bevölkerung mit sich: Orte mit zahlreichen, aber größtenteils armen Haushalten – und diese dürften wohl die Mehrheit ausgemacht haben – wurden schwer belastet, da die hohe Zahl an Herdstätten die Brandschatzungssumme entsprechend nach oben trieb. Dagegen wurden Gemeinden mit einigen wenigen, großen und wohlhabenden Gütern im Durchschnitt weit weniger belastet, da hier die zu zahlende Summe niedriger ausfiel bei gleichzeitig größerer Finanzkraft.<sup>767</sup> Doch auch bei einer einigermaßen ausgewogenen Vermögensverteilung war Grund zur Zwietracht gegeben: Der Ansatz des Schwäbischen Bundes, dass Reiche mehr entrichten sollten als Arme, war für

765 So lautet im Bericht des Kanzleiverwesers die Antwort der Bundesräte: *E. gn. solten das auch pillich nit begeren, Dan E. gn. westen nit, was grossen mercklichen vncosten der punt Euern gn. verhelffen vnd derhalben wider Eingesetzt hett, vnd wo er In den punt nit gehabt, das E. gn. verderben gewest, So were von gemeins punts wegen sonsten ausserhalb der Stat bamberg In E. gn. Stieff nit prantschatzung, Ob es aber von sondern personen des Kriegsuolckhs, hauptleuten oder anderen bescheen, da konnten sie nit fur Konten vnd westen das auch nit zuuerkomen oder wider zuschaffen dann Es nit allein E. gn. vnd Im land zu francken (...) bescheen, hetten vnd konnten dasselbig auch nit verkomen, darumb solt E. gn. In gelegenheyt der sachen, Es auch dabey beschehen pleyben.* StAB B 48, Nr. 15, fol. 15.

766 SEA, Bestrafung, S. 161. Vielleicht ist die zuvor aufgeführte Beschwerde einer Ortschaft, insgesamt viermal vom Bund „geplündert“ worden zu sein, in diesem Kontext zu sehen (vgl. FN 438).

767 SEA, Economic Impact, S. 87f.

Erstere meist kein Grund zur Begeisterung. Umgekehrt mussten Letztere fürchten, dass wohlhabendere Einwohner die Aushilfe bei den Brandschatzungen später zur Durchsetzung persönlicher Rechtsvorteile auf deren Kosten nutzen würden.<sup>768</sup>

Die Quellenlage erlaubt leider keine genaueren Aussagen darüber, in welchem Ausmaß und für welche Zeitspanne der Schwäbische Bund im Hochstift Brandgelder einsammelte. Ebenso wenig ist dies möglich für Schatzungen, die die lokale Obrigkeit selbst für den Bund vollzog, wobei hier nicht zuletzt die inkonsequente Wortwahl in den Quellen eine genaue Beurteilung sehr schwierig macht. In dieser Hinsicht wäre noch viel eingehendere Forschungsarbeit zu leisten, vor allem unter Berücksichtigung der schriftlichen Aufzeichnungen des Bundes selbst.

Im Lauf der Zeit dürfte die Eintreibung dieser Gelder jedoch abgenommen haben; einerseits weil die Bevölkerung nichts mehr zu geben imstande war, andererseits, weil bei allen lokalen Obrigkeiten zunehmend der Widerstand gegen die Brandschatzung des Bundes wuchs, nicht zuletzt da man ja auch eigene Forderungen gegenüber den rebellischen Untertanen realisieren wollte.<sup>769</sup> Als die Einung 1529 zum letzten Mal versuchte, ein Brandgeld auf der Berechnungsbasis von ½ fl. je Herdstätte aufzulegen, konnte sie sich damit nicht mehr gegen den Widerstand der Bundesmitglieder durchsetzen.<sup>770</sup>

### 5.6.2 Straf gelder

Obwohl der Schwäbische Bund sich darum bemühte, seine Brandschatzung als alleinige Straf abgabe den Untertanen aufzulegen, konnte er nicht verhindern, dass die Mitglieder des Bundes selbst zusätzliche finanzielle Sanktionen verhängten.<sup>771</sup> Angesichts der Kosten, die nicht nur die Aufrührer an Gebäuden und Besitztümern verursacht hatten, sondern die zudem beim Vollzug diverser Strafen anfielen, war auch für die lokalen Obrigkeiten ein eindeutiges Interesse an solchen Maßnahmen gegeben.<sup>772</sup>

768 SEA, Economic Impact, S. 89.

769 SEA, Bestrafung, S. 159.

770 SEA, Economic Impact, S. 84.

771 SEA, Bestrafung, S. 162.

772 In diesem Sinn begründete Bischof Weigand einem (namentlich nicht genauer benannten) Amtmann gegenüber das Straf geld für dessen Amt damit, dass die Untertanen dort dem Fürsten *neben andern vnsern auffrurigen vnd vngehorsamen vnterthanen in einen Mercklichen vncosten vnd ausgab den wir bishere mit grossen darlegen haben erhalten vnd nach thun müssen* gebracht hätten. StAB B 48, Nr. 1, Prod. 116.

Die verschiedenen Territorien gingen dementsprechend nach dem Ende des Bauernkriegs mit Strafabgaben gegen ihre Untertanen vor. Auch Bamberg machte hiervon keine Ausnahme: Der Huldigungsritt von Bischof und Domkapitel im Hochstift sowie die späteren Erkundigungen und Verhöre durch Diener des Bischofs brachten nicht nur Untersuchungen und Strafen gegen einzelne Personen mit sich; auch die Gemeinden als Ganzes wurden für ihr Tun zur Verantwortung gezogen, und zwar in Form von kollektiv aufgelegten Strafgeldern.<sup>773</sup>

Diese betrafen alle, die sich während des Aufruhrs gegen das Hochstift empört hatten; eine Befreiung von der Auflage durch Nachweis der eigenen Unschuld war (vermutlich ähnlich wie bei den Kompensationsmaßnahmen und den Brandschatzungen des Schwäbischen Bundes)<sup>774</sup> möglich. Umgekehrt konnten aber auch Personen, die nicht dem Bischof oder dem Kapitel, sondern dem Adel untertan waren, herangezogen werden. Bischof Weigand nannte als Grund, dass gerade die Straf gelder zur Entschädigung der Hochstiftsschäden dienen sollten, da die im Forchheimer Vertrag bzw. im Vertrag mit der Geistlichkeit beschlossene Schadensersatzregelung ja nur der Ritterschaft und den Geistlichen zugute kam.<sup>775</sup> Dies wiederum wirft ein anderes Licht auf die Straf gelder, die das Domkapitel erhob. Sie waren als reine Entschädigungsmaßnahme ja nicht notwendig, da die Kanoniker im Rahmen der vertraglichen Lösung vergolten wurden. Neben einer Verwendung dieser Gelder zur Beseitigung von Schäden, die in den Immunitäten und dem Amt Staffelstein entstanden waren, könnten zwei weitere Absichten gestanden haben: entweder sahen sie die Gelegenheit, durch derartige Bußen ihre eigene Kompensation zusätzlich voranzutreiben,<sup>776</sup> oder diese sollten zur Finanzierung eigener Strafmaßnahmen herangezogen werden.

773 Der Huldigungsritt brachte offensichtlich nur eine erste Welle von Straf geldern mit sich; darauf weist hin, dass in einigen Fällen bewusst während des Zugs auf die Verhängung von Straf geldern bei dieser Gelegenheit verzichtet wurde, weil noch genauere Untersuchungen vorzunehmen waren. StAB B 48, Nr. 5, fol. 390–403'.

774 Vgl. hierfür Punkt 6.2.3.

775 So ließ Weigand Hans und Kunet von Giech, die sich über Straf gelder des Bischofs, die jener ihren Untertanen auferlegte, beschwert hatten, ausrichten, dass der Forchheimer Vertrag keinen Verzicht des Bischofs auf Schadensersatz darstellte. Vielmehr hätten alle Personen, die dem Hochstift Schaden zugefügt hatten, entsprechende Entschädigung zu leisten, ob Untertan oder nicht. StAB B 48, Nr. 18, fol. 102.

776 Wobei ihnen die Bestimmung des Vertrags, dass eigene Einnahmen mit der Schadensersatzsumme zu verrechnen seien, einen finanziellen Gewinn über den tatsächlichen Schaden hinaus zumindest theoretisch verwehrte. Vgl. Punkt 4.3.1.

Aussagen über die Abgaben, die Einzelpersonen aufgelegt wurden, sind schwer zu treffen und würden den Rahmen dieser Arbeit überschreiten. Doch zumindest zu den kollektiven Strafgeldern lassen sich Erkenntnisse gewinnen; ihre Handhabung gestaltete sich in etwa folgendermaßen:<sup>777</sup> Die höchste aufgelegte Summe betrug 2.000 fl., sie wurde fünfmal verhängt.<sup>778</sup> 1.000 fl. wurden viermal verlangt.<sup>779</sup> Alle restlichen Strafbeträge schwanken zwischen 80 fl.<sup>780</sup> und 800 fl.,<sup>781</sup> wobei hier wiederum die Mehrheit unter 400 fl. lag.<sup>782</sup> Als Abgabebereiche wurden dabei die Ämter des Hochstifts benannt, wobei man die Städte gesondert zählte; eine Ausnahme hiervon bildet nur der Nordosten des Hochstifts.<sup>783</sup> Das Domkapitel wiederum hielt sich bei der Höhe der Straf gelder, die es seinen eigenen Untertanen auferlegte, an die Vorgehensweise des Bischofs. Die Nachweise, die sich für die Verhängung von Bußen finden lassen, zeigen Forderungen von 80 fl.<sup>784</sup> bzw. tatsächliche Einnahmen von 200 fl.<sup>785</sup>

Vollständig ausgenommen wurde anscheinend Bamberg selbst; zumindest lassen sich keine Hinweise auf ein der Stadtgemeinde auferlegtes Straf geld erkennen. Die Antwort hierauf dürfte die Brandschatzung des Schwäbischen Bundes liefern: Nachdem dieser für sich beansprucht hatte, die Residenzstadt selbst finanziell zur Rechenschaft zu ziehen (und das mit einer erheblichen Summe), war dadurch die weitere Verpflichtung Bambergs in dieser Hinsicht ausgeschlossen – und das vielleicht nur, weil dessen Einwohner dadurch bereits derart belastet worden waren, dass sie weitere Zahlungen dieser Art gar nicht mehr leisten konnten.

777 Der folgende Abschnitt wurde StAB B 48, Nr. 5, fol. 390–403' entnommen, zudem im Fall der Orte Burgebrach, Schönbrunn, Zeil und Baunach sowie der Ämter Zeil, Schmachtenberg und Ebersberg ergänzt aus StAB B 48, Nr. 14, Prod. 10, fol. 111. Für das Domkapitel war keine Aufstellung von Straf geldern im Rahmen des Umritts zu finden; vielleicht wurden diese erst später ausgehandelt und beschlossen.

778 Für die Städte Scheßlitz, Weismain und Kronach sowie das Amt Wallenfels und Amt und Pflege Arnstein.

779 Für Stadt und Amt Zeil gemeinsam sowie die Ämter Weismain, Schmachtenberg und Ebersberg.

780 Für das Amt Ebermannstadt.

781 Für das Amt Ebersberg.

782 Von 26 verhängten Straf geldern unter 800 fl. waren wiederum 18 niedriger als 400 fl.

783 Vgl. FN 786.

784 Gegenüber dem Ort Buchenbach. StAB B 86, Nr. 3, fol. 352'–353.

785 Im Amt Staffelstein bis Ende Juli 1526 eingenommen. StAB B 86, Nr. 3, fol. 381'.

Diese Feststellungen lassen darauf schließen, dass bei der Höhe der Bußen zumindest grob auch die Schuld der jeweilig davon Betroffenen berücksichtigt wurde. Während einzelne Städte oder Ämter alleine hohe Summen aufzubringen hatten (z. B. die Städte Scheßlitz, Weismain und Kronach mit jeweils 2.000 fl.), gebot man in anderen Fällen nicht nur die Entrichtung einer deutlich niedrigeren Summe, für diese wurden auch mehrere Bereiche zusammengezogen (z. B. 300 fl. gemeinsam durch das Amt Döringstadt sowie Amt und Stadt Lichtenfels). Noch deutlicher wird dies in den Fällen, in denen einzelne Ortschaften von der eigentlichen Strafe ausgenommen und stattdessen gesonderte Abgaben in abweichender Höhe zu leisten hatten. So musste das gesamte Amt Höchstadt 100 fl. zahlen; ausgenommen wurden hiervon aber Oberhöchstadt und Wachenroth, die allein für sich separate (und höhere) Summen leisten sollten (150 bzw. 160 fl.).<sup>786</sup>

Wie bei der Brandschatzung des Schwäbischen Bundes wurde eine bestimmte Durchschnittssumme, die jede Herdstätte entrichten sollte, zur Ermittlung des letztlich zu zahlenden Strafgeldes zugrunde gelegt.<sup>787</sup> Zur Leistung der Buße sollten wiederum innerhalb der Gemeinden vornehmlich die wohlhabenderen Untertanen beitragen, um die Armen zu schonen. Es ist die Frage, ob aus dieser Vorgehensweise ähnliche Probleme (höhere Durchschnittsbelastung armer Ortschaften, Unzufriedenheit bei wohlhabenderen Untertanen) resultierten wie bei den bündischen Brandgeldern. Da allerdings meist sehr große Einheiten (also ganze Ämter) zusammengefasst wurden, entschärfte dies vielleicht allzu gravierende Unterschiede in der realen Belastung zwischen reicheren und ärmeren Gemeinden.

Dieser Ansatz unterscheidet sich von dem einiger anderer Territorien, in denen entweder die Vermögensverteilung oder die Schwere der Schuld bei der Belegung

786 Im Nordosten des Hochstifts in der Gegend um die Orte Kupferberg und Stadtsteinach wurde nicht nach Ämtern, sondern nach „Gerichten“ das Strafgeld aufgelegt (evtl. Vogteien?). Dadurch wirkt die dortige Bestrafung differenzierter, zumal keine gerundeten Pauschalbeträge verlangt wurden: 549 fl. (Stadtsteinach), 349 fl. (Kupferberg), 336 fl. (Marktleugast), 228 fl. (Marktschorgast), 192 fl. (Enchenreuth und Rodeck), 144 fl. (Ludwigschorgast). Für eine genauere Beurteilung wäre aber eine tiefergehende Betrachtung der dortigen Rechts- und Verwaltungssituation zur damaligen Zeit notwendig.

787 Für Nordhalben etwa 4 fl. pro Herdstatt, für Kupferberg und die umliegenden Gerichte (vgl. FN 786) hingegen 3 fl. pro Herdstatt. Für Scheßlitz riet das Domkapitel dem Bischof, das Strafgeld wenigstens so hoch anzusetzen, dass *zwen guldein von iglicher Personn estat werdenn*. StAB B 86, Nr. 3, fol. 409.

mit den Strafgeldern nicht berücksichtigt wurden – oder beides.<sup>788</sup> In Erfurt etwa mussten alle Bürger 10 fl. entrichten, unabhängig von ihrem Vermögen,<sup>789</sup> während Markgraf Kasimir in Kitzingen neben einem Strafgeld in Höhe von 13.000 fl. zusätzlich ein „Hausgeld“ von 2½ fl. verlangte – und das von jedem, egal ob er seine Unschuld beweisen konnte oder nicht.<sup>790</sup> Auch im Hochstift Eichstätt betrieb man die Eintreibung der aufgelegten Geldstrafen und Brandschatzungen undifferenziert, ohne Blick auf die tatsächliche Schuld der Untertanen.<sup>791</sup>

Was letztendlich die Höhe der im Hochstift Bamberg aufgelegten Straf gelder angeht, so lässt sich kein genaues Urteil bilden, da genauere Forschungen hier noch ausstehen. Zumindest können erste Aussagen zu Einnahmedauer und -höhe sowie deren Einordnung getroffen werden.<sup>792</sup> Im Februar 1526 versandte Bischof Weigand ein (nicht auffindbares) Verzeichnis mit allen noch ausstehenden Straf geldern;<sup>793</sup> im April 1526 bezifferte das Zahlamt die Einnahmen aus den Straf geldern, die durch einzelne Verurteilte sowie kollektiv von Ämtern, Städten und Gemeinden zu leisten gewesen waren, auf insgesamt 10.684 fl., 3 lb., 29 dn., 1 hl.<sup>794</sup> Diese Summe fällt deutlich niedriger aus als das, was beispielsweise der Würzburger Bischof seiner Residenzstadt allein als Straf geld aufgelegt hatte, nämlich 14.441 fl.<sup>795</sup> Zieht man noch andere Summen, etwa die 13.000 fl. aus Kitzingen, 40.000 fl. aus Mühlhausen oder 100.000 fl. aus dem Kurfürstentum Sachsen<sup>796</sup> zum Vergleich hinzu, so deutet sich kein übermäßiger Gebrauch des Instruments der Straf gelder im Hochstift Bamberg an, selbst wenn die tatsächliche Endsumme die des April 1526 noch deutlich (vielleicht sogar um das Doppelte) überschritten haben sollte.

788 SEA geht von einer Belastung vornehmlich nach Vermögen aus; HOHN sieht diese Aussage differenzierter bzw. hält sie für nicht konkret beantwortbar. SEA, Bestrafung, S. 151; HOHN, Rechtliche Folgen, S. 56f, insb. FN 302.

789 TODE, Sven: Stadt im Bauernkrieg 1525. Strukturanalytische Untersuchungen zur Stadt im Raum anhand der Beispiele Erfurt, Mühlhausen/Thür., Langensalza und Thamsbrück. Frankfurt am Main 1994. S. 133f.

790 ARNOLD, Kitzingen, S. 31.

791 SEGER, Eichstätt, S. 274.

792 Vgl. Punkt 6.2.3.

793 StAB B 48, Nr. 8, Prod. 182.

794 StAB A 231/I, Nr. 1747<sup>1</sup>, fol. 57.

795 SCARBATH, Bischof Konrad, S. 64.

796 ENDRES, Rudolf: Thüringen, in: BUSZELLO, Horst u. a. (Hg.): Der deutsche Bauernkrieg. Paderborn <sup>3</sup>1995. S. 154–176. S. 175.

## 5.7 Flächendeckende Straf- und Präventionsmaßnahmen

### 5.7.1 Niederbrennen

Im Rahmen des Heereszuges des Schwäbischen Bundes wurde bisweilen die beabsichtigte Zerstörung ganzer Ortschaften umgesetzt. So sollte etwa die ober-schwäbische Reichsstadt Biberach als „Empörernest“ niedergebrannt werden (was man allerdings nicht in die Tat umsetzte, da dessen Einwohner bereits dem Schwäbischen Bund gegenüber kapitulierte und dessen Huldigung beschworen hatten).<sup>797</sup> Gleichwohl ist hierbei nicht eindeutig bestimmbar, ob es sich wirklich um eine bewusste Strafmaßnahme gegen eine ganze Gemeinde handelte und nicht um ein Druckmittel bei der Brandschatzung, das in einigen Fällen tatsächlich angewandt wurde.

An dieser Stelle soll kurz auf die Situation im Hochstift Bamberg eingegangen werden. Nachdem dort der Bund am 17. Juni eingetroffen war und sein Lager aufgeschlagen hatte, wurde der Ort Hallstadt ein paar Tage später fast vollständig abgebrannt.<sup>798</sup> Gleiches widerfuhr Berichten zufolge zwar auch dem nahegelegenen Rattelsdorf, wo sich Empörer verschanzt und auf die Bundestruppen geschossen hatten.<sup>799</sup> In letzterem Fall aber scheint es sich eher um die unmittelbaren Folgen der Kampfhandlungen zwischen dem Bund und den dortigen Aufführern gehandelt zu haben.

<sup>797</sup> HOHN, Rechtliche Folgen, S. 267f.

<sup>798</sup> Hans Lutz, der Herold des Truchsessens von Waldburg, berichtete darüber: *Darnach ist her Jerg truchses hinweg zogen auf Babenberg zu und sich gelegert 2 mayl darvon zwischen zweyer stät, die ain gehört zu dem bischof von Babenberg, die ander dem bischof von Wirtzburg. (...) Am 3 tag ist darnach das gleger aufbrochen durch gschefft des bischofs von Babenberg und zogen für den marckt Halmstat, der da ligt ½ mayl von Babenberg, angezündt und [von] boden verprent haben.* BAUMANN, Quellen, S. 634f. COCHLÄUS schrieb davon, dass dabei 4 hundert 50 zimmer verprent seindt (...). LAUBE/SEIFFERT, Flugschriften, S. 402.

<sup>799</sup> So berichtet es zumindest Michel Groß von Trockau, als oberster Hauptmann des Markgrafen Kasimir Teilnehmer des Bundeszuges: *Von Eltmain zog man auf Bamberg und schlug das Läger auf zwischen Hallstatt gen Bamberg, da ward im Feldlager durch ein Drommeter Lermen geblasen, weil sich etlich hundert Baurn verschanzt und Radelsdorff eingenommen und besetzt hetten. Die schoßen auf diejenigen, so auf die Fütterung ritten. Aber der Bund namb das Dorf ein und steckt es in Brand (...).* FRANZ, Quellen, S. 398.

Nun kann zu nächst angenommen werden, dass Hallstadt aufgrund seiner geographischen Lage Opfer des Brandes wurde: es lag nicht weit von der Grenze zum Hochstift Würzburg entfernt, von dem aus sich der Bund näherte, und könnte somit noch im Rahmen einer kriegerischen Auseinandersetzung des Feldzuges Zerstörung erfahren haben. Aber andererseits ist aus diesem Ort im Gegensatz zu Rattelsdorf nicht vermeldet, dass durch dessen Einwohner noch Widerstand geleistet wurde. Zugleich war dort allerdings während des Bamberger Aufstands das große Bauernlager versammelt gewesen. Vielleicht wurde Hallstadt deswegen vom Bund so heftig gestraft, zumal das Feuer nicht unmittelbar nach dem Eintreffen, sondern erst nach ein paar Tagen Aufenthalt gelegt wurde. Dies spräche eher gegen ein „spontanes“ Wüten, ebenso wie vielleicht auch die Tatsache, dass man die dortige Mühle als wichtiges Gebäude vor der Zerstörung bewahrte. Allerdings kann es auch sein, dass dies auf Veranlassung der Bamberger Obrigkeit geschah, die jene aufgrund ihrer wirtschaftlichen Bedeutung erhalten wollte.<sup>800</sup>

### 5.7.2 Waffenverbot

Die bedeutendste Auflage, die die Folgezeit des Bauernkriegs mit sich brachte, war das Verbot des Waffentragens. Diesem kam zunächst eine sicherheitspolitische Bedeutung zu: schon während der gewalttätigen Auseinandersetzung zwischen den Empörern und der Obrigkeit (beispielsweise den Schlachten mit dem Schwäbischen Bund) bildeten die persönlichen Waffen eines jeden Aufrührers den größten Teil des Arsenal, das zum Kampf zur Verfügung stand. Die Bewaffnung eines Untertanen war zur Zeit des Bauernkriegs eine selbstverständliche Sache. Zum Schutz vor Räubern und wilden Tieren sowie zur Landesverteidigung, aber auch zur alltäglichen Arbeit waren Gegenstände wie Äxte, Sensen und Messer sowie Schwerter und Spieße, die sogenannte „Wehr“, vonnöten. Die Obrigkeit selbst stellte sicher, dass die Bevölkerung über sie verfügen konnte.<sup>801</sup> Um aber zukünf-

800 Auf Befehl des Hofrats Dr. Johann Volck wurden am 26. Juni 1525 mehreren Knechten des Schwäbischen Bundes insgesamt 3 fl. ausgezahlt, *so die meyn mull zu Halstat als das dorff von dem pundt verprent ist, errettet haben*. StAB A 231/I, Nr. 1747<sup>1</sup>, fol. 158<sup>r</sup>. Es handelt sich bei dieser Mühle möglicherweise um jene, die nach der Flucht des ursprünglichen Bewohners (des „Mainmüllers“) neu vergeben wurde (vgl. FN 471).

801 WAAS, Die Bauern, S. 108.



tigen Aufständen vorzubeugen oder ihnen zumindest die Schlagkraft zu nehmen, war es nach dem Bauernkrieg geboten, dieses Gefahrenpotenzial zu entschärfen.<sup>802</sup>

Neben dem Sicherheitsaspekt konnte aber auch hier wieder der Bestrafungsgedanke stehen: der Verlust des Rechts, Waffen zu tragen, besaß zusätzlich Auswirkungen auf den sozialen Status des Betroffenen, seine Ehre wurde ebenfalls gemindert.<sup>803</sup> Dieser Effekt sollte als ein Beweggrund bei der Einführung des Waffenverbots nicht ausgeschlossen werden, jedoch sind hier ebenfalls die bereits angesprochenen Punkte hinsichtlich des massenhaften Gebrauchs von Ehrminderungen zu bedenken.

Der Schwäbische Bund bildete die treibende Kraft hinter dem Bestreben, möglichst umfassende Entwaffnungen durchzuführen. Die besiegten Empörer mussten (u. a. auch in Bamberg) im Rahmen ihrer Unterwerfung schwören, ihre Wehr abzugeben.<sup>804</sup> Ob dies jedoch in die Tat umgesetzt wurde, konnte der Bund nicht selbst überwachen, da er ja seinen Kriegszug fortzusetzen hatte. Deswegen erließ er im August 1525 ein Mandat, das alle Bundesmitglieder auf die Entwaffnung verpflichtete. Allerdings erzielte man damit nicht überall die gleiche Wirkung: Manche bemühten sich eifrig, das Verbot des Waffentragens zu realisieren, während andere diese Vorschrift mehr oder weniger ignorierten. Dies veranlasste die Einung im Januar 1527 zu einem neuen Erlass, in dem die mangelnde Umsetzung des Waffenverbots kritisiert wurde; dieser bewirkte aber ebenfalls nur wenig. Die Entwicklungen der darauffolgenden Jahre, vor allem das Auftreten gewaltbereiter religiöser Bewegungen, ließ schließlich allgemein unter den Herrschaften das Bedürfnis einer wehrfähigen Bevölkerung überwiegen.<sup>805</sup>

Im Hochstift Bamberg stellte man zunächst recht zügig Überlegungen zur Entwaffnung der Untertanen an, wobei die obrigkeitlichen Parteien allerdings separat vorgingen: Bischof und Kapitel nahmen nur ihren jeweiligen Leuten die Wehr, wobei Erstere ihre Waffen in die Domburg gaben, Letztere in die Altenburg.<sup>806</sup> Eine Ausnahme hiervon wurde den Städten Forchheim und Herzogenaurach in Anbe-

802 Es ist bezeichnend, dass die Land- und Gottesfrieden des Mittelalters oftmals mit einem Verbot des Waffentragens einhergingen, um die Eskalation des Fehdewesens zumindest zwischen Angehörigen der nichtadligen Stände zu verhindern. Wafferecht, in: HRG, Band 5, Sp. 1085.

803 SEA, Bestrafung, S. 137.

804 Vgl. Punkt 4.3.3.

805 SEA, Bestrafung, S. 137.

806 Halbritters Bericht besagt: *Es musten auch die von Bamberg die gassenketten abtun und darzu ir geschutz und anders aus und im burgerhof alles gen hof geben* (...). CHROUST, Chroniken, S.

tracht ihres Wohlverhaltens während des Aufstands gewährt.<sup>807</sup> Über den Adel sind keine Aussagen bekannt, doch kann es sein, dass zumindest Einige im Rahmen ihrer Plünderungen auch die Waffen der Beraubten mit sich führten (wenn auch vielleicht nur um sich zu bereichern und nicht in der Absicht, damit die Bevölkerung zu befrieden).

Nach diesen ersten Beschlüssen erlahmte aber das Vorgehen der Bamberger Obrigkeit wohl recht bald. Der Aushandlung des Schadensersatzes wurde der Vorrang gegeben, und von Seiten des Bischofs kam es in der nächsten Zeit von Forchheim aus zu keinen Äußerungen bezüglich eines zügigen Vorgehens bei der Entwaffnung. Das Domkapitel sah sich anscheinend ebenfalls nicht dazu genötigt, in der Zwischenzeit eine Vorreiterrolle einzunehmen, sondern wartete lieber ab, bis der Fürst wieder in Bamberg weilte.<sup>808</sup> Somit war es schon September, als man das Einsammeln der Waffen im Stadtgericht wieder aufnahm,<sup>809</sup> für das Amt Staffelstein wurde diese Maßnahme jetzt überhaupt erst durch die Domherren beschlossen.<sup>810</sup>

Dabei war man jedoch von Anfang an nicht darauf aus, sämtlichen Untertanen ihre Wehr zu nehmen. Schon im Juni sollte den Immunitäten Bewaffnung für dreißig bis vierzig, dem Stadtgericht für fünfzig Mann bleiben.<sup>811</sup> Auch andernorts ließ man stets ein gewisses Kontingent zurück: Scheßlitz wurde im August auf die Anfrage der dortigen Bewohner hin vom Bischof gestattet, 25 Mann auszurüsten;<sup>812</sup> die doppelte Menge erlaubte das Domkapitel Staffelstein.<sup>813</sup> Dahinter stand das nicht nur im Hochstift, sondern auch andernorts sowohl bei den Untertanen als auch bei der Obrigkeit vorhandene Bewusstsein, dass eine weitreichende Entwaffnung der Bevölkerung deren Wehrfähigkeit verringerte und damit die Verteidigungsfähigkeit des ganzen Landes gefährdete.<sup>814</sup> In diesem Punkt teilten beide Seiten ein gemeinsames Interesse, und es ist nicht verwunderlich, dass dies bald die herr-

66f. Das Domkapitel beschloss am 22. Juni: *Die wehr der Mundetter sollenn gein alltennburg in ein sonderlich gemach gelegt werdenn.* StAB B 86, Nr. 3, fol. 304.

807 CHROUST, Chroniken, S. 128.

808 Am 6. August ließ das Kapitel etwa einem Schneider auf dem Kaulberg mitteilen, er solle *der wehr halbenn noch ein zeitlanng tragenn, biß vf meines gnedigenn herrn zukunfft.* StAB B 86, Nr. 3, fol. 309'.

809 StAB B 86, Nr. 3, fol. 314.

810 Auch diese Waffen sollten in der Altenburg eingelagert werden. StAB B 86, Nr. 3, fol. 317.

811 StAB B 86, Nr. 3, fol. 304'.

812 StAB B 48, Nr. 1, Prod. 109.

813 StAB B 86, Nr. 3, fol. 317.

814 MAYER, Rechtliche Behandlung, S. 68.

schaftliche Entschlossenheit bezüglich des – ohnehin nur schleppend betriebenen – Entwaffnungsvorhabens erlahmen ließ.

Deutlich wird dies etwa bei der Argumentation der Bamberger Stadtgemeinde gegen ihre Verschreibung.<sup>815</sup> Gegenüber dem Bischof sagten die Bürger, wiewohl ihnen bewusst sei, dass sie durch ihre Vergehen den Verlust ihrer Wehr über sich gebracht hätten, so sehr seien sie zugleich durch ihren Huldigungseid gebunden, ihrem Herrn zu nutzen und ihn vor Schaden zu bewahren. Ein Verlust ihrer Wehr könne aber keinerlei Nutzen für den Bischof darstellen, *dann Bamberg sei ein offner fleck und zu besorgen, das sich nun nach ubergab der wehr liderlich understanden werden möcht, mit klainem volk den von Bamberg nachtail zu beweisen*.<sup>816</sup> Daraufhin wurde ihnen gestattet, *seitenwehr, als schwerter und lange messer* zu behalten.<sup>817</sup> Doch nicht nur das Spektrum der gestatteten Bewaffnung weitete man aus, auch die Zahl derjenigen, die damit ausgerüstet werden sollten, stieg schon relativ bald wieder an. Bereits im September 1525 war für Bamberg nicht mehr von zugelassener Wehr für vierzig bis fünfzig, sondern von Bewaffnung für einhundert Mann die Rede.<sup>818</sup> Einschränkend ist allerdings anzumerken, dass im diesem Fall möglicherweise nicht nur das Stadtgericht, sondern die gesamte Stadt (die Immunitäten also eingeschlossen) damit gemeint war. In diesem Fall fiele die Erhöhung etwas moderater aus.<sup>819</sup>

Trotz dieser Zugeständnisse wurde die Entwaffnung weiterhin von der Obrigkeit fortgesetzt; es ist anzunehmen, dass man in den folgenden Monaten versuchte, das Waffenverbot auch auf dem Land durchzusetzen. Die längeren Transport- und Kommunikationswege sowie zahlreiche abgelegene Ortschaften dürften dabei die Angelegenheit eher verlangsamt haben. Zudem war man von den Dienstmännern vor Ort abhängig, deren Eifer in dieser Angelegenheit wohl auch nicht überall gleichermaßen groß ausfiel. Zu diesen Überlegungen passt auch ein Bericht, den

815 Vgl. Punkt 5.5.2.

816 CHROUST, Chroniken, S. 80.

817 CHROUST, Chroniken, S. 83.

818 StAB B 86, Nr. 3, fol. 314. Am 10. Oktober wurde dies wohl endgültig durch das Domkapitel genehmigt: *Das mein gnediger herr vonn Bamberg, den von Bamberg vf hundred Mann Wehr lasse, vnnd die vberigen wehr vnnd Puchsenn neme, ist bewilligt, vnnd seiner gnadt haimgestellt*. StAB B 86, Nr. 3, fol. 320'. Danach wird diese Thematik im Rezessbuch nämlich nicht mehr angesprochen.

819 Hierfür spräche, dass das Domkapitel diese Erhöhung zusätzlich dem Bischof genehmigte. Jedoch ist ungewöhnlich, dass in diesem Zusammenhang die Situation in den Immunitäten keine konkrete Erwähnung findet.

das Domkapitel im Februar 1526 von einem seiner Mitglieder erhielt: Die Einwohner mehrerer Dörfer seien noch im Vollbesitz ihrer Waffen, und nicht nur das, sie kauften auch neue hinzu, um sich dann damit in Wirtshäusern herumzutreiben. Es ist nicht überraschend, dass die Kanoniker fürchteten, dass aus einer solchen Mischung ein neuer Aufstand erwachsen könnte.<sup>820</sup>

Der Bischof versuchte, vielleicht auch auf Bewegungen des Domkapitels hin, mit verschiedenen Erlassen dagegen vorzugehen: Im März des Jahres wurde mehreren Ortschaften im Stift (darunter unter anderem Debring, Frensdorf, Höfen und Waizendorf) *ernstlich* geboten, ihre Wehr abzugeben<sup>821</sup> – was aber vor allem auch zeigt, in wie vielen Fällen fast ein Jahr nach dem formellen Schwur der Untertanen, keine Waffen mehr bei sich zu tragen, diese Verpflichtung noch ignoriert wurde. Auch in Bamberg selbst tat man sich wohl schwer damit, die neue Regelung des Waffenrechts durchzusetzen. So beschloss das Domkapitel im selben Monat, dem Bischof zu empfehlen, man solle den Gesellen und Handwerkern in der Stadt das Tragen der Wehr mündlich verbieten lassen.<sup>822</sup>

Vielleicht waren es Ereignisse wie in Bamberg, die den Schwäbischen Bund zu seinem zweiten Mandat veranlassten. Besonders viele Maßnahmen wurden – trotz dieser Mahnung des Bundes<sup>823</sup> – aber anscheinend nicht mehr ergriffen; es findet sich nur noch ein Hinweis auf ein Mandat *der wehr halbenn*, welches zu erlassen das Domkapitel am 3. August 1527 dem Bischof gestattete.<sup>824</sup> Da der Inhalt jenes Erlasses nicht bekannt ist, lässt sich nicht feststellen, ob diese Anordnung überhaupt noch einen Bezug zum Aufstand besaß.

Es ist unmöglich zu beurteilen, inwieweit das Waffenverbot in der Zeit nach dem Bauernkrieg im Hochstift jemals Durchsetzung fand. Die frühe Rückgabe eines Teils der Bewaffnung, die Berichte von verbreitetem Waffenbesitz in der Be-

820 *Herr Wilboldt vonn Retwitz hat meinen herren vom Capitel angezaigt, wie etliche dorffer als Nemlichenn Erlach Raberßdorff, willerßdorff, vnnd andere noch ihr wher[!] habenn, vnnd noch teglichs Buchssenn kauffenn, vnnd inn wirtsheussernn ligen sollenn, Darauß mit der zeit wider aufrur entsteen möcht. Darauf beschlossenn so meine herrn vom Capittel zustimmen können Statlich daruonn meinem gnedigenn herrn zuhandeln.* StAB B 86, Nr. 3, fol. 341–341'. Der Aufenthalt in Wirtshäusern war ja ebenfalls durch ein Mandat eingeschränkt worden. Vgl. Punkt 4.4.4.

821 StAB B 48, Nr. 4, fol. 186–187.

822 *Das mein gnediger herr allenenthalbenn in der Stat denn jungenn gesellenn, vnd denn hantwercks leuttenn, die wehre Muntlich verbiettenn lasse, ist fur gut anngesehenn (...).* StAB B 86, Nr. 3, fol. 355.

823 Vgl. FN 805.

824 StAB B 86, Nr. 3, fol. 443.

völkerung und die Mahnungen des Schwäbischen Bundes deuten aber darauf hin, dass es nicht sehr forciert wurde. Zu bedenken ist schließlich auch, dass parallel dazu die verschiedenen Kompensationsauflagen eingetrieben wurden, wofür ebenfalls Personal aufgewandt werden musste. Im Zweifelsfall war es gerade dem Domkapitel wohl wichtiger, zügig für seine Schäden Ersatz zu erhalten, als die Wehr der Untertanen einzusammeln, die trotz aller Gefahr ja auch für die Obrigkeit positive Zwecke erfüllte.

Wollte man einen möglichen Schlusspunkt für die Entwaffnung im Hochstift wählen, so käme am wahrscheinlichsten das Frühjahr 1528 in Frage. Die im Rahmen der Packschen Händel<sup>825</sup> auftretende Kriegsgefahr löste eine regelrechte Welle der Wiederbewaffnung in verschiedenen Territorien der Mitglieder des Schwäbischen Bundes aus.<sup>826</sup> Auch das Hochstift Bamberg bildete hier keine Ausnahme: am 29. Mai genehmigte das Kapitel die Mobilisierung der wehrpflichtigen Bevölkerung,<sup>827</sup> die knapp über 1.800 Mann sowie 92 Reiter umfassen sollte.<sup>828</sup> Diese Truppen mussten natürlich entsprechend ausgerüstet werden, doch war dies für die durch viele Plünderungen und Abgaben finanziell ohnehin schon belasteten Gemeinden kaum möglich. Deswegen baten zumindest einige von ihnen darum, die nach dem Aufstand abgegebene Bewaffnung wieder zurückzubekommen.<sup>829</sup> Das konnte aber teilweise gar nicht mehr realisiert werden, weil die damals eingesammelte Ausrüstung

825 Die Packschen Händel resultierten aus der Drohung des Landgrafs Philipps von Hessen gegen mehrere katholische Territorien, denen er eine angebliche Verschwörung gegen die lutherisch gesinnten Länder vorwarf. Auslöser hierfür war eine gefälschte Urkunde, die das angebliche Bündnis der Katholiken begründete; sie wurde von Otto von Pack, dem Rat Herzogs Georg von Sachsen, vorgelegt, der dem Konflikt auch seinen Namen gab. Vgl. DÜLFER, Kurt: Die Packschen Händel. Darstellung und Quellen. Marburg 1958.

826 SEA, Bestrafung, S. 138f.

827 Jede Gemeinde des Hochstifts hatte im Kriegsfall einen bestimmten Anteil an Männern zur Landesverteidigung zu stellen. 1526 bzw. 1528 waren dies beispielsweise das Stadtgericht Bamberg (313 Mann), die Immunitäten (103), Kronach (179) oder Staffelstein (30). Ergänzt wurde dieses Aufgebot durch zusätzlich angeworbene Söldner. SCHMITT, Verwaltung, S. 168f.

828 *Das mein gnediger herr vonn Bamberg denn sechstenn man im Stiefft auffmannen Lasse, welche Auflage, bey tausent Achthundert, Neunvnndfunnzig Personnn, deßgleichenn, die Reisigenn zweenn vnd Neuntzig machenn werdenn, lauth der Verzaichnus ist zugelassenn.* StAB B 86, Nr. 3, fol. 472'.

829 In dieser Weise reagierte etwa der Markt Baunach auf die Anforderung des Bischofs, sich zu rüsten. StAB B 48, Nr. 2, Prod. 320.

in der Zwischenzeit unzureichend gelagert worden und deswegen jetzt nicht mehr zu gebrauchen war.<sup>830</sup>

Es ist kaum davon auszugehen, dass nach dieser erneuten, umfassenden Bewaffnung daran gedacht wurde, jene wieder rückgängig zu machen – allein der enorme Aufwand, den das bedeutet hätte, sprach dagegen. Zumal sich sehr deutlich gezeigt hatte, zu welchen Nachteilen bei der Landesverteidigung das Waffenverbot führen konnte. Damit war diese Bestrafungsmaßnahme des Bauernkriegs zu einem schnellen Ende gekommen.

830 So meldete der Amtmann zu Hollfeld an den Bischof, er könne die alte Bewaffnung nicht an die Untertanen ausgeben, da diese inzwischen zu viele Mängel aufweise. Er fragte daher an, wo und auf welche Weise er neue Wehr beschaffen könne. StAB B 48, Nr. 3, fol. 26.



## 6. Kompensation

Neben der Frage der Bestrafung stand nach dem Bauernkrieg im Hochstift Bamberg die der Entschädigung im Mittelpunkt. Hierfür fand man eine parallele Vorgehensweise als Lösung: Während der Bischof (und zum Teil vielleicht auch das Domkapitel) seine erlittenen Schäden mittels individuell und kollektiv aufgelegter Strafgeelder ersetzte, wurde für die Geistlichkeit und den Adel eine vertragliche Lösung gewählt. Diese legte aber nur das Fundament der Kompensation, allem voran im Bereich der Begutachtung, die wiederum zur Festlegung einzelner Ansprüche führen sollte. Die eigentlichen Maßnahmen jedoch, also die Bezahlung der Gelder, aber auch der Wiederaufbau der beschädigten und zerstörten Gebäude, wurden erst danach begonnen. Darauf soll in den folgenden Punkten näher eingegangen werden. Ausgespart bleiben muss dabei allerdings die Möglichkeit der außervertraglichen Einigung zwischen Schädiger und Beschädigtem, da hierfür erst eine genauere Betrachtung der entsprechenden Einzelfälle nötig wäre.<sup>831</sup>

### 6.1 Wiederaufbau

Ein Blick auf die während des Huldigungsritts verhängten Sanktionen zeigt, dass neben den Strafgeeldern auch der Wiederaufbau der im Aufstand zerstörten Sitze des Hochstifts Teil der bei dieser Gelegenheit verhängten Maßnahmen waren.<sup>832</sup> Hierbei verfuhr der Bischof ähnlich wie bei den finanziellen Bußen. An den Arbeiten hatten sich alle zu beteiligen, denen man ein Mitwirken bei der vorangegangenen Stürmung der betreffenden Gebäude nachweisen konnte. So mussten etwa bei der Wiedererrichtung des bischöflichen Schlosses Niesten auch Untertanen

831 Beispielhaft sei auf die Streitigkeiten zwischen den Bewohnern von Gößweinstein und Fritz von Bernheim wegen im Aufstand zerstörter Briefe und Urkunden verwiesen, die beide Parteien vor dem Hofgericht austrugen. Diese dauerten bis 1527 an und wurden schließlich durch adlige Schiedsrichter geregelt. StAB B 21, Nr. 49, fol. 133'–135.

832 Für die Baumaßnahmen genannte bischöfliche Sitze: Burgebrach, Giech, Gößweinstein, Furtemberg, Leienfels, Lichtenfels, Niesten, Schellenberg, Schmachtenberg, Schönbrunn, Stufenberg, Wachenrode. StAB B 48, Nr. 5, fol. 390–403'. Für eine umfangreichere Auflistung der beschädigten Sitze (einschließlich der des Adels) vgl. CHROUST, Chroniken, S. 321–324.



des Abtes von Langheim aus Weismain Frondienste leisten. Dass dies erst im Jahr 1530 angeordnet wurde, zeigt zudem, dass die Rekonstruktion (bzw. deren Beginn) mehrere Jahre in Anspruch nehmen konnte.<sup>833</sup>

Auch ritterschaftliche Hintersassen wurden unter denselben Bedingungen zu den Bauarbeiten gefordert, was teilweise den Unmut ihrer Herren heraufbeschwor. Fürst und Hofrat begründeten ihr Vorgehen jedoch mit dem Verweis auf die „Gleichheit“: Jeder, der Schaden verursacht hatte, sollte dafür Entschädigung leisten<sup>834</sup> – wozu also auch die Bereitstellung der Arbeitskraft gehörte. Wenn die Adligen daraufhin einwilligten, so bisweilen nur gegen die Bestätigung, dass die Einbeziehung ihrer Hintersassen in Frondienste des Stifts eine einmalige Angelegenheit ohne dauerhafte Rechtsveränderungen blieb.<sup>835</sup> Das Domkapitel wiederum wurde vom Bischof im Mai 1526 direkt gebeten, seine Untergebenen anzuweisen, an den entsprechenden Baumaßnahmen mitzuwirken. Die Korporation stimmte dem grundsätzlich zu, wollte aber für jedes Schloss separat um Erlaubnis gebeten werden.<sup>836</sup>

Der Wiederaufbau der Adelssitze ging wohl in ähnlicher Weise vonstatten. Hier wurde recht früh, nämlich schon im Frühherbst 1525, deren Neuerrichtung angegangen, wie entsprechende Anfragen beim Bischof um Holzlieferungen zeigen.<sup>837</sup> Grund für das schnelle Vorgehen war wohl schlichtweg der Wunsch, möglichst bald wieder im eigenen Heim wohnen zu können; nach dem Aufstand wurden nämlich zumindest einzelne Adlige in einfachen Unterkünften beherbergt.<sup>838</sup> Bei der

833 KELLER, Walter: Bamberg und Langheim. Die Sicherung der Landeshoheit zwischen Fürstbistum und Abtei im 18. Jahrhundert (= Schriftenreihe des Historischen Vereins Landkreis Haßberge, Band 2; Studien zur Bamberger Bistumsgeschichte, Band 2). Bamberg 2004. S. 99. Dieser Beobachtung widerspricht allerdings DIETZ, der die Errichtung des Schlosses für 1529 ansetzt. DIETZ, Obermairtal, S. 77.

834 Dies antworteten die weltlichen Räte auf die Beschwerde des Hans von Giech darüber, dass man seine Untertanen in Neuses zu Aufbauarbeiten in Schönbrunn heranzog. StAB B 48, Nr. 18, fol. 93f.

835 StAB B 21, Nr. 55, fol. 266–266’.

836 StAB B 86, Nr. 3, fol. 366.

837 Meist gewährte der Bischof einen Teil „aus Gnade“ umsonst, der Rest wurde zum Kauf angeboten. StAB B 21, Nr. 76, fol. 226’, 228, 230’, 244’. Weitere Anfragen zwecks Bauholz mit Bezug zu den Aufrufschäden lassen sich noch bis August 1531 nachweisen. StAB B 21, Nr. 77, fol. 306.

838 Appel von Giech und Christoph Groß begründeten ihre Bitte um eine Holzlieferung damit, dass dieses Haus für einen unmündigen Sohn des Rudolf Groß von Sachsendorf sei. Das Heim des Kindes war in der Empörung zerstört worden, so dass es sich nun mit seiner Mutter *Inn ein geringen possenn pauerßheußlein ennthaltenn* müsse. StAB B 21, Nr. 76, fol. 250–250’.

Beschaffung des Baumaterials kam es allerdings bisweilen zu Streitigkeiten, da die Ritterschaft sich gerne auch selbstständig in hochstiftischen Wäldern bediente, wenn dort besseres Holz zu finden war – obwohl ihnen dieses von fürstlicher Seite ausdrücklich untersagt wurde.<sup>839</sup> Dies ging so weit, dass der Bischof seine Kastner und Forstmeister im April 1526 anwies, derart eigenmächtig handelnden Adligen jegliches Holz zu verweigern.<sup>840</sup> Ob man für die ritterschaftlichen Baumaßnahmen auch hochstiftische Untertanen heranzog (sofern sie entsprechend schuldig befunden worden waren), lässt sich nicht ersehen. Es wäre aber angesichts der unterschiedenen Haltung des Fürsten in dieser Frage nicht überraschend (u. a. aufgrund dessen der Betonung der „Gleichheit“).

## 6.2 Der Zwanzigste Pfennig

Bei den Verhandlungen in Forchheim hatten die beteiligten Adligen erste Schätzungen über den Schaden, der ihnen in der Empörung entstanden war, abgegeben.<sup>841</sup> Diese Gelder mussten nun eingebracht werden, was mittels einer gesonderten Vermögenssteuer geschehen sollte. Damit entschied man sich in Bamberg anders als in Würzburg, wo eine Kopfsteuer in Höhe von 8 fl., zahlbar in drei Raten, beschlossen wurde,<sup>842</sup> und im Markgraftum Bayreuth. Dort legte man – neben einer Brandschätzung von 4 fl. pro Person – das sogenannte „Ahauser Schadengeld“ in Höhe von 2½ fl. pro Kopf auf.<sup>843</sup>

839 So verweigerte der Bischof Christoph Stiebar von Rabeneck im Januar 1526 Holz aus einem Forst *der branndt genannt*. Als Begründung führte er auf, dass dieses Waldstück *allein zu vnnser vnnnd vnnsers Stieffts notturfßigenn gepewnn, gehegt wirdett*. Stattdessen versprach er dem Adligen Hölzer aus anderer Herkunft. StAB B 21, Nr. 76, fol. 244\*, 245.

840 StAB B 21, Nr. 76, fol. 243\*.

841 Genaue Angaben zu der Schadenssumme, von der man zur Zeit der Verhandlungen in Forchheim ausging, lassen sich nicht finden. Eine ungefähre Bestimmung ermöglicht aber die spätere Feststellung von Bischof Weigand während der Ausarbeitung der dritten Kompensationsauflage, dass die von den Beauftragten in der zwischenzeit vollständig ermittelten Verluste des Adels – fast 170.000 fl. – die erste Einschätzung aus der Zeit des Forchheimer Vertrags um mehr als das doppelte übertroffen hätten. StAB B 48, Nr. 2, Prod. 173, fol. 2–2\*; ENDRES, Probleme, S. 133.

842 LERCH, Würzburg, S. 88.

843 HOHN, Rechtliche Folgen, S. 223.

Dem Zwanzigsten Pfennig wuchs im gesamten Kompensationsprozess eine herausragende Rolle zu: Alle bei seiner Einführung erstmals getroffenen Entscheidungen hinsichtlich solcher Aspekte wie Erhebung oder Befreiung besaßen (gleich einer „Blaupause“) auch bei den danach folgenden Maßnahmen Geltung, wie gezeigt werden wird. Dies galt nicht nur für die Untertanen des Bischofs und der Adligen, sondern auch für das Domkapitel, das die Auflage in seinem eigenen Vertrag ebenfalls angenommen hatte.<sup>844</sup>

### 6.2.1 Höhe

Die im Vertragstext von Forchheim noch nicht genauer bestimmte Auflage wurde schon sehr bald konkretisiert. Noch im Juli 1525 fiel eine Entscheidung gegen eine pauschale Kopf- und für eine prozentuale Vermögenssteuer, deren genaue Höhe auf 5% festgelegt wurde; die zeitgenössische Bezeichnung lautete dementsprechend „Zwanzigster Pfennig“. Ausgearbeitet wurde dieses Vorhaben wohl schon bei den Verhandlungen in Forchheim, denn von Seiten des Adels findet sich keine weitere Reaktion; es kann also sein, dass dieser bereits informiert und (jedenfalls zunächst) damit einverstanden war. Inwieweit der Bischof bzw. sein Umfeld als Hauptarchitekt dieser Maßnahme betrachtet werden kann, ist nicht feststellbar, jedoch wurden die Gespräche über die Auflage ja von dieser Seite initiiert.

Zumindest die Position des Domkapitels in dieser Frage war aber noch nicht festgelegt. Es brachte sich entsprechend in der Zeit nach dem Abschluss des Forchheimer Vertrags noch einmal ein, und das mit einer klar erkennbaren Tendenz. Zwar billigten die Kanoniker am 18. Juli die Erhebung des Zwanzigsten Pfennigs im gesamten Stift,<sup>845</sup> über welche die Beamten des Bischofs am 24. Juli informiert wurden.<sup>846</sup> Doch am 28. Juli trat man mit Einwänden an den Bischof heran: die Vermögenssteuer sei mit 5% zu niedrig angesetzt, um damit die erste Hälfte des adligen Schadensersatzes tatsächlich am 11. November des Jahres auszahlen zu können. Stattdessen solle man die Erhöhung des Satzes auf den Fünfzehnten (ca. 6,7%) oder gar Zehnten Pfennig (10%) erwägen. Dann würde vielleicht sogar keine weitere Auflage im kommenden Jahr vonnöten sein.<sup>847</sup>

<sup>844</sup> Vgl. Punkt 4.3.2.

<sup>845</sup> StAB B 86, Nr. 3, fol. 306'.

<sup>846</sup> LOOSHORN, Bisthum Bamberg, S. 651f.

<sup>847</sup> *Doch besorgenn meine herrn vom Capittel, das der zwainzigist pfennig zu bezallung der itzigenn frist Martini nit genugsam sein werden, vnnd Bedenncken, das schirr Besser sein möcht, itzo*

Eine derartige Anhebung wäre (insbesondere bei der Wahl der 10%-Option) eine weitaus größere Belastung für die Untertanen gewesen, die aber wohl nicht zwangsläufig in einer ebenso unmittelbaren Einnahmensteigerung resultiert hätte. Schließlich war es gerade einmal einen Monat her, dass für die Brandschatzung des Bundes in Bamberg 5.000 fl. aufgebracht werden mussten, direkt gefolgt von einer zusätzlichen Sondersteuer!<sup>848</sup> Das Umland wiederum hatte auch bereits gelitten, und zwar unter den raubenden Truppen des Bundesheeres sowie den eigenmächtig plündernden Adligen. Umso erstaunlicher ist es nun, dass das Kapitel trotzdem so bedenkenlos eine Erhöhung der Auflage forderte. Als mögliche Gründe hierfür lassen sich vornehmlich zwei Aspekte herausarbeiten:

Zum einen könnte die enge Verflechtung mit der Ritterschaft<sup>849</sup> dazu geführt haben, dass entweder die Kanoniker von sich aus der Entschädigung ihrer Verwandtschaft entsprechend hohe Priorität einräumten; oder aber die Adligen waren – vielleicht ebenfalls im Bewusstsein der engen Verbindungen – von sich aus in den Wochen nach dem Abschluss des Forchheimer Vertrags an die Mitglieder der Korporation herangetreten. Dahinter wiederum steckte vielleicht Unzufriedenheit mit der vereinbarten Auflage, die man bei den Verhandlungen in Forchheim nicht höher hatte ansetzen lassen können.

Zum anderen war womöglich innerhalb der Korporation eine gewisse Ungeduld im Hinblick auf die eigenen Entschädigungen entstanden. Da der Bezahlung der Ritterschaft klar der Vorrang eingeräumt worden war, könnte dies nun zu dem Wunsch geführt haben, diese zu einem möglichst baldigen Ende zu bringen, um dann schnell die Schadensersatzforderungen der Geistlichkeit zu regeln. Für dieses Denken würde auch sprechen, dass man letztlich bis November wartete, bis eine eigene Kompensationsvereinbarung beschlossen wurde und in Kraft treten konnte<sup>850</sup> – die Kanoniker waren anfangs vielleicht davon ausgegangen, dass die Entschädigung des Adels schnell abgeschlossen sein würde und hatten deswegen zunächst keinen Anlass zur Eile in eigener Sache gesehen.

*denn funfzeenden, oder zehennden pfennig aufzulegen, So es dann jitzo Mertaini reichenn, vnd souill vberbleibenn wurde, das die annder frist auch dauonn mocht bezallt werdenn, so were ohnne notht vf das kunftig Jhare[!] wieder ein Newe Aufslag zuthun (...).* StAB B 86, Nr. 3, fol. 308'. Vgl. ENDRES, Probleme, S. 134.

848 Vgl. Punkt 5.6.1.

849 Vgl. Punkt 3.2.

850 Vgl. Punkt 4.3.2.

Unabhängig davon, was der Beweggrund für das Domkapitel bei dessen Einwand gewesen war, kam es aber in dieser Hinsicht zu keiner Änderung des Zwanzigsten Pfennigs mehr. Der Bischof – denn diesen hatten die Kanoniker ja angesprochen – konnte hier also erfolgreich die eigene Position verteidigen, insbesondere wenn man davon ausgeht, dass er sich für diese Form und Höhe der Auflage schon bei den Verhandlungen eingesetzt hatte.

### 6.2.2 Geltungsbereich

Nicht nur war es notwendig, die Art und Höhe der ersten Kompensationsauflage zu klären, auch musste bestimmt werden, wer diese leisten sollte. Es traf zunächst jene nicht, die auch sonst Steuerfreiheit genossen.<sup>851</sup> Geistliche,<sup>852</sup> ebenso wohl auch deren Diener und die des Domkapitels, vorausgesetzt, sie hatten sich bereits während des Aufstands in diesem Arbeitsverhältnis befunden und sich nicht an der Empörung selbst beteiligt.<sup>853</sup> Vermutlich galt dies gleichfalls für einige Personen im Umfeld des Bischofs.<sup>854</sup> Bezüglich aller anderen Untertanen hatte der Forchheimer Vertrag festgelegt, dass jene, die sich des Aufruhrs schuldig gemacht hatten, zahlen sollten. Dies war wiederum seitens der zu strafenden Personen im Rahmen der Huldigung akzeptiert worden, zu deren beschworenem Inhalt im Fall jeder Gemeinde die Belegung mit dem Zwanzigsten Pfennig gehört hatte.<sup>855</sup> Eine Unterscheidung zwischen adligen und hochstiftischen Hintersassen wollte man nicht treffen; alle Untertanen, die Vergehen begangen hatten, mussten ihren Beitrag leisten.

851 Dies ergibt sich aus dem späteren Wunsch der Ritterschaft während der Einführung des Herdgelds, anders als im Fall des Zwanzigsten Pfennigs dieses Mal auch steuerfreie Haushalte zu belegen. Vgl. FN 958.

852 Es sei auf die Sondersteuer zur Bezahlung der Brandschatzung des Schwäbischen Bundes im Juni 1525 verwiesen, als diese Befreiung thematisiert wurde. Vgl. Punkt 5.6.1, insb. FN 757.

853 Das Domkapitel verweigerte einem seiner Diener die Befreiung von den Kompensationsauflagen, da er *inn der zeit der Aufrur meiner herrn diner nit gewest*. StAB B 86, Nr. 3, fol. 423.

854 Darauf deutet die Anfrage mehrerer Diener des Bischofs (unter ihnen der *Ertzney Doktor*) hin. Diese baten darum, für ihre im Aufstand erlittenen Schäden ebenfalls aus dem Zwanzigsten Pfennig entschädigt zu werden. StAB B 48, Nr. 1, Prod. 111. Diese Bitte klingt nicht danach, dass die hier in Erscheinung tretenden Personen in die Auflage mit einbezogen wurden, insbesondere wenn man die gleichzeitige Befreiung des Personals des Kapitels bedenkt. Zudem hatten sie wohl nicht an der Empörung teilgenommen. Allerdings galt diese Ausnahme für beide Gruppierungen nicht pauschal, wenn man das Schicksal des verbannten Dieners (vgl. FN 697) oder das Verlangen des Kapitels nach einer erfolgreichen Purgation des Kanzleiverwesers (vgl. FN 875) bedenkt.

855 Vgl. FN 410.

Damit war also gesagt, dass die Auflage nicht pauschal erfolgen sollte, wie dies bei den Abgaben in der Folgezeit des Bauernkriegs in einigen anderen Territorien geschah.<sup>856</sup> Doch wie schon bei der Höhe des Zwanzigsten Pfennigs, so meldete das Domkapitel am selben Tag auch in diesem Punkt Bedenken an. Zunächst sollte nach Meinung der Kanoniker die Einbeziehung der adligen Untertanen aus dem Vertragstext<sup>857</sup> genommen werden, um Irrungen mit der Ritterschaft zu vermeiden.<sup>858</sup> Ausgangspunkt hierfür bildete die Beschwerde einiger Ritter beim Hofrat. Doch nicht nur das; aus einem dieser Lager (oder aus beiden gemeinsam) ging zudem die Bitte an den Fürsten, in der Ausschreibung der Auflage auf die Unterscheidung zwischen Schuldigen und Unschuldigen zu verzichten. Das ergibt sich aus der Antwort des Bischofs auf diese Anfragen; sie zeigt zugleich auch deutlich dessen Haltung in dieser Sache auf:

Weigand teilte Kanonikern wie Räten am 29. Juli mit, dass ihm nicht daran gelegen sei, Unschuldige zu bestrafen; die Vorschläge von Adel und Kapitel umzusetzen würde aber nichts Geringeres als das bedeuten. Die Folge daraus könnten aber erhebliche Unruhen in der Bevölkerung sein.<sup>859</sup> Aus demselben Grund sei auch eine Ausnahme der schuldigen adligen Untertanen nicht akzeptabel.<sup>860</sup> Wie zur Be-

856 Vgl. Punkt 5.6.2.

857 Die betreffende Passage im Vertrag lautet: *Und welicher vom adel hintersessen, die offenbar sind oder noch offenbar werden, si seien den beschedigten oder unbeschedigten vom adel verwant, der vom adel verpranntten zerrissen abgeprochen und verderbten sloss sietz plunders und name halben verwant sind, in was wege das ist, die sollen wie anders meins gnedigen herrn von Bambergs undertane und verwante in die anlage der bezalung aller gemessigten scheden auch gezogen und belegt werden (...).* CHROUST, Chroniken, S. 131f.

858 (...) *dabey sehenn meine herrnn vom Capitel fur gut ann, das so fernn es ein Artickell annehmenndt, vnnd welcher vonn Adell hintersassen, die offenbar werdenn, im truck vmbgangen vnnd nit gesetzt wurdenn, Sonnder das mein gn. hr. mit denn vonn der Ritterschafft, derohalbenn hanndeln lasse, das inen solche zuwieder nit geschee, sonndern allein irrung zuuorkommen.* StAB B 86, Nr. 3, fol. 308r.

859 (...) *das wir derselben gesetzten wort halber sollich ansehenlich vrsache haben der vielleicht vnnker Cappittel, vnnd Ir nit bericht seyt, dadurch wir derselben fuglich nit vmbgeen konnen, dann fur die einen bedencken wir vnnsere persone das wir vns so oft haben vernemen lassen, gegen etlichen vnßern vnterthanen vnd andern ist auch noch vnnsere grunt souerrn sie das mit grundt der warheit ein redlichs vnzweifelichs wissen, vnnd dadurch vnser gnedig zuhalten westen, hetten, das wir nyemant vnschuldiglich straffen wolten, vnnd so das In vnsern ausschreiben (...) [unleserlich, da eingerissen] massen, wie dann diese wort aber damit ganntz lautter anzeigen gemeldet, das es vns zu merklicher nachred reichen vnd gereychen wurde (...).* StAB B 48, Nr. 8, Prod. 12.

860 (...) *zu dem so hetten auch die vnsern von der Retterschafft[!] beschwer darob gehabt, der Inen halbe, woe solliche wort Im ausschreiben nit gesetzt weren, wie vnns dann algereytt von etlichen vnsern Edeln Rethen, dasselbig fur ein beschwerd angezeigt, es ist auch wol zubesorgen, das es In einer*

ruhigung fügte der Fürst dann aber noch hinzu, dass nur diejenigen als unschuldig gelten sollten, denen absolut zweifelsfrei und ohne großen Aufwand der Nachweis dafür gelänge. Die Übrigen werde er ohne Zögern und ausnahmslos mit dem Zwanzigsten Pfennig belegen,<sup>861</sup> denn alles andere als die Bestrafung der Schuldigen und die Schonung der Unschuldigen würde im Volk „Erschrecken“ hervorrufen.<sup>862</sup>

Diese Mitteilung des Bischofs ist von zentraler Bedeutung, weil sie wie kaum eine andere Quelle das Grundproblem verdeutlicht, das sich, wie sich zeigen wird, durch den gesamten Kompensationsprozess im Hochstift Bamberg zog. Dieser konnte sich nämlich an zwei Richtlinien orientieren, die einander zumindest teilweise entgegengesetzt waren: Auf der einen Seite stand der Wunsch, auf möglichst effiziente Weise eine schnelle Einbringung und Auszahlung der veranschlagten Schadengelder zu erreichen. Auf der anderen Seite gab es aber ein Bewusstsein dafür, dass die Entschädigung von jedem nur in dem Maß geleistet werden sollte, in welchem auch zuvor der Schaden verursacht worden war – der Sühne musste eine entsprechende Schuld vorausgegangen sein. Dies fasste man unter dem bereits an andere Stelle erwähnten<sup>863</sup> Begriff der „Gleichheit“ zusammen.<sup>864</sup>

Auch deutet sich bereits an, wer im Vorfeld der ersten Auflage welche Positionen bevorzugte. Der Adel (oder zumindest einige seiner Mitglieder)<sup>865</sup> schaute vor allem auf jene Vorgehensweisen, die viel Geld einbringen und ihm somit zügig

*gemeind bey vnnsern vnterthanen woe wir der vnschuldigen halbe diese wort, als zu einer vnterscheid zwischen den schuldigen vnd vnschuldigen zuhalten nit setzten, ein mercklich grosse beschwerd vnd widersetzung geporen wurde (...). StAB B 48, Nr. 8, Prod. 12.*

861 (...) sein aber Darumb nit des willens, das wir einem yeden auf sein bloss oder schlechts anzeigen, so er beraubter vnschuld halbe furwenden mechte, glauben, Sonnder stracks mit der Auflage, vnnd dem einpringen furtfarn, vnd auf keyn ausfurung warten wollen, vns precht dann yemant so schemlich, offenbarlich vnd vnzweifenlich vrsachen fur das er sich vnser vnd vnsers Stieffts halbe so erlich, redlich vnnd wol gehalten, das wir keyns wegs vrsach hetten Ine zustraffen, so mochten wir vnterschied halten, Aber wellicher dasselbig dermassen anzeigen solle, der muß es ye clare vnnd dermassen thun, das wir genug daran haben sonsten gedencken wir keynen zuzulassen. StAB B 48, Nr. 8, Prod. 12.

862 (...) dann woe das nit sein solte, das die vnschuldigen Iren vnschuld genyessen, vnnd die schuldigen Irer verwurckung entgelten solten, so wurde es bey allen vnsern vnterthanen mercklichen erschrecken bringen (...). StAB B 48, Nr. 8, Prod. 12.

863 Bei der Frage der Beteiligung von Untertanen an den Wiederaufbaumaßnahmen hatte der Bischof bereits mit der „Gleichheit“ gegenüber dem Adel argumentiert. Vgl. Punkt 6.1.

864 Vielleicht war auch tatsächlich das Interesse vorhanden, ärmere Untertanen nicht zu sehr zu belasten. Deren Schonung war aber wiederum nur durch eine stärkere Belastung der Wohlhabenderen zu erreichen.

865 ENDRES stellt hierzu lediglich fest, dass „der Adel“ eine ausnahmslose Belegung gefordert habe. ENDRES, Probleme, S. 134.

seine Schäden ausgleichen würden. Dies ist soweit keine Überraschung; er hatte verschiedenste Verluste erlitten und wollte jene schnell ersetzen. Das Domkapitel schlug sich zunächst ebenfalls auf diese Seite. Es hatte ja schon eine höhere Ansetzung der prozentualen Belastung (unter ausdrücklichem Verweis auf die dadurch schneller zu bewerkstelligende Auszahlung) angeregt. Nun wünschte es sich auch noch eine Befreiung der adligen Untertanen von eben dieser Abgabe (obwohl ein derartiger Beschluss einer zügigen Einbringung des Schadensersatzes eher entgegenstand).

Diese Anfrage verdeutlicht den Standpunkt der adelsfreundlichen Partei: Der Schadensersatz sollte baldmöglichst eintreffen, aber zugleich nicht die eigenen Hintersassen schädigen – schließlich gingen die Einnahmen des Zwanzigsten Pfennigs nicht direkt zu den Empfängern, sondern wurden erst zentral beim Bischof gesammelt. Bequemer gewesen wäre es für den einzelnen Adligen aber zweifellos, den im Aufstand entstandenen Schaden durch die Bevölkerung anderer Herrschaften bezahlen zu lassen, während die eigenen Leute davon verschont und somit wirtschaftlich unbeeinträchtigt und langfristig zur Leistung ihrer Abgaben fähig blieben. Dies relativiert wiederum ein wenig die Annahme, dass hinter der Absicht, reiche Personen stärker zu belasten, vornehmlich Mitleid mit den Armen stand – es war dies vielleicht auch einfach nur Überlegungen geschuldet, wie man eine schnelle Einbringung der Gelder erreichen konnte.

Der Bischof hatte hingegen die „Gleichheit“ bevorzugt, wie seine Aussage über die Behandlung von Schuldigen und Unschuldigen deutlich wiedergibt. Doch auch an anderer Stelle kann man diese Haltung herauslesen: Die prozentual am Vermögen orientierte Form des Zwanzigsten Pfennig war hinsichtlich der Gleichbehandlung im Grunde eine sehr ungerechte Einrichtung. Das Beurteilungskriterium für die zu zahlende Entschädigungssumme orientierte sich ja nicht an einer wie auch immer gearteten Schuld, sondern lediglich am individuellen Vermögen. Diese Schieflage wiederum wuchs entsprechend zu einem höheren Abgabesatz an; der Widerstand gegen ein solches Vorgehen des Fürstbischofs entsprang also wohl auch einem Bedürfnis, diese Diskrepanz klein zu halten. Dass überhaupt eine proportionale Belegung gewählt wurde und keine reine Kopfsteuer, ist vielleicht der Ausdruck eines gewissen Entgegenkommens gegenüber der Seite der an schneller Bezahlung interessierten adligen (und, wie es zumindest zu diesem Zeitpunkt scheint, auch domkapitelischen) Partei.



### 6.2.3 Befreiung

Nach den Debatten über Höhe und Belegungskonditionen kam es zu keinen Korrekturen mehr; hierin ist vielleicht die Erkenntnis vor allem der adligen Seite auszumachen, dass alle weiteren Streitigkeiten nur einer konsequenten Durchführung des Zwanzigsten Pfennigs im Weg standen.

Das offizielle Ausschreiben, das als Druck am 30. Juli 1525 ausging,<sup>866</sup> zeigte, dass sich Bischof Weigand mit seiner Haltung in der Frage der Befreiung Unschuldiger von der Auflage hatte durchsetzen können. Es wurde darin angekündigt, dass es jedem Untertan möglich war, sich durch Beweis seiner Nichtbeteiligung am Aufstand (wie im Fall der Brandschatzungen als „Purgation“ bezeichnet) von der Belegung mit dem Zwanzigsten Pfennig zu befreien.<sup>867</sup> Die Bedingungen, die zu einer erfolgreichen Einstufung als unschuldig erfüllt werden mussten, waren jedoch hoch, und spiegelten damit nicht zuletzt wohl auch das Versprechen des Bischofs wider, nur die offensichtlichsten Fälle von Nichtbeteiligung am Aufstand zu schonen. Während der öffentlich durchzuführenden Belegung<sup>868</sup> mit dem Zwanzigsten Pfennig mussten Untertanen folgende Artikel schwören:

1. Man hatte der Empörung weder durch heimlichen noch öffentlichen Ratsschlag gedient.
2. Man hatte keinem Fähnlein der Aufrührer die Treue geschworen oder mit einem solchem gegen geistliche und weltliche Herren gehandelt; dies schloss auch die passive Besoldung oder Schickung derartiger Haufen gegen die genannten Herrschaften mit ein.
3. Man hatte seine Heimstatt im Lauf des Aufruhrs nicht verlassen, noch eine Änderung irgendwelcher Zinsen, Gülten und sonstiger Abgaben an die Obrigkeit erreichen wollen.

<sup>866</sup> StAB B 48, Nr. 8, Prod. 13. Das Domkapitel kündigte die Erhebung des Zwanzigsten Pfennigs für seine eigenen Herrschaftsbereiche am 26. September 1525 an. StAB B 48, Nr. 2, Prod. 82.

<sup>867</sup> In einem Schreiben an den Forchheimer Schultheiß im Oktober 1525 wies Bischof Weigand noch einmal ausdrücklich darauf hin, dass hinter der Möglichkeit zur Purgation sein Wunsch stand, niemand Unschuldiges zu bestrafen. StAB B 48, Nr. 8, Prod. 73.

<sup>868</sup> Der Forstmeister zu Lichtenfels wurde vom Domkapitel nach Zuwiderhandlung ermahnt, dass die Purgation von Untertanen öffentlich im Rahmen der Belegung stattzufinden habe. StAB B 48, Nr. 8, Prod. 87. Allerdings akzeptierte die Korporation in diesem Fall das Vorgehen des Dieners (vgl. FN 880).

4. Man hatte keine Beute des Aufstands geraubt, genommen, gekauft oder zu Hause verwahrt.
5. Man hatte nicht widerrechtlich in Teichen gefischt oder in Wäldern Holz geschlagen, noch dazu geraten oder derartiges befohlen.
6. Man hatte weder Hölzer noch Wälder angezündet oder dazu geraten.
7. Man hatte Taten, an denen man zwar selbst nicht teilgenommen, aber Wissen davon besessen hatte, der Obrigkeit nicht verheimlicht, sondern jene gemeldet.

Diese Konditionen können als identisch gelten mit denen, die das Hochstift Würzburg verlangte,<sup>869</sup> und ähnlich schwierig wie jene, die der Schwäbische Bund verlangte.<sup>870</sup> Den Beamten des Bischofs wurde nämlich aufgetragen, diese Schwüre nicht einfach hinzunehmen, sondern diesbezüglich genaue Erkundigungen anzustellen. Wurden dabei eine oder mehrere Falschaussagen ermittelt, drohte eine Anklage wegen Meineids.<sup>871</sup> Insbesondere das Melden von Handlungen bzw. der Verzicht darauf (Punkt 7) war aber wohl nur in Einzelfällen überhaupt nachweisbar. Auch auf den Aufenthalt zu Hause (Punkt 3) trifft dies zu. Es kann also davon ausgegangen werden, dass es vielen Untertanen nicht möglich war, sich von der Auflage zu befreien; am ehesten wurde dies wohl noch erreicht, wenn man schon vor der Empörung und für deren Dauer mit Erlaubnis der Obrigkeit abgeschieden<sup>872</sup> oder

869 Vgl. FN 748.

870 HOHN, Rechtliche Folgen, S. 218.

871 So schrieb der Hofrat im November 1525 an Kastner und Amtmann zu Weismain: *So haben wir auch die Verzeichnus etlicher vom Adel leut die sich purgirt haben vnd noch zu purgiren vermeinen, horen lesen, vnd ist nit genug, das einer oder mer schwer, das sie der sachen vnschuldig seyen, Sonder gepurt sich laut der articul, das sie auch Ir vnschuld, wie sich gepurt, genugsam anzeigen vnd beweisen, dan on das werden vil maynaid geschehen, Ist auch vnser beuelhe, Ir wollet erfahrung haben ob der Ihene so sich mit dem aid purgirt, einer oder mehr falsch geschworen oder noch schweren werden, alßdan gegen denselben als maynaidigen nach vnser weltlichen ret beuelhe handeln, damit andern dergleichen zuthun ein schewh gemacht werde (...).* StAB B 48, Nr. 8, Prod. 114. Interessant ist diese Aussage im Zusammenhang mit der bereits getroffenen Feststellung, dass typische Meineidstrafen sich im Hochstift nicht nachweisen lassen. Entweder ließ man es also an der entsprechenden Sorgfalt mangeln, oder die Strafen für Meineid fielen nicht in der erwartbaren Schärfe aus. Vgl. Punkt 5.1.2.

872 Ein Beispiel hierfür bietet der Schwager des bischöflichen Kanzleiverwesers, Jörg Mager. Dieser war im August 1525 nach einem Dreivierteljahr Aufenthalt in Venedig nach Scheßlitz zurückgekehrt und wurde trotzdem in die Geldauflagen mit einbezogen. Der Hofrat missbilligte

vor einzelnen Vertretern der Herrschaft – etwa Amtsmännern – während des Aufstands offen und bedingungslos für deren Sache eingetreten war.<sup>873</sup>

Besonders schwer wog, dass die Einbeziehung in den Zwanzigsten Pfennig das einzige Beurteilungskriterium auch bei allen späteren Kompensationsauflagen blieb. Wem es also einmal nicht gelungen war, seine Unschuld nachzuweisen, der musste sämtliche Belastungen der Folgejahre ebenfalls mittragen.<sup>874</sup> Außerdem gewann die Purgation teilweise eine Bedeutung über den rein finanziellen Aspekt hinaus. Als der bischöfliche Kanzleiverweser Hieronimus Kammermeister im Januar 1527 um eine Erhöhung seiner Bezahlung bat, forderte das Domkapitel, dass erst zwei Bedingungen zu erfüllen seien: Treue zum Bischof in der lutherischen Frage und eine erfolgreiche Purgation vom vergangenen Aufruhr.<sup>875</sup> Dies mochte unter Umständen für einige Personen – insbesondere im herrschaftlichen Umfeld von Bischof und Kapitel – eine berufliche Erschwernis bedeuten.

Gescheiterte Versuche, sich von der Auflage des Zwanzigsten Pfennigs zu befreien, zeigen, dass die Purgation zumindest von bischöflicher Seite streng gehandhabt wurde: So erschienen etwa mehrere Mitglieder des Geschlechts der Stiebar beim Amtmann zu Senftenberg und beteuerten, ihre Hintersassen hätten sich lediglich geringster Vergehen schuldig gemacht, und dies zudem nur unter dem Druck fremder Untertanen.<sup>876</sup> Der Bischof wies diese Argumentation unter Verweis auf eine eindeutige Korrespondenz dieser Hintersassen mit einem Bauernlager zurück; schon ein kleiner Verstoß sei ausreichend, dass eine Einstufung als Un-

dieses Vorgehen und wies die bischöflichen Beamten zu Scheßlitz an, das Haus Magers unbelegt zu lassen. StAB B 48, Nr. 4, fol. 121.

873 Ein mögliches Beispiel hierfür bietet der Kronacher Kastner Kunz Ditmann, dem im Rahmen adliger Fürbitten von verschiedener Seite ein Eintreten für die Interessen der Obrigkeit bescheinigt wurde. Vgl. Punkt 5.2.

874 Vgl. FN 969.

875 *Als Iheronimus Cammermeister, Canntzley verweser bey meinem gnedigenn herrn, von Bamberg umb vrlaub angesucht, mit anzaigung das sein Besoldung etwas zugerig, sambt anndern darauff ist meinem gnedigenn herrn heimgestellt ime sein besoldung, zimlicher weiß zubessern, so fern er sich der Neuenn lehr halben, nach meinem gnedigenn herrn richtenn woll, oder vf vorgeennde beweisung der Canntzlei, Auch Purgationn, der Nechstuerganngen aufrur zu vrlaubenn (...).* StAB B 86, Nr. 3, fol. 407'.

876 Dieser Versuch könnte auch mit dem angesprochenen Begehren des Adels zusammenhängen, vom Schadengeld zu profitieren ohne gleichzeitig die eigenen Untertanen belasten zu müssen. Vgl. Punkt 6.2.2.

schuldiger ausgeschlossen werden könne.<sup>877</sup> Der Versuch des Ortes Eggolsheim wiederum, sich von der Schuld am Aufstand zu befreien, wurde wegen eines Briefs der Gemeinde an einen Bauernhaufen abgelehnt und als Grundlage für Straf- wie Kompensationsgelder herangezogen.<sup>878</sup> Weniger konsequent agierte hingegen das Domkapitel, als es einen seiner Untertanen mit der schlichten Feststellung, dass dieser kein Aufrührer sei, vom Zwanzigsten Pfennig befreite.<sup>879</sup> Den Forstmeister zu Lichtenfels wiederum ermahnte die Korporation zwar, weil er unbefugterweise eine Purgation selbst vorgenommen hatte; diese wurde aber trotzdem von den Kanonikern als gültig akzeptiert.<sup>880</sup>

#### 6.2.4 Vorgehensweise

Es handelte sich beim Zwanzigsten Pfennig um eine zahlreichen Personen auferlegte Vermögenssteuer, die jedoch individuell zu leisten war. Man musste also überhaupt erst einmal im ganzen Hochstift und den Herrschaftsgebieten des Adels feststellen, wer Beiträge in welcher Höhe zu entrichten hatte. Dies war wohl mit erheblichem Aufwand verbunden, da umfassende Verzeichnisse der Besitzverhältnisse überhaupt erst in diesen Jahren angelegt wurden, meist als Folge der damals neu eingeführten Türkensteuer.<sup>881</sup> Zu diesem Zweck gebot man allen Untertanen der jeweiligen Ämter einen Tag, an dem sie ihre Güter schätzen mussten, sofern es ihnen bei dieser Gelegenheit nicht gelang, ihre Unschuld zu beweisen. Dabei sollten die Untertanen des Hochstifts und die der nahegelegenen Adeligen gemein-

877 Der Bischof im Schreiben an die betreffenden Angehörigen des Geschlechts Stiebar: *So schicken wir euch hierinn verwarett ein Copei welichs massenn sie In zeit der entporigung alher In das leger geschriebenn habenn, daraus verstanden wirdett Ob sie sich gleich obgemelter zweyer articul außfürenn konten, Das sie sich doch mit diesem schreybenn ergangner der pauerschafft enntporunngenn verwurcklich, mitthetig vnd theylhaftig gemacht haben, Also, das wir vns genediglich versehen, Ir werdet ob angezeigter eur verwanten belegung, kein besweren tragen Sonder sie darzu haben vnd vermogen (...).* StAB B 48, Nr. 8, Prod. 69.

878 Der Inhalt des Briefes, der ursprünglich als Kopie einem bischöflichen Schreiben an den Amtmann zu Senftenberg angehängt war, ist nicht erhalten. Es heißt lediglich, *das sie sich zu den auffrurischen verpunden haben.* StAB B 48, Nr.1, Prod. 138.

879 *Wolff schlosser ym Steinberg dieweill er nit aufrurig gewest, soll er onn ein Purgation des zweintzigistenn pfennigs erlassenenn werdenn.* StAB B 86, Nr. 3, fol. 342'.

880 StAB B 48, Nr. 8, Prod. 87.

881 TROSSBACH, Werner: Bäuerlicher Widerstand in deutschen Kleinterritorien zwischen Bauernkrieg und Französischer Revolution, in: *Zeitschrift für Agrargeschichte und Agrarsoziologie* 35 (1987). S. 1–16. S. 9.

sam bei Ersteren zusammenkommen,<sup>882</sup> um dann entsprechend belegt zu werden. Im Hochstift selbst wurden diese Maßnahmen schon bald angegangen. Das Domkapitel, dessen Vertrag und Beitritt zum Zwanzigsten Pfennigs allerdings auch erst im November 1525 erfolgt war,<sup>883</sup> ordnete die Belegung seiner Untertanen teilweise erst im März 1526 an.<sup>884</sup>

Für die Einschätzung des Vermögens war entscheidend, wer die bemessenen Güter tatsächlich nutzte, und nicht, wer sie zu Lehen gegeben hatte; es sollte der individuelle Besitz als Bemessungsgrundlage dienen.<sup>885</sup> Viel ist über diesen Vorgang nicht bekannt. Als Einnehmer<sup>886</sup> wurde der ehemalige bischöfliche Kammermeister Hans Braun<sup>887</sup> bestimmt; ihm zur Seite traten die beiden Domherren Erasmus von Wolfstein und Reimar von Streitberg.<sup>888</sup> In dieser Angelegenheit arbeiteten Bischof

882 Dies betonte Weigand gegenüber Wolfheinrich von Aufseß zu Trubach: *Dweil aber der aufgericht vertrag an sich heldet, das du, vnd andere vom Adel euch mit vnsern Amptleuten vnd Castnern zu belegung derselben verwandt eins tags veraynen, darauf ir euch, zu Inen vnd sie nit zu euch fugen sollent, versehen wir vns gantzlich, du werdest dich darnach auch richten, wie wir auch beuehln, du wollest dich mit vernen Amptern vnd Castnern noch auf eins tags vergleichen, vnd vff demselben deine hindersessen sich also mit dem xx<sup>ten</sup> dn. belegen zulassen bescheiden (...)*. StAB B 48, Nr. 8, Prod. 31.

883 Vgl. Punkt 4.3.2.

884 StAB B 86, Nr. 3, fol. 354.

885 So erhob ein Untertan namens Heinz Rigel Einspruch gegen die ihm auferlegte Summe mit der Begründung, dass das von ihm bewohnte Gut ein Erbteil seines Bruders und somit diesem zu Lehen sei. Der Amtmann zu Herzogenaurach wurde daraufhin von bischöflicher Seite angewiesen, den Einspruch abzuweisen. Der Zwanzigste Pfennig werde nämlich anhand des persönlichen Vermögens berechnet, wozu auch das Haus von Rigels Bruder gehöre, da Heinz Rigel darin wohne und somit Nutzen daraus ziehe. StAB B 48, Nr. 8, Prod. 165. Gegenüber mehreren Adligen wurde geäußert, *das diese anlag des xx<sup>ten</sup> dns. nit vff die lehen Sonder vff eins Jeden vermogen geschehe, sie haben das am Lehen oder aygen (...)*. StAB B 48, Nr. 8, Prod. 114.

886 Sie werden als *verordente, des aufgelegten zweinzigsten pfennings eynnemere* bezeichnet. StAB B 21, Nr. 77, fol. 130.

887 Er war von 1502 bis 1517 in dieser Position tätig. Seine Aufgabe bestand unter anderem darin, die Einnahmen des Bischofs (Zinsen, Geleitgelder und anderweitige Abgaben) zu verwalten und regelmäßig darüber Rechnung abzulegen. Er konnte also langjährige Erfahrung mit der Steuererhebung vorweisen, was sicherlich zu seiner Auswahl beitrug. SCHMITT, Verwaltung, S. 104f.

888 Beide waren langjährige Mitglieder des Kapitels (von Wolfstein seit 1497, von Streitberg seit 1510) und konnten Erfahrungen im Finanzbereich vorweisen. So übernahm von Streitberg die Kustorsrechnung 1525 (StAB B 86, Nr. 3, fol. 306) und 1526 (StAB B 86, Nr. 3, fol. 365<sup>v</sup>); auch war er 1526 an der Ausarbeitung der Weihesteuerechnung von Bischof Weigands Vorgänger beteiligt (StAB B 86, Nr. 3, fol. 373<sup>v</sup>). Von Wolfstein betreute das Almosenamt und hatte beispielsweise für die Ungeldordnung 1526 die Verantwortung übernommen (StAB B 86, Nr. 3, fol. 398<sup>v</sup>). Außerdem war er seit 1523 Senior, also ältester Kapitular. KIST, Domkapitel, S. 302 (Nr. 247), 322 (Nr. 280).

und Domkapitel also unmittelbar zusammen, da sie aus ihren beiden Kreisen das Personal gemeinsam rekrutierten.<sup>889</sup>

Die Ritterschaft wiederum entsandte aus ihren Reihen Wilhelm von Wiesent-  
hau und Utz von Rosenbach.<sup>890</sup> Weiterhin half ein Priester namens Johann Sussler  
bei der Einnahme.<sup>891</sup> Alle zusammen erhielten aus den Einkünften des Zwanzigsten  
Pfennigs 120 fl. als Bezahlung für ihre Mühlen.<sup>892</sup> Unterstützt wurden sie vor Ort  
noch von Beamten, die auch sonst mit entsprechenden Steuern zu tun hatten und  
über Kenntnisse (und vielleicht auch Aufzeichnungen) der jeweiligen Einwohner-  
schaft und ihrer Besitzverhältnisse verfügten; es wären dies also Angehörige der  
Kasten- und Vogteiämter gewesen.<sup>893</sup> Die Einnehmer der Auflage erstellten nun ein  
Verzeichnis, in dem alle zu belegenden Personen mit ihren zu leistenden Summen  
aufgeführt wurden.<sup>894</sup> Diese Auflistung sollte wohl wiederum von den jeweiligen  
Obrigkeiten dazu verwendet werden, die Gelder einzutreiben; zumindest hand-  
habte man dies seitens des Bischofs so.<sup>895</sup> Auch bei den Untertanen des Adels ging  
man derartig vor.<sup>896</sup>

Bei der Betrachtung der Quellenlage ist auffällig, dass sich kein einziger Fall  
findet, in dem die Belegung des Zwanzigsten Pfennigs durch entsprechende Fürbit-  
ten rückgängig gemacht werden konnte. Auch zeigte sich der Bischof selten<sup>897</sup> ge-  
neigt, wenigstens eine Fristverlängerung zu gewähren – auch wenn Adlige<sup>898</sup> oder

889 Die Rechnungsabnahme des Zwanzigsten Pfennigs vom 29. November 1526 spricht von  
*meins gnedigen herrnn von bamberg vnnd seiner gnaden thumcapittels verordente, Eynnemer, der an-  
lag des xx<sup>ten</sup> dn.* (...). StAB B 28, Nr. 14, Fasz. 1, Prod. 4, S. 1.

890 Sie werden bei der Abrechnung des Zwanzigsten Pfennigs als Verordnete *von Ritter-  
schaft wegen* bezeichnet. StAB B 28, Nr. 14, Fasz. 1, Prod. 4, S. 5.

891 StAB B 28, Nr. 14, Fasz. 1, Prod. 4, S. 2.

892 StAB B 28, Nr. 14, Fasz. 1, Prod. 4, S. 4.

893 SCHMITT, Verwaltung, S. 108f.

894 Ein Beispiel für eine solche Vermögensschätzung findet sich in StAB B 48, Nr. 2, Prod.  
296. Vgl. Anhang Nr. 1.

895 Darauf deutet ein Ausschreiben des Bischofs vom 2. November 1525 hin, in dem Kastner  
und Amtleute angehalten werden, den Zwanzigsten Pfennig einzuholen. ERHARD, Reformation, S.  
147f.

896 StAB B 48, Nr. 8, Prod. 127.

897 Etwa im Fall Kremmeldorfs. Nachdem dieses von seiner vierfachen Plünderung durch  
den Schwäbischen Bund berichtet hatte (vgl. FN 438), wurde ihm durch den Bischof das Strafgeld  
gesenkt (vgl. FN 905) sowie ein Zahlungsaufschub beim Zwanzigsten Pfennig gewährt. StAB B 48,  
Nr. 8, Prod. 19.

898 So bat Heinz von Rosenau im September 1525 im Namen der Bewohner von *Perckam* und  
Neukenroth, diesen den Zwanzigsten Pfennig zu erlassen oder wenigstens mehr Zeit zur Bezahlung

das Domkapitel<sup>899</sup> für ihre eigenen Untertanen eintraten. Als Grund für die Ablehnung wurde die Notwendigkeit einer zügigen Bezahlung der erheblichen Schäden des Adels genannt.<sup>900</sup> Angehörige der Ritterschaft, die um eine Befreiung ihrer Hintertassen baten, wies man zusätzlich explizit darauf hin, dass die Auszahlung der Entschädigung fest an eine Belegung der jeweiligen Untertanen gebunden war.<sup>901</sup>

Nur bei sehr armen Personen befahl der Hofrat der bischöflichen Dienerschaft, im Einzelfall Aufschub zu gewähren. Dies sollte aber wiederum möglichst nicht bekannt werden (nicht einmal den Begünstigten selbst); man fürchtete zahlreiche weitere Nachfragen um Fristverlängerung.<sup>902</sup> Eine vollständige Ausnahme von der Zahlung erfolgte für sie aber ebensowenig wie für (oft wohl nicht weniger unvermögende) Witwen.<sup>903</sup> Selbst in den Fällen, in denen die Auflage nicht geleistet wer-

zu gewähren. StAB B 48, Nr. 8, Prod. 17.

899 Das Kapitel bat beim Bischof für eine Fristverlängerung für Staffelstein (Oktober 1525; StAB B 86, Nr. 3, fol. 321') sowie Buchenbach (November 1525; StAB B 86, Nr. 3, fol. 332–332').

900 So verweigerte Bischof Weigand dem Amt Teuschnitz eine Fristverlängerung gegenüber dessen Amtmann mit der Begründung, *Dweil wir aber wie du waist sollich gelt zubezalung vnsers Stieffts Riderschafft erliten schadens gebrauchen müssen, vnd vns nit thunlich noch gelegen sein will derhalb lang friest zugeben* (...). Stattdessen solle der Amtmann sich um eine möglichst schnelle Einbringung der Gelder bemühen. StAB B 48, Nr. 8, Prod. 53. Den Einwohnern des Amtes selbst wurde im selben Monat ebenfalls Aufschub verweigert, da der Adel so große Schäden erlitten habe und dafür entschädigt werden müsse. StAB B 48, Nr. 8, Prod. 88. Weitere abschlägige Antworten erhielten beispielsweise das Amt Vilseck (Oktober 1525; StAB B 48, Nr. 1, Prod. 130) sowie die Orte Burgkunstadt (September 1525; StAB B 48, Nr. 8, Prod. 20) und Kupferberg (November 1525; StAB B 48, Nr. 8, Prod. 107).

901 Einer (nicht näher bezeichneten) Witwe aus dem Geschlecht der Förtsch ließ der Bischof mitteilen, sie sei dem Forchheimer Vertrag beigetreten, *der lauter vermog, das dein vnd ander verwandte, vnd hindersessen, mit dem xx<sup>ten</sup> dn. sollen belegt werden, Woll du dann abtrag deins empfangen schadens haben, vnd In dem vertrag pleiben, so gepurt sich zufferderst, das die deinen belegt werden* (...). StAB B 48, Nr. 8, Prod. 177.

902 Der Hofrat schrieb dies im Januar 1526 an den Amtmann zu Stufenberg: *Wir sind ytzo bericht wie Merthein Stiebers zu Steinpach armer man albrecht Knorr genant, ytzo gelts halben vnuermöglich sey vnnd konne darumb vnnserrn gn. hn. vonn Bamberg die aufflag dess xx<sup>ten</sup> dn. ytzo nit reichen, auch seinen halben vmb friest ersucht vnnd gepetten worden etc. darauff ist vnnsrer beuelhe du wollest zu reichung sollichs xx<sup>ten</sup> dn. gedult biß vff lichtmes schierstenn haben, vnnd Ime doch kein friest zusagenn, aber In zeit zwischen hie vnnd liechtmes wollest Ine vngemussigt lassen vnd nach verscheynung der Lichtmes, wollest den xx<sup>ten</sup> dn. von Ime wie vonn andern einpringen doch wollest, Ime sollichs nit zuwissen thun, damit nit andere dergleichen auch kommen, vnnd vmb friest wurden annsuchen* (...). StAB B 48, Nr. 8, Prod. 153. Das vorausgegangene Schreiben des Amtmanns findet sich in StAB B 48, Nr. 8, Prod. 125.

903 Auf die Einbeziehung von Witwen in den Zwanzigsten Pfennig (sofern sie nicht Purgation leisten konnten) wiesen die weltlichen Räte unter anderem im September 1525 hin. StAB B

den konnte und die Betroffenen in die Verbannung geschickt wurden, blieb man, was die Entrichtung der Abgabe betraf, hartnäckig: Der Fortzug aus dem Hochstift nach dem Verkauf der eigenen Güter wurde erst gestattet, wenn zuvor die noch ausstehende Summe aus den durch die Veräußerung erlangten Geldern geleistet worden war.<sup>904</sup>

Der Zahlung des Zwanzigsten Pfennigs ließ der Bischof also hohe Priorität zukommen. Dies ist umso bemerkenswerter, als sich im Vergleich dazu für die bischöflichen Straf gelder sehr wohl einige Zugeständnisse in Form von Absenkung oder Streichung finden,<sup>905</sup> und das bisweilen in einem Zug mit der Weigerung, auf die Erhebung der Kompensationsauflage zu verzichten.<sup>906</sup> Die Straf gelder konnten auch indirekt auf den Zwanzigsten Pfennig Auswirkung haben; bei der Festlegung des durch diesen zu belegenden Vermögens wurden geleistete Bußen nicht mehr mitberechnet, was insbesondere bei höheren Summen die zu leistende Kompensationsauflage deutlich drücken konnte.<sup>907</sup>

### 6.2.5 Probleme

Natürlich wurde trotz (oder vielleicht gerade wegen) der so unnachgiebigen Haltung der Obrigkeit durch die Betroffenen versucht, die Entrichtung des Zwanzigsten Pfennigs zumindest so lange wie möglich hinauszuzögern. Dies begann schon damit, dass ein ganzer Teil der Bevölkerung die angesetzten Belegungstage nicht befolgte. Der Kastner zu Forchheim musste beispielsweise im Oktober 1525

48, Nr. 8, Prod. 21. Auch Bischof Weigand wollte im November des Jahres einer Witwe zu Zeil die Auflage nur dann ersparen, wenn sie ihre Unschuld im Bezug auf den Aufstand nachweisen könne. StAB B 48, Nr. 8, Prod. 98.

904 StAB B 48, Nr. 1, Prod. 145, 147. Für die Probleme, die mit dem Zwangsverkauf verbunden waren, vgl. Punkt 5.4.2.

905 Kremmeldorf wurde auf sein Bitten hin das Straf geld durch den Bischof von 50 fl. auf 13 fl. gesenkt; StAB B 48, Nr. 8, Prod. 19. Leppelsdorf wurde wegen Armut und Feuersbrunst das Straf geld in Höhe von 12 fl. ganz erlassen, was zudem von der zu leistenden Gesamtsumme des Amts Stufenberg abgezogen werden sollte, wodurch letztlich also auch andere Gemeinden eine gewisse Erleichterung erfuhren. StAB B 48, Nr. 8, Prod. 57.

906 Im Fall der Zeiler Witwe, bei der er auf Zahlung des Zwanzigsten Pfennigs bestanden hatte (vgl. FN 903), bot Bischof Weigand stattdessen an, sie vom Straf geld auszunehmen.

907 Heinz Seuber wurde im November 1525 seine Bitte gewährt, die ihm aufgelegten 100 fl. Straf geld von seinem Vermögen zur Schätzung des Zwanzigsten Pfennigs abzuziehen. Zu belegen verblieben daher in diesem Fall *die andernn hundert guldin* – also nur noch die Hälfte von Seubers ursprünglichem Vermögen. Dementsprechend halbierte sich die zu zahlende Summe von 10 fl. (5% von 200 fl.) auf 5 fl. (5% von 100 fl.). StAB B 48, Nr. 8, Prod. 123.



dem Bischof berichten, dass viele Untertanen – auch des Domkapitels – erst gar nicht zum gebotenen Termin erschienen waren. Er befürchtete deswegen auch Unruhe unter denjenigen, die sich gehorsam hatten belegen lassen.<sup>908</sup> Gegen diese zahlungsunwilligen Personen sollte mit verschiedenen Druckmitteln vorgegangen werden, etwa Gefangennahme<sup>909</sup> oder Pfändung der Besitztümer.<sup>910</sup> Letzteres war wohl auch die einzige mögliche Antwort auf ein weiteres Problem: falls Untertanen nicht einmal dann zahlen konnten, wenn sie ihre Güter verkauften.<sup>911</sup> Schließlich konnte es noch passieren, dass Geflohene, die erst später zurückkehrten und deswegen bei der eigentlichen Belegung nicht einbezogen worden waren, sehr häufig nur langsam (oder vielleicht auch gar nicht) zur nachträglichen Entrichtung des Zwanzigsten Pfennigs verpflichtet wurden.<sup>912</sup> Noch zu Beginn des Jahres 1529 gab es derart viele solcher Fälle, dass das Domkapitel darin eine wesentliche Ursache für die langen Verzögerungen bei der Auszahlung seiner Schadengelder vermutete.<sup>913</sup>

Aber nicht nur die Verweigerung seitens der Untertanen stellte ein Problem dar. Im Oktober 1525 musste der Bischof seine Dienerschaft in Kronach darauf hinweisen, dass immer noch zahlreiche Ritter ihre eigenen Hintersassen nicht mit dem Zwanzigsten Pfennig belegt hätten, weswegen jenen erneut ein Tag ausgeschrieben werden sollte, damit sie es nachholten.<sup>914</sup> Dies blieb ein notorisches Problem, das sich noch im Oktober 1527 nachweisen lässt.<sup>915</sup> Das Druckmittel, das in diesem Fall zur Verfügung stand, war die Drohung, den jeweiligen Adligen die Zahlung des Schadengelds teilweise<sup>916</sup> oder vollständig zu verweigern.<sup>917</sup> Zugleich wurde den bi-

908 StAB B 48, Nr. 8, Prod. 56.

909 StAB B 48, Nr. 8, Prod. 42, 114.

910 StAB B 48, Nr. 8, Prod. 91.

911 Vgl. hierfür Punkt 5.4.2.

912 Schon die Mitteilung des Forchheimer Kastners über das Nichterscheinen vieler Untertanen zur Vermögensschätzung berichtet in diesem Zusammenhang auch von zahlreichen Zurückgekehrten, die ebenfalls noch belegt werden mussten (vgl. FN 908).

913 Vgl. Punkt 6.5.

914 StAB B 48, Nr. 8, Prod. 71.

915 Sebastian Stiebar und sein (nicht namentlich genannter) Vetter wurden aufgefordert, ihre Untertanen mit dem Zwanzigsten Pfennig zu belegen, da sie dies noch nicht vorgenommen hätten. Daher sollten sie beim Amtmann zu Senftenberg erscheinen, um dort zusammen mit diesem und dem Kastner zu Forchheim die Belegung vorzunehmen. StAB B 48, Nr. 8, Prod. 213.

916 Dies drohte der Hofrat mehreren Adligen, die ihre Untertanen in Eggolsheim nicht belegen lassen wollten. StAB B 48, Nr. 8, Prod. 89.

917 StAB B 48, Nr. 8, Prod. 177.

schöfflichen Beamten befohlen, die Belegung der adligen Untertanen notfalls selbst durchzuführen,<sup>918</sup> was aber möglicherweise erst recht Widerstand provozierte, bedeutete dies doch einen Eingriff in die Herrschaftsrechte der betroffenen Adligen. Ebenfalls mit dem Entzug der Kompensation wurden Teilnehmer des Forchheimer Vertrags bedroht, die weiterhin auf eigene Faust Plünderungen vornahmen. Im August 1525 mussten Hofrat und Bischof den Ritter Adam von Wildenstein mehrmals dazu auffordern, sein tätliches Vorhaben gegen die Untertanen in Stadtsteinach und Kupferberg – er hatte unter anderem Pferde weggeführt – einzustellen. Erst nachdem der Vater des Adligen diesem zugeredet hatte, lenkte er schließlich ein.<sup>919</sup>

### 6.2.6 Auszahlung

Die durch den Forchheimer Vertrag vorgesehene Begutachtung der Schäden der Vertragsteilnehmer begann vermutlich Anfang September 1525; zum größten Teil hatte man sie Ende Oktober abgeschlossen.<sup>920</sup> Damit waren spätestens dann die Summen, deren erste Hälfte ja bis zum 11. November ausgezahlt werden sollte, auch entsprechend bekannt. Doch konnte es nicht zu dem geplanten Vorgehen kommen; verschiedene Umstände verhinderten, dass bis zum angepeilten Zeitpunkt die geschädigten Adligen ihre Gelder erhielten. Dies lag zum einen natürlich an den Schwierigkeiten, die man mit der mangelnden Zahlungsbereitschaft der Untertanen, aber auch mit der Belegungsunwilligkeit der Ritterschaft hatte. Noch im Februar 1526 gab es ganze Ämter, in denen kein einziger Beitrag zum Zwanzigsten Pfennig geleistet worden war.<sup>921</sup> Zum anderen übertrafen die Ergebnisse der Schadensüberprüfung die ursprünglich im Juni zu Forchheim vorgenommene erste Einschätzung erheblich.<sup>922</sup> Nun ging man von insgesamt fast 170.000 fl. aus,

918 StAB B 48, Nr. 8, Prod. 127.

919 StAB B 48, Nr. 2, Prod. 54, 56, 72, 77.

920 Exakte Daten fehlen, doch erhielten laut Zahlamtsrechnung der Zimmermann Hans Silber und der Steinmetz Hans Langer am 30. Oktober 1525 jeweils 10 fl. dafür, dass sie an der Beurteilung der Schäden, die den Adligen in Bamberg, im Steigerwald, am Main sowie zum Teil auf dem „Gebürg“ entstanden waren, teilgenommen hatten; insgesamt waren sie sieben Wochen lang tätig. StAB A 231/I, Nr. 1747<sup>1</sup>, fol. 304.

921 So berichtete es der Kastner zu Kronach vom Amt Stufenberg. StAB B 48, Nr. 8, Prod. 173.

922 Gemäß der Quittungen, die nach vollständiger Zahlung der Schadengelder ausgestellt wurden, betrug die höchste veranschlagte Summe 5951 fl. und ging an Philipp Truchsess von Pommersfelden. Ähnlich hohe Beträge wurden Rochus von Seckendorff (5600 fl.), Dorothea Förtsch (4878 fl., 3 lb., 18 dn.) und Wilhelm von Wiesenthau (4432 fl.) zugesprochen. Die niedrigsten Sum-

wobei die Verluste der Geistlichen hierin noch gar nicht eingerechnet waren.<sup>923</sup> Dies alles stellte die anfängliche Planung des Kompensationsprozesses grundlegend in Frage.

Die Ritterschaft, die den Wiederaufbau ihrer Sitze ja schon seit einer Weile betrieb,<sup>924</sup> war aber auf diese Gelder angewiesen und zeigte wohl entsprechend wenig Bereitschaft, länger als ausgemacht darauf warten zu müssen.<sup>925</sup> Zu den Personen, die Ansprüche dieser Art erhoben, gehörten dabei auch ausgerechnet jene Adligen, die ihrer eigenen Verpflichtung in der Sache am wenigsten nachkamen.<sup>926</sup> Doch ließ die Situation ohnehin keine großen Spielräume in dieser Frage zu, es war schlichtweg noch nicht genügend Geld eingenommen worden.

Deswegen kam es im Dezember 1525 zu erneuten Verhandlungen zwischen Bischof, Kapitel und Adel, als deren Gegenstand eine Korrektur der bisherigen Zahlungsmodalitäten thematisiert wurde. Das Ergebnis dieser Gespräche war eine Vereinbarung, eine sogenannte *Bewilligung der erstreckung*.<sup>927</sup> In ihr einigten sich Bischof und Adel auf zweierlei: Zunächst wurde bereits hier beschlossen, dass eine weitere Abgabe aufzulegen sei, falls eine vollständige Bezahlung der Schäden der Ritterschaft mit dem Zwanzigsten Pfennig nicht erreicht würde. Diese sollte dann

men wiederum bewegten sich zwischen 15 fl. (Fabian und Wolf von Aufseß) und 20 fl. (Felix von Giech). Insgesamt wurde 166 Mal Schadensersatz gezahlt, wobei diesen teilweise mehrere Verwandte gemeinsam erhielten. StAB B 48, Nr. 16. Für eine grobe Darstellung der Verteilung der Schadengelder vgl. Anhang Nr. 2.

923 Im Bericht Martin Müllners heißt es hierzu: *Und ist solicher der der ritterschaft gemessiger schade, da der zusammengerechent, geloffen und hat troffen hunderttausend und etzlich und siebenzigtausend guldein ausserhalb des schadens, der dem bischof an seinen und seines stiefts schlossen und dann den geistlichen an iren hofen heussern und farnus gescheen, welicher nit in angezeigte summa gerechent*. CHROUST, Chroniken, S. 138.

924 Vgl. Punkt 6.1.

925 Alexander von Redwitz, der Pfleger zu Vilseck, betonte Anfang Oktober 1525 gegenüber Bischof Weigand, dass er den Erhalt seines Schadensersatzes bereits fest eingeplant habe. Daher sei es ihm entgegen der Bitte des Fürsten nicht möglich, noch länger darauf zu warten. StAB B 48, Nr. 1, Prod. 128.

926 So schrieb Weigand wegen Wolf von Reitzenstein an den Kastner zu Kronach: *Wir sind bericht, das Wolff vom Reitzensteins leut mit dem xx<sup>ten</sup> dn. noch vnbelegt sein sollen, Noch danach ist er an sant Martins tag* [11. November 1525], *vor vnsern Reten erschynnen, vnd bezalung seines gemessigten schadens, begert* (...). StAB B 48, Nr. 8, Prod. 126. Von Reitzenstein war es, in dessen Fall den bischöflichen Dienern gestattet wurde, Untertanen des Adligen auch ohne Zustimmung ihres Herrn den Zwanzigsten Pfennig aufzulegen, weil jener sich weigerte, dies selbst zu tun (vgl. FN 918).

927 Abgedruckt bei CHROUST, Chroniken, S. 139–143. Abschrift im bischöflichen Kanzleibuch: StAB B 21, Nr. 16, fol. 114–117.

aber nicht mehr eine Vermögenssteuer sein, sondern ein gleichmäßig verteiltes Herdgeld.<sup>928</sup>

Zudem kam man zu der anderen, schon wesentlich konkreteren Vereinbarung, dass bis zum 22. Februar 1526 jedem Empfänger mindestens ein Drittel des ihm zustehenden Geldes auszuzahlen war. Die beiden anderen Drittel sollten zum 11. November 1526 und zum 11. November 1527 folgen.<sup>929</sup> Im Fall des ersten Drittels wurde dabei anscheinend nach Möglichkeit wiederum eine Zweiteilung vorgenommen. Für dessen erste Hälfte (also insgesamt das erste Sechstel) strebte man – sofern realisierbar – eine Ausgabe bis Ende November an, für die zweite Hälfte dann entsprechend bis zum 22. Februar 1526.<sup>930</sup> In den Fällen, in denen das gesamte ermittelte Schadengeld auf weniger als 100 fl. festgesetzt worden war, zielte man auf eine Zahlung der ganzen ersten Hälfte oder des gesamten Betrags bis zum besagten Februartermin ab;<sup>931</sup> letztendlich konnte aber nur Ersteres realisiert werden.<sup>932</sup> Mit dem Domkapitel wiederum wurde wohl ebenfalls eine Verlagerung der Auszahlungsfristen vereinbart, denn bei diesem war der Endpunkt zur Zahlung der ersten Hälfte des Schadensersatzes der 1. August 1526.<sup>933</sup>

Die zu langsam eintreffenden Gelder, die die Verzögerung und letztlich die Neufestlegung von deren Ausgabe zur Folge hatten, bereiteten wahrscheinlich auch im Jahr 1526 weiter Schwierigkeiten. Es kamen aber darüber hinaus neue Hindernisse hinzu, wie etwa Streitigkeiten zwischen den Empfängern der Kompensationsauflage. Wenn einmal ausreichend Finanzmittel angesammelt waren, damit einige der angemeldeten Verluste bezahlt werden konnten, kam es zu Konflikten darüber, an

928 Für eine genauere Definition dieses Herdgelds vgl. Punkt 6.3.

929 CHROUST, Chroniken, S. 140.

930 Diese Modalität wurde gegenüber Wolf von Würtzburg zu Rothenkirchen als Antwort auf dessen Bitte um Auszahlung der ersten Hälfte seines Schadensersatzes aufgeführt. StAB B 48, Nr. 2, Prod. 117.

931 In dem Beschluss hieß es: (...) *welichem vom adel fur sein erlietten scheden nit uber hundert guldein gemessigt worden, das demselben soliche summa zu einer oder zweien friesten moge bezalt werden.* CHROUST, Chroniken, S. 140.

932 Dem Kastner zu Kronach wurde auf seine Anfrage hin Ende Januar 1526 Folgendes mitgeteilt: *Du wollest den Ihenen den Ir schad vber i<sup>c</sup> gulden gemessigt, den andern sechstheil das ist der dritteil bezaln, aber denen so nit mer dan hundert gulden gesprochen, wollest den halbtheil desselben gelts reichen* (...). StAB B 48, Nr. 1, Prod. 150, 151.

933 Vgl. FN 936.

wen diese zuerst auszugeben seien.<sup>934</sup> Auch einzelne Domherren haderten mit der Art und Weise, in der sie ihren Anteil am Zwanzigsten Pfennig erlangen sollten. Georg von Bibra etwa weigerte sich, das von ihm selbst bei seinen Untertanen eingebrachte Geld zuerst in die bischöfliche Sammelkasse zu leiten (wie im Vertrag zwischen Bischof und Geistlichkeit vorgesehen). Stattdessen forderte er, alle Einnahmen sofort für sich behalten zu dürfen. Die restlichen Kanoniker versuchten ihn mit Verweis auf die so entstehende Unordnung davon abzuhalten.<sup>935</sup> Und ähnlich wie einige Adlige wollten andere Kapitulare sich nicht bis zu den neu festgelegten Fristen mit der Auszahlung ihres Anteils am Schadengeld gedulden.<sup>936</sup>

Trotz der hier beispielhaft aufgeführten Hindernisse gelang es in den folgenden Monaten, eine erhebliche Summe einzuziehen: Insgesamt leisteten bis Anfang September des Jahres 1526 16.592 Herdstätten ihre Zahlung;<sup>937</sup> eine Quittung aus demselben Monat beziffert die Einnahmen auf 64.394 fl., 27½ dn., von denen wiederum zu diesem Zeitpunkt bereits 53.389 fl., 2 lb., 3½ dn. ausgegeben worden waren.<sup>938</sup> Der Gesamtschaden der Ritterschaft wurde im selben Zeitraum aber auf 167.828 fl., 19 dn. geschätzt, es standen also über 114.000 fl. noch aus.<sup>939</sup> Auch wenn vermutlich weitere Einnahmen zu erwarten waren – etwa von immer noch im Bezug auf die Belegung ihrer Untertanen widerstrebenden Adligen –, so konnten jene wohl kaum mehr die verbleibende Summe erbringen. Aus diesem Grund begann und vollzog

934 Ein gutes Beispiel hierfür bietet die Auseinandersetzung, die im Mai 1526 vor dem Hofrat zwischen den drei Brüdern Wolfheinrich, Hansjörg sowie Dietz von Aufseß einerseits und Philipp Lochinger, dem Amtmann zu Ebersberg andererseits geführt wurde. Lochinger forderte die sofortige Zahlung der zweiten Hälfte seines Schadensersatzes aus den Geldern, die für die Verluste an mehreren aufseßschen Gütern gegeben worden waren, da er einen Teil von diesen erworben habe. Dagegen verwehrten sich die Aufseß-Brüder mit der Begründung, dass das Gut dem Lochinger nur geliehen, aber nicht zum Verkauf gegeben worden sei und er somit keinen Anspruch auf das Schadengeld besitze; alles sei nun an sie auszuzahlen. Letztlich entschied der Rat zugunsten des Amtmanns, der den Erwerb und die eigene Belehnung mit dem strittigen Gut anhand von Kauf- und Lehenbriefen nachweisen konnte. StAB B 21, Nr. 49, fol. 33–35.

935 StAB B 86, Nr. 3, fol. 379–380.

936 Im Mai 1526 bat Weiprecht von Seckendorff darum, seine Hälfte des Schadensersatzes sofort zu erhalten. Das Kapitel verwies ihn darauf, dass der Bischof sich dazu verpflichtet habe, allen diese Hälfte bis zum 1. August des Jahres zu geben; dabei wolle man es beruhen lassen. StAB B 86, Nr. 3, fol. 368.

937 Diese Angabe stammt aus Überlegungen zu den zu erwartenden Einnahmen durch eine zweite Auflage, da man die Zahl der im Rahmen des Zwanzigsten Pfennigs erfassten *hertstat* als Berechnungsgrundlage für das Herdgeld heranzog. StAB B 28, Nr. 14, Fasz. 1, Prod. 5, S. 3.

938 StAB B 21, Nr. 77, fol. 130–130'.

939 StAB B 28, Nr. 14, Fasz. 1, Prod. 5, S. 1.

man schließlich gemäß den Überlegungen vom Dezember 1525 die Erhebung einer zweiten flächendeckenden Auflage: das Herdgeld.

### 6.3 Das Herdgeld

Die Vorgehensweise bei der Erhebung dieser zweiten Auflage dürfte sich insgesamt wenig von der des Zwanzigsten Pfennigs unterschieden haben. Belegt wurden dieselben Personen wie zu vor, also jene, die keine erfolgreiche Purgation hatten durchführen können;<sup>940</sup> bei Nichtleistung drohte weiterhin dauerhafte Verbanung.<sup>941</sup> Auch bei der Belegung ging man nicht anders vor.<sup>942</sup> Angesichts derartiger Übereinstimmungen wird hier auf eine weitergehende Diskussion dieser Aspekte verzichtet. Vertiefend soll aber im Folgenden die unmittelbare Entstehung der zweiten Auflage, also die Zeit der Verhandlungen über ihre genaue Höhe, betrachtet werden, da sie einigen Aufschluss über die Haltung der obrigkeitlichen Parteien in der Kompensationsfrage zu diesem Zeitpunkt zulässt.

Die Weichenstellung für das Herdgeld war bereits im Dezember 1525 durch Bischof und Adel geschehen. Dessen konkrete Umsetzung bedurfte aber erneuter Gespräche, die – zumindest soweit die verfügbaren Aufzeichnungen dies zeigen – im August 1526 begannen. Anscheinend kam es zu ersten Treffen zwischen Bischof und Domkapitel, die in dem Beschluss mündeten, sich mit mehreren Vertretern des Adels zu Beratungen über die neue Auflage zu versammeln. Jene brachten erste Vorschläge ein: Auf jedes Fenster sollten fünf Gulden gelegt werden, wobei die

940 Dies stand bereits bei den Vorüberlegungen zu der neuen Auflage fest: *Das alle vnnd yde meins gnedigen herrn von bambergs, seiner gnaden thumcapittels prelatten vnd ander geystlichen, auch der vom adel Stett vnnd Spital leutt vnnd vntterthan, So Ergangner auffrur verwant vnd in der anlag des xx<sup>ten</sup> dn. begrieffen, Ein yder hawssgenosse Es sey fraw oder man die sitzen In eygen oder bestanden Hewssern, hoffen Selden oder guttern die eygen Rauch haben, von Irem vermogen, sie haben viel oder wenig iii gulden Reynisch geben vnnd die zwischen vnd sand Merteins schirsten den verordneten eynemern on lenger verziehen Reychen vnnd verantwortten (...).* StAB B 28, Nr. 14, Fasz. 1, Prod. 5, S. 4.

941 Dies taucht ebenfalls in den Vorüberlegungen auf und wurde später nicht weiter thematisiert, war also wohl nicht strittig. StAB B 28, Nr. 14, Fasz. 1, Prod. 5, S. 6.

942 Vgl. FN 970.

Hälfte dieser Summe alle Untertanen – arm oder reich – zu geben hätten; der restliche Betrag war nach dem jeweiligen Vermögen anzusetzen.<sup>943</sup>

Dieser Ansatz konnte sich aber offensichtlich nicht durchsetzen, denn die Verhandlungen blieben ergebnislos, und ihre Fortsetzung wurde für den 3. September beschlossen.<sup>944</sup> Am 6. September billigte das Domkapitel eine deutlich veränderte Belegungsart:<sup>945</sup> Auf jede Herdstätte, d. h. jeden Haushalt<sup>946</sup> wollte man nun 3 fl. legen, jeder zusätzliche Bewohner im Haus hatte 1 fl. beizusteuern.<sup>947</sup> Die Korporation selbst wandte bei dieser Gelegenheit ein, dass Eigentümer einer Herdstätte mit einem Vermögen von weniger als 20 fl. nicht 3 fl., sondern 1 fl. zahlen sollten; umgekehrt beabsichtigte man, von wohlhabenden Hausgenossen 3 fl. statt nur 1 fl. verlangen.<sup>948</sup>

Beide Ansätze zeigen den Versuch, einen Kompromiss zwischen einem vermögensorientierten und einem eher personengebundenen Ansatz zu finden. Die bereits im Vorfeld des Zwanzigsten Pfennigs erkennbare Schwierigkeit, den Wunsch nach höheren Einnahmen, einer Minderbelastung der weniger Begüterten und einer Orientierung der Kompensation vornehmlich am individuellen Verschulden zu vereinen, trat also auch beim Herdgeld umgehend wieder zu Tage.

943 (...) *Das man dan auff Ein fenster v gulden slage, Also, das Ein yde persone vnnd hertstatt durch auss sie stossen oder wouor auff besser oder bestanden gutter arm vnd Reych den halbteyl des vom drythalbs gulden, gebe, vnd der vbrig halbteyl auff das Vermog der personen gelegt, vnd ob die zallung also der v gulden zu Einem fuglich Einzupringen were, das achten sie wie es gestern Berurth fur gutt (...).* StAB B 28, Nr. 14, Fasz. 1, Prod. 3, S. 4.

944 StAB B 28, Nr. 14, Fasz. 1, Prod. 3, S. 8.

945 StAB B 86, Nr. 3, fol. 389.

946 Unter „Herdstätte“ wurde in der Vormoderne nicht nur die Feuerstelle (als zentraler Punkt des Hauses), sondern „pars pro toto“ der gesamte Haushalt verstanden. Diese Definition bildete die Grundlage für die ältesten Arten der Besteuerung, noch vor proportionalen Einkommens- und Vermögenssteuern. Herdschilling, in: HRG, Band 2, Sp. 959.

947 Auf denselben Tag ist auch ein Verzeichnis datiert, in dem u. a. die bisherigen Einnahmen durch den Zwanzigsten Pfennig sowie Einschätzungen zu den Einkünften durch das kommende Herdgeld schriftlich dargelegt sind. StAB B 28, Nr. 14, Fasz. 1, Prod. 5.

948 Das Kapitel nannte hier keine genauen Werte anhand derer eine Unterscheidung zwischen Wohlhabenden und Armen getroffen werden sollte. Es beschränkte sich auf den Passus (...) *wann dieselben arm sein das es bey einem guldein bleib, wann sie aber Reich sein, das, iglicher, hausgenossen drey guldein zugebenn schuldig sein soll (...).* StAB B 86, Nr. 3, fol. 389'.

Noch deutlicher lässt sich diese Entwicklung in der letzten Phase der Aushandlung, welche etwa auf Mitte oder Ende September 1526 zu datieren ist,<sup>949</sup> aufzeigen. Hier erlaubt es die Quellenlage es auch, die Motive der verhandelnden Parteien nachzuvollziehen. Im Raum stand von bischöflicher und domkapitelischer Seite<sup>950</sup> zu diesem Zeitpunkt ein ausdifferenzierter Vorschlag zu der Art und Weise, in welcher ein ganzer Haushalt zu belegen war: Für den Besitzer der Herdstätte wurden 3 fl., für jeden weiteren Rauch<sup>951</sup> 1 fl. angesetzt. Das Gesinde sollte 1 Ort (= 1/4 fl.) geben, für jeden Sohn über 13 Jahre<sup>952</sup> fielen außerdem je 1/2 fl. an. Die Verordneten des Adels<sup>953</sup> hielten diese Vorgehensweise jedoch angesichts der vielen unvermögenden Untertanen für undurchführbar.<sup>954</sup> Sie präsentierten deswegen einen Gegenvorschlag; es sollten auf eine eigene Herdstätte<sup>955</sup> 2 fl. entfallen, auf eine gepachtete 1 fl.; zudem für je 100 fl. Vermögen 1 fl. Der Vorteil dieser Variante lag in ihren

949 Dies ergibt sich aus einer Stellungnahme des Bischofs während dieser Verhandlung vom 27. September 1526. StAB B 28, Nr. 14, Fasz. 1, Prod. 2, S. 3.

950 Das gemeinsame Auftreten von Bischof und Kapitel ergibt sich bereits aus der Einleitung der Verhandlungsmitschrift: *Wilhelm von wiesenthau, vnd vtz von Rusenbach waren vf meins gn. hn. beuehlen erschynnen, vnd sich mit seiner fl. auch eins Capitels verordenten einer ferrern anlag verglichen, die in ein schriefft verfast worden (...)*. StAB B 28, Nr. 14, Fasz. 1, Prod. 1, S. 1.

951 Angesichts der niedrigeren Summe im Vergleich zur Herdstätte ist davon auszugehen, dass mit „Rauch“ wohl zusätzliche Feuerstellen mit eigenem Rauchfang innerhalb der gesamten Haushaltung gemeint waren. Herdschilling, in: HRG, Bd. 2, Sp. 959; Herdsteuer, in: HABERKERN/WALLACH: Hilfswörterbuch, S. 278; WLHB S. 173. Bischof und Kapitel beziehen sich in ihrer Antwort auf die vorgeschlagenen 1 fl. ihrerseits allgemein auf „Hausgenossen“, nicht auf den „Rauch“. StAB B 28, Nr. 14, Fasz. 1, Prod. 2, S. 1.

952 Im Originaltext werden abwechselnd die Begriffe „Kinder“ und „Söhne“ verwendet. Die Vorüberlegungen vom 6. September definieren es aber folgendermaßen: *Denn dan dieselben ledigen gesellen vmb Ir verhandlung dannach nit gar vngestraft pleyben So soll Ein yder lediger gesell der sein Eltern Im Stiefft vnd meins gnedigen fursten thumb vnnnd obrigkeyt, vnnnd doch keinen eygen Rauch hatt, vnnnd In ergangener auffrure In diesem land gewest vnd xiii Jare oder daruber alt ist, Einen halben gulden In obgemeltter zeyt reychen vnnnd geben*. StAB B 28, Nr. 14, Fasz. 1, Prod. 5, S. 5. Es klingt hier zudem an, dass damit womöglich auch nur die Söhne gemeint waren, die sich nicht vom Aufruhr hatten purgieren können; eindeutig belegbar ist dies jedoch nicht.

953 Es waren dies mit Wilhelm von Wiesenthau und Utz von Rosenbach dieselben Personen, die schon beim Zwanzigsten Pfennig im Auftrag des Adels als Einnahmer aufgetreten waren. Vgl. FN 890, 950.

954 *Bedenken das es [= der Vorschlag von Bischof und Kapitel] schwerlich zuerhalten sein werd dan der armen sind vil mer dann der reichen*. StAB B 28, Nr. 14, Fasz. 1, Prod. 1, S. 1.

955 Im Original findet sich der Ausdruck *rauch*. Die spätere Antwort des Bischofs auf den Vorschlag bezieht sich allerdings stets 1 fl. pro Herdstätte, weswegen anzunehmen ist, dass dies von Anfang an so gemeint war.



Augen darin, dass die Belastung nach Vermögen und der Aspekt der „Gleichheit“ sich die Waage hielten.<sup>956</sup>

Gegen den Ansatz des Bischofs wurden gleichzeitig mehrere Argumente vorgewandt: Die Armen hätten nach der Auflage des Zwanzigsten Pfennigs ohnehin nichts mehr, das sie geben könnten, weswegen trotz Allem eine stärkere Einbeziehung der Reichen nicht zu vermeiden sei. Auch die differenzierte Belegung der Angehörigen in den Haushalten beurteilten sie negativ; die zusätzliche Abgabe für den Nachwuchs könnte bereits Familien mit drei oder vier Söhnen überfordern, während Knechte und Diener wiederum versuchen würden, sich durch Flucht der Zahlung zu entziehen.<sup>957</sup>

Die Einnahmen des Herdgelds sollten vornehmlich dazu dienen, das zweite Drittel der Schadengelder der Ritterschaft einzubringen. Als Zeitpunkt für eine Auszahlung schlugen die Adligen den kommenden 25. Dezember oder spätestens den 2. Februar 1527 vor – in Anbetracht der erheblichen Verzögerungen, die bereits beim Zwanzigsten Pfennig aufgetreten waren, eine sehr knapp bemessene Zeitspanne. Dessen waren sich die Vertreter der Ritterschaft wohl auch bewusst, als sie darüber hinaus forderten, es sollten dieses Mal zusätzlich die Städte Forchheim und Herzogenaurach – trotz ihres Wohlverhaltens im Aufruhr – sowie die steuerbefreiten Haushalte einzahlen; dies käme letztlich ihnen allen zugute.<sup>958</sup>

Alles in allem deutet sich hier an, dass es dem Adel vornehmlich darum ging, möglichst zügig an seine restlichen Entschädigungen zu gelangen, was das Festhalten an einer vermögensorientierten Komponente sowie die Wahl der Auszah-

956 *Da leg der last nit alleyn vffm vermogen, Sondern es werd die gleichheit gehalten (...).* StAB B 28, Nr. 14, Fasz. 1, Prod. 1, S. 1f.

957 *Item am xx<sup>ten</sup> dn. heten die so in vermogen gewest an masen getragen, das bewägen sie, aber es konnen itzt die armen nit bezalen das sie verruckter zeit sich erstreckt in 64<sup>n</sup> vnd etlich hundert (...). Das aber die Son ½ fl vnd die Knecht i ortt solten geben, Sei nu an sie bedechten das die Son vnd Knechte strefflich gehalten, aber es weren itzo Son, vnd vater In einem gut, het oft ein armer 3, 4, son, oft das sie des nit erschwynge konnen, dergleichen auch mit den knechten, dan die ehalten [Dienstboten, Gesinde] sind sonsten itzo lehnfluchtig, ehe einer i ortt geb liefer ehe an ein ander ortt (...).* StAB B 28, Nr. 14, Fasz. 1, Prod. 1, S. 1f; WLHB, S. 59.

958 *Item nachdem ein grose Summa vber diese Anlag noch aussensteent Sehen sie fur gut an das mein gn. hn. vorcheym vnd hertzenaurach in diese Anlag auch ziehe, wiewol sie sich wol gehalten, zweifeln sie nit dan etlich In diese anlag auch gezogen denn es als wieder gewest als dann, darumb vnd dwel es Ine allen zu gut komen, biten sie, dar es die Summa dester pass mocht erraichen S. fl. gn. wol die belegen, Item der gefreyten heuser auch zubelegen, dar es die Summa erraicht.* StAB B 28, Nr. 14, Fasz. 1, Prod. 1, S. 3f.

lungstermine zeigen. Mitleid mit den ärmeren Untertanen spielte wohl weniger eine Rolle; diese wurden vor allem deswegen nicht weiter belastet, weil man von ihnen nach der ersten Auflage keine nennenswerte Summe mehr zu erlangen glaubte. Dafür aber richtete sich der Blick auf jene, die bisher noch ohne Zahlung davongekommen und dementsprechend finanzkräftiger waren: die von der Auflage befreiten Orte und Personen.<sup>959</sup> Die Tatsache, dass zumindest Herzogenaurach und Forchheim nichts getan hatten, um für das Herdgeld verpflichtet werden zu können, spielte für den Adel keine Rolle mehr; hohen und zügigen Einnahmen wurde die oberste Priorität eingeräumt.

Die Reaktion von Bischof und Kapitel auf den Vorschlag des Adels fiel jedoch durchweg ablehnend aus. Zunächst führten sie auf, dass ihr eigener Vorschlag bereits das Ergebnis längerer Überlegungen sei, wie man reiche wie arme Untertanen möglichst wenig belasten und zugleich den Aspekt der „Gleichheit“ am ehesten bewahren könne; hierzu sähe man bei aller Verhandlungsbereitschaft keine Alternative.<sup>960</sup> Gerade die Gleichbehandlung der Schuldigen sei wichtig, weil sonst die reicheren Untertanen das Gefühl bekämen, für die Taten der Armen zu zahlen, welche wiederum straffrei ausgingen.<sup>961</sup> Neben dieses Argument trat noch eine andere, nüchterne Feststellung: Die Belegung nach Vermögen würde alleine deswegen nicht mehr so viel einbringen können, weil gerade die wohlhabenden Untertanen durch den Zwanzigsten Pfennig um einiges ärmer gemacht worden waren. Die Reichen, die jetzt noch verblieben, mochten sich hingegen bei einer erneuten Vermögenssteuer dazu veranlasst sehen, das Land zu verlassen.<sup>962</sup> Abschließend wurde

959 Für Forchheim und Herzogenaurach ist zu bedenken, dass diese nicht nur vom Zwanzigsten Pfennig befreit worden waren, sondern möglicherweise auch nicht durch Brandschatzungen und Strafgelder Belastungen erfahren hatten. Dementsprechend dürften diese Gemeinden im Jahr 1526 finanziell besser aufgestellt gewesen sein als die restlichen Ortschaften des Hochstifts.

960 (...) *dann der armen, vnd der reichen insouil muglich noch verschont werden, es sei aber am nechsten von vil wegen geredt damit die gleichheit mocht gehalten werden, vnd sei vnder den allen kein bequemens funden dann der mit iii gulden wiewol er auch vast berschwerlich sey, Ydoch sei der zugelassen worden, Nichtsweniger ob ein lynder zufinden mocht sein das seh S. gn. hr. gern Aber sie bedenken, das kein ander mehr zufinden sei Aus vrsachen.* StAB B 28, Nr. 14, Fasz. 1, Prod. 2, S. 1.

961 *Das der reich wurd sprechen er must fur den armen der poss gewest zalen, (...).* StAB B 28, Nr. 14, Fasz. 1, Prod. 2, S. 1.

962 *Sollt vñs i<sup>c</sup> i gulden gelegt werden, So wurde von noten sein solchs statlich zubedenken denn sie mochten nit belegt werden wie ferre mit dem xx<sup>ten</sup> dn. dann welcher ferre vonn i<sup>m</sup> l gulden geben het derselbig het weniger, zugeschwigen was er sonsthen ermer worden, vnd wurd der xx theil an solcher anlag zum wenigsten achten, (...) das es aber vber die Reichen gieng furnemen sind zubesorgen, Es mochten sich dieselben hinweg vnd an ander ortt thun.* StAB B 28, Nr. 14, Fasz. 1, Prod. 2, S. 1f.

die Einbeziehung von Herzogenaurach und Forchheim abgelehnt, da diesen eine Befreiung davon zugesichert worden war.<sup>963</sup> Dieser Argumentation beugte sich die Vertretung des Adels vollständig, und man einigte sich auf ein Herdgeld von 3 fl. sowie eine Abgabe für Hausgenossen von 1 fl.<sup>964</sup>

Zunächst ist auffällig, dass das Domkapitel sich anders als in der ersten Auflage anscheinend recht bald eng mit dem Bischof zusammenschloss und dessen Position dann mitvertrat. Vielleicht hatten die Erfahrungen des Zwanzigsten Pfennigs dazu geführt, dass die Kanoniker nicht mehr so schnell dazu neigten, adelsfreundliche Vorschläge einzubringen (wie etwa die im Juni 1525 ins Spiel gebrachte Erhöhung der ersten Auflage von 5 auf bis zu 10%). Stattdessen forderte es selbst (zumindest im kleinen Rahmen) eine Berücksichtigung der Zahlungsfähigkeit.<sup>965</sup> Das muss noch keine echte Sympathie mit der betroffenen Bevölkerung bedeuten, kann aber zumindest ein Zeichen für einen gewissen Realitätssinn hinsichtlich der Machbarkeit des zu beschließenden Vorhabens sein. Vielleicht spielten zudem Überlegungen in Bezug auf die Belastbarkeit der Untertanen im Hochstift eine Rolle, die ja letztlich auch die Einkommen der Kanoniker erwirtschafteten. Das wiederum musste sich gerade mit der Position des Bischofs decken, der als Landesfürst am ehesten auf die Befindlichkeit der Bevölkerung zu achten hatte – mehr jedenfalls als der Adel, der im Zweifelsfall das Wohl seiner eigenen Untertanen vorzog.

Die daraus resultierende Haltung trug, wie gezeigt wurde, vor allem einem Rechnung: dass nun mehr als zuvor auf die „Gleichheit“ geachtet werden sollte, indem einem zu starken Auseinanderdriften der individuell zu leistenden Kompensationsabgaben eine (leicht abgestufte) Kopfsteuer entgegengesetzt wurde. Es ist somit übertrieben, wie ENDRES im Kompensationsprozess ein durchgängiges „Verständnis für die Lage der Armen“<sup>966</sup> bei Bischof Weigand zu sehen, gab man doch hier trotz eines anderweitigen Vorschlags durch die Ritterschaft letztlich einer Behandlung nach Schuld und nicht nach Vermögen den Vorzug. Allerdings war

963 *Der zweyer stet halb, heten Ine mein gn. hn. vertrag gethan, dweil sie die vom adel nit beschedigen helfen, solten sie in diese anlag nit gezogen werden.* StAB B 28, Nr. 14, Fasz. 1, Prod. 2, S. 2.

964 Diese Form des Herdgelds wurde im November 1526 noch einmal leicht spezifiziert. In einem gemeinsamen Beschluss von Bischof, Domkapitel und Adel bestimmte man, dass auch gepachtete Herdstätten die vollen 3 fl. zu zahlen hatten. Nur wenn ein Hausbewohner nicht mehr als ein separates Gemach bewohnte, war der niedrigere Satz von 1 fl. zu entrichten. StAB B 28, Nr. 14, Fasz. 1, Prod. 4, S. 3.

965 Vgl. FN 948.

966 ENDRES, Bauernkrieg, S. 64.

diese Entscheidung zusätzlich eben auch durch einen Blick für die wirtschaftlichen Realitäten herbeigeführt worden. Eine dauerhafte Entschädigung auf Kosten der Reichen würde deren Zahl zwangsläufig dezimieren – sei es aufgrund von Verarmung oder Abwanderung.

Das Herdgeld wurde offiziell im Oktober 1526 ausgeschrieben,<sup>967</sup> bezeichnenderweise war darin auch der Beschluss inbegriffen, dass der Adel die noch ausbleibenden Belegungen mit dem Zwanzigsten Pfennig vornehmen sollte – dies zeigt deutlich auf, wie langsam die Einbringung der Gelder weiterhin voranging. Es gibt keinen Grund anzunehmen, dass die neue Auflage irgendetwas daran änderte; wenn überhaupt, dann waren die Untertanen nach der ersten Zahlung jetzt noch weniger dazu in der Lage, ihrer Verpflichtung nachzukommen. Langfristig tat sich aber zusätzlich ein anderes Problem auf: Auch die zweite Auflage hatte nicht ausreichend Gelder zur vollständigen Bezahlung der veranschlagten Schäden eingebracht; von den ausstehenden ca. 114.000 fl. konnten mit dem Herdgeld nur 42.256 fl., 4 ß. und 11 dn. eingebracht werden.<sup>968</sup> Damit war zwar eine Ausgabe des zweiten Drittels der Entschädigungen (wie in den Verhandlungen angesprochen) möglich. Es blieb aber nun das restliche Drittel – immer noch knapp 72.000 fl. Um die Gelder hierfür zu beschaffen, kam es zur Einführung einer weiteren, dritten Steuer.

## 6.4 Der Dreißigste Pfennig

Auf die dritte Auflage, in den Quellen als „Dreißigster Pfennig“ bezeichnet, soll an dieser Stelle nicht vertieft eingegangen werden. Zum einen, weil (wie beim Herdgeld auch) sich Aspekte wie die Einbeziehung<sup>969</sup> und wohl auch das Prozedere nicht geändert hatten.<sup>970</sup> Zum anderen aber auch, weil die gesichteten Quellenbestände

967 SCHOTTENLOHER, Buchdruckertätigkeit, S. 152.

968 CHROUST, Chroniken, S. 149, FN 1.

969 Im November 1527 wurde einem Geflüchteten geboten, dass er zurückkehren dürfte, wenn er sich *wie andere zu gnade vnd vngnade ergeben, vnd das strafgelt den xx<sup>ten</sup> dn. auch die drey gulden hertgelts vnd dan die ytzo newaußgeschriben anlage bezahlt habe*. StAB B 48, Nr. 4, fol. 249. Die enge Verbindung, in der man die drei Auflagen sah, wird hier deutlich; es kann davon ausgegangen werden, dass sie bis zum Schluß immer im Verbund aufgelegt wurden.

970 Vgl. hierfür das Ausschreiben der Auflage. StAB B 28, Nr. 14, Fasz. 2, Prod. 1. Aus dem Oktober 1527 existiert ein Schreiben des Amtmanns zu Hollfeld; dieser fragte an, ob die Belegung

kaum Aussagen darüber zulassen; es wären anderweitige Nachforschungen notwendig.

Am 26. Juni 1527 ging ein Schreiben an die Ritterschaft, in dem der Bischof den Stand der Entschädigungszahlungen und die Umstände ihrer Fortsetzung thematisierte. Die Ausgabe der Gelder war erst zu zwei Dritteln vollzogen, ein Umstand, den der Fürst der Gesamtschadenssumme zuschrieb, die in diesem Ausmaß keiner hätte erwarten können.<sup>971</sup> Zugleich wies er darauf hin, dass die Zahlungsfähigkeit der Untertanen nach den vorigen beiden Auflagen an ihre Grenzen gekommen sei, was durch schlechte Witterung und Feuersbrünste noch verschärft würde. Deswegen dürfe man nicht mit einer schnellen Einnahme des restlichen Geldes rechnen, zumindest nicht ohne Landflucht und andere Nachteile zu riskieren.<sup>972</sup>

Abschließend gab Weigand dreierlei zu bedenken: Die Beschlüsse des Reichstags zu Speyer<sup>973</sup> hatten vorgesehen, dass die Obrigkeit den aufständischen Untertanen gegenüber Milde walten lassen solle. Würde man diesem nicht folgen, sondern ohne Nachsicht auf eine schnelle Erhebung neuer Auflagen bestehen, drohten vielerorts Verbannungen (als Folge der völligen Zahlungsunfähigkeit)

mit der dritten Auflage wie die beiden vorherigen handzuhaben sei oder ob man anders vorgehen solle. Eine Antwort ist nicht bekannt; es erscheint jedoch unwahrscheinlich, dass man für die dritte Auflage die nun bereits zweimal erprobte Vorgehensweise zugunsten einer andersgearteten fallen ließ. StAB B 48, Nr. 8, Prod. 214.

971 *Erstlich das sich sein fürstlich gnade, in aufrichtung angezeigts vertrags, vnnd derhalb gehabter handlung, vnd furnemlich wie damals Ir der vom Adel beschedigung, zum theil sindt angezeigt worden, mit nichte gedacht, vermut, oder gemeint het, wie sonders zweifels, sie die vom Adell, es selbst auch nit dafür gehalten das die messigung sollichs Schadens denn halbentheyl, (zugeschweigen die Summa, so sich ytzo erfindet,) gemacht Sonnder verhofft es solt gar vil ein wigers, dan denn halbentheyl derselben Summa troffenn haben.* StAB B 48, Nr. 2, Prod. 173, fol. 2–2'.

972 *Dadurch meins gnedigen hern vnderthanen, auch Irer der vom Adel hintersessenn, dermassen gesteuert, gestrafft belegt, vnd an gelt erschefft, das wie obstet, nit wol moglich were, ytzo alßpalden ein Annlage, von Inen zubringenn, die zu volkommer, vnnd entlicher betzallung, Ir der vom Adell, scheiden raichen mechte. (Es wolt dan sein fürstlich gnade, seiner gnadenn, vnnderthanen, vnnd auch sie die vom Adel Ire Hintersessen, vertreiben oder sonnstenn eins geuerlichenn nachteyls von Inen gewertigt sein, Dan ob gleich einer dasselbig zugeben In vermogen. So weren doch alweg zehenn dagegen die dasselbig zuentrichten nit vermochten.) So westenn auch sie die vom Adel, vnzweifelich wie das wetther, vnnd prunst ditz Jars an vil ortten, vnnd sonderlich vielen meins gnedigem hern, vnnd des Stiefts armen vnderthanen, grossen vnuberwintlichen schadenn gethan hette, dadurch dieselben, (so vnuermoglich weren.) das sie zu vorigen entrichten Anlagen (wo ytzo als obstet, in eyll eine gescheen solte,) derselben noch weniger ertragen vnd entrichtenn mochten.* StAB B 48, Nr. 2, Prod. 173, fol. 3–3'.

973 Vgl. Punkt 4.2.1.

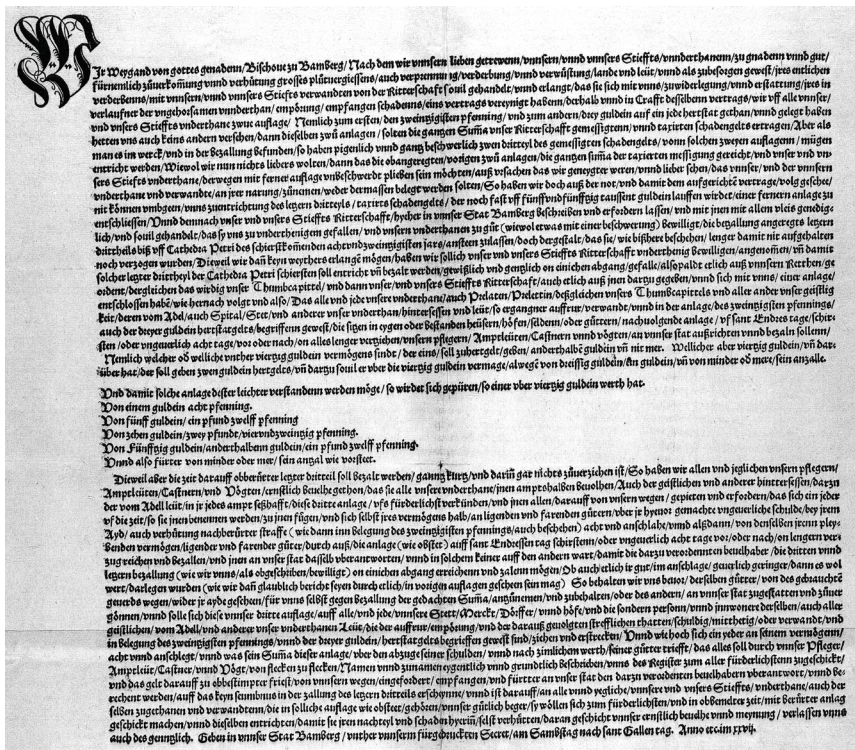


Abb. 2: Das gedruckte Ausschreiben des Dreißigsten Pfennigs

oder gar eine neue Empörung.<sup>974</sup> Aus all diesen Gründen bat der Bischof den Adel, Geduld zu haben und mit der Bezahlung des letzten Drittels der Entschädigung bis zum 22. Februar 1528 zu warten. Im Gegenzug sollte dafür eine dritte Auflage eingeführt werden, deren genauere Eigenart noch festzulegen war.<sup>975</sup>

Über die Ausarbeitung dieser neuen Steuer ist nichts bekannt, doch scheint sie sehr schnell begonnen worden zu sein, da das Domkapitel bereits am 6. Juli

974 StAB B 48, Nr. 2, Prod. 173, fol. 5'-6.

975 StAB B 48, Nr. 2, Prod. 173, fol. 6–7.

erste Modalitäten genehmigte.<sup>976</sup> Beschlossen wurde eine Mischform von Vermögens- und Kopfsteuer, die der des Vorschlags der Ritterschaft bei den Gesprächen über das Herdgeld ähnelte: Bis zum 30. November 1527 sollten alle Untertanen, die schon in den vorigen Auflagen einbegriffen waren, eine Kopfsteuer in Höhe von 1½ fl. zahlen, sofern sie weniger als 40 fl. Vermögen besaßen. Für alle, die über dieser Grenze lagen, fielen grundsätzlich 2 fl. an, wobei diese Summe um 8 dn. pro 1 fl. über 40 fl. Vermögen zusätzlich anstieg. Dieser Berechnungsweise lag der Gedanke zu Grunde, dass jeder von 1 fl. (= 240 dn.) den Dreißigsten Pfennig (= 8 dn.) zu geben hatte.<sup>977</sup> Am 18. Oktober des Jahres wurde die Beamtenschaft des Bischofs instruiert,<sup>978</sup> den folgenden Tag ging das offizielle Mandat aus.<sup>979</sup>

Warum die dritte Auflage gerade in dieser Form gewählt wurde, lässt sich mangels Aufzeichnungen aus der Verhandlungsphase nur vermuten. Die beschlossene Mischform wirkt wie ein Kompromiss aus den beim Zwanzigsten Pfennig angesprochenen, der Kompensation zugrunde liegenden Ansätzen: Die Kopfsteuer sorgte dafür, dass zumindest in gewissem Maß die „Gleichheit“ Beachtung erfuhr; dies war wohl immer noch die Position des Bischofs. Die Belegung nach Vermögen kam eher der Ritterschaft entgegen, wobei jene aufgrund der Untergrenze für ihre Wirksamkeit mit 40 fl. einen Teil der Bevölkerung, welche ja ohnehin schon vielerlei Sonderzahlungen (Strafgelder, Brandschatzungen etc.) hatte leisten müssen, wohl gar nicht mehr treffen konnte. Ein Argument dafür, überhaupt noch einmal zur Mehrbelastung wohlhabender Untertanen zu greifen war vielleicht der Wunsch, die Kompensation endlich abzuschließen und eine weitere Auflage zu vermeiden. In diesem Fall überwog dies eventuelle Bedenken über die negativen Folgen eines solchen Vorgehens (weitere Verarmung, erneute Unruhen, Landflucht), die beim Herdgeld noch eine stärkere Orientierung auf eine vermögensbasierte Zahlung verhindert hatten.

976 *Diueil sich meines gnedigen herrns von Bamberg, meiner herrn vom Capiettell, vnnd der von der Ritterschafft verordennte, zu bezallung der vonn Adel schadenn fur Außtreglich Anngesehenn, das ein iglicher der vnntter vierzig guldein oder daruber habe, das er von Vierzig guldein zwen guldein, vnnd von der vber mas ye von dreissig guldein, ein guldein darzu gebenn soll, dasselbig habenn meine herrn, uff heut also bewilligt vnd zugelassenn.* StAB B 86, Nr. 3, fol. 438.

977 Das Ausschreiben des Dreißigsten Pfennigs (vgl. Abb. 2) führte hierzu ein anschauliches Beispiel an: Für 1 fl. über 40 fl. fielen zusätzlich 8 dn. an, für 2 fl. (= 480 dn.) 16 dn., für 5 fl. (= 1200 dn.) 40 dn. etc. StAB B 28, Nr. 14, Fasz. 2, Prod. 1.

978 StAB B 48, Nr. 2, Prod. 182.

979 Das gedruckte Mandat ist zu finden in StAB B 28, Nr. 14, Fasz. 2, Prod. 1.

Es dürfte nach der bisher aufgezeigten Entwicklung nicht überraschen, dass auch beim Dreißigsten Pfennig der ursprünglich angedachte Auszahlungstermin nicht eingehalten werden konnte. Im Dezember 1527 musste sich Bischof Weigand an den Adel wenden mit dem Hinweis, dass die schwierige derzeitige Lage es nur erlaube, die Hälfte des letzten Drittels des Schadengelds bis zum 22. Februar 1528 zu zahlen. Für das dann noch übrig bleibende Restgeld nannte der Fürst den 30. September des Jahres.<sup>980</sup> Ob dieser neue Zeitplan genau eingehalten wurde, lässt sich nicht erschließen. Fast keine der Quittungen, die von den Adligen nach ihrer vollständigen Entschädigung ausgestellt wurden,<sup>981</sup> datiert jedoch vor das Jahr 1529.<sup>982</sup> Die letzte stammt vom 29. August 1532.<sup>983</sup>

An eigenen Einnahmen brachten die Beschädigten nicht viel ein (diese wurden in den Quittungen vermerkt). Von verzeichneten knapp 180 Geldempfängern ist nur bei sieben ein Verweis auf selbst von den jeweiligen Untertanen eingekommene Summen zu finden, welche sich noch dazu im niedrigen zweistelligen Bereich (zwischen 4 lb.<sup>984</sup> und knapp 27 fl.<sup>985</sup>) ansiedeln. Dies ist ein erheblicher Unterschied zum Hochstift Würzburg: Dort kamen alleine im ersten Jahr der Auflage zusätzliche 4.800 fl. durch individuelle Einnahmen des Adels hinzu.<sup>986</sup> Man kann dies aber damit erklären, dass es im Fall Bambergs ja zu einem schnellen Vertragsschluss kam, in welchem dessen Teilnehmer sich dazu verpflichteten, eigenmächtige Plünderungen in Zukunft zu unterlassen.<sup>987</sup> Dass sich keine größeren Summen in diesem Zusammenhang ergaben, zeigt auch, dass diese Forderung anscheinend wirklich von den meisten eingehalten wurde – oder schlichtweg falsche Angaben gemacht worden waren.

980 StAB B 28, Nr. 14, Fasz. 2, Prod. 1.

981 Eine Beispielquittung ist abgedruckt bei CHROUST, Chroniken, S. 155–157.

982 CHROUST, Chroniken, S. 148, FN 1.

983 StAB B 48, Nr. 16, fol. 546. Die Quittungen sind in einem separaten Band gesammelt, der eigens zu diesem Anlass erstellt wurde.

984 StAB B 48, Nr. 16, fol. 166–167.

985 StAB B 48, Nr. 16, fol. 162–163.

986 HOHN, Rechtliche Folgen, S. 221.

987 Es sei auf den Fall Adams von Wildenstein verwiesen, welcher eines der wenigen Beispiele für die Mißachtung dieser Bedingung darstellt (vgl. FN 919).



## 6.5 Die Auszahlung des Domkapitels

Die Bezahlung der Schäden des Kapitels gestaltete sich weniger zügig als die des Adels; das erste Drittel von dessen Entschädigung wurde anscheinend erst Ende März 1527 ausgeteilt.<sup>988</sup> In jedem Fall konnte die Kompensation der Kanoniker im Jahr 1527 noch nicht weit fortgeschritten sein, denn im Juni des Jahres sprach man explizit von einer neuen Auflage *zubezallung meiner herrn vom Capiettel, schedenn*.<sup>989</sup> Dass die Geduld der Korporation in dieser Frage bereits recht strapaziert war, zeigen schließlich Gespräche mit dem Bischof Ende August.<sup>990</sup> Bei dieser Gelegenheit bestanden Sebastian von Künsberg und Weiprecht von Seckendorff darauf, dass ihnen ihr Schadensersatz ausgezahlt werde, weswegen man den Fürsten bitten wollte, sich zur Not nach anderen Wegen zur Geldbeschaffung umzusehen.<sup>991</sup> Dies schien aber nicht viel zu helfen, denn über ein Jahr später, am 28. September 1528, wurden erneut Verhandlungen über eine Auszahlung des Kapitels angesetzt.<sup>992</sup> Wieder blieb das wohl ohne Erfolg, denn als man sich am 27. November ein weiteres Mal mit dem gleichen Ansinnen an den Bischof wandte, geschah es mit dem Verweis, dass der *aufzugk* in dieser Frage den Domherren mittlerweile *ganntz beschwerlich* sei; so beschwerlich, dass einige von ihnen erwogen, den Vertrag von 1525 gänzlich aufzukündigen.<sup>993</sup>

988 Ein Eintrag im Rezessbuch vom 29. März 1527 besagt: *Vonn dem aufgelegten straffgelt, soll der dritte theill schadenngelts außgetheilt werden*. StAB B 86, Nr. 3, fol. 423. Leider ist der Terminus „Strafgeld“, wie bereits angesprochen, sehr ambivalent. Allerdings lässt sich nachweisen, dass bis Ende 1528 wirklich nur ein Drittel des Schadensersatzes an die Domherren gezahlt wurde; es kann gut sein, dass man die Austeilung dieses Drittels erst im März 1527 begonnen hatte (vgl. FN 994).

989 StAB B 86, Nr. 3, fol. 435. Es ist natürlich möglich, dass hiermit Überlegungen zum Dreißigsten Pfennig gemeint waren, der ja auch dem Adel zugute kam. Wichtig ist an dieser Stelle aber zunächst nur die Feststellung, dass dem Kapitel ebenfalls noch Schadengelder ausstanden.

990 Am 27. August beschloß das Kapitel, dem Bischof die eigenen Vorschläge zur Einbringung der restlichen Schadengelder vorzulegen. StAB B 86, Nr. 3, fol. 444.

991 *Woe bey meinem herrn Dechannt vnnd herrn weyprechtten, von Seckendorff nit kann erlanngt werdenn, das gellt Lennger zusteenn zulassen, soll mein gnediger herr sich an andern ortten bewerben, damit gellt Aufbracht, vnd mein herr dechant vnd herr weibrecht bezallt werde*. StAB B 86, Nr. 3, fol. 446'.

992 StAB B 86, Nr. 3, fol. 486'.

993 *Mein gnediger herr von Bamberg soll gebettenn werdenn, Nochmals mittel vnd wege furzunehmen, damit meine herren vom Capittel irer scheden möchtenn entricht vnnd bezallt werdenn, dann*

Es scheint, dass diese Mahnung Wirkung zeigte, denn am 30. Dezember kam es zu den lang erwünschten Gesprächen zwischen Weigand und den Domherren, in denen endlich die Frage der restlichen Auszahlung geklärt werden sollte. Bei dieser Gelegenheit machten die Kanoniker erneut deutlich, dass sie nicht mehr gewillt waren, weitere Verzögerungen hinzunehmen.<sup>994</sup> Dabei verwiesen sie auch auf die zahlreichen heimgekehrten Flüchtlinge, die allesamt noch mit keiner einzigen Kompensationsauflage belegt seien; mit deren Abgaben könne der Fürst für entsprechende Einnahmen sorgen. Jedoch wollte das Domkapitel ausdrücklich nicht mehr auf das Eintreffen dieser Gelder warten, sondern bestand darauf, in der Zwischenzeit anderweitig ausgezahlt zu werden; die genaue Vorgehensweise überließ man dem Bischof.<sup>995</sup>

Dieser wandte sich einen Monat später, am 29. Januar 1529, an die Korporation mit der Bitte, erst die vollständige Bezahlung der Gelder des Adels abzuwarten, was ihm aber abgeschlagen wurde. Am Ende einigte man sich auf eine sofortige Entrichtung der Schadensersatzansprüche der Kapitulare, die durch Kredite finanziert werden sollte.<sup>996</sup> Die dabei anfallenden Zinsen wurden jedem Einzelnen

*der aufzugk Meinen herren ganntz beschwerlich, Es möchtenn auch sunst etliche herrenn verursacht werden, den vertrag aufzuschreibenn.* StAB B 86, Nr. 3, fol. 499.

994 (...) *nach dem zwischen meinem gnedigen herrn, von Bamberg, vnd meinen gnedigen herrn vom Capitul am Mitwochen nach Präsentationis Mariæ Anno XXV. [25. November 1525] ein lauterer vertrag aufgericht, die die zeit der bezahlung bestimmt, nemlich das dieselbig bezahlung halb Cathedra Petri [22. Februar 1526], vnd halb Martini des XXVI. Jars [11. November 1526] beschehen soll, daran bishero in das dritte Jar nit mehr dan einen ieglichen herrn ein drittheil seines gemessigten schadengelts bezalt, will obgenanten meinen gnedigen herren vom Capitul mit nichten gelegen sein, sich lenger aufzihen, zu lassen, oder sich aus dem vertrag vnd auf die gedachten mittel zubegeben, sonder ist ir vnderthenig bitten, hochgenanter mein gnediger herr von Bamberg woll vf andere mittel vnd wege bedacht sein, damit meine herren vom Capitul der hinterstelligen zweenn drittheil ires gemessigten schadengelts in einer zimlichen kürtzen zeit mögen bezalt werden.* StAB B 86, Nr. 3a, fol. 323–323ʳ.

995 *Dabey ist hochgenantem meinem gnedigen herrn von Bamberg haimgesetzt, das sein furstlich gnad als Landtfürst fur sich selbst die jenigen so sich in gnad vnd vngnad begeben, auch die gefreyten, so sich der Aufruhr verwürcklich gemacht, mit einer geltstraff belegen lasse, das aber meine herren vom Capitul, mit irem gemessigtem[!] schadengelt vf solche Aufslag, vnd einbringung derselben verharren sollten, das will inen mit nichten gelegen sein in ansehung das sie hievor bis in das dritte Jar vf solche bezahlung gehart haben, das auch der mehrer theil der jenigen, so sich in gnad vnd vngnad ergeben vnd straffwürdig sein, in solcher verzaichnus nit funden werden, sondern zuermuten das vielleicht etliche sich hievor mögen vertragen haben.* StAB B 86, Nr. 3a, fol. 323ʳ.

996 Die Finanzierung dieser Kredite sollte wiederum durch eine nicht genauer definierte Auflage auf *die gefreyten, auch die jenigen, so sich in gnad vnd vngnad begeben belegen lassen* abgesichert werden. StAB B 86, Nr. 3a, fol. 378ʳ.

von den ihm zustehenden Entschädigungsgeldern abgezogen. Alternativ konnten die Kanoniker sich dazu bereit erklären, noch ein Jahr länger zu warten, um dann ohne jegliche Abzüge ihre Gelder zu erhalten;<sup>997</sup> am 10. April trat diese Regelung in Kraft.<sup>998</sup> Um herauszufinden, wie lange es noch bis zur endgültigen Auszahlung dauerte, bedürfte es weiterer Nachforschung. Doch kann hier festgehalten werden, dass das Domkapitel sich in dieser Frage im Vergleich zum Adel weitaus geduldiger zeigte, schließlich war noch 1527 nicht einmal die Hälfte der zustehenden Summen ausgegeben worden.

997 StAB B 86, Nr. 3a, fol. 327<sup>v</sup>–328<sup>r</sup>.

998 StAB B 86, Nr. 3a, fol. 340.





## 7. Resümee

Zusammenfassend soll an dieser Stelle betrachtet werden, welche Motive die Herrschenden im Hochstift Bamberg zu welchen Maßnahmen führten bzw. warum es in bestimmten Fällen nicht dazu kam. Dabei ist eine Gliederung nach diesen Motiven sinnvoll, da sie bereits vornehmlich im Lauf der Arbeit zu den jeweiligen Punkten herausgearbeitet wurden. Es kann aber dennoch nicht vermieden werden, dass sich einige der Aspekte überschneiden, da beispielsweise die Frage der Kompensation auch stark mit dem Problem der „Gleichheit“, also der angemessenen Bestrafung, verbunden war. Am Ende folgt eine Einordnung in die Folgezeit des Bauernkriegs im Hochstift unter der Berücksichtigung der Entwicklungen im gesamten Reich.

### 7.1 Strafverhalten

Es lässt sich nicht leugnen, dass bei der Wahl der Strafen nach dem Bauernkrieg durchaus auch der schlichte Wunsch nach Rache an den Aufrührern im Vordergrund stehen konnte; die Bluttat von Weinsberg<sup>999</sup> bietet gerade durch ihre auf den vorhergehenden Grafenmord zugeschnittene Einzigartigkeit dafür das anschaulichste Beispiel. Doch auch anderweitige Ausschreitungen, zu denen es oftmals unmittelbar nach dem Ende der Empörung kam, sind bekannt: Wenn Landgraf Philipp von Hessen nach der Schlacht am Frauenberg bei Fulda 1.500 Bauern mehrere Tage lang ohne Wasser und Brot in einen Schlossgraben sperren ließ, um sie dort zur „Ergötzung“ der Umstehenden um Spülwasser aus der Anlage streiten zu lassen, dann lässt sich der Eindruck von persönlicher Revanche kaum vermeiden.<sup>1000</sup> Auch bei anderen, individuell auferlegten Strafen, die vor allem die Ehre des Betroffenen angehen sollten, sind derartige Überlegungen zumindest nicht immer von der Hand zu weisen, stand doch bei solchen Sanktionen stets zudem die Demütigung mit im Mittelpunkt.

Für Bamberg aber kann hier eigentlich keiner obrigkeitlichen Partei eine derartige Motivation unterstellt werden. Natürlich zeichneten sich die Plünderungen

999 Vgl. FN 614.

1000 MÜLLER, Bauernkrieg, S. 152.

der Adligen dadurch aus, dass sie für erlittene Schäden Genugtuung bieten sollten. Doch stand hierbei immer das Materielle, also die Kompensation im Vordergrund; ansonsten hätten sich noch andere Formen des Vorgehens angeboten. Seitens Bischof und Kapitel ist gar kein derartiges Handeln bekannt, obwohl ja gerade noch während des Aufstands von mehreren Domherren ein deutlich formuliertes Verlangen nach Revanche berichtet wurde.<sup>1001</sup> Die Ritterschaft wiederum verzichtete im Forchheimer Vertrag auf den Gebrauch von peinlichen Strafen, wodurch sich der Radius an individuell vollziehbaren Maßnahmen bereits gehörig reduzierte. Vielleicht saß die Furcht vor neuem Widerstand, der aus einem solchen Vorgehen entstehen konnte, bereits zu tief. Schließlich waren es Ereignisse wie der Bauernkrieg, die im deutschsprachigen Raum des Reiches zu einer „adeligen Disziplinierung“ beitrugen, die Länder wie Frankreich und England in diesem Ausmaß nicht kannten.<sup>1002</sup>

Zu Hinrichtungen kam es im Vergleich zu den meisten anderen Territorien in verhältnismäßig geringer Zahl. Wenn Todesurteile verhängt wurden, so hielten sie sich im von der Landfriedensgesetzgebung dafür vorgesehenen Rahmen, obwohl eine Verschärfung hier in Anbetracht der noch üblichen, arbiträren Urteilsfindung durchaus möglich gewesen wäre. Zwar erwog zumindest der Hofrat des öfteren weitere Exekutionen, zur Durchführung kamen sie aber nicht. Eine ähnlich moderate Haltung legte die Obrigkeit bei anderen Leibsstrafen an den Tag, was den Eindruck verstärkt, dass man im Hochstift Bamberg nicht zu einem übermäßig harten Vorgehen nach dem Aufstand neigte. Relevant war hierbei allerdings auch der Umstand, dass es im Hochstift zu keiner Schlachtsituation gekommen war, in deren Folge es zu spontanen Ausschreitungen gegen größere Gruppen gefangener Bauern kommen konnte. Die meisten Todesfälle ergaben sich im Bauernkrieg stets im Umfeld militärischer Auseinandersetzungen;<sup>1003</sup> derartige Situationen blieben im Hochstift Bamberg jedoch vollständig aus.

Allerdings ist zu berücksichtigen, dass mindestens ein Fall einer Eingrenzung bekannt ist, die ja die oben angeführten Bedingungen einer sehr individuellen De-

1001 Vgl. FN 635.

1002 SCHULZE, Beobachtungen, S. 272.

1003 KLEIN, Folgen, S. 74. Diesem Gedanken entgegen steht allerdings die Überlegung, dass das Ausbleiben der Schlachtsituation in Bamberg den Kreis der Anführer, denen ja die Hinrichtung drohte, unberührt ließ.

mütigung durchaus erfüllt.<sup>1004</sup> Insbesondere da die sonst nirgends nachweisbare Maßnahme auch nach Bitten des Betroffenen beibehalten wurde, gewinnt man hier den Eindruck, dass mehr als bloße Strafe im Spiel war und eine Einzelperson gezielt schwerwiegenderen Auflagen unterworfen werden sollte. Aufgrund mangelnder weiterer Quellenaussagen kann aber hierüber letztlich nur spekuliert werden. Insgesamt jedoch scheinen Rachegelüste keine große Rolle gespielt zu haben, da sonstige derartige Fälle nicht bekannt sind.

## 7.2 Aufruhrprävention

Das Interesse, mittels der jeweiligen Maßnahmen neue Erhebungen durch die Untertanen langfristig zu unterbinden, kann man dem Schwäbischen Bund unterstellen, denn die Erhaltung des Landfriedens bildete ja letztlich seinen Daseinszweck. Am deutlichsten ist dies im Einsatz der Bundespatrouillen zu erkennen, die zum Teil in Bamberg stationiert wurden und den Frieden im Land bewahren sollten. Da es zu keinem erneuten Ausbruch von Unruhen kam, obwohl die Lage in sich den Jahren 1526 und 1527 mehrfach in eine derartige Richtung entwickelte, scheint dies auch erfolgreich gewesen zu sein, zumal Bischof und Domkapitel in den kritischsten Momenten stets auf die Reiter des Bundes zurückgriffen – ein möglicher Indikator für deren Wirksamkeit.

Gerade die lokalen Herrschaftsträger aber zeigten sich abseits davon eher zögerlich. Zwar kam es zum Erlass von Mandaten, deren Inhalt auf eine Minderung der Aufruhrgefahr abzielte. Da aber wiederholt die Angst vor einer neuen Empörung umging, scheinen diese keine allzu große Wirkung erzielt zu haben. Anderweitige Versuche, aktiv gegen Ungehorsam in der Bevölkerung vorzugehen, lassen sich nicht ermitteln. Deren Ausbleiben wäre aber nicht überraschend, denn wenn man sich mit neuen Unruhen konfrontiert sah, blieb das Verhalten der Bamberger Obrigkeit stets sehr defensiv; notfalls auch zur gewaltsamen Verteidigung bereit, jedoch gleichzeitig darum bemüht, eine weitere Eskalation der Lage nicht zu provozieren.

1004 Vgl. Punkt 5.4.3.



Beim Waffenverbot, das ebenfalls das Potenzial für neue Erhebungen verringern sollte, zeigten sich die Herrschenden im Hochstift nachlässig in der Umsetzung. Schon der erste Konfliktfall, der die Aufstellung der Landwehr verlangte, ließ das Interesse daran enden. Dem Schwäbischen Bund war zwar an einer Durchführung der Entwaffnung gelegen, doch konnte er bei seinen Mitgliedern stets nur sehr begrenzt darauf einwirken. Möglicherweise boten die Bundespatrouillen einen Ansatzpunkt, jedoch ist hierzu zu wenig bekannt. Entweder sah man in Bamberg in einer bewaffneten Bevölkerung keine größere Bedrohung, oder der Vollzug einer umfassenden Entwaffnung war tatsächlich nicht schneller und effektiver möglich. In jedem Fall erfuhr diese Maßnahme des Schwäbischen Bundes zu keinem Zeitpunkt eine wirklich konsequente Durchsetzung.

Insgesamt ergibt sich nicht der Eindruck, dass das Motiv der Aufruhrprävention eine besonders große Rolle spielte, zumindest nicht für Bischof und Domkapitel; über den Adel sind diesbezüglich keine Aussagen möglich. Wenn überhaupt, so überwog aber wohl bei allen eher die Angst vor neuen Unruhen, was sich jedoch nicht in einem aktiven Gegensteuern niederschlug. Gerade in diesem Punkt kann der Feststellung ZEISSNERS, die Führung des Hochstifts sei am Ende des Bauernkriegs handlungsunfähig gewesen,<sup>1005</sup> durchaus zugestimmt werden.

### 7.3 Schadensersatz

Die Frage, wie entstandene Kosten und erlittene Schäden kompensiert werden sollten, berührte alle Parteien, die in den Bauernkrieg im Hochstift Bamberg involviert waren. Dabei lassen sich jedoch Unterschiede in der Priorität, die dieser Thematik eingeräumt wurde, erkennen. So zeigt sich für Bischof Weigand einerseits die Bereitschaft, schnell zu einer Regelung der Entschädigung des Adels zu gelangen. Den dafür eingeführten Abgaben (Zwanzigster Pfennig, Herdgeld und Dreißigster Pfennig) räumte der Fürst durchgehend Vorrang ein und begründete dies auch ausdrücklich mit der Notwendigkeit, die Beschädigten – allem voran die Ritterschaft – auszahlen zu können. Zugleich neigte er bei den von ihm selbst aufgelegten und dem Hochstift zukommenden Strafgeldern eher dazu, Untertanen

1005 ZEISSNER, *Religio incorrupta*, S. 287.

Fristverlängerungen, Nachlässe oder die völlige Befreiung von der Zahlung zu gewähren.

Allerdings wurde der Einnahme der Gelder für den Adel nicht immer alles andere untergeordnet; einer Einbeziehung Unschuldiger, wie sie gerade die Ritterschaft wiederholt forderte, verweigerte der Bischof sich jedes Mal erfolgreich. Gerade der Gedanke der „Gleichheit“, also der ausnahmslosen Bestrafung derjenigen, die sich etwas zu Schulden hatten kommen lassen, stand dabei für Weigand in der Kompensationsfrage deutlich im Vordergrund. Gleichzeitig wurde dadurch aber – zumindest im Fall des Herdgelds – eine Belastung der weniger Vermögenden von ihm in Kauf genommen. ENDRES' Feststellung, der Bischof habe die Armen nachsichtig behandelt,<sup>1006</sup> ist somit zu relativieren; stattdessen stand die Bestrafung der Schuldigen für diesen im Vordergrund. Hingegen bestätigt sich wohl die Beobachtung KLEINS, dass zumindest für die Landesfürsten die Einnahmen, die der Empörung folgten, keine große Gewinnmarge abwarfen – wenn überhaupt.<sup>1007</sup>

Auch vom Domkapitel kann nicht gesagt werden, dass es seinen eigenen Geldbedarf durchgehend in den Vordergrund stellte, obwohl dieser durchaus gegeben war. Zunächst trat die Korporation vielmehr als Fürsprecher für den Adel auf, als sie eine höhere Vermögensabgabe forderte. Der eigene Vertrag bezüglich des Schadensersatzes wurde deutlich weniger zügig beschlossen, was allerdings auch anderen Gründen wie der längeren Abwesenheit des Bischofs aufgrund des Huldigungsritts geschuldet gewesen sein kann. Es ist natürlich möglich, dass das Eintreten für eine Anhebung des Zwanzigsten Pfennigs (unter ausdrücklichem Verweis auf eine daraus folgende schnellere Bezahlung der Ritterschaft) auch dem Eigeninteresse entsprang, da so die Bezahlung der Geistlichkeit in kürzerer Zeit zu erwarten war. Nichtsdestotrotz aber stellten die Domherren ihre eigenen Interessen hinter die des Adels zurück, und das durchgehend: Die Entrichtung der ihnen zustehenden Gelder ging deutlich langsamer voran, worüber aber erst zwei Jahre später ernsthafte Beschwerden seitens der Kanoniker aufkamen. Am Ende verzögerte sich dieser Prozess so lange, dass die ursprünglich vereinbarte vertragliche Regelung teilweise gar nicht mehr als adäquate Lösung betrachtet wurde.

1006 Vgl. FN 966.

1007 „Unter dem Strich verblieb ein realer Gewinn aus dem Bauernkrieg kaum, und es sei der Zweifel geäußert, dass dies an anderer Stelle anders gewesen ist. Die ‚beliebten Finanzoperationen‘ der Fürsten blieben, was sie waren: halsbrecherische Schuldendeckungsversuche. Durch den Bauernkrieg änderte sich nicht einmal das.“ KLEIN, Folgen, S. 109.

Für den Adel kann die Kompensation seiner Verluste ohne weiteres als die herausragende Motivation gesehen werden, was angesichts der vielen Beschädigungen auf seine Kosten auch nicht weiter überrascht. Dem Forchheimer Vertrag stimmte man schnell zu, wobei gleichzeitig im Bereich der Strafen durch den Verzicht auf peinliche Maßnahmen Vieles Bischof, Kapitel und Hofrat überlassen wurde. Nur wenig später über versuchte man dafür, über den Hofrat beim Bischof eine umfassende Belegung der Bevölkerung unabhängig von deren Verschulden zu erreichen. In den folgenden Jahren zeigten die Ritter sich an einer schnellen Einbringung der Schadengelder interessiert, was am deutlichsten während der Verhandlungen über das Herdgeld hervortrat. Bei dieser Gelegenheit beabsichtigten die Vertreter des Adels, auch zuvor ausgenommene Personen bzw. mit Forchheim und Herzogenaurach ganze Ortschaften in die Zahlungen einzubeziehen. Einige Ritter versuchten zusätzlich und bisweilen auf recht dreiste Weise, den eigenen Vorteil auf Kosten anderer auszubauen: Sei es durch weiterhin vorgenommene Plünderungen oder die Weigerung, die eigenen Untertanen ebenfalls ihren Teil zur gesamten Entschädigungssumme beitragen zu lassen, während man gleichzeitig auf eine möglichst schnelle Auszahlung des Schadensersatzes drängte.

Eine Frage kann hier allerdings nicht beantwortet werden, nämlich ob – wie ENDRES annimmt – zusätzlich in vielen Fällen bewusst zu hohe Verluste angemeldet wurden, um möglichst viel Gelder zu erhalten. Ein möglicher Hinweis hierfür ist die Nürnberger Beschwerde, dass der Adel aus den Kompensationsauflagen derartig übertriebene Vorteile gezogen habe, dass manche Ritter sich öfter derartige Unruhen wünschten.<sup>1008</sup> Jedoch muss relativiert werden, dass die Argumentation der Reichsstadt bewusst übertrieben gestaltet worden sein konnte. Ging es doch nicht darum, die ungerechte Behandlung der benachbarten Untertanen anzumahnen, sondern vielmehr um eine Befreiung der eigene Leuten von den strittigen Auflagen. Hier können schon wegen der dünnen Forschungslage keine belastbaren Aussagen getroffen werden. ENDRES' Arbeiten haben hier zwar sicher einige Erkenntnisse gebracht, bleiben aber auch nicht ohne Widersprüche<sup>1009</sup> und können nicht als alleinige Basis dienen.

1008 StAB B 48, Nr. 15, Prod. 38.

1009 So übernimmt ENDRES die Aussage Nürnbergs als Beweis für die adlige Gier. ENDRES, Probleme, S. 134. Bei anderer Gelegenheit gesteht er jedoch dem Prozess der Schadenseinschätzung eine korrekte Vorgehensweise zu. ENDRES, Lebensformen, S. 12f. Es ist nicht ersichtlich, dass dieser Widerspruch durch ENDRES (oder andere) thematisiert bzw. aufgelöst wurde.

Der Schwäbische Bund schließlich wollte nach eigenem Bekunden im Hochstift Bamberg während seines kurzen Aufenthalts so viel Gelder wie möglich einbringen, was sich sehr gut aus seiner schwierigen Finanzsituation erklärt. Allerdings lässt sich nicht genau sagen, inwieweit er außerhalb der Stadt Bamberg selbst noch Einnahmen durch seine Brandschatzungen erlangen konnte, da er offiziell ja nicht im Umland aktiv war. Auch kamen danach keine Forderungen mehr, abgesehen von der Beteiligung des Stifts als Bundesmitglied. Es muss hier daher bei der Vermutung bleiben, dass möglicherweise seitens der Einung versucht wurde, über lokal eingesammelte Brandgelder zusätzliche, nicht vereinbarte Mittel einzunehmen. Dagegen spräche jedoch, dass der Schwäbische Bund während und nach dem Bauernkrieg im Vergleich zu seinen Mitgliedern nur wenig Geld ansammelte.<sup>1010</sup>

## 7.4 Sonstige Motive

Von den in dieser Arbeit thematisierten Motivationen lassen sich vier kaum oder gar nicht nachweisen. Zunächst ist dies die Verfolgung von Anhängern der lutherischen Lehre: Trotz der Äußerungen einiger Domherren während des Aufstands kann ein Triumph der Feinde der Reformation wie ERHARD ihn sieht<sup>1011</sup> für die Folgezeit des Bauernkriegs nicht konstatiert werden. Dabei bot die Empörung durchaus Gelegenheit zur Verfolgung der Anhänger Luthers, wie etwa im Hochstift Würzburg.<sup>1012</sup> Zwar wurde vereinzelt auch in Bamberg die Neigung zur neuen Lehre als ein Grund für die Strafverfolgung angesprochen, doch war dies selten der Fall und führte auch nicht zu schwereren Bestrafungen. Insgesamt zeichnete sich die Haltung der Obrigkeit auch in der Reformationsfrage lange Zeit durch Passivität und Handlungsunfähigkeit aus,<sup>1013</sup> was sich in deren geringer Bedeutung nach der Em-

1010 Insgesamt etwa 230.000 fl., nicht einmal das Doppelte von dem, was allein in Bamberg für die Schäden des Adels der Bevölkerung aufgelegt worden war. GABEL, Helmut/SCHULZE, Winfried: Folgen und Wirkungen, in: BUSZELLO, Horst u. a. (Hg.): Der deutsche Bauernkrieg. Paderborn 1995. S. 322–349. S. 331f.

1011 ERHARD, Reformation, S. 54f.

1012 ENDRES, Bauernkrieg, S. 63.

1013 ZEISSNER, Religio incorrupta, S. 287.

pörung widerspiegelt. Die Einschätzung CHROUSTS, dass dieses Motiv in Bamberg nicht das „vornehmste“ war,<sup>1014</sup> ist daher immer noch von Gültigkeit.

Ebenfalls außen vor blieben Versuche, das Machtgefüge innerhalb des Hochstifts zu verschieben. In Würzburg beabsichtigte der dortige Bischof, die vertragliche Lösung der Schadensersatzregelung zu einer Ausweitung seiner Landeshoheit gegen den Adel zu instrumentalisieren. In Bamberg, wo die Frage der Zuordnung der Ritterschaft auch noch nicht endgültig geklärt und zuvor durchaus strittig gewesen war, blieben solche Konflikte aus. Die diversen Versicherungen, dass die Maßnahmen nach dem Aufstand keine Änderung am status quo mit sich bringen würden, weisen zwar darauf, dass man sich auch hier solcher Gefahren bewusst war. Zu tatsächlichen Konflikten kam es aber nicht.

Eine Rücksichtnahme auf die wirtschaftliche Leistungsfähigkeit der Untertanen ist ebenfalls nur in wenigen Momenten nachweisbar. Sie kann als ein möglicher Beweggrund bei der Ausarbeitung des Forchheimer Vertrags gewirkt haben, da dieser etwa die Nachteile der eigenmächtigen adligen Plünderungen umgehen konnte. Auch der Umgang mit den flüchtigen Untertanen und deren Gütern war vielleicht Überlegungen in dieser Hinsicht geschuldet, ebenso wie in den Fällen, in denen verbannte Personen erneut Aufnahme im Land gewährt wurde.

Die Auflagen zur Entschädigung des Adels und der Geistlichkeit stellte man allerdings niemals ernsthaft in Frage. Als vor der Einführung des Dreißigsten Pfennigs die stark beeinträchtigte Zahlungsfähigkeit der davon betroffenen Bevölkerung durch Bischof Weigand thematisiert wurde, erwog man lediglich eine spätere Einführung der Maßnahme. Dass das Domkapitel seine Zahlungen letztlich aus Krediten und nicht aus Abgaben finanzieren wollte entsprang wohl auch mehr der Erkenntnis, dass die heimischen Untertanen nicht zügig genug würden ihre Summe entrichten können – zumal die Deckung dieser Anleihen durch neue Abgaben abgesichert werden sollte.

Zuletzt ist noch auf die verwandtschaftlichen Verbindungen einzugehen, die bei Bischof, Kapitel und Adel thematisiert wurden. Sie sind in keinem einzigen Fall konkret erkennbar, lassen sich höchstens an einigen Stellen vermuten. So könnte etwa die entschlossene Durchführung der Kompensationsauflagen zugunsten der Ritterschaft der Herkunft Weigands geschuldet sein. Einmal verweigerte der Fürst das Geleit, weil der betreffende Untertan das Grab eines seiner Familienmitglieder

1014 CHROUST, Chroniken, S. XXXV.

geschändet hatte. Auch die Parteinahme des Domkapitels in der Entschädigungsfrage sowie die eigene Zurückhaltung könnten von den Verwandtschaftsverhältnissen der Kanoniker beeinflusst worden sein. Letztlich aber fehlen sämtliche definitiven Beweise hierfür. Man sollte daher die familiären Bindungen der Akteure wenn überhaupt nur unter Vorbehalt als zusätzliche Motivation hinzuziehen.

## 7.5 Einordnung

Folgte auf den Bauernkrieg nun also eine „Rache der Fürsten“, gekennzeichnet durch den zügellosen Gebrauch von Strafen und die Einforderung hoher Geldzahlungen? Betrachtet man das Bild, das sich für das Hochstift Bamberg ergibt, so muss dies insgesamt verneint werden. Gerade was Todesurteile, Körper- und Ehrenstrafen betrifft, deutet sich eine zurückhaltende, moderate Vorgehensweise an. Weder kam es zu zahlreichen Exekutionen wie in Würzburg, noch zu massenhaften Verstümmelungen wie in Kitzingen. Die Anführer der Empörung, die ihr Leben ließen, erfuhren keinerlei verschärfte Behandlung, und viele andere kamen wenigstens ohne eine Beeinträchtigung ihrer körperlichen Gesundheit davon.

Was die Abgaben betrifft, mit denen die Bevölkerung des Stifts belegt wurde, so fielen diese wohl nicht geringer aus in den benachbarten Territorien. Allerdings darf nicht vergessen werden, dass es nur noch in Würzburg während der Empörung zu Zerstörungen in ähnlichem Ausmaß gekommen war. Auch hielt die Bamberger Obrigkeit – allem voran Bischof Weigand – an der vollständigen Vergeltung entstandener Schäden fest. Dass daraus eine erhebliche Belastung der Untertanen erwuchs, steht außer Frage, zumal häufig die Relation zwischen tatsächlich entstandenen Schäden und den darauf folgenden Auflagen nicht gegeben war.<sup>1015</sup> Inwieweit dies aber auch für Bamberg gilt, kann nicht festgestellt werden, ohne eine relativ

1015 „Wendet man sich nun den Straf- und Wiedergutmachungsgeldern zu, so fällt auf, dass sie zwar verhältnismäßig zuverlässig quantifizierbar sind, die Urteile über ihre Höhe und Berechtigung jedoch nur selten in Beziehung zu den durch den Bauernkrieg entstandenen Unkosten und dem Verfahren der Schadensregulierung gesetzt werden.“ GABEL/SCHULZE, Folgen, S. 330. Zumindest hinsichtlich der „Berechtigung“ kann für Bamberg aber der Versuch des Bischofs konstatiert werden, wenigstens eine grobe Berücksichtigung des tatsächlichen Verschuldens zu erreichen.

gute Kenntnis über die tatsächlichen Schäden des Aufstands zu besitzen. Hierzu fehlen aber, wie mehrfach angesprochen, noch genauere Erkenntnisse.

Inwieweit es zutrifft, den Bauernkrieg im Hochstift Bamberg als eine bloße, kurze „Episode“ zu charakterisieren, wie CHROUST dies feststellte,<sup>1016</sup> ist schwer zu beurteilen. Über das tatsächliche Gewicht der Strafen und vor allem der Abgaben, die die Untertanen leisten mussten, lassen sich kaum genaue Aussagen treffen. Zwar ist es wohl richtig, dass sich die demographischen Folgen selbst bei Territorien, in denen große Schlachten ausgetragen wurden, in Grenzen hielten.<sup>1017</sup> Doch konnte die Landflucht, von der auch das Hochstift betroffen war, ähnliche Auswirkungen haben, da das Einbringen der Ernte des Jahres 1525 wesentlich über die finanzielle Leistungsfähigkeit der späteren Jahre – in denen die Kompensationsauflagen ja erst voll zum Tragen kamen – entschied und wiederum auf das Vorhandensein entsprechender Arbeitskraft angewiesen war.<sup>1018</sup> Auch ist ungeklärt, in welchem Ausmaß die Präsenz des Bundesheeres und später der Bundespatrouillen die Siedlungslandschaft des Landes beeinträchtigte.<sup>1019</sup>

Für die Menschen im Hochstift Bamberg bedeutete der Bauernkrieg ohnehin nicht das abrupte Ende derartiger Ereignisse: Die Packschen Händel, das Auftreten der Wiedertäufer und die Reformation im Allgemeinen brachten auch in den folgenden Jahren und Jahrzehnten Veränderungen, Bedrohungen und oftmals Belastungen mit sich. Langfristig verschwimmen aufgrund dessen aber auch die exakten Folgen der Empörung von 1525; wirklich genau werden sie sich wohl niemals nachweisen lassen.

1016 CHROUST, Chroniken, S. XXXVII.

1017 KLEIN, Folgen, S. 79.

1018 KLEIN, Folgen, S. 81.

1019 KLEIN sieht hierin einen wichtigen Faktor bei der Beantwortung der Frage, wie sehr ein Gebiet vom Bauernkrieg langfristig geschädigt wurde. KLEIN, Folgen, S. 92f.







## 8. Anhang

1. Vermögensschätzung im Rahmen des Zwanzigsten Pfennigs vom 10. April 1526.<sup>1020</sup>

*Item was Hanns steüdlein an seinen eigen guttern allenthalben wert hatt nemlich*

*Item ein haus daryn sein weib vnd Kindt ist sampt einem stedellein das ist vmb xl gulden geschätzt vngeuerlich*

*Item ein kleins heusslein das ist vor eim Jare verkaufft worden steen noch v gulden darauff, die habe Ich amptman In verpot legen lasen*

*Item ein gertlein am ebmetterperg gelegen, das hatt er vmb v gulden erkaufft*

*Item er hatt auch bei ii stuck bundisch tuch vnd dan der schlechten tucher v oder sechs[!]*

*Item ein Kue vnd ein schwein vmb iii gulden angeschlagen*

*Vnd die vharnus die er hatt Ist gering*

*Vnd hatt dreu Kindlein vnd geett die frau mit dem virdten kindlein*

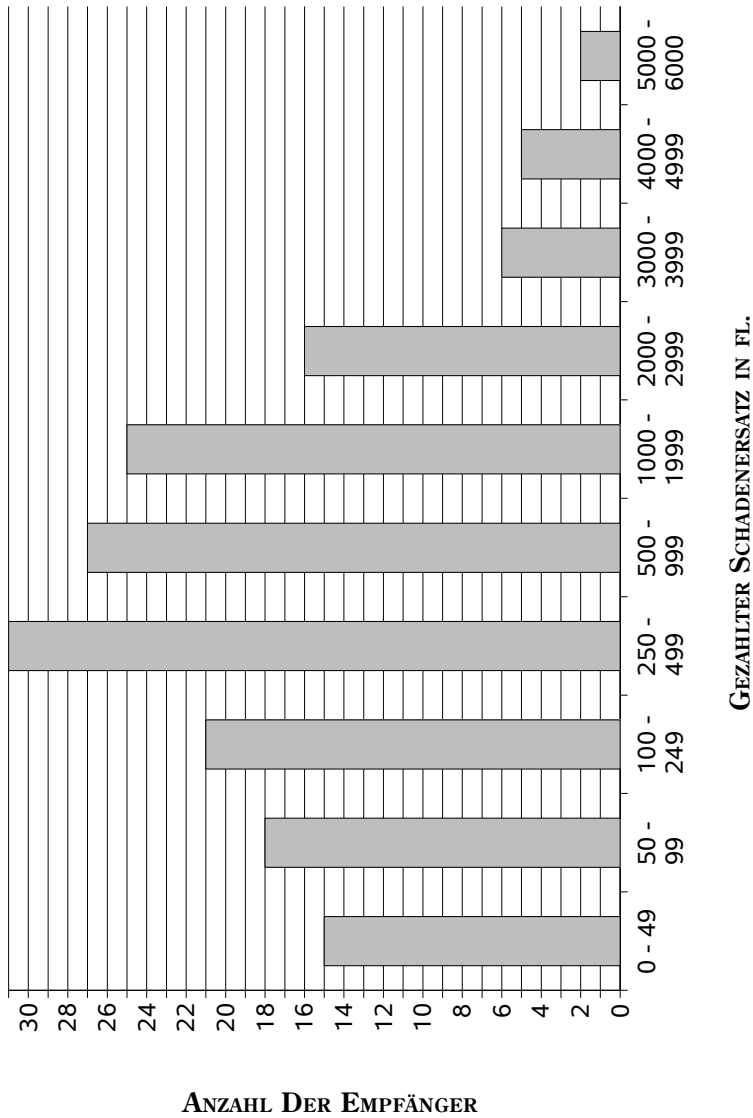
*Daran ist er wissentlicher schuldt schuldig*

*L gulden ist er schuldig geliehens gelts dem suttner zu spisperg der hinter mein herrn von lanckheim sitzt Dafur ist sein schweher burg*

*xviii gulden ist er wolffen fleischman burger zu cronach fur etlich bundisch tuch*

*xv gulden ist der steudlein schuldig dem gotshaus zu burgkunstadt geliehens gelts*

2. Die bis einschließlich 1529 an den Adel ausgezahlten Schadensersatz-Summen.



## 8.1 Abkürzungs- und Abbildungsverzeichnis

### Abkürzungen:

BHVB: Bericht. Historischer Verein für die Pflege der Geschichte des ehemaligen Fürstbistums Bamberg.

EdN: JAEGER, Friedrich (Hg.): Enzyklopädie der Neuzeit. 12 Bände. Stuttgart 2005–2010.

HRG: ERLER, Adalbert/KAUFMANN, Ekkehard (Hg.): Handwörterbuch zur deutschen Rechtsgeschichte. 5 Bände. Berlin 1971–1998.

HRG II: CORDES, Albrecht/LÜCK, Heiner (Hg.): Handwörterbuch zur deutschen Rechtsgeschichte. 2., völlig überarbeitete und erweiterte Auflage. 1 Band sowie die Lieferungen 9–12. Berlin 2008–2010.

LexMA: AVELLA-WIDHALM, Gloria u. a. (Hg.): Lexikon des Mittelalters. 9 Bände. München/Zürich 1980–1999.

LThK: BUCHBERGER, Michael (Hg.): Lexikon für Theologie und Kirche. 10 Bände. Freiburg i. Br. 1930–1938.

WLHB: HEYDENREUTER, Reinhard u. a. (Hg.): Vom Abbrändler zum Zentgraf. Wörterbuch zur Landesgeschichte und Heimatforschung in Bayern. München <sup>2</sup>2009.

fl.: Gulden (*florenus*); 1 fl. = 8 lb. = 240 dn. = 480 hl.

lb.: Pfund (*librum*); 1 lb. = 30 dn.

ß.: Schilling; 1 ß. = 12 dn.

dn.: Pfennig (*denarius*); 1 dn. = 2 hl.

hl. Heller

xx<sup>ter</sup> dn.: Zwanzigster Pfennig

E./S. fl. Gn: Euer/Seine fürstlich Gnaden

(m.) gn. H.: (mein) gnädiger Herr

## Abbildungen:

Abbildung 1: Wandereisen, Hans: *Hienach stont Form vnd gestallt abbossiert die 23 Schlos So der schwebisch Bunnndt hat eingenomen Vnd verprant Im Jar 1523 Der zweier Monat Juny vnd July Auch derselbig(e) heuser name(n), an welcher gege(n)t yedes gelege(n), vn(d) wer sie d(er) zeit ingehabt hat, Auch der vo(n) Adel so durch bemelte(n) Bund zu solchem zug versolt sein.* Staatsbibliothek Bamberg, RB. H. bell. f. 1., S. 31.

Abbildung 2: Das gedruckte Ausschreiben des Dreißigsten Pfennigs. Staatsarchiv Bamberg, B 28, Nr. 14, Fasz. 2, Prod. 1.

## 8.2 Quellenverzeichnis

### Ungedruckte Quellen:

#### Staatsarchiv Bamberg (StAB)

- A 85      Einungen, Bündnisse, Staatsverträge.
- A 105     Bauernkriegsurkunden.
- A 231/I   Rechnungen, weltliche Behörden des Hochstifts I: Hofstellen und Ämter in Bamberg.  
             Nr. 1747<sup>I</sup>, 1747<sup>II</sup> (Zahlamtsrechnung 1525–1526).  
             Nr. 1748<sup>I</sup> (Zahlamtsrechnung 1526–1527).
- B 21      Bamberger Kanzleibücher.  
             Nr. 16 (Erstes Pergamenbuch von Bischof Weigand).  
             Nr. 49 (Rezesse und Abschiede 1526–1529).  
             Nr. 51 (Sprüche und Urteile unter Bischof Weigand 1522–1534).  
             Nr. 65/II (Betagungen und Urfehden ab 1522).  
             Nr. 76 (Quittungen, Landeshuldigungen etc. unter Bischof Weigand 1522–1529).

- Nr. 77 (Quittungen, Landeshuldigungen etc. unter Bischof Weigand 1526–1535).
- B 22d Bamberger Huldigungsakten.  
Nr. 6 (Huldigungseinnahme Bischof Weigands von Redwitz, 1522/28).
- B 23 Bamberger Korrespondenzen.  
Nr. 77 (Korrespondenz Bischof Weigands 1522–1526).
- B 26c Bamberger Verordnungen.  
Nr. 1,I (Codices constitutionum Bambergensium I).
- B 28 Bamberger Ritterschafts- und Landtagsakten.  
Nr. 14 (Verhandlung über die Aufruhrschäden).
- B 48 Bamberger Bauernkriegsakten.  
Nrr. 1, 2, 3, 4, 5, 8, 9, 11, 14, 15, 16, 17, 18, 23, 24, 25.
- B 52 Bamberger Hofgericht und kaiserliches Landgericht  
Nr. 856 (Hofgerichtsbuch 1525).  
Nr. 857 (Hofgerichtsbuch 1526).  
Nr. 858 (Hofgerichtsbuch 1527).  
Nr. 859 (Hofgerichtsbuch 1528).  
Nr. 877 (Mandate, Appellationen, Zitierungen in Hofgerichtssachen 1449 – 1606).  
Nr. 878 (Einzelschriftstücke aus Prozessen vor dem Hofgericht 1485–1582).  
Nr. 879 (Einzelschriftstücke aus Prozessen vor dem Hofgericht 1487–1608).
- B 86 Domkapitel Bamberg: Rezessbücher, Literalien und Akten.  
Nr. 3 (Rezessbuch des Domkapitels 1519–1531).  
Nr. 3a (Miscellanea 1519–1531).  
Nr. 219 (Kopialbuch des Domkapitels 1507–1528).

**Stadtarchiv Bamberg (ASB)**

D 1004    Nachlass Hans Paschke.

XVII M    (Abschrift der Bamberger Stadtrechnung 1525–1529).

D 3001    Sammlungen des Historischen Vereins.

Rep. 2, Nr. 652 (Zahlung der Stadt Bamberg an den Schwäbischen Bund 1525).

**Gedruckte Quellen:**

BAUMANN, Franz Ludwig (Hg.): Quellen zur Geschichte des Bauernkrieges aus Rothenburg ob der Tauber (= Bibliothek des Litterarischen Vereins in Stuttgart 139). Tübingen 1878.

**(Quellen)**

CHROUST, Anton (Hg.): Chroniken der Stadt Bamberg. 2. Hälfte: Chroniken zur Geschichte des Bauernkrieges und der Markgrafenfehde in Bamberg (= Veröffentlichungen der Gesellschaft für fränkische Geschichte, Erste Reihe, Fränkische Chroniken). Leipzig 1910 (Neudruck 2005, Würzburg). **(Chroniken)**

FRANZ, Günther: Akten zur Geschichte des Bauernkrieges in Mitteldeutschland. 3 Bände in 3 Teilen. Band I, Erste und Zweite Abteilung. Leipzig 1942 (Neudruck Aalen, 1964). **(Mitteldeutschland)**

DERS. (Hg.): Quellen zur Geschichte des Bauernkrieges. Darmstadt 1963. **(Quellen)**

JÄCKEL, Günter (Hg.): Kaiser, Gott und Bauer. Reformation und Deutscher Bauernkrieg im Spiegel der Literatur. Berlin <sup>2</sup>1983.

KOHLER, Jürgen/SHEEL, Willy: Die Bambergische Halsgerichtsordnung. Unter Heranziehung der revidierten Fassung von 1580 und der brandenburgischen Halsgerichtsordnung zusammen mit dem sogenannten Correctorium, einer romanistischen Glosse und einer Probe der niederdeutschen Übersetzung (= Die Carolina und ihre Vorgängerinnen, Band 2). Aalen 1968. **(Halsgerichtsordnung)**

LAUBE, Adolf/SEIFFERT, Hans Werner (Hg.): Flugschriften der Bauernkriegszeit. Durchgesehene Auflage. Berlin <sup>2</sup>1978. **(Flugschriften)**

MERX, Otto: Beiträge zur Geschichte der religiösen und sozialen Bewegung in den Stiftern Mainz, Würzburg und Bamberg (1524–1526), in: Archiv des Historischen Vereins von Unterfranken und Aschaffenburg 49 (1907). S. 131–164.

PFEIFFER, Gerhard (Hg.): Quellen zur Nürnberger Reformationsgeschichte. Von der Duldung liturgischer Änderungen bis zur Ausübung des Kirchenregiments durch den Rat (Juni 1524–Juni 1525). Nürnberg 1968.

VOGT, Wilhelm: Die Correspondenz des schwäbischen Bundeshauptmanns Ulrich Artzt von Augsburg aus den Jahren 1524 und 1525. III. Abtheilung, in: Zeitschrift des Historischen Vereins für Schwaben und Neuburg 9 (1882). S. 1–62. (**Correspondenz III**)

DERS.: Die Correspondenz des schwäbischen Bundeshauptmanns Ulrich Artzt von Augsburg aus den Jahren 1524 und 1525. IV. Abtheilung, in: Zeitschrift des Historischen Vereins für Schwaben und Neuburg 10 (1883). S. 1–300. (**Correspondenz IV**)

WIELAND, Michael (Hg.): ‚Die Stadt Würzburg im Bauernkriege‘ von Martin Cronthal, Stadtschreiber zu Würzburg. Würzburg 1887. (**Cronthal**)

## 8.3 Literaturverzeichnis

ALTER, Willi: Der Aufstand der Bauern und Bürger im Jahre 1525 in der Pfalz. Speyer 1998. (**Aufstand**)

VON ANDRIAN-WERBURG, Klaus Freiherr: Recht und Gerichte in Franken, in: „Gerechtigkeit erhöht ein Volk“. Recht und Rechtspflege in Bayern im Wandel der Geschichte (= Ausstellungskataloge der Staatlichen Archive Bayerns, hg. von der Generaldirektion der Staatlichen Archive Bayerns, Nr. 28). München 1990. S. 82–107.

ARNOLD, Klaus: Die Stadt Kitzingen im Bauernkrieg, in: Mainfränkisches Jahrbuch für Geschichte und Kunst 27 (1975) (= Archiv des Historischen Vereins für Unterfranken und Aschaffenburg, Band 98). S. 11–50. (**Kitzingen**)

BACHMANN, Siegfried: Die Landstände des Hochstifts Bamberg. Ein Beitrag zur territorialen Verfassungsgeschichte. Bamberg 1962. (**Landstände**)

BACKMANN, Sibylle/KÜNST, Hans-Jörg: Einführung, in: BACKMANN, Sibylle u. a. (Hg.): Ehrkonzepte in der Frühen Neuzeit. Identitäten und Abgrenzungen (= Colloquia Augustana, Band 8). Berlin 1998. S. 13–26. (**Einführung**)



BAUER, Andreas: Das Gnadenbitten in der Strafrechtspflege des 15. und 16. Jahrhunderts. Dargestellt unter besonderer Berücksichtigung von Quellen der Vorarlberger Gerichtsbezirke Feldkirch und des Hinteren Bregenzerwaldes (= Rechtshistorische Reihe, Band 143). Frankfurt am Main 1996. (**Gnadenbitten**)

BIRR, Christiane: Wer spricht dem Bauern Recht? Organe der Rechtspflege in fränkischen Dörfern der frühen Neuzeit, in: Zeitschrift für bayerische Landesgeschichte 64, 2, Heft 3 (2001). S. 727–744.

BLAUERT, Andreas: Das Urfehdedwesen im deutschen Südwesten im Spätmittelalter und in der Frühen Neuzeit (= Frühneuzeit-Forschungen, Band 7). Tübingen 2000.

BLICKLE, Peter: Alpenländer, in: BUSZELLO, Horst u. a. (Hg.): Der deutsche Bauernkrieg. Paderborn <sup>3</sup>1995. S. 134–153.

DERS.: Bauernaufstände im frühneuzeitlichen Europa, in: Zeitschrift für bayerische Landesgeschichte 71, Heft 2 (2008). S. 357–383.

DERS.: Der Bauernkrieg. Die Revolution des gemeinen Mannes. München <sup>3</sup>2006.

DERS.: Die politische Entmündigung des Bauern. Kritik und Revision einer These, in: DERS. (Hg.): Revolte und Revolution in Europa. Referate und Protokolle des Internationalen Symposiums zur Erinnerung an den Bauernkrieg 1525 (Memmingen, 24.–27. März 1975) (= Historische Zeitschrift, Beiheft 4, Neue Folge). München 1975. S. 298–312.

DERS.: Die Reformation im Reich. Stuttgart <sup>3</sup>2000.

DERS.: Die Revolution von 1525. 4., durchgesehene und bibliografisch erweiterte Auflage. München 2004. (**Revolution**)

DERS.: Landschaften im Alten Reich. Die staatliche Funktion des gemeinen Mannes in Oberdeutschland. München 1973.

DERS.: Memmingen – ein Zentrum der Reformation, in: BAYER, Hans-Wolfgang u. a. (Hg.): Die Geschichte der Stadt Memmingen. Von den Anfängen bis zum Ende der Reichsstadt. Stuttgart 1997. S. 351–418.

DERS.: Persönliche Freiheit und politische Macht. Der Herrschaftsvertrag zwischen den Untertanen und dem Abt des Stifts Kempten von 1526 als Verfassung, in: JAHN, Wolfgang u. a. (Hg.): „Bürgerfleiß und Fürstenglanz“. Reichsstadt und Fürstabtei Kempten (= Veröffentlichungen zur Bayerischen Geschichte und Kultur 38/39, Herausgegeben vom Haus der Bayerischen Geschichte). Augsburg 1998. S. 17–30.

DERS.: The Criminalization of Peasant Resistance in the Holy Roman Empire: Toward a History of the Emergence of High Treason in Germany, in: Journal of Modern History 85 (1986), Supplement: Politics and Society in the Holy Roman Empire 1500–1806. S. 88–97. (**Criminalization**)

BUSSMANN, Magdalene: Theologie und Bauernkrieg. Untersuchungen zur Rezeption theologischer Elemente und deren Auswirkung in Programm und Zielsetzung der Aufständischen von 1524/25. Münster 1976.

BUSZELLO, Horst: Der deutsche Bauernkrieg als politische Bewegung mit besonderer Berücksichtigung der anonymen Flugschriften: An die Versammlung gemayner Pawerschafft (= Studien zu europäischen Geschichte, Band 8). Berlin 1969.

CARL, Horst: Der Schwäbische Bund 1488–1534. Landfrieden und Genossenschaft im Übergang vom Spätmittelalter zur Reformation (= Schriften zur südwestdeutschen Landeskunde 24). Leinfelden-Echterdingen 2000. (**Schwäbischer Bund**)

CHRIST, Günter: Selbstverständnis und Rolle der Domkapitel in den geistlichen Territorien des alten Deutschen Reiches in der Frühneuzeit, in: Zeitschrift für Historische Forschung 16 (1989). S. 257–408. (**Selbstverständnis**)

CHROUST, Anton (Hg.): Chroniken der Stadt Bamberg. 1. Hälfte: Chroniken des Bamberger Immunitätenstreites von 1430–1435 (= Veröffentlichungen der Gesellschaft für fränkische Geschichte, Erste Reihe, Fränkische Chroniken). Leipzig 1910 (Neudruck 2005, Würzburg).

DEMANDT, Dieter/RUBLACK, Hans-Christoph: Stadt und Kirche in Kitzingen. Darstellung und Quellen zu Spätmittelalter und Reformation (= Spätmittelalter und Frühe Neuzeit, Tübinger Beiträge zur Geschichtsforschung, Band 10). Stuttgart 1978. (**Kitzingen**)

DENGLER-SCHREIBER, Karin: Städtehass und Kunstsinn. Das Bamberger Domkapitel im 15. Jahrhundert und Georg von Löwenstein, in: GÖLLER, Luitgar (Hg.): 1000 Jahre Bistum Bamberg 1007–2007. Unterm Sternenmantel (Katalog). Petersberg 2007. S. 188–197. (**Städtehass**)

DIETZ, Bernhard: Der Bauernkrieg im Obermaintal (= Sonderdruck aus den „Heimatblättern“ des Lichtenfelser Tagblattes). Lichtenfels 1925/26. (**Obermaintal**)

DOLEISCH VON DOLSPERG, Franz: Die Entstehung der Freiheitsstrafe unter besonderer Berücksichtigung des Auftretens moderner Freiheitsstrafe in England (= Strafrechtliche Abhandlungen, Heft 244). Breslau 1928. (**Freiheitsstrafe**)

DOTZAUER, Winfried: Die deutschen Reichskreise (1383–1806). Geschichte und Aktenedition. Stuttgart 1998.

DÜLFER, Kurt: Die Packschen Handel. Darstellung und Quellen. Marburg 1958.

van DÜLMEN, Richard: Theater des Schreckens. Gerichtspraxis und Strafrituale in der frühen Neuzeit. München <sup>2</sup>1988. (**Theater**)

ECKERLEIN, Marco: Die bürgerliche politische Führungsgruppe in Bamberg zu Beginn der Frühen Neuzeit, in: HÄBERLEIN, Mark u. a. (Hg.): Bamberg in der Frühen Neuzeit. Neue Beiträge zur Geschichte von Stadt und Hochstift (= Bamberger Historische Studien, Band

1; Veröffentlichungen des Stadtarchivs Bamberg, Band 11). Bamberg 2008. S. 77–112. S. 81. **(Führungsgruppe)**

ENDRES, Rudolf: Adelige Lebensformen in Franken zur Zeit des Bauernkrieges (= Neujahrsblätter der Gesellschaft für fränkische Geschichte 35). Würzburg 1974. **(Lebensformen)**

DERS.: Der Bauernkrieg in Franken, in: Blätter für deutsche Landesgeschichte 109 (1973). S. 31–68. **(Bauernkrieg)**

DERS.: Der deutsche Bauernkrieg, in: DILLER, Stefan (Hg.): Kaiser Karl V. und seine Zeit. Katalog zu den Ausstellungen der Bibliothek Otto Schäfer, Schweinfurt, des Stadtarchivs Schweinfurt sowie des Fördervereins und der Forschungsstiftung für vergleichende europäische Überseegeschichte, Bamberg. Bamberg 2000. S. 42–51.

DERS.: Der Niederadel in Tirol und Süddeutschland zur Zeit des Bauernkrieges, in: DÖRRER, Fridolin (Hg.): Die Bauernkriege und Michael Gaismair (= Veröffentlichungen des Tiroler Landesarchivs, Band 2). Innsbruck 1982. S. 55–66.

DERS.: Franken, in: BUSZELLO, Horst u. a. (Hg.): Der deutsche Bauernkrieg. Paderborn <sup>3</sup>1995. S. 134–153. **(Franken)**

DERS.: Probleme des Bauernkriegs im Hochstift Bamberg, in: Jahrbuch für fränkische Landesforschung 31 (1971). S. 91–139. **(Probleme)**

DERS.: Sozialstruktur Nürnbergs, in: PFEIFFER, Gerhard (Hg.): Nürnberg – Geschichte einer europäischen Stadt. München 1971. S. 194–199.

DERS.: Thüringen, in: BUSZELLO, Horst u. a. (Hg.): Der deutsche Bauernkrieg. Paderborn <sup>3</sup>1995. S. 154–176.

ENGELS, Friedrich: Der deutsche Bauernkrieg. Berlin <sup>3</sup>1875 (Neudruck <sup>16</sup>1989, Berlin).

ERHARD, Otto: Die Reformation der Kirche in Bamberg unter Bischof Weigand 1522–1556. Erlangen 1898. **(Reformation)**

EVANS, Richard J.: Rituale der Vergeltung. Die Todesstrafe in der deutschen Geschichte 1532–1987. Berlin 2001. **(Rituale)**

FRANZ, Eckhart G.: Einführung in die Archivkunde. Darmstadt <sup>5</sup>1999.

FRANZ, Günther: Der Deutsche Bauernkrieg. Darmstadt <sup>11</sup>1977. **(Bauernkrieg)**

FRIESS, Peter: Die Zeit der Ratsreformation in Memmingen, in: BAYER, Hans-Wolfgang u. a. (Hg.): Die Geschichte der Stadt Memmingen. Von den Anfängen bis zum Ende der Reichsstadt. Stuttgart 1997. S. 419–456.

FRÖMMING, Götz: Päpstliche Provisionen am Bamberger Domkapitel, in: BHVB 133 (1997). S. 261–272.

FUCHS, Ralf: Das Einungswesen zur Zeit Karls V.: Der Schwäbische und der Schmalkaldische Bund, in: DILLER, Stefan (Hg.): Kaiser Karl V. und seine Zeit. Katalog zu den Ausstellungen der Bibliothek Otto Schäfer, Schweinfurt, des Stadtarchivs Schweinfurt sowie des Fördervereins und der Forschungsförderung für vergleichende europäische Überseegeschichte, Bamberg. Bamberg 2000. S. 97–108.

GABEL, Helmut/SCHULZE, Winfried: Folgen und Wirkungen, in: BUSZELLO, Horst u. a. (Hg.): Der deutsche Bauernkrieg. Paderborn 1995. S. 322–349. (**Folgen**)

GERLACH, Horst: Der englische Bauernaufstand von 1381 und der deutsche Bauernkrieg: Ein Vergleich. Meisenheim 1969. (**Bauernaufstand**)

GÖLDEL, Caroline: Zur Entwicklung der Bamberger Stadtverfassung im 15. Jahrhundert im Spannungsfeld Rat – Gemeinde – Klerus, in: BHVB 135 (1999). S. 7–44.

GREINER, Christian: Die Politik des Schwäbischen Bundes während des Bauernkrieges 1524/1525 bis zum Vertrag von Weingarten, in: Zeitschrift des Historischen Vereins für Schwaben 68 (1974). S. 7–94. (**Politik**)

GREVING, Anne-Marie: Bamberg im 16. Jahrhundert. Untersuchungen zur Sozialtopographie einer fränkischen Bischofsstadt (= BHVB, 25. Beiheft). Bamberg 1990. (**Sozialtopographie**)

GROTEFEND, Hermann: Zeitrechnung des Deutschen Mittelalters und der Neuzeit. 2 Bände. Hannover 1891 (Neudruck Aalen, 1970).

von GUTTENBERG, Erich Freiherr: Das Bistum Bamberg. Erster Teil (= Germania Sacra, Historisch-statistische Beschreibung der Deutschen Bistümer, Domkapitel, Kollegiat- und Pfarrkirchen, Klöster und sonstigen kirchlichen Institute, Zweite Abteilung, Die Bistümer der Kirchenprovinz Mainz, Erster Band). Berlin 1937. (**Germania Sacra I**)

HABERKERN, Eugen/WALLACH, Joseph: Hilfswörterbuch für Historiker. Mittelalter und Neuzeit. Band 1. München 1980. (**Hilfswörterbuch**)

HÄBERLEIN, Mark: Einleitung, in: DERS. (Hg.): Devianz, Widerstand und Herrschaftspraxis in der Vormoderne. Studien zu Konflikten im südwestdeutschen Raum (15.–18. Jahrhundert) (= Konflikte und Kultur – Historische Perspektiven, Band 2). Konstanz 1999. S. 9–32.

HAMMER, Hieronymus: Geschichte des Kitzinger Bauernkriegs, in: WIELAND, Michael (Hg.): ‚Die Stadt Würzburg im Bauernkriege‘ von Martin Cronthal, Stadtschreiber zu Würzburg. Würzburg 1887. S. 172–182.

HELLER, Joseph: Reformations-Geschichte des ehemaligen Bisthums Bamberg. Bamberg 1825.

HENGELHAUPT, Uta: Geistlicher Adel in Franken zwischen 1648 und 1720. Das *Gute Regiment* und die *alte Ordnung* als Metapher kulturellen Handelns, in: DÜSELDER, Heike u. a. (Hg.):

Adel und Umwelt. Horizonte adeliger Existenz in der Frühen Neuzeit. Köln/Weimar/Wien 2008. S. 209–238.

HÖBELHEINRICH, Norbert: Die „9 Städte“ des Mainzer Oberstifts, ihre verfassungsmäßige Entwicklung und ihre Beteiligung am Bauernkrieg. 1346–1527 (= Heimatblätter des Bezirksmuseums Buchen, 18. Heft). Wiesbaden 1939.

HOHN, Malte: Die rechtlichen Folgen des Bauernkrieges von 1525. Sanktionen, Ersatzleistungen und Normsetzung nach dem Aufstand (= Schriften zur Rechtsgeschichte, Heft 112). Berlin 2004. (**Rechtliche Folgen**)

HOLBACH, Rudolf: Stiftsgeistlichkeit im Spannungsfeld von Kirche und Welt. Studien zur Geschichte des Trierer Domkapitels und Domklerus im Spätmittelalter. 2 Bände (= Trierer Historische Forschungen, Band 2). Trier 1982.

HOLENSTEIN, André: Die Huldigung der Untertanen. Rechtskultur und Herrschaftsordnung (800–1800) (= Quellen und Forschungen zur Agrargeschichte, Band 36). Bern/Stuttgart/New York 1991. (**Huldigung**)

HOYER, Ernst: Fürstbischof Konrad III. von Thüngen als Richter, in: Würzburger Diözesangeschichtsblätter 14/15 (1952) (= Herbipolis Jubilans, 1200 Jahre Bistum Würzburg, Festschrift zur Säkularfeier der Erhebung der Kiliansreliquien). S. 433–477. (**Konrad III.**)

IGNOR, Alexander: Geschichte des Strafprozesses in Deutschland 1532–1846. Von der Carolina Karls V. bis zu den Reformen des Vormärz (= Rechts- und Staatswissenschaftliche Veröffentlichungen der Görres-Gesellschaft, Neue Folge, Band 97). Paderborn 2002. (**Strafprozess**)

JANSSEN, Johannes: Geschichte des deutschen Volkes seit dem Ausgang des Mittelalters. Zweiter Band. Vom Beginn der politisch-kirchlichen Revolution bis zum Ausgang der sozialen Revolution von 1525. Freiburg i. Br. 1879.

KELLER, Walter: Bamberg und Langheim. Die Sicherung der Landeshoheit zwischen Fürstbistum und Abtei im 18. Jahrhundert (= Schriftenreihe des Historischen Vereins Landkreis Haßberge, Band 2; Studien zur Bamberger Bistumsgeschichte, Band 2). Bamberg 2004.

KINTNER, Philip L.: Memmingens „Ausgetretene“. Eine vergessene Nachwirkung des Bauernkriegs 1525–1527, in: Memminger Geschichtsblätter, Jahresheft 1969 (1971). S. 5–40. (**Ausgetretene**)

KIST, Johannes: Das Bamberger Domkapitel von 1399 bis 1556. Ein Beitrag zur Geschichte seiner Verfassung, seines Wirkens und seiner Mitglieder (= Historisch-Diplomatische Forschungen, Band 7). Weimar 1943. (**Domkapitel**)

DERS.: Die Matrikel der Geistlichkeit des Bistums Bamberg 1400–1556 (= Veröffentlichungen der Gesellschaft für fränkische Geschichte, 4. Reihe, Matrikeln fränkischer Schulen und Stände, Band 7). Würzburg 1965. (**Matrikel**)

KLEIN, Thomas: Die Folgen des Bauernkrieges von 1525. Thesen und Antithesen zu einem vernachlässigten Thema, in: Hessisches Jahrbuch für Landesgeschichte 25 (1975). S. 65–116. (**Folgen**)

LAMPRECHT, Karl: Deutsche Geschichte. 14 Bände. Berlin 1921.

LERCH, Andreas: Der Bauernkrieg in Würzburg aus sozialgeschichtlicher Perspektive, in: Mainfränkisches Jahrbuch für Geschichte und Kunst 61 (2009) (= Archiv des historischen Vereins für Unterfranken und Aschaffenburg, Band 132). S. 70–90. (**Würzburg**)

LOOSHORN, Johann: Die Geschichte des Bisthums Bamberg. IV. Band: Das Bisthum Bamberg von 1400–1556. München 1900 (Neudruck 1980, Neustadt a. d. Aisch). (**Bisthum Bamberg**)

MACCULLOCH, Diarmaid: Die Reformation 1490–1700. München 2008.

MANN, Christoph: Das Bamberger Domkapitel im späten 18. Jahrhundert. Lebensstile, Parteilagen, Reformfähigkeit, in: HÄBERLEIN, Mark u. a. (Hg.): Bamberg in der Frühen Neuzeit. Neue Beiträge zur Geschichte von Stadt und Hochstift (= Bamberger Historische Studien, Band 1; Veröffentlichungen des Stadtarchivs Bamberg, Band 11). Bamberg 2008. S. 319–345.

MAURER, Hans-Martin: Der Bauernkrieg als Massenerhebung. Dynamik einer revolutionären Bewegung, in: Bausteine zur geschichtlichen Landeskunde von Baden-Württemberg. Herausgegeben von der Kommission für geschichtliche Landeskunde in Baden-Württemberg anlässlich ihres 25jährigen Bestehens. Stuttgart 1979. S. 255–295. (**Massenerhebung**)

MAYER, Eberhard: Die rechtliche Behandlung der Empörer von 1525 im Herzogtum Württemberg. Ein Beitrag zur Rechtsgeschichte des sogenannten „Deutschen Bauernkriegs“ (= Schriften zur Kirchen- und Rechtsgeschichte, Heft 3). Tübingen 1957. (**Rechtliche Behandlung**)

MAYER, Wolfgang: Die Stunde der Rache. Die Fürsten schlagen zurück, in: G wie Geschichte 02/2009. S. 42–46.

MEUSEL, Alfred: Thomas Müntzer und seine Zeit. Mit einer Auswahl der Dokumente des grossen deutschen Bauernkrieges. Berlin 1952.

MEYER, Manfred: Zur Haltung des Adels im Bauernkrieg. Die Politik Wilhelms von Henneberg gegenüber Bauern, Fürsten, Klerus und Städten, in: Jahrbuch für Regionalgeschichte 4 (1972). S. 200–224. (**Haltung**)

MÜHLHOFER, Stefan: Die Politik der fränkischen Reichsstände auf den Reichstagen von 1521–1555 (= Historische Studien, Band 487). Husum 2006.

MÜLLER, Laurenz: Diktatur und Revolution. Reformation und Bauernkrieg in der Geschichtsschreibung des „Dritten Reiches“ und der DDR (= Quellen und Forschungen zur Agrargeschichte, Band 50). Stuttgart 2004. (**Diktatur**)

MÜLLER, Thomas T.: Bauernkrieg nach dem Bauernkrieg. Die Verwüstung der Mühlhäuser Dörfer Dörna, Hollenbach und Lengefeld durch Eichsfelder Adel und Klerus. Duderstadt 2001. (**Bauernkrieg**)

NITZ, Stephan: Handlungsfähigkeit im Deutschen Bauernkrieg. Vorstellungen des gemeinen Mannes von den Bedingungen des Aufstandes. Frankfurt am Main 1979.

OECHSLE, Ferdinand Friedrich: Beiträge zur Geschichte des Bauernkrieges in den schwäbisch-fränkischen Grenzlanden. Heilbronn 1830.

ÖHLER, Heinrich: Der Aufstand des Armen Konrad im Jahr 1514, in: Württembergische Vierteljahrshäfte für Landesgeschichte 38 (1932). S. 401–486.

OTT, Hans Friedel: Die weltliche Rechtsprechung des Bischofs im Hochstift Bamberg. Von den Anfängen bis in die erste Hälfte des sechzehnten Jahrhunderts (= BHVB, 11. Beiheft). Bamberg 1980. (**Rechtsprechung**)

PFEIFFER, Gerhard: Der Bauernkrieg (1525). Offene Fragen – kontroverse Antworten, in: Jahrbuch für fränkische Landesforschung 50 (1990). S. 123–160. (**Bauernkrieg**)

DERS.: Sozialrevolutionäre, spiritualistische und schulreformerische Bestrebungen, in: DERS. (Hg.): Nürnberg – Geschichte einer europäischen Stadt. München 1971. S. 154–158.

PRESS, Volker: Der Bauernkrieg als Problem der deutschen Geschichte, in: Nassauische Annalen, Band 86 (1975). S. 158–177. (**Bauernkrieg als Problem**)

von RANKE, Leopold: Deutsche Geschichte im Zeitalter der Reformation. Bände I und II. Lübeck 1957.

RECHTER, Gerhard: Schein und Sein niederadeliger Herrschaftsansprüche in Franken. Das Beispiel Seckendorff, in: KAAK, Heinrich/SCHATTKOWSKY, Martina (Hg.): Herrschaft. Machtentfaltung über adligen und fürstlichen Grundbesitz in der Frühen Neuzeit (= Potsdamer Studien zur Geschichte der ländlichen Gesellschaft, Band 4). Köln 2003. S. 103–122. (**Schein und Sein**)

REINDL, Alwin: Die vier Immunitäten des Domkapitels zu Bamberg. Ein Beitrag zu ihrer geschichtlichen Entwicklung, Verwaltung und Rechtsprechung, in: BHVB 105 (1969). S. 216–509. (**Immunitäten**)

RIEPERTINGER, Rainard: Typologie der Unruhen im Herzogtum Bayern 1525, in: Zeitschrift für bayerische Landesgeschichte 51, Heft 2 (1988). S. 329–386. (**Typologie**)

ROTH, Andreas: Kollektive Gewalt und Strafrecht. Die Geschichte der Massendelikte in Deutschland (= Quellen und Forschungen zur Strafrechtsgeschichte, Band 4). Berlin 1989. **(Kollektive Gewalt)**

RUDOLF, Hans-Ulrich: Der Weingartener Vertrag und die Folgen, in: KUHN, Elmar L. (Hg.): Der Bauernkrieg in Oberschwaben. Tübingen 2000. S. 199–232.

RUDOLPH, Harriet: Rechtskultur in der Frühen Neuzeit. Perspektiven und Erkenntnispotentiale eines modischen Begriffs, in: Historische Zeitschrift 278 (2004). S. 347–374. **(Rechtskultur)**

RUPPRECHT, Klaus: Ritterschaftliche Herrschaftswahrung in Franken. Die Geschichte der von Guttenberg im Spätmittelalter und zu Beginn der Frühen Neuzeit (= Veröffentlichungen der Gesellschaft für fränkische Geschichte, Reihe 9, Band 42). Neustadt a. d. Aisch 1994. **(Herrschaftswahrung)**

SABEAN, David: Landbesitz und Gesellschaft am Vorabend des Bauernkriegs. Eine Studie der sozialen Verhältnisse im südlichen Oberschwaben in den Jahren vor 1525 (= Quellen und Forschungen zur Agrargeschichte, Band 26). Stuttgart 1972.

SARTORIUS, Georg Friedrich: Versuch einer Geschichte des deutschen Bauernkriegs oder der Empörung in Deutschland zu Anfang des sechzehnten Jahrhunderts. Frankenthal 1795.

SCARBATH, Alma: Bischof Konrad III. von Würzburg und der Bauernkrieg in Franken. Lohr am Main 1935. **(Bischof Konrad)**

VON SCHAUMBERG, Otto Freiherr: Aufruhr-Schäden im Bauernkrieg 1525, in: Fränkische Blätter für Geschichtsforschung und Heimatpflege Nrr. 12, 15, 16. Bamberg 1951.

SCHILD, Wolfgang: Alte Gerichtsbarkeit. Vom Gottesurteil bis zum Beginn der modernen Rechtsprechung. München <sup>2</sup>1985. **(Alte Gerichtsbarkeit)**

SCHMIDT, Andreas: Ritual, Schrift und Herrschaft – Die Überlieferungen zu den Einritten der Bamberger Fürstbischöfe im Spätmittelalter, in: BHVB 145 (2009). S. 131–153.

SCHMIDT, Georg: Städtecorpus und Grafenvereine. Möglichkeiten und Grenzen der Zusammenarbeit kleinerer Reichsstände zwischen dem Wormser und dem Speyerer Reichstag 1521 bis 1526, in: Zeitschrift für Historische Forschung 10 (1983). S. 41–72.

SCHMITT, Hans-Jürgen: Die geistliche und weltliche Verwaltung der Diözese und des Hochstifts Bamberg zur Zeit des Bischofs Weigand von Redwitz (1522–1556), in: BHVB 106 (1970). S. 33–184. **(Verwaltung)**

SCHNABEL-SCHÜLE, Helga: Überwachen und Strafen im Territorialstaat. Bedingungen und Auswirkungen des Systems strafrechtlicher Sanktionen im frühneuzeitlichen Württemberg (= Forschungen zur Deutschen Rechtsgeschichte, Band 16). Köln 1997. **(Überwachen)**



SCHOTTENLOHER, Karl: Die Buchdruckertätigkeit Georg Erlingers in Bamberg von 1522 bis 1541. Ein Beitrag zur Geschichte der Reformationszeit (= Sammlung bibliothekswissenschaftlicher Arbeiten, Band 4). Leipzig 1907. (**Buchdruckertätigkeit**)

SCHULZE, Winfried: Aufruhr und Empörung? Neue Studien zum bäuerlichen Widerstand im Alten Reich, in: Zeitschrift für Historische Forschung 9 (1982). S. 63–72. (**Aufbruch**)

DERS.: „Geben Aufruhr und Aufstand Anlaß zu neuen heilsamen Gesetzen.“ Beobachtungen über die Wirkungen bäuerlichen Widerstands in der Frühen Neuzeit, in: DERS. (Hg.): Aufstände, Revolten, Prozesse. Beiträge zu bäuerlichen Widerstandsbewegungen im frühneuzeitlichen Europa (= Geschichte und Gesellschaft, Bochumer Historische Studien, Band 27). Stuttgart 1983. S. 261–285. (**Beobachtungen**)

SCHWERHOFF, Gerd: Devianz in der alteuropäischen Gesellschaft. Umriss einer historischen Kriminalitätsforschung, in: Historische Zeitschrift 19 (1992). S. 385–414. (**Devianz**)

DERS.: Verordnete Schande? Spätmittelalterliche und frühneuzeitliche Ehrenstrafen zwischen Rechtsakt und sozialer Sanktion, in: BLAUERT, Andreas/SCHWERHOFF, Gerd (Hg.): Mit den Waffen der Justiz. Zur Kriminalitätsgeschichte des Spätmittelalters und der Frühen Neuzeit. Frankfurt am Main 1993. S. 158–188. (**Verordnete Schande**)

SEA, Thomas S.: Schwäbischer Bund und Bauernkrieg: Bestrafung und Pazifikation, in: WEHLER, Hans-Ulrich (Hg.): Der Deutsche Bauernkrieg 1524–1526 (= Geschichte und Gesellschaft, Zeitschrift für Historische Sozialwissenschaft, Sonderheft 1). Göttingen 1975. S. 129–167. (**Bestrafung**)

DERS.: The Economic Impact of the German Peasants' War. The Question of Reparations, in: Sixteenth Century Journal 8 (1977). S. 75–97. (**Economic Impact**)

SEEBASS, Gottfried: Bauernkrieg und Täuferismus in Franken, in: OBERMAN, Heiko A. (Hg.): Deutscher Bauernkrieg 1525 (= Zeitschrift für Kirchengeschichte 85, 2. Heft). Stuttgart 1974. S. 140–156.

SEGER, Josef: Der Bauernkrieg im Hochstift Eichstätt (= Eichstätter Studien, Neue Folge, Band 38). Regensburg 1997. (**Eichstätt**)

SELLMANN, Werner: Die Marktbibarter Bauernverschwörung 1525 und ihre Auswirkungen auf das Haus des Ritters von Seckendorff in Sugenheim. Unveröff. Diss. Erlangen 1952. (**Marktbibart**)

SICKEN, Bernhard: Franken, in: BRANDMÜLLER, Walter (Hg.): Handbuch der Bayerischen Kirchengeschichte. Zweiter Band: Von der Glaubensspaltung bis zur Säkularisation. Teil I: Kirche, Staat und Gesellschaft. St. Ottilien 1993. S. 123–292.

SMIRIN, Moisej Mendelevic: Deutschland vor der Reformation. Abriss der Geschichte des politischen Kampfes in Deutschland vor der Reformation. Berlin 1955.

SPIERENBURG, Pieter: *The Spectacle of Suffering. Executions and the evolution of repression: from a preindustrial metropolis to the European experience.* Cambridge 1984.

STAUDENMAIER, Johannes: *Gute Policey* in Hochstift und Stadt Bamberg. Normgebung, Herrschaftspraxis und Machtbeziehungen vor dem Dreißigjährigen Krieg. Unveröff. Diss. Bamberg 2009. (**Policey**)

STEINMETZ, Max: *Lehrbuch der deutschen Geschichte. Band 3: Deutschland 1476–1648. Von der frühbürgerlichen Revolution bis zum Westfälischen Frieden.* Berlin 1965.

STINGL, Martin: *Reichsfreiheit und Fürstendienst. Die Dienstbeziehungen der von Bibra 1500 bis 1806 (= Veröffentlichungen der Gesellschaft für Fränkische Geschichte, Reihe 9, Darstellungen aus der Fränkischen Geschichte, Band 41).* Neustadt a. d. Aisch 1994.

STOLZE, Wilhelm: *Der deutsche Bauernkrieg.* Halle 1907.

STRAUB, Heinrich: *Die geistliche Gerichtsbarkeit des Domdekans im alten Bistum Bamberg von den Anfängen bis zum Ende des 16. Jahrhunderts. Eine rechtsgeschichtliche Untersuchung (= Münchner theologische Studien, 3. kanonistische Abteilung, Band 9).* München 1957.

STUART, Kathy: *Des Scharfrichters heilende Hand – Medizin und Ehre in der Frühen Neuzeit, in: BACKMANN, Sibylle u. a. (Hg.): Ehrkonzepte in der Frühen Neuzeit. Identitäten und Abgrenzungen (= Colloquia Augustana, Band 8).* Berlin 1998. S. 316–347.

THOMAS, Max: *Markgraf Kasimir von Brandenburg im Bauernkriege.* Gotha 1897. (**Kasimir**)

THUMSER, Matthias: *Der Konflikt um die Wahlkapitulation zwischen dem Bamberger Domkapitel und Bischof Philipp von Henneberg. Quellen zum Bamberger Bistumsstreit 1481/82 (= BHVB, 24. Beiheft).* Bamberg 1990. (**Bistumsstreit**)

TODE, Sven: *Stadt im Bauernkrieg 1525. Strukturanalytische Untersuchungen zur Stadt im Raum anhand der Beispiele Erfurt, Mühlhausen/Thür., Langensalza und Thamsbrück.* Frankfurt am Main 1994.

TROSSBACH, Werner: *Bäuerlicher Widerstand in deutschen Kleinterritorien zwischen Bauernkrieg und Französischer Revolution, in: Zeitschrift für Agrargeschichte und Agrarsoziologie 35 (1987).* S. 1–16.

ULBRICH, Claudia: *Geistliche im Widerstand? Versuch einer Quantifizierung am Beispiel des Sundgaus, in: BLICKLE, Peter (Hg.): Zugänge zur bäuerlichen Reformation (= Bauer und Reformation, Band 1).* Zürich 1987. S. 237–265.

ULRICHS, Cord: *Vom Lehnhof zur Reichsritterschaft. Strukturen des fränkischen Niederadels am Übergang vom Späten Mittelalter zur Frühen Neuzeit (= Vierteljahrsschrift für Sozial- und Wirtschaftsgeschichte, Beiheft 134).* Stuttgart 1997. (**Lehnhof**)

VASOLD, Manfred: Geschichte der Stadt Rothenburg ob der Tauber. Zugleich ein Stadtführer. Stuttgart 1999.

VETT, Andreas Ludwig: Geschichte und Recht der Stiftsmäßigkeit auf die ehemaligen adeligen Domstifte von Mainz, Würzburg und Bamberg, in: Historisches Jahrbuch 33 (1912). S. 323–358.

VOGLER, Günter (Hg.): Bauernkrieg zwischen Harz und Thüringer Wald. Stuttgart 2008.

DERS.: Der deutsche Bauernkrieg und der Reichstag zu Speyer, in: Zeitschrift für Geschichtswissenschaft 11 (1975). S. 1396–1410. (**Speyer**)

WAAS, Adolf: Die Bauern im Kampf um Gerechtigkeit 1300–1525. München 1964. (**Die Bauern**)

WEBER, Matthias: Zur Bedeutung der Reichsacht in der Frühen Neuzeit, in: Kunisch, Johannes (Hg.): Neue Studien zur frühneuzeitlichen Reichsgeschichte (= Zeitschrift für Historische Forschung, Beiheft 19). Berlin 1997. S. 55–90. (**Reichsacht**)

WAGNER, Ulrich: Die Stadt Würzburg im Bauernkrieg, in: DERS. (Hg.): Geschichte der Stadt Würzburg. Band II. Vom Bauernkrieg bis zum Übergang an das Königreich Bayern 1814. Stuttgart 2004. S. 40–46. (**Würzburg**)

WEIGEL, Georg: Die Wahlkapitulationen der Bamberger Bischöfe 1328–1693. Eine historische Untersuchung. Aschaffenburg 1909.

WEIGELT, Horst: Die frühreformatorische Bewegung in Bamberg und Johann Schwanhauser, in: BHVB 134 (1998). S. 113–130. (**Bewegung**)

WEISS, Dieter J.: Das exemte Bistum Bamberg. Die Bischofsreihe von 1522 bis 1693 (= Germania Sacra, Historisch-statistische Beschreibung der Kirche des Alten Reiches, Neue Folge 38,1, Die Bistümer der Kirchenprovinz Mainz). Berlin 2000. (**Germania Sacra II**)

DERS.: Reform und Modernisierung: Die Verwaltung des Bistums Bamberg in der Frühen Neuzeit, in: BHVB 134 (1998). S. 165–188.

WENDEHORST, Alfred: Coadjutor Johann von Henneberg und der Bauernkrieg im Hochstift Fulda (1525), in: Jahrbuch für fränkische Landesforschung 60 (2000). S. 126–134.

DERS.: Das Bistum Würzburg. Teil 3. Die Bischofsreihe von 1455 bis 1617 (= Germania Sacra, Historisch-Statistische Beschreibung der Kirche des Alten Reiches, Neue Folge 13, Die Bistümer der Kirchenprovinz Mainz). Berlin 1978. (**Bistum Würzburg**)

WINTERHAGER, Friedrich: Der Bauernkrieg von 1525 in der historischen Literatur. Positionen vom Vormärz bis heute. Erlangen 1979. (**Historische Literatur**)

ZEISSNER, Werner: Religio incorrupta? Altkirchliche Kräfte in Bamberg unter Bischof Weigand von Redwitz (1522 – 1556) (= BHVB, Beiheft 6). Bamberg 1975. (**Religio incorrupta**)

ZIMMERMANN, Wilhelm: Der große deutsche Bauernkrieg. Volksausgabe. Berlin 1891 (Neudruck 1952, Berlin; Erstveröffentlichung 1841–1843).

ZÜRN, Martin: Georg III. von Waldburg, der Bauernjörg, in: KUHN, Elmar L. (Hg.): Der Bauernkrieg in Oberschwaben. Tübingen 2000. S. 295–314.

#### Internet-Links:

SCHUBERT, Anselm: Rezension von Malte Hohn: Die rechtlichen Folgen des Bauernkrieges von 1525. <http://www.sehepunkte.de/2007/11/6690.html>. (Stand: 1. August 2011)



Die Unruhen des Deutschen Bauernkriegs, die zwischen 1524 und 1526 in weiten Teilen des Heiligen Römischen Reiches ausbrachen, erfassten auch das Hochstift Bamberg. In der Zeit nach dem Zusammenbruch der Aufstandswelle stellte sich die Frage, wie mit deren Folgen umzugehen war. Wie waren die Aufrührer zu bestrafen? Wer sollte diese Bestrafung vornehmen? Wer hatte für die Verluste durch Plünderung und Zerstörung aufzukommen, und auf welche Art und Weise?

Im Rahmen der vorliegenden Studie wird analysiert, auf welche Art und Weise die Bamberger Obrigkeit versuchte, mit diesen Problemen umzugehen. Ebenfalls Berücksichtigung erfahren dabei mögliche Motive der Agierenden sowie die Umstände, die den Prozess der Bewältigung der Bauernkriegsfolgen begleiteten: die gesetzlichen Voraussetzungen der Bestrafungsmaßnahmen, das Potenzial erneuter Erhebungen oder die Regelung der Entschädigungszahlungen.

Am Ende steht eine Beurteilung des Umgangs mit den Folgen der Empörung im Hochstift Bamberg sowie eine Einordnung in die Entwicklung im gesamten Reich, insbesondere hinsichtlich der Frage, ob die Behandlung der Aufständischen im Hochstift eher als hart und unnachgiebig oder nachsichtig und zurückhaltend gelten kann.